327.32 (063) „1910“ II 8

Internationaler Sozialisten-Kongreß

zu Kopenhagen

vom 28. August bis 3. September 1910

Preis 1,50 Mark

2894

II internationaali / Kööpenhamina 1910
327.322
K8

Internationaler Sozialisten-Kongreß

• zu Kopenhagen •

28. August bis 3. September 1910

TYÖVÄENLIIKKEEN KIRJASTO

932731

Berlin 1910
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
(Hans Weber-Berlin)

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Plenarsitzungen:	
Eröffnungssitzung	3
Zweiter Verhandlungstag	10
Dritter „	28
Vierter „	51
Die Kommissionen:	
1. Kommission: Genossenschaftswesen	75
2. „ Gewerkschaften	81
3. „ Abrüstungs- und Friedenskommission	98
4. „ Arbeitslosenversicherung u. Arbeiterschutzgesetzgebung	105
5. „ Resolutionen	113
Die Sitzungen der deutschen Delegation	118
Präsenz-Liste der deutschen Delegation	123
„ „ österreichischen Delegierten	127
„ „ tschechischen „	128
„ „ schweizerischen „	128
Sachregister	129
Gesamtzahl der Delegierten	130
Sprechregister	131

Die Plenarſitzungen.

Eröffnungsſitzung am 28. Auguſt.

Der prächtige Saal des Konzertpalaſtes iſt die Stelle, wo die Internationale tagt. Beinahe iſt er zu klein für die ungeheure Menge von Delegierten, die aus allen Teilen der Welt zuſammengekommen ſind. Die Säulen, die den Eingang des Gebäudes flankieren, ſind rot umwunden. Ein breites Banner trägt die däniſche Inſchrift: „8. Internationale Socialiſt Kongres". Der Saal ſelber hat eindrucksvollen ſozialiſtiſchen Schmuck angelegt. Die Wand der Rednertribüne zeigt auf einer Rieſenkarte die beiden Hemiſphären, die durch ein Band mit dem alten Kampfruf der Internationale: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" verbunden ſind. Links und rechts davon hängen im Kuppelraum die däniſchen Partei- und Gewerkſchaftsfahnen herab. An den Galerien ſieht man zwölf Banner in den Farben und mit den Wappen der großen Nationen. Für Deutſchland iſt ſchwarz-rot-gold gewählt. In vier Sprachen: däniſch, deutſch, engliſch und franzöſiſch ſieht man das auf kurze Formeln gebrachte Programm der internationalen Sozialdemokratie. Dieſe Inſchriften lauten: Die Arbeit iſt die Quelle des Reichtums! Wir bauen an der Solidarität! Wiſſen iſt Macht! Religion iſt Privatſache! Aufhebung der Klaſſenunterſchiede! Keine privaten Monopole! Des Volkes Wille iſt das höchſte Geſetz! Allgemeines, für alle gleiches Wahlrecht! Achtſtündiger Maximalarbeitstag! Die Abrüſtung bedeutet den Frieden! Dasſelbe Recht für Frau und Mann! Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Die Delegierten ſind an neun, immer durch einen Quergang geſchiedenen Tafeln untergebracht. Die erſte Tafel links vom Präſidium wird von der ſchwediſchen Delegation eingenommen. Deutſchland beſetzt die zweite und dritte Tafel, Oeſterreich die vierte. Die fünfte Tafel in der Mitte iſt für folgende Nationalitäten beſtimmt: Serbien, Türkei, Rumänien, Argentinien, Spanien, Portugal, Japan, Griechenland, Südafrika, Auſtralien, Luxemburg, Italien, die Schweiz, Rußland und Polen. Die ſechſte Tafel gehört Belgien, Ungarn-Kroatien und Böhmen. An der ſiebenten Tafel liegen die Plätze für Holland und Frankreich, an der achten die für Finnland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Norwegen, während die letzte, neunte Tafel von Großbritannien eingenommen wird. Die große däniſche Delegation hat unten keinen Platz mehr gefunden. Sie nimmt daher die Galerie rechts ein, während die Galerie links für die 125 Preſſevertreter, die ſich zur Tagung eingeſtellt haben, reſerviert iſt. Die vollkommen überfüllte Mitteltribüne iſt für die Zuhörer beſtimmt.

Um ½11 Uhr wird der Kongreß mit dem Vortrage einer Kantate eröffnet, die von A. C. Meyer, dem bekannten ſozialdemokratiſchen Schriftſteller,

Die Plenarsitzungen.

Eröffnungssitzung am 28. August.

Der prächtige Saal des Konzertpalastes ist die Stelle, wo die Internationale tagt. Beinahe ist er zu klein für die ungeheure Menge von Delegierten, die aus allen Teilen der Welt zusammengekommen sind. Die Säulen, die den Eingang des Gebäudes flankieren, sind rot umwunden. Ein breites Banner trägt die dänische Inschrift: „8. Internationale Socialist Kongres". Der Saal selber hat eindrucksvollen sozialistischen Schmuck angelegt. Die Wand der Rednertribüne zeigt auf einer Riesenkarte die beiden Hemisphären, die durch ein Band mit dem alten Kampfruf der Internationale: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" verbunden sind. Links und rechts davon hängen im Kuppelraum die dänischen Partei- und Gewerkschaftsfahnen herab. An den Galerien sieht man zwölf Banner in den Farben und mit den Wappen der großen Nationen. Für Deutschland ist schwarz-rot-gold gewählt. In vier Sprachen: dänisch, deutsch, englisch und französisch sieht man das auf kurze Formeln gebrachte Programm der internationalen Sozialdemokratie. Diese Inschriften lauten: Die Arbeit ist die Quelle des Reichtums! Wir bauen an der Solidarität! Wissen ist Macht! Religion ist Privatsache! Aufhebung der Klassenunterschiede! Keine privaten Monopole! Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz! Allgemeines, für alle gleiches Wahlrecht! Achtstündiger Maximalarbeitstag! Die Abrüstung bedeutet den Frieden! Dasselbe Recht

schiedenen
von der
veite und
te ist für
gentinien,
. Luxem-
fel gehört
liegen die
die Ver-
e, neunte
Delegation
rie rechts
r Tagung
ribüne ist

eröffnet,
riftsteller,

Druckfehler-Berichtigung.

Auf Seite 122b, Zeile 15 von unten, muß es anstatt Haverkamp-Bremerhaven heißen: Wurm-Berlin.

Agitator, Dichter und Abgeordneten verfaßt und von F. Hemme, einem Kopenhagener Kapellmeiſter, komponiert iſt. In der Kantate finden ſich die Nationen zu einem Völkerreigen der Freiheit und des Friedens zuſammen. Die Motive nationaler Freiheitslieder erklingen, von Soli unterbrochen, bis ſich das Ganze zum mächtigen Maſſengeſang der Internationale vereinigt. Der erſte Teil der Kantate endete mit der Marſeillaiſe. In der Pauſe betrat Dr. Guſtaf **Bang**, Mitarbeiter des „Socialdemokraten" die Rednertribüne, und, indem er ſelbſt ſeine Worte franzöſiſch, deutſch und engliſch überſetzte, führte er das Folgende aus:

Genoſſinnen und Genoſſen! Wir haben in dieſer Kantate verſucht, das Gefühl auszudrücken, was uns beſeelt und das den Boden bildet, auf dem wir hier zuſammentreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt. Dieſes Gefühl hat in der däniſchen Sozialdemokratie immer gelebt und iſt, wie das bei einem ſo kleinen Lande natürlich iſt, beſonders ſtark hervorgetreten hier, wo es von der äußerſten Wichtigkeit iſt, von der Fremde Anregungen zu holen und aus den Bewegungen der großen Kulturländer Belehrung und Kräftigung zu ſuchen. Von den allererſten Anfängen an war die däniſche Sozialdemokratie eine Sektion der internationalen Arbeiteraſſoziation. Während eines 40jährigen ſteten und ununterbrochenen Wachstums haben wir in Dänemark nicht dann und wann, ſondern immerdar ſo enge Verbindung wie möglich mit den Genoſſen der fremden Länder zu pflegen geſucht. Es gehört zu unſeren ſchönſten und erhebendſten Parteierinnerungen, daß wir vor 27 Jahren, im Jahre 1883, der deutſchen, unter der Verfolgung des Sozialiſtengeſetzes ſtehenden Sozialdemokratie eine Freiſtätte für ihren Parteitag bieten konnten. Und eine reiche Quelle der Kräftigung hat der revolutionäre Geiſt in unſeren Reihen gefunden im Verkehr mit den Hunderten ruſſiſcher Parteigenoſſen, die nach der Revolution, flüchtend vor dem Terrorismus der Konterrevolution, Dänemark durcheilten und denen wir freudig Beiſtand geleiſtet haben, wo es nötig war. (Lebhafter Beifall.) Auch in anderer Weiſe haben wir, nicht in einzelnen Ausnahmefällen, ſondern beſtändig jahraus, jahrein die Bande gefühlt, die uns mit den fremden Bruderparteien verknüpfen. In Dankbarkeit gedenken wir der moraliſchen und materiellen Unterſtützung, die uns bei der großen Ausſperrung von 1899 gewährt wurde. Und wir ſelbſt haben uns immer beſtrebt, nach beſtem Vermögen unſere Schuldigkeit zu tun, wenn in fremden Ländern große Kämpfe zwiſchen Arbeit und Kapital ausgefochten wurden. (Beifall.) Ich übertreibe nicht, wenn ich ſage, daß der Mahnruf des Kommuniſtiſchen Manifeſtes: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" für die däniſche Sozialdemokratie mehr als eine feierliche Redensart geworden iſt, daß er uns ins Blut übergegangen iſt. (Stürmiſcher Beifall.) Mit tiefer, herzlicher Freude entbieten wir daher dem 8. Internationalen Sozialiſtenkongreß den Willkommensgruß in unſerer Stadt, im Herzen von Kopenhagen, wo die Klaſſengegenſätze der däniſchen Geſellſchaft auf die höchſte Spitze getrieben ſind, in einem Stadtviertel, wo die allerreichſte Ariſtokratie und das allerärmſte Proletariat unmittelbar nebeneinander wohnen, in einem Stadtviertel, wo der König ſeine Reſidenz hat und in dem ein ſozialdemokratiſcher Folkethingsabgeordneter gewählt worden iſt. (Stürmiſcher Beifall.) Während die Klaſſengegenſätze überall in der Welt ſich verſchärfen, während das Kapital ſeine Herrſchaft und Ausbeutung der großen Volksmaſſen ſteigert, während die kapitaliſtiſche Weltwirtſchaft ſtändig drohende Kriegsgefahren hervorruft und dem wahnſinnigen Wettrüſten immer neue Nahrung zuführt, den Völkern aber immer neue Laſten auferlegt werden, während alledem wollen wir hier Waffen

ſchmieden zur Ueberwindung aller Klaſſengegenſätze nach innen und aller nationalen Gegenſätze nach außen, zur Beſeitigung aller Ausbeutung, Knechtſchaft und Erniedrigung. (Stürmiſcher, langanhaltender Beifall.) Wir fühlen es, wir wiſſen es, daß wir uns mit raſchen Schritten unſerem Ziel nähern, der Tag gehört uns, wie es in der Kantate hieß. Die Zeiten ſind vorüber, da wir ſchwere Kämpfe um unſer Daſein führen mußten. Jetzt geht der Kampf um unſeren Sieg. (Stürmiſcher Beifall.) Hinter uns liegt das Dunkel, vor uns die Helle, ſagt ein altes däniſches Sprichwort. In der Hoffnung, daß die Verhandlungen dieſes Kongreſſes vom Geiſte internationaler proletariſcher Brüderlichkeit getragen ſein werden, in der Hoffnung, daß die Arbeiten dieſes Kongreſſes beitragen werden zur Klärung der Taktik, der wir folgen müſſen, um unſer großes Ziel zu erreichen, in der Hoffnung, daß wir alle von dieſem Kongreß zurückkehren werden mit verſtärkter Energie zum gemeinſamen Kampf in den verſchiedenen Ländern für die Befreiung des Proletariats, in dieſer Hoffnung entbietet Ihnen die däniſche Sozialdemokratie noch einmal ein herzliches Willkommen! (Stürmiſcher, langanhaltender, mehrfach wiederholter Beifall.)

Dann wurde die Kantate beendet. Beim Schlußgeſang der Internationale erheben ſich die Kongreßmitglieder und das Publikum und ſtimmen in den Chor ein. 500 Arbeiterſänger der Kopenhagener Geſangvereine brachten die Chöre in prächtiger Reinheit zu packender Wirkung. Orcheſtermitglieder des Königlichen Theaters führten den inſtrumentalen Teil aus. Auch die Soli wurden von Mitgliedern des Königlichen Theaters, von dem Tenoriſten Nielſen, dem Baritoniſten Hober und der Sopraniſtin Noeregard Hanſe vorgetragen. Das ſchöne Werk und die vollendete Darſtellung ließen gleich in der erſten Stunde des Internationalen Kongreſſes einen gewaltigen Strom tiefer Begeiſterung aufquellen. Nachdem der Beifall verklungen war, wurde dem anweſenden Dichter, dem Abgeordneten A. C. Meyer, eine ſtürmiſche Ovation dargebracht.

Dann nahm das Internationale Sozialiſtiſche Bureau ſeine Plätze auf der Tribüne ein, und

Vandervelde übernahm den Vorſitz mit den Worten: Im Namen des Internationalen Sozialiſtiſchen Bureaus erkläre ich den achten Internationalen Sozialiſtenkongreß für eröffnet und erteile im Namen der däniſchen Genoſſen das Wort dem Mitgliede des Folkethings:

Stauning: Partei- und Kampfgenoſſen! Namens der däniſchen Sozialdemokratie heiße ich den 8. Internationalen Sozialiſtenkongreß herzlich willkommen in Dänemark, willkommen in Kopenhagen.

Es iſt das erſtemal, daß die Vertreter der organiſierten Arbeiterklaſſe der ganzen Welt in unſerem kleinen Lande verſammelt ſind, und wir ſind ſtolz über die Ehre, die hierdurch unſerem Lande und der däniſchen Sozialdemokratie erwieſen wird.

Die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie ſind alſo nun die Gäſte Dänemarks, und ich glaube, Ihnen die Verſicherung geben zu dürfen, daß man Ihnen von allen Seiten Gaſtfreundſchaft erweiſen wird, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Beſchlüſſe, welche in unſerem Lande gefaßt werden, uns einige Schritte dem Frieden und der Völkerverbrüderung näher bringen werden.

Die Sozialdemokratie hier in Dänemark erhob ihr Haupt unter dem Einfluß der Freiheitsbeſtrebungen draußen in der Welt; die Jahre 1848 und 1871 hinterließen tiefe Spuren in der Geſchichte der däniſchen Sozialdemokratie, und ſicher ſind wir ſeit dem Jahre 1871 unter der Fahne der Internationale einer Geſellſchaftsform, unter welcher die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit herrſchen wird, entgegenmarſchiert.

Im Laufe der vergangenen 40 Jahre haben wir unsere Organisationen und unsere Presse auf dem Felsen der Internationale aufgebaut — die Arbeiter der einzelnen Länder können wohl durch ihre eigene Arbeit Verbesserungen erzielen, aber die große Befreiung der gesamten Arbeiterklasse geschieht nur durch internationales Zusammenwirken und durch internationale Verständigung zwischen den Arbeitern in der ganzen Welt, durch vereinten Kampf gegen den Kapitalismus.

Die Erkenntnis dieser Tatsachen hat sich auch bei den dänischen organisierten Arbeitern Bahn gebrochen, und deshalb sind wir stolz und begeistert, daß wir heute der Arbeiter-Internationale ein herzliches Willkommen bei den dänischen Kameraden! zurufen können.

Wir hegen die Ueberzeugung, daß wir den ehrlichsten Willen bewiesen haben, unseren Platz in der internationalen, weltumspannenden Kette auszufüllen, und wir hoffen und wünschen, daß dieser Kongreß sowohl Eurer wie unserer Arbeit für unsere hehre Sache förderlich sein werde.

Dänemark ist nur ein kleines Land, wir haben nichts Großartiges, daß wir unsern Gästen zeigen können, wir haben nicht die kolossalen Zahlen der Stimmen und Mitglieder, wie unsere Genossen in den großen Ländern, aber gleichwohl dürfen wir behaupten, daß die von uns ausgeführte Arbeit nicht vergebens gewesen ist.

Unsere 100 000 Stimmen, unsere 28 Reichstagsabgeordneten, die Hälfte der Plätze in der Stadtverwaltung von Kopenhagen, unsere 33 sozialistischen Blätter und unsere 120 000 Abonnenten — unsere 120 000 gewerkschaftlich organisierten Mitglieder und die Hebung der ökonomischen und kulturellen Lage der dänischen Arbeiter — das ist das, was wir unsern ausländischen Kameraden zeigen können, das sind die augenscheinlichen Erfolge unserer Arbeit — Erfolge, welche durch unsere Arbeit auf der Basis der internationalen sozialistischen Idee erzielt worden sind.

Die dänischen Arbeiter stehen voll und ganz als Teilnehmer an der größten und bedeutungsvollsten Bewegung unserer Zeit da, sie verstehen die weltgeschichtliche Mission, die die Arbeiterklasse zu erfüllen hat, und hoffentlich werden sie zu jeder Zeit ihren Mann stellen im Kampfe für die Befreiung aus dem kapitalistischen Joche.

Man kann nicht verlangen, daß die arbeitende Bevölkerung des kleinen Dänemark an der Spitze marschieren soll, aber Sie werden die dänischen Arbeiter gleichwohl stets kampfbereit finden und beseelt von dem besten Willen, ihre Pflicht den übrigen Klassengenossen gegenüber jederzeit zu erfüllen, indem das von uns erstrebte Ziel dasselbe ist, welches unseren Bruderorganisationen in allen Ländern vor Augen schwebt.

Mit diesen Worten entbiete ich Ihnen unsern Willkommengruß zur Arbeit auf diesem Kongreß und nochmals willkommen in unserm kleinen Lande.

Lasset den Geist der Einigkeit und der Solidarität über Euren Beschlüssen walten, lasset uns den Kampf gegen gesellschaftliches Unrecht mit vereinten Kräften führen, — wir scharen uns in diesen Tagen um das schöne Ziel des Sozialismus und mit diesem vor Augen gehen wir an die Arbeit.

Der Kapitalismus ist Sklaverei und Krieg, — der Sozialismus ist Freiheit und Frieden. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Im Namen der sozialistischen Internationale dankt

Vandervelde den dänischen Genossen aufs herzlichste für den brüderlichen Geist der Freiheit, den sie dem Kongreß offenbaren. Als wir beschlossen haben, diesen Kongreß in Kopenhagen abzuhalten, waren wir von dem Bestreben

geleitet, der dänischen Bewegung unsere Huldigung darzubringen, der Bewegung, die mit die ernsthafteste, fleißigste und unermüdlichste ist, deren wir uns in der Internationale erfreuen können. Genosse Stauning hat Ihnen nicht alles gesagt, worauf die dänische Bewegung stolz sein kann. Bewundernswert ist der Fortschritt von 700 Stimmen im Jahre 1878 zu den 98 000 Stimmen im Jahre 1910. Aber wenn wir auch die Stimmen bei den Parlamentswahlen als kräftigen Ausdruck für die innere Stärke der sozialistischen Parteien nehmen, so gewähren diese 98 000 Stimmen, abgegeben von Männern, die über 30 Jahre alt sind, doch kein volles Bild von der Kraft und Intensität der dänischen Sozialdemokratie. Ihre höchste Bedeutung gewinnen sie erst, wenn wir sie zusammenstellen mit den wirtschaftlichen und geistigen Fortschritten, die durch die dänische Sozialdemokratie errungen worden sind. Neben diesen 98 000 Stimmen stehen in Dänemark 120 000 Gewerkschaftler und 120 000 Leser der Parteipresse. (Stürmischer Beifall.) Mit Stolz kann die dänische Sozialdemokratie darauf hinweisen, daß jeder sozialdemokratische Wähler hier zugleich Gewerkschaftler und Leser der sozialdemokratischen Presse ist. Aus diesem Grunde haben wir geglaubt, dem Kongreß der Internationale, der mehr ein Kongreß gründlicher Kleinarbeit als feuriger Kampfesankündigung sein wird, auf keinem günstigeren Boden als dem dänischen abhalten zu können. (Bravo!) Genossen! Es war früher Sitte, den Kongreß der Internationale mit den Berichten der einzelnen Länder über ihre Fortschritte im letzten Jahre zu eröffnen. Um Zeit zu sparen, sind wir auf den letzten Kongressen davon abgekommen und auch diesmal werden Ihnen die Berichte der nationalen Sektionen über den Stand der Bewegung in einem stattlichen Bande gedruckt vorgelegt werden. Sie werden aus diesen Berichten ersehen können, daß der Internationale heute 33 Nationalitäten angeschlossen sind, namentlich alle Länder Europas, die wichtigsten Staaten Nord- und Südamerikas, ferner Japan, Südafrika und Australien. Die Berichte sind nicht ganz vollständig, aber Sie werden daraus entnehmen können, daß die Weltmacht der Internationale im gegenwärtigen Augenblick 8 Millionen Anhänger umfaßt. (Beifall.) Wir sind nicht nur eine gewaltige, sondern eine ständig wachsende Macht. Mit wenigen Ausnahmen sehen wir überall ein erfreuliches Anwachsen der sozialistischen Parteien. In den letzten drei Jahren, seit dem Stuttgarter Kongreß, hat die Bewegung nur in Rußland, Ungarn und Argentinien Rückschläge erlitten, aber der Rückgang der organisierten Mitglieder in diesen Ländern ist nur Schein, nicht Wirklichkeit; denn überall, wo er eingetreten ist, beruht er nur auf der Anwendung brutaler Gewalt durch den herrschenden Kapitalismus, auf der heuchlerischen Gewalt in den bourgeoisen Republiken, auf der unverhüllten nackten Roheit im Machtbereich der russischen Autokratie. (Sehr wahr!) Gewalt aber kann uns nicht dauernd zurückhalten, denn auf Bajonetten kann man nicht sitzen, besonders dann nicht, wenn diese Bajonette intelligent werden. (Stürmischer Beifall.) In den genannten Ländern hat die Gewalt die Kampfeslust des klassenbewußten Proletariats nur gesteigert. Unter dem Ausnahmezustand wuchsen die sozialistischen Organisationen in Argentinien, machte die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht in Ungarn gute Fortschritte und das Blut der Arbeiter, das die russische Erde getränkt hat, wird den Boden nur fruchtbar machen für die Ernte der sozialen Revolution. (Lebhafter Beifall.) In allen Ländern ist die Bewegung weiter fortgeschritten. Amerika konnte uns in Stuttgart zum erstenmal über die Stimmenzahl von einer halben Million berichten. Glänzende Wahlfeldzüge haben seitdem bestätigt, daß die Kraft des internationalen Sozialismus weiter wuchs. Aus England konnte zuerst in Stuttgart die neugegründete Labour Party, die nichts weiter ist als die Resultate

der Gärung der sozialistischen Hefe in den englischen Arbeitermassen, berichten, daß sie mit mehr als 40 Abgeordneten in das Unterhaus eingezogen war. Einzelne kleine Verluste, die sie bei den letzten Wahlen erlitten hat, sind weit mehr als ausgeglichen worden durch den Anschluß der kompakten Masse der Bergarbeiter. Die österreichischen Genossen konnten in Stuttgart über einen Meisterstreich berichten, den sie vollführten, als sie bei den ersten Wahlen unter dem allgemeinen Stimmrecht die stärkste Fraktion der sozialistischen Internationale schufen. Seitdem haben sie die Zahl ihrer Abgeordneten noch weiter gesteigert. In Stuttgart mußten wir auch Bericht entgegennehmen von Wahlniederlagen der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern. Aber gerade in diesen Ländern hat seitdem die sozialistische Bewegung die raschesten Fortschritte gemacht. In der Schweiz waren wir zur Zeit des Stuttgarter Kongresses auf zwei Mitglieder im Bundesparlament herabgesunken. Jetzt haben wir deren mehr als je zuvor. In Belgien ist die Zahl unserer Abgeordneten von 25 auf 35 gestiegen. In Italien hat sich die Fraktionsstärke nahezu verdoppelt. In Frankreich haben wir bei den letzten Wahlen einen schönen Sieg errungen und die Wahl von 75 geeinigten Sozialisten und der endgültige Verfall der unabhängigen sozialistischen Bewegung ist der glänzendste Beweis für die innere Kraft unserer Methode des Klassenkampfes. Was dem französischen Sieg die besondere Bedeutung verleiht, ist die Tatsache, daß wir ihn der sozialistischen Einigkeit verdanken.

Das ist ein mächtiges Argument für die Länder, in denen noch heute die Kraft der sozialistischen Bewegung gespalten ist, und das muß auch sie eindringlich hinweisen auf die Notwendigkeit der Einigung des gesamten Proletariats. (Lebhafter Beifall.) Als wir in Stuttgart zusammenkamen, hatte aber auch die deutsche Sozialdemokratie die größte Wahlniederlage seit den Zeiten der Bismarckschen Reaktion erlitten. Gleichwohl empfingen uns die deutschen Genossen mit fröhlicher Sicherheit. Wußten sie doch, daß die Stimmenzahl und die innere Kraft der Partei gewachsen waren. Heute steht es vor aller Welt fest, daß die deutsche Sozialdemokratie stärker und machtvoller ist als jemals. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat ihre Mitgliederzahl so vermehrt, daß sie die der englischen Trade-Unions überflügelt hat. Das gleiche Wahlrecht ist in einzelnen Bundesstaaten bereits zum Siege gelangt und in den anderen, vor allem in Preußen, wird der Kampf dafür mit aller Energie weitergeführt. Gerade die Wahlrechtsbewegung in den einzelnen Bundesstaaten beweist uns, daß gegenüber den lächerlichen Anmaßungen eines mittelalterlichen Gottesgnadentums die Zukunft der Souveränität des Volkswillens gehört. Selbst die bürgerlichen Politiker prophezeien heute der deutschen Sozialdemokratie für die Wahlen des nächsten Jahres vielleicht 100 Mandate und etwa vier Millionen Stimmen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

In dieser Zeit großer Siege geziemt es uns, der Veteranen unserer Bewegung zu gedenken, die heute nicht hier sind. Ich denke dabei nicht nur an unsere deutschen Genossen, sondern vor allem auch an unseren früheren Präsidenten Andrea Costa, der für immer von uns gegangen ist. Ich gedenke derjenigen, die wir sicher wieder sehen werden, unseres lieben Genossen Singer, dessen ruhige Energie so oft Ordnung in unseren erregten Debatten geschaffen hat und der hoffentlich recht bald von seinem Leiden genesen wird. Vor allem aber drängt sich uns der Name des großen Abwesenden auf die Lippen, der Name eines Mannes, der durch die lange Zeit seiner Dienste für das internationale Proletariat durch sein unvergleichliches Talent und durch die Leistungen, die er für die Sozialdemokratie vollbracht hat, heute die glänzendste Verkörperung der internationalen Arbeiterbewegung ist: August

Bebel. (Stürmiſcher Beifall.) Indem Sie Bebels Namen Beifall zujubeln, jubeln Sie Beifall zu der reinſten Verkörperung unſeres ſozialiſtiſchen Ideals, der Willensſtärke des Arbeiters, der ſich ſelbſt emporringt, und der ſchönſten Verwirklichung des ſozialiſtiſchen Intellektualismus, der den großen Schatz ſeines Wiſſens ganz in den Dienſt der proletariſchen Bewegung ſtellt, dem leidenſchaftlichen Kämpfer für die Befreiung der Frau, dem typiſchen Ausdruck für das kämpfende und ſiegende Proletariat überhaupt, dem Mann, der zwei Jahre ſeines Lebens im Gefängnis der Sache des Friedens und des Proteſtes gegen den ruchloſen Krieg vor 40 Jahren geopfert hat. (Erneuter ſtürmiſcher Beifall.) Indem Sie dem Namen Bebel zujubeln, feiern Sie die internationale Arbeiterbewegung des ſozialiſtiſchen Proletariats, in deren Namen ich den Kongreß für eröffnet erkläre. (Stürmiſcher anhaltender Beifall.)

Huysmans, der internationale Sekretär, machte eine Reihe geſchäftlicher Mitteilungen. Die Verleſung der eingelaufenen Adreſſen und Telegramme wird in der Plenarſitzung am Mittwoch erfolgen. Zu Vorſitzenden des Kongreſſes hat das Internationale Sozialiſtiſche Bureau vorgeſchlagen Klauſen-Dänemark, Branting-Schweden und Jeppeſen-Norwegen.

Für die Vorbereitung der Tagesordnung werden fünf Kommiſſionen gebildet.

Die Tagesordnung

lautet:

1. Die Beziehungen zwiſchen Genoſſenſchaften und politiſchen Parteien.
2. Die Arbeitsloſenfrage.
3. Schiedsgerichte und Abrüſtung.
4. Die internationalen Ergebniſſe der Arbeiterſchutzgeſetzgebung.
5. Die Organiſation einer internationalen Kundgebung gegen die Todesſtrafe.
6. Verfahren für die raſche Ausführung der Beſchlüſſe der internationalen Kongreſſe.
7. Die Organiſation der internationalen Solidarität.
8. Reſolutionen über die gewerkſchaftliche Einheitlichkeit in Oeſterreich, über die Einigung der ſozialiſtiſchen Organiſationen, die Lage in Finnland, Argentinien, Türkei und Perſien.

Die Kommiſſionen werden eingeſetzt:

1. für die Genoſſenſchaftsfrage.
2. für die Gewerkſchaftsfrage, für die Verwirklichung der internationalen Solidarität und die Einigkeit der Gewerkſchaftsbewegung in Oeſterreich;
3. für Antimilitarismus, Schiedsgerichte und ſchnelle Ausführung der internationalen Kongreßbeſchlüſſe für den Frieden.
4. für die Arbeiterſchutzgeſetzgebung, ihre Reſultate in den einzelnen Ländern und die Frage der Arbeitsloſigkeit.
5. für die Reſolutionen, die franzöſiſche Reſolution über die ſozialiſtiſche Einigkeit, die Reſolution über die Todesſtrafe, über Finnland, Perſien, Argentinien uſw.

Die interparlamentariſche Kommiſſion behält als ſelbſtändiger Körper ihre Tagesordnung bei.

Abgeſetzt von der Tagesordnung iſt die Reſolution Großbritanniens über die Einwanderungsfrage, weil dieſe erſt in Stuttgart eingehend erörtert worden iſt. Weiter liegen dem Kongreß alle von dem Internationalen Bureau ſeit 1907 gefaßten Reſolutionen zur Beſtätigung vor.

Zum Schluß macht **Huysmans** Mitteilung über die Zuteilung der Stimmen an die einzelnen Länder. Widerspruch wird gegen diese Vorschläge nicht erhoben.

Der Vorsitzende **Vandervelde** erklärt sie für angenommen und schließt hierauf die erste Plenarsitzung.

Schluß gegen 1 Uhr.

Am Nachmittag fand ein **Festzug und ein Volksfest in Sondermarken** statt. Auf dem Festplatze wurden von 4 Tribünen Ansprachen gehalten.

Zweiter Verhandlungstag

Donnerstag, den 1. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt **Branting**, der die Sitzung um 10¾ Uhr mit folgender Ansprache eröffnet:

Wenn ich die große Ehre, hier einer Ihrer Präsidenten zu sein, geglaubt habe annehmen zu dürfen, so hat das zwei Gründe, einmal, daß ich darin eine Anerkennung seitens der Internationale sehe, daß die schwedische Arbeiterschaft auch gemäß ihren Kräften redlich ihre Pflicht für die gemeinsamen Ziele erfüllt hat. Wir, die von Anfang an in der schwedischen Bewegung gestanden haben, wir, die vor 25 Jahren gesehen haben, wie klein damals das Häuflein der Genossen war, als wir die ganze Presse gegen uns hatten, als man uns noch alle Tage versicherte, daß die ruhigen, besonnenen, aufgeklärten schwedischen Arbeiter niemals der roten Fahne folgen würden, welche damals zuerst von unserem alten Veteranen, Genossen Palm getragen wurde, der auch hier im Saale ist (Beifall), wir können konstatieren, wenn wir dann die spätere Entwickelung überdenken, wie enorm die Evolution auch in unserem Lande ist. Seit dem Stuttgarter Kongreß haben wir Wahlen gehabt, welche die Zahl unserer Vertreter in der Zweiten Kammer verdoppelt haben. Wir haben jetzt 35 sozialdemokratische Abgeordnete in Schweden. (Lebhafter Beifall.) Wir haben weiter im vorigen Jahre, wie sie alle wissen, den großen Massenstreik ausgefochten, nicht nur mit dem Unternehmertum, sondern im Laufe des Gefechts hatten wir mit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft unseres Landes zu kämpfen. Und wenn wir auch nicht als Sieger davon gegangen sind, so noch weniger als Besiegte, als Niedergeschlagene. Noch aus einem zweiten Grunde haben wir geglaubt, diesen Ehrenposten annehmen zu können. Wir haben hier auf diesem Kongresse sehr wichtige Fragen zu beraten; gewiß bestehen im einzelnen bedeutende Meinungsverschiedenheiten zwischen uns, je nachdem die Dinge sich in den verschiedenen Ländern verschieden entwickelt haben; aber in den Hauptfragen sind wir alle einig. Wir haben die Hoffnung, daß der Kongreß sich sozusagen selbst zu präsidieren wissen wird. Wir hoffen, daß durch die Behandlung der Tagesordnungsfragen vermehrte Klarheit über die Ziele der Bewegung und alle die Fragen geschaffen werden wird, die der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder so nahe am Herzen liegen. Und es ist ja unsere Aufgabe, fest auf dem Boden der Wirklichkeit stehend und bleibend, auch den höchsten und kühnsten Idealen zuzustreben. (Lebhafter Beifall.)

Huysmans macht eine Reihe von Mitteilungen. An das Bureau des Kongresses sind mehrere hundert Zuschriften gelangt, darunter solche aus Armenien, von den dänischen Handarbeitern, von den Diamantarbeitern Antwerpens, von der sozialdemokratischen Jugendorganisation von Friedrichshall, vom Internationalen Friedensbureau, 60 Briefe und Telegramme von sozialistischen Esperantisten und Idisten, vom sozialistischen Nationalkonvent von Milwaukee, von der Sozialdemokratischen Partei Luxemburgs, vom „Vor-

wärts" in New York, von Paul Göhre, von den Gewerkſchaften Saloniki's, von den abſtinenten tſchechiſchen Arbeitern, von der ſozialdemokratiſchen Partei Bosniens und der Herzegowina, von den Gewerkſchaften Bulgariens, von den Arbeiterorganiſationen in Kroatien, von der organiſierten kaufmänniſchen Gehilfenſchaft Oeſterreichs, von der ſozialdemokratiſchen Landesparteivertretung Kärntens, vom Verein der Zeitungsarbeiter in Wien, von der Föderation von Varna, von den Sozialdemokraten Saloniki's, von der Organiſation der Verſicherungsangeſtellten Oeſterreichs, vom Zentralbureau der ſozialdemokratiſchen Arbeiterpartei Rußlands, von der Landesorganiſation Finnlands, vom Landesdiſtrikt von Upſala, vom Zentralkomitee der jüdiſch-ſozialdemokratiſchen Arbeiterpartei, vom „Vorwärts" in Chriſtiania, vom Verband gegen die Todesſtrafe in Rußland, von der ſozialdemokratiſchen Föderation Weſt-Auſtraliens, von der türkiſch-ſozialiſtiſchen Partei, von der jüdiſch-zioniſtiſchen Sozialdemokratie, vom Genoſſen Katayama, von den däniſchen Sozialiſten in Milwaukee, von dem Arbeitsloſen-Hilfskomitee in New York, von der ukrainiſchen Sozialdemokratie und den rumäniſchen Genoſſen der Vereinigten Staaten. Zum Schluß teilt Huysmans unter lebhaftem Beifall der Verſammlung folgendes Schreiben Bebels mit:

Zürich, 27. Auguſt 1910.

Parteigenoſſen und Parteigenoſſinnen!

Mein ſehnlichſter Wunſch, wieder an den Beratungen des Internationalen Sozialiſtenkongreſſes tätigen Anteil nehmen zu können, iſt mir leider durch unüberwindliche Hinderniſſe unmöglich gemacht worden. So drängt es mich, wenigſtens ſchriftlich auszudrücken, was mündlich zu ſagen mir nicht vergönnt iſt, meinen herzlichſten Dank auszuſprechen für die warmen und ehrenvollen Wünſche, die mir alle der Internationale angeſchloſſenen politiſchen und gewerkſchaftlichen Organiſationen in Form von Adreſſen zu meinem 70. Geburtstage am 22. Februar dieſes Jahres in einzig daſtehender Weiſe überreichen ließen. Dieſe Adreſſen ſind das denkbar wertvollſte Geſchenk, das mir gemacht werden konnte, und es hat mich und die Meinen mit der größten Freude erfüllt. Dieſen letzteren wird es ein ſtolzes Andenken in ſpäteren Zeiten ſein, in denen ich nicht mehr bin. Für mich aber iſt es ein neuer Anſtoß, ſoweit meine Kraft es mir noch ermöglicht, auch ferner unſerer großen, die Menſchheit befreienden Miſſion zu dienen. Mit dem Wunſche, daß auch die diesmalige Tagung der Internationale ſich würdig ihren Vorgängerinnen anſchließen und dem internationalen klaſſenbewußten Proletariat neue Kraft für den weiteren Kampf und den Sieg geben möge, zeichne ich mit ſozialiſtiſchem Gruß Euer unentwegter Kampfgenoſſe

Auguſt Bebel.

Vorſitzender **Branting:** Ich bin ſicher, daß ich Ihrer aller Gefühle ausdrücke, wenn ich den Abſendern dieſer Grüße den wärmſten Dank ausſpreche und die Verſicherung gebe, daß der Kongreß ſich mit ihnen einig fühlt im Kampf für unſere großen gemeinſamen Ziele. Ich bin auch Ihrer Zuſtimmung ganz ſicher, wenn ich vorſchlage, unſerem Veteranen und Vorkämpfer der Internationale, Bebel, ein Begrüßungstelegramm als Antwort auf ſeinen Brief zu ſenden. (Lebhafter Beifall.) Es iſt ſo beſchloſſen, das Bureau wird Ihren Auftrag ausführen.

Huysmans: Auf dem Kongreß ſind 896 vollberechtigte Delegierte anweſend, davon aus Deutſchland 189, Frankreich 49, Oeſterreich 65, Böhmen 44, Großbritannien 84, Rußland 39, Italien 9, Vereinigte Staaten 24, Belgien 26, Schweden 86, Dänemark 146, Polen 24, Schweiz 13, Ungarn 14, Finnland 19, Holland 14, Norwegen 31, Spanien 5, Türkei —, Armenien 2, Serbien 3, Argentinien 1, Bulgarien 7, Rumänien 2.

Die Arbeitslosenversicherung.

Als erster Gegenstand steht auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung die Frage der Arbeitslosenversicherung.

Die 4. Kommission legt hierzu folgende Resolution vor:

„Der Kongreß stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist und daß sie nur mit dieser verschwinden wird. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um ihre Minderung und um die Linderung ihrer Folgen handeln.

Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten: die von den Arbeiterorganisationen verwaltete, allgemeine, obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.

Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen fordern:

1. Genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit.

2. In ihrem Umfange ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezahlung der tarifmäßigen oder sonst von den Gewerkschaften anerkannten Löhne.

3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen während der Krise.

4. Leistungen an Arbeitslose dürfen nicht eine Minderung der politischen Rechte zur Folge haben.

5. Errichtung und Unterstützung von gewerkschaftlichen oder paritätischen Arbeitsnachweiseinrichtungen, in denen die Wahrung der Freiheiten und Interessen der Arbeiter den Gewerkschaften übertragen werden muß.

6. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen.

7. Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenunterstützung haben die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell zu fördern. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise hindern.

Berichterstatter Dr. Adolf **Braun**-Wien: Wir alle haben die Arbeitslosigkeit als eine in das Leben der Arbeiterklasse tief einschneidende Krankheit kennen gelernt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in England, Deutschland, Oesterreich, in Rußland wie in Japan haben wir ungeheure Krisen erlebt. Ueberall ist die Frage, wie innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit zu finden sei, in allen Sprachen erörtert worden, weil wir unbedingt die Gesellschaft verantwortlich machen müssen für diese schweren Leiden der Arbeiterklasse, weil sie selbst fühlt, daß sie in ihren Grundfesten erschüttert wird, wenn Hunderttausende von Arbeitern kein Brot haben, wenn Hunderttausende von Familien hungern. Aber so wie in der Wohnungsfrage immer mehr Material gesammelt und alle möglichen Vorschläge gemacht werden, so wie das aber, was die herrschenden Klassen tun, gar nicht in Betracht kommt im Vergleich zu dem ungeheuer großen Problem und zu dem ungeheuren gesammelten Material, so liegt es auch bei der Arbeitslosigkeit. Der Standpunkt der sozialdemokratischen Partei der Arbeitslosigkeit gegenüber ist vollkommen klar. Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit aufs engste, unzerreißlich zusammenhängt mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Immer aufs neue muß die Arbeitslosigkeit in ihr entstehen und dem Proletariat das tiefste

Elend bringen, während für die Bourgeoisie neue ungeheure Reichtümer erzeugt werden. Darum wissen wir, daß wir die Arbeitslosigkeit nicht abschaffen können, solange diese kapitalistische Produktionsweise herrscht, solange wir nicht stark genug sind, sie abzulösen durch die sozialistische Produktionsweise. Aber wir wissen auch, daß wir, wenn auch alle Uebel, die herrschen, mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verknüpft sind, innerhalb dieser Produktionsweise doch alles tun müssen, um das Elend der Arbeiterklasse einzuengen und zu lindern. Wir müssen für alle Schäden, die aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entspringen, die herrschenden Klassen verantwortlich machen, für alle Trübsal, für alles Elend der Arbeiterklasse, so auch für die Arbeitslosigkeit. Auch sie müssen wir zu lindern versuchen durch alles, was möglich ist, und all das muß geschehen durch den Druck, den wir auf die herrschenden Klassen ausüben. Heute steht es ja so, daß die Arbeiterklasse die Kosten der Arbeitslosigkeit trägt, einerseits, indem sie sich alle Entbehrungen auferlegt, andererseits dadurch, daß die gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeitslosen unvergleichlich mehr leisten als die Organe der besitzenden Klassen, Staat und Gesellschaft. Es hat Zeiten gegeben, wo wir vorsichtig darüber gewacht haben, daß nur die Gewerkschaften den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führen dürfen. Aber die Lasten, die die Gewerkschaften freiwillig auf sich genommen haben, sind ungeheuer groß geworden. Sowohl nach der Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wie nach der der englischen Trades-Unions müssen die Gewerkschaften für die Arbeitslosenfürsorge mehr ausgeben als für den unmittelbaren Kampf um die Besserstellung der Arbeiter. Unsere verrufenen „Streikbrüdervereine" geben für die Arbeitslosenversicherung 25 Proz. mehr aus als für den direkten Kampf gegen das Kapital in der Form des Streiks. Wir haben ferner bemerkt, daß die Gewerkschaften nicht geschwächt, sondern gestärkt werden, wenn auch die Unorganisierten Arbeitslosenunterstützung erhalten. Wir sind heute nicht mehr der Meinung, daß wir die Arbeitslosenunterstützung brauchen, um Mitglieder für die Gewerkschaften heranzuziehen. Zum mindesten in den vorgeschrittenen Ländern genügt heute schon für die Gewerkschaftsagitation die bloße Aufklärung über das Wesen der Gewerkschaften. Wir müssen unterscheiden zwischen der Arbeitslosigkeit, wo sie ein gewerkschaftliches Kampfmittel und wo sie einfach eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Wenn eine große kapitalistische Krisis ausbricht, wenn Zehntausende von Arbeitern arbeitslos werden und die Gewerkschaften dann Unterstützung zahlen, so ist das philantropisch sehr edel, für den Kampf der Arbeiterklasse aber nur in verhältnismäßig geringem Maße wichtig, weil es einigermaßen das Drücken der Löhne verhindert. Mit den gewerkschaftlichen Kampfzielen hängt diese Arbeitslosenunterstützung nicht direkt zusammen.

Wir fordern daher eine öffentlich-rechtliche allgemeine obligatorische Arbeitslosenunterstützung durch den Staat, die den Gewerkschaften abnimmt, was nicht zu den gewerkschaftlichen Zwecken im engeren Sinne gehört. Wir müssen für die nächsten Jahre mit großen technisch-ökonomischen Revolutionen rechnen, die die industrielle Reservearmee gewaltig anschwellen lassen können und unsere glänzend gediehenen Gewerkschaften mit dem Hauptgewicht ihrer finanziellen Leistungen und organisatorischen Fähigkeiten auf die Einengung der Arbeitslosigkeit festlegen. Das ist aber nicht ihr Hauptzweck und ihre Hauptbedeutung. Deshalb wollen wir nicht alle Lasten der Arbeitslosigkeit auf unseren breiten Rücken nehmen, sondern die Gesellschaft zwingen, zu leisten, was ihre Pflicht ist, zumal allein der Kapitalismus von der Arbeitslosigkeit Vorteile gezogen hat. Wir wollen aber auch nicht darauf warten, bis die allgemeine obligatorische öffentlich-

rechtliche Arbeitslosenunterstützung tatsächlich durchgeführt ist, sondern wollen dafür sorgen, daß Staat und Gesellschaft, alle öffentlich-rechtlichen Organisationen, und vor allem die Gemeinden, bessere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit treffen.

Die 4. Kommission war da zunächst der Meinung, daß sowohl im Interesse des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit als auch zur Erkenntnis der Zustände, unter denen das Proletariat leidet, zunächst eine regelmäßige genaue Feststellung der Arbeitslosigkeit notwendig ist. Wir verlangen weiter, daß durch ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen gesorgt wird, haben uns aber durchaus den Wunsch zu eigen gemacht, der vor allem von der englischen Delegation mit aller Entschiedenheit vertreten wurde, daß diese Notstandsarbeiten vom Charakter der Wohltätigkeit und der Armenfürsorge weit entfernt sein müssen. Wir haben es als Pflicht der Gesellschaft aufgestellt, Arbeit für die Arbeitslosen ohne jede moralische, politische und gesellschaftliche Schädigung dessen, der die Arbeitslosenfürsorge benutzt, bereitzustellen. Nicht nur, daß ihm seine politischen Rechte nicht geschmälert werden dürfen, die Notstandsarbeit muß auch davor bewahrt bleiben, eine Schmutzkonkurrenz zu werden und den Anlaß zu geben für die Herunterdrückung der Löhne. Wir verlangen auch für solche Arbeit die gewerkschaftlich als richtig anerkannten Löhne nach dem Prinzip, das man in England mit den Worten „fair wages" klar zum Ausdruck bringt.

Wir verlangen ferner als weitere Uebergangsmaßregel in den Zeiten voller Krise Unterstützungen an alle Arbeitslosenkassen. Zur Ergänzung der Arbeitslosenfürsorge fordern wir gute Arbeitsnachweiseinrichtungen, die wir aber nur dann anerkennen können, wenn in ihnen die Interessen der Arbeiter dadurch gewahrt sind, daß die Gewerkschaften die Möglichkeit haben, die Verwaltung der Arbeitsnachweisstellen zu kontrollieren und zu beeinflussen, damit keinem Arbeiter Arbeit zugewiesen wird, die mit den gewerkschaftlichen Prinzipien und Errungenschaften irgendwie im Widerspruch stehen kann. Wir verlangen ferner, daß die Arbeitsnachweiseinrichtungen der Gewerkschaften durch öffentliche Mittel unterstützt werden, wie das in Dänemark und den belgischen Städten mehrfach geschehen ist. Aber diese Unterstützungen dürfen die Freiheit der Gewerkschaften in keiner Weise beschränken, wie man das in Frankreich mehrfach versucht hat. Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte der Resolution, die vielleicht keinen von Ihnen voll befriedigt, und mit der auch der zur Berichterstattung verurteilte Parteigenosse nicht voll einverstanden ist. Aber wir mußten notwendig ein Kompromiß schließen, nach den Bedürfnissen der verschiedenen Länder unter Berücksichtigung der verschiedenen ökonomischen Verhältnisse und der verschiedenen Stärke der Gewerkschaften sowie ihrer Möglichkeit, sich mit und ohne Arbeitslosenunterstützung zu entwickeln. Wir haben uns in langen Stunden um eine Resolution bemüht, die einigermaßen den Wünschen aller Mitglieder entspricht. Wir haben im Interesse des Zustandekommens einer einheitlichen Resolution alle Zugeständnisse machen, nicht rücksichtslos die eigenen Anschauungen durchsetzen können. Wir wollen von diesem Kongreß weggehen, indem wir der Arbeiterklasse die Ueberzeugung geben, daß alles, was in ihrem Interesse geschehen kann, von diesem Kongreß gewünscht und nach diesem Kongreß von uns allen in allen Ländern mit aller Energie verfochten werden wird. (Lebhafter Beifall.)

Macdonald (Labour Party und J. L. P.): Der englischen Sektion ist die vorliegende Resolution zu schwach. Sie hätte gewünscht, daß in erster Linie das Recht auf Arbeit bei Gewerkschaftslöhnen (fair wages) gefordert würde. Auch ist die Resolution lückenhaft. Sie hat in ihrem letzten Wortlaut der englischen Sektion überhaupt nicht vorgelegen. Jetzt aber noch Aenderungen

zu beantragen, iſt nicht mehr am Platze. Die britiſche Sektion wird für die Reſolution ſtimmen, weil ſie mit den Abſichten und Grundprinzipien der Reſolution einverſtanden iſt, im beſonderen damit, daß der kapitaliſtiſchen Produktionsweiſe die Schuld an der Arbeitsloſigkeit beigemeſſen und dem Staat die Pflicht auferlegt wird, die Arbeitsloſigkeit und ihre Folgen zu mildern. Auf Einzelheiten aber kann ſich die Sektion nicht feſtlegen.

Berichterſtatter **Braun**: Ich bin Macdonald ſehr dankbar, daß er ſein Einverſtändnis mit den Grundprinzipien der Reſolution ausgeſprochen hat, wenn er auch nicht mit allen Einzelheiten einverſtanden iſt. Die Reſolution iſt eben ein Kompromiß und mir ſelber iſt noch viel mehr abgelehnt worden als Macdonald. Ich kann ihm aber verſichern, daß die engliſchen Delegierten mit der Zähigkeit, die den Engländern eigentümlich iſt, um jede ihrer beſonderen Forderungen gekämpft haben. (Heiterkeit.) Wenn Macdonald einen beſonderen Radikalismus darin ſieht, daß in der Reſolution an erſter Stelle das Recht auf Arbeit hätte gefordert werden müſſen, dann kann ich ihm erklären, daß über das Recht auf Arbeit z. B. bei den Deutſchen ſehr verſchiedene Auffaſſungen herrſchen. Das Recht auf Arbeit ſteht bekanntlich ſchon im preußiſchen Landrecht; es rief 1848 die Nationalwerkſtätten hervor und mit dem Recht auf Arbeit in dem engliſchen workhouse hat man ſehr üble Erfahrungen gemacht. Nun verbindet Macdonald noch das Recht auf Arbeit mit fair wages. Aber dieſe Forderung kann die kapitaliſtiſche Geſellſchaft nicht erfüllen. Wir müſſen deshalb mit Palliativmitteln die Arbeitsloſigkeit und ihre Wirkungen zu mildern ſuchen. Nicht durch das Recht auf Arbeit, ſondern durch die Abſchaffung des Kapitalismus kann die Arbeitsloſigkeit allein beſeitigt werden. (Lebhafte Zuſtimmung.)

Die däniſchen Genoſſen bitten mich, für ſie darauf hinzuweiſen, daß wir uns hier in Dänemark auf dem klaſſiſchen Experimentierboden in der Bekämpfung der Arbeitsloſigkeit durch den Staat befinden. Die unermüdliche Arbeit der däniſchen Abgeordneten und ihre Agitation in den Maſſen hat den Staat genötigt, etwas gegen die Arbeitsloſigkeit zu tun. Vor allem hat der däniſche Staat die Gewerkſchaften als die beſten Organiſationen zur Milderung der Arbeitsloſigkeit anerkannt.

Eine Reihe deutſcher Gewerkſchaftler wünſchen an der Reſolution noch einige formelle redaktionelle Aenderungen vorgenommen. Ich glaube, Sie werden alle damit einverſtanden ſein, wenn ich mit dem Bureau dieſe rein redaktionelle Arbeit erledige.

Vor 91 Jahren hat der große Nationalökonom Simonde de Sismondi, nach Ricardo der hervorragendſte bürgerliche Oekonom, erklärt, daß die Unternehmer für den Schaden haftbar ſeien, den ſie der Arbeiterklaſſe durch die Arbeitsloſigkeit zufügen. Dasſelbe ſagen wir auch, wenn wir fordern, daß die Träger und Nutznießer des kapitaliſtiſchen Syſtems auch die Koſten für ſeine Folgen, für die Arbeitsloſigkeit und ihre Milderung zu tragen haben. (Beifall.)

Quelch-England (S. D. P.): Auch wir ſind mit Macdonald einer Meinung. So wie die vorgelegte Reſolution iſt, kann ſie die britiſche Sektion nicht annehmen. Die britiſche Sektion hat aber und darin irrt ſich Macdonald, doch eine beſtimmte Stellung zur Reſolution einzunehmen. Sie muß entweder gegen ſie ſtimmen oder der Abſtimmung ſich enthalten. Denn kämen wir mit dieſer Reſolution nach Hauſe, dann würden wir unſerer eigenen Bewegung, vom Staat die Milderung der Folgen der Arbeitsloſigkeit zu fordern, großen Schaden zufügen, weil dieſe Reſolution zu ſchwächlich iſt.

Der Kongreß erteilt dem Bureau das Recht, redaktionelle Aenderungen an der Reſolution vorzunehmen.

Branting: Vielleicht begnügen sich die englischen Delegierten, die nur mit gewisser Reserve für die Resolution stimmen können, damit, daß diese Erklärung hier in öffentlicher Plenarsitzung von ihnen abgegeben worden ist. So können wir einen möglichst einstimmigen Beschluß zustande bringen.

Macdonald und **Quelch** rufen: Die englische Sektion enthält sich der Abstimmung.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.

Nach der Abstimmung erklärt **Bruckère** (Frankreich), daß eine Anzahl französischer Delegierten sich gleichfalls der Stimme enthalten hätten. (Lebhafter Beifall bei den Engländern.)

Damit schließt die Diskussion.

Schluß: 12¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt **Jeppesen** - Norwegen.

Zur Debatte gestellt werden die

Resolutionen

auf die Einigkeit, die Abschaffung der Todesstrafe und über die Zustände in Argentinien, Japan, Finnland, Spanien, der Türkei und Persien. Die Resolutionen lauten:

Resolution über die Einigkeit.

Der Internationale Kongreß von Kopenhagen erinnert an den Beschluß des Amsterdamer Kongresses betreffend die Einigkeit in der Partei, und

in Erwägung, daß das Proletariat eine Einheit ist und daß deshalb jede Sektion der Internationale eine einige Gruppe bilden muß und ihre inneren Spaltungen im Interesse der Arbeiterklasse des eigenen Landes und der ganzen Welt zu beseitigen verpflichtet ist,

in fernerer Erwägung, daß die sozialistische Bewegung in Frankreich der Einigung einen Zuwachs an Macht und Ansehen verdankt

fordert er alle nationalen Sektionen, die bis jetzt noch gespalten sind, auf, so schnell wie möglich die Einigkeit zu verwirklichen,

und beauftragt das Internationale Bureau, seine Hilfe bei der Durchführung des Einigungswerkes anzubieten.

* * *

Resolution gegen die Todesstrafe.

Die bürgerliche Aufklärung hat an der Schwelle der neuzeitlichen Entwickelung die Todesstrafe als ein barbarisches Erbstück des finsteren Mittelalters verdammt. Der revolutionären Bourgeoisie waren damals die Ideale des Fortschritts und der Humanität keine leeren Worte und daher proklamierten ihre besten Vertreter in allen Ländern den Kampf wider die Kulturschmach des in Justizform gekleideten, kaltblütigen und systematischen Mordes eines Menschen.

Seitdem hat sich auch in dieser Beziehung ein gründlicher Wandel vollzogen. Der immer gewaltigere und immer schärfere Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem modernen Proletariat, der mehr und mehr zur Achse des öffentlichen Lebens aller Staaten wird, hat bewirkt, daß die heutige verfallende Bourgeoisie mit den sonstigen demokratischen und freiheitlichen Zielen nunmehr auch den Kampf gegen die Todesstrafe preisgegeben hat. Ja, die herrschenden Klassen greifen jetzt selbst immer mehr zu der schmachvollen Waffe der Todesstrafe, sowohl um mit den Zersetzungsprodukten der eigenen kapitalistischen Gesellschaft fertig zu werden, wie um das kämpfende

Proletariat gewaltſam niederzuringen. In Deutſchland und einigen anderen ſogenannten Kulturländern haben ſich vor kurzem eine ganze Reihe von Koryphäen der Wiſſenſchaft und Kunſt, glänzende Vertreter bürgerlicher Intelligenz, für die Notwendigkeit der Todesſtrafe ausgeſprochen. Hervorragende Vertreter der modernen Kriminaljuſtiz haben erſt jüngſt weſentliche Abänderungen des Aſylrechts befürwortet, die in vielen Fällen, namentlich inſofern es ſich um Flüchtlinge aus dem Zarenreiche handelt, auf eine tatſächliche Wiedereinführung der Todesſtrafe auch in ſolchen Ländern hinauslaufen würde, in denen, wie in Holland, die Todesſtrafe ſeit Jahrzehnten abgeſchafft iſt. In der Republik Frankreich wurde in den letzten Jahren ein Geſetzentwurf im Parlament abgelehnt, der die Abſchaffung der Todesſtrafe forderte. In den Vereinigten Staaten Nordamerikas wird die Todesſtrafe als Waffe gegen das gewerkſchaftlich kämpfende Proletariat angewandt. Den unvergeßlichen Opfern des Chicagoer Juſtizmordes, die im Kampfe um den Achtſtundentag gefallen ſind, wären erſt jüngſt beinahe einige Vorkämpfer der um ihre Exiſtenz ringenden organiſierten Bergarbeiter gefolgt. In Spanien gebraucht ein morſches reaktionäres Regiment den Juſtizmord als Kampfwaffe und Rachemittel gegen die freiheitlichen Beſtrebungen des Proletariats. In Rußland endlich, einem Lande, wo die Todesſtrafe für gemeine Verbrechen längſt abgeſchafft war, arbeitet der Henker ſeit der großen revolutionären Erhebung des arbeitenden Volkes, namentlich ſeit dem Sieg der Konterrevolution, ohne Unterlaß. Tauſende und Abertauſende werden hier nach einer ſchnöden Komödie kriegsgerichtlichen Verfahrens hingerichtet. Ein Blutſtrom ergießt ſich um das ganze ruſſiſche Reich. Und das alles geſchieht vor den Augen der geſamten zivilisierten Welt, ohne daß die Vertreter der bürgerlichen Intelligenz der weſteuropäiſchen Kultur irgendeinen tatkräftigen Widerſtand wagen, ja unter der moraliſchen und finanziellen Unterſtützung des Henkerregiments durch die Bourgeoiſie Europas. Viele der bürgerlichen Intelligenzen, die ſich um den Juſtizmord Ferrers im höchſten Maße aufgeregt haben, ſehen ruhig dem Maſſenmord zu, durch den der korrupte ruſſiſche Abſolutismus die revolutionäre Erhebung des Proletariats zu erſticken ſucht.

Heute iſt ſomit das ſozialiſtiſche Proletariat der wichtigſte und zuverläſſigſte Träger des Kampfes wider die Barbarei der Todesſtrafe. Nur die durch die ſozialiſtiſchen Parteien verbreitete Aufklärung, nur die kulturelle Hebung der großen arbeitenden Maſſen durch die politiſche und gewerkſchaftliche Aktion, nur die wachſende Macht des organiſierten Proletariats aller Länder vermögen der Kulturſchmach der Todesſtrafe einen ſtarken Damm entgegenzuſetzen. Die Vertreter des politiſch und gewerkſchaftlich organiſierten Proletariats aller Länder, die in Kopenhagen tagen, ſtellen die aktiven und paſſiven Anhänger des blutigen Juſtizmordes in allen Formen an den Pranger, ſie fordern die parlamentariſche Vertretung der Arbeiterklaſſe in allen Staaten auf, bei gebotener Gelegenheit die Abſchaffung der Todesſtrafe zu fordern. Sowohl ihr Vorgehen in den Parlamenten, wie alle entſprechenden politiſchen Vorgänge ſollen als Anläſſe einer kraftvollen Agitation in Verſammlungen und in der Arbeiterpreſſe für die Abſchaffung der Todesſtrafe benutzt werden.

* * *

Argentinien.

Der Internationale Kongreß brandmarkt das Verhalten der Oligarchie in Argentinien, die das allgemeine Wahlrecht in der Praxis ſyſtematiſch fälſcht,

die sowohl die Gesetze als auch die gesunde politische Aktion der Arbeiterschaft mit Füßen tritt,

die künstlich Putsche inszeniert und eine käufliche Dienstfertigkeit gegen das einheimische und fremde Kapital betätigt und

mit dem allem das Volk im Zustande barbarischer Unterdrückung hält und ihm ein verderbliches Beispiel der Anarchie bietet.

Der Internationale sozialistische Kongreß verurteilt diese schmachvollen politischen Zustände Argentiniens auf das schärfste, er begrüßt freudigst das Verhalten der sozialistischen Partei unter so schwierigen Verhältnissen und hofft, daß es ihren Bemühungen gelingen wird, dem arbeitenden Volke Argentiniens Aufklärung und Klassenbewußtsein zu bringen und damit den Fortschritt des politisch so rückständigen Landes zu sichern.

* * *

Japan.

Der Internationale Sozialisten-Kongreß in Kopenhagen verurteilt auf das schärfste die Maßregeln, mit denen die Regierung Japans die sozialistische Bewegung dieses Landes zu unterdrücken sucht, Maßregeln, die den wahren Charakter dieser Regierung als einer Mischung absolutistischer Willkür mit kapitalistischer Brutalität enthüllen, und die darauf gerichtet sind, dem japanischen Proletariat jedes Streben nach Befreiung und Kultur unmöglich zu machen und es auf das Niveau willenloser Sklaven herabzudrücken.

Indem der Kongreß die ungeheure Bedeutung der Emanzipation des industriellen Proletariats Asiens für die Befreiung des Proletariats der ganzen Welt anerkennt, versichert er in der Gewißheit, daß das Umsichgreifen des Kapitalismus den Boden auch in Asien immer mehr für die sozialistische Saat vorbereitet, das japanische Proletariat der wärmsten tätigen Sympathie der sozialistischen Arbeiterschaft der ganzen Welt. Insbesondere aber drückt er den unerschrockenen und ausdauernden Vorkämpfern des Sozialismus in Japan, die unter den schwierigsten Verhältnissen allein den opferreichen Kampf gegen die Politik der Eroberung nach außen, der Unterdrückung nach innen führen und damit in der intensivsten Weise der Sache des internationalen Proletariats dienen, seine vollste Anerkennung und seine Bewunderung aus.

* * *

Finnland.

Der Internationale sozialistische Kongreß zu Kopenhagen brandmarkt die barbarische und schmähliche Politik der russischen Regierung und der reaktionären Vertreter der besitzenden Klassen in der Duma und im Reichsrate, — eine Politik, welche sich anschickt, die Autonomie und die demokratischen Freiheiten Finnlands zu vernichten und Finnland in eine unterjochte Provinz Rußlands zu verwandeln.

Der Kongreß stellt fest, daß die zaristische Regierung durch ihre Finnland gegenüber eingeschlagene Politik, ihre im Jahre 1905 gegebenen Garantien ebenso wie die schon hundert Jahre bestehende Verfassung in zynischer Weise jedem Rechte und Gesetze zuwider verletzt hat und den ausgesprochenen Willen des ganzen finnischen Volkes, den Protest der öffentlichen Meinung Europas, den Schiedsspruch der bedeutendsten Rechtsgelehrten mit Füßen tritt.

Der Kongreß stellt weiter fest, daß die brutale Unterdrückung der Autonomie Finnlands nur die Folge eines ganzen Regierungssystems der rohesten

Unterdrückung aller nichtruſſiſchen Nationalitäten und des ruſſiſchen Volkes ſelbſt iſt, — eine Unterdrückung, welche durch die von Blut und Schmutz triefenden ruſſiſchen reaktionären Machthaber ausgeübt wird, die ſich mit dem Scheine eines „Konſtitutionalismus“ umgeben.

In Anbetracht deſſen, daß die herrſchenden Klaſſen Europas und ihre Preſſe, ab und zu platoniſche Wünſche zugunſten Finnlands zum Ausdruck bringen, ſonſt aber tatſächlich den barbariſchen Zarismus unterſtützen;

daß die finnländiſchen Sozialiſten, um die demokratiſchen Freiheiten und das freie Selbſtbeſtimmungsrecht des finniſchen Volkes zu wahren, in einen ernſten und ſchweren Kampf verwickelt ſind,

ſpricht der Kongreß ſein Vertrauen aus zu der Energie, dem Mute und der Ausdauer des finniſchen klaſſenbewußten Proletariats.

Der Kongreß iſt überzeugt, daß das finniſche Proletariat ſtets im Einverſtändnis mit der Arbeiterklaſſe Rußlands vorgehen und ſolidariſch gegen dasſelbe Unterdrückungsſyſtem kämpfen wird. Der Kongreß fordert die ſozialiſtiſchen Parteien aller Länder und die wahrhaft demokratiſchen Elemente auf, mit allen ihnen zu Gebote ſtehenden Mitteln (Preſſe, Parlament, Meetings uſw.) gegen den gegen Finnland geführten Gewaltſtreich zu proteſtieren und den Kampf gegen den Zarismus zu unterſtützen.

Der Kongreß beauftragt das Internationale ſozialiſtiſche Bureau, Maßnahmen zu ergreifen, um zugunſten Finnlands in allen Ländern eine möglichſt einheitliche und impoſante Kundgebung des ſozialiſtiſchen Proletariats in die Wege zu leiten.

* * *

Spanien.

Angeſichts der tragiſchen Ereigniſſe, die ſich in Spanien und insbeſondere in Katalonien im vergangenen Jahre abgeſpielt haben, drückt der Internationale ſozialiſtiſche Kongreß in Kopenhagen ſeine wärmſte Sympathie den Genoſſen der ſozialiſtiſchen Partei Spaniens aus, ſowie den Genoſſen Kataloniens und allen organiſierten Arbeitern in Spanien, die, entſprechend den Beſchlüſſen der Internationale, dem Kolonialabenteuer in Marokko die Maſſenaktion des Proletariats entgegenzuſetzen verſuchten.

Der Internationale ſozialiſtiſche Kongreß brandmarkt die barbariſche Unterdrückung, deren Opfer unſere Genoſſen in Barcelona und anderen Städten geworden ſind, insbeſondere den Juſtizmord gegenüber Ferrer, und begrüßt die Kammerwahl des Genoſſen Igleſias, des erſten parlamentariſchen Vertreters der Arbeiterklaſſe in der Hauptſtadt der Monarchie, als das entſcheidende Anzeichen des Erwachens des ſpaniſchen Proletariats.

* * *

Türkei.

In Anbetracht

1. der von den kapitaliſtiſchen Staaten Europas gegenüber der Türkei befolgten Politik;

2. der Proklamation einer Verfaſſung, die jedem Staatsangehörigen die Menſchen- und Bürgerrechte gewährte;

3. der Verletzung des Rechtes der Berufsvereinigung und des Streiks durch die türkiſche Regierung;

4. der verhängnisvollen Folgen einer autokratiſchen Politik für die Arbeiterklaſſe der Türkei;

erklärt der Internationale Sozialiſtenkongreß in Kopenhagen:

daß dieſe verwerfliche kapitaliſtiſche und koloniale Politik der europäiſchen Staaten zunächſt nur wirkſam zu bekämpfen iſt durch eine gründ-

liche demokratiſche Verfaſſungsreform in den Balkanländern und durch eine friedliche Verſtändigung der ſouveränen Völker dieſer Staaten, wie ſie heute allein die Sozialdemokratie im Gegenſatz zu den Regierungen der Balkanländer und der übrigen europäiſchen Staaten vertritt.

Er proteſtiert gegen die reaktionäre Politik der jungtürkiſchen Regierung und beſonders gegen die wider die Gewerkſchaftsorganiſation und Streiks gerichteten Geſetze und begrüßt aufs freudigſte die in der Türkei entſtehende ſozialiſtiſche Bewegung.

* * *

Perſien.

In Anbetracht

daß gleich von Beginn der perſiſchen Revolution und gerade infolge des engliſch-ruſſiſchen Vertrages die zariſche Regierung alle Mittel angewendet hat, um die konſtitutionelle Bewegung zu vereiteln;

daß ſie zu wiederholten Malen ſogar mit bewaffneter Macht eingeſchritten iſt unter dem Vorwande, die Ordnung an der Grenze ſowie das Leben ihrer eigenen Untertanen in Perſien zu ſchützen, in Wirklichkeit aber, um die Beſtrebungen der perſiſchen Demokraten zu hemmen; daß dieſe Truppen, ſowie die ruſſiſche Polizei, in der Provinz Aderbeidjan (Täbris) offen gegen die Aufſtändiſchen und ihre Führer, welche der Partei „Daſchnaktzoutioun" angehören, mit aller Strenge verfahren ſind;

daß heute noch die ruſſiſche Regierung durch ihre zahlreichen verkappten Agenten ihre Intrigen und Provokationen in Perſien fortſetzt; daß ein beträchtlicher Teil der Truppen ſich noch auf perſiſchem Boden befindet, trotz der wiederholten Proteſte von ſeiten der Medjis und der Regierung von Teheran;

in Anbetracht ferner,

daß die nämliche ruſſiſche Regierung ſehr tätig in der Türkei „arbeitet", namentlich in Türkiſch-Armenien; daß ſie beſtändig Emiſſäre hinſchickt, um die Feudal-Kurden, welche das reaktionärſte Element in der Türkei ſind, gegen die Armenier aufzureizen und ſo die Unruhen zu unterhalten und die Gegenrevolution zu provozieren;

daß der ruſſiſche Geſandte in Konſtantinopel, Tcharikoff, und der ruſſiſche Konſul in Erzerum in dieſem Sinne ganz ſpezielle Inſtruktionen bekommen haben.

In Anbetracht, kurz,

daß der Zarismus, welcher auf ſeinem freiheitsmörderiſchen Marſch im Innern ſeines Reiches ſiegreich iſt, die an ſeinen beiden Grenzen eingeführte konſtitutionelle Ordnung nicht leiden kann, ſyſtematiſch und mit aller Beharrlichkeit darauf ausgeht, das Willkürſyſtem in Perſien und in der Türkei wieder herzuſtellen;

in Anbetracht dieſer bedenklichen Tatſachen, welche für die beiden jungen Demokratien des Orients eine beſtändige Gefahr ſind,

fordert der Kongreß die ſozialiſtiſchen Parteien in Europa aufs dringendſte auf, alle in ihrer Macht ſtehenden Mittel anzuwenden, um dem reaktionären Treiben des Zarismus ein Ende zu machen.

* * *

Heute ſoll nur diskutiert und morgen über die Reſolution beſchloſſen werden.

Berichterſtatter iſt Reichsratsabgeordneter **Dr. Ellenbogen** (Wien): Mir iſt die außerordentlich ſchwere Aufgabe geworden, nicht weniger als 8 Reſolutionen in 20 Minuten zu begründen. Ich tue es deshalb ſo kurz als möglich. An die Spitze meiner Darlegungen möchte ich die Reſolution über die Einigkeit ſtellen,

eine Resolution, die der Initiative der französischen Genossen zu danken ist. Bekanntlich ist schon auf dem Kongreß in Amsterdam eine solche Resolution beschlossen worden, ein Zeichen für den Geist der Partei, für die große Kraft des Sozialismus und für die Kraft der Selbstüberwindung, der es einzig zu danken ist, daß diese Resolution trotz der schwierigen Verhältnisse in Frankreich von beiden streitenden Gruppen angenommen wurde. Ihre Versöhnung ist gelungen, und mit Dank und Anerkennung müssen wir der opferwilligen Unterwerfung gedenken, die die eine Gruppe, die Jaurèsisten, dabei ausgezeichnet hat. Das Werk der Einigkeit ist noch nicht überall ganz gelungen; wir hoffen aber, daß es im nächsten Jahre vollständig gelingen wird, in allen Ländern, in denen noch Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Wir hoffen, daß der nächste Kongreß die vollständige Einigkeit aller Gruppen in allen Ländern wird konstatieren können.

Damit komme ich zur zweiten Resolution, gegen die Todesstrafe. Es fällt mir nicht ein, mich über die juristische Seite der Frage zu äußern. Was mich interessiert, ist ihre menschliche und vor allem ihre politische Seite. Es ist bezeichnend, daß auch das Bürgertum in seiner revolutionären Periode, als es von den großen Ideen seiner eigenen Emanzipationszeit erfüllt war, die Abschaffung der Todesstrafe auf seine Fahne geschrieben hatte. Es ist aber auch bezeichnend, daß die Bourgeoisie nach der Erwerbung politischer Macht langsam von ihren eigenen Idealen auch in der Frage der Todesstrafe zurückgekommen ist, wie sie auch von anderen ihrer Ideale zurückgekommen ist.

Es ist merkwürdig, daß sich eine Reihe bürgerlicher Gelehrter, trotz günstiger Erfahrung mancher Länder mit der Abschaffung der Todesstrafe, immer noch mit wohlgesetzten scheinwissenschaftlichen Gründen für diese Form der Strafe ins Zeug legen. Es ist weiter bezeichnend, daß die Bewegung auf Beibehaltung oder Wiedereinführung der Todesstrafe überall von den reaktionärsten Parteien geführt wird, so z. B. in Holland von den Anti-Revolutionären, einer orthodox-protestantischen Gruppe. Gegenüber den juristischen Scheingründen halten wir an der richtigen Auffassung fest, daß durch die Todesstrafe Mordtaten und andere schwere Verbrechen nicht verhindert werden, daß sie vielmehr nur dazu benutzt werden soll, alle freiheitlichen Bewegungen mit der brutalen Gewalt zu unterdrücken. (Sehr wahr!) In dieser Hinsicht ist das klassische Land der Todesstrafe Rußland, wo dieser gerichtliche und außergerichtliche Mord wütet. In den letzten fünf Jahren sollen nicht weniger als 3000 Todesurteile in Rußland vollstreckt worden sein. Zu welch furchtbarer Verwilderung, zu welcher grenzenlosen Barbarei die Todesstrafe dort geführt hat, zeigt die Tatsache, daß die Henker sich nicht gescheut haben, in der heiligen Nacht, an dem Feste, das für die ganze Menschheit als Fest des Friedens, der Liebe und der Versöhnung gefeiert wird, zu Weihnachten um 1 Uhr nachts, politische Verbrecher hinzurichten (Bewegung), eine Tatsache, die selbst bei den Anhängern dieser Strafe Entsetzen erregt hat. Männer von mehr als hundert Jahren, Kinder, zahllose Unschuldige hingerichtet zu sehen, ist die letzte Konsequenz der furchtbaren Verrohung, die die Todesstrafe herbeiführt. Dabei ist noch hervorzuheben, daß für gemeine Verbrechen in Rußland die Todesstrafe abgeschafft ist und nur auf dem Umweg über die Ausnahmegerichte, die Militärgerichte, für politische Verbrecher wieder eingeführt ist. Wir wissen, daß es noch ungeheure Mühe kosten wird, den russischen Koloß der Reaktion niederzuwerfen, aber seine Hinrichtungswut bedroht ganz Europa, auch die Länder ohne Todesstrafe, in denen das Asylrecht gefährdet ist und die Auslieferung dem Galgen doch Opfer zuzuführen droht. Das bedeutet eine Unterwerfung der Zivilisation unter die brutalen unmenschlichen Anschauungen Rußlands. Aus diesem Grunde muß der Kongreß seine Stimme für die Abschaffung dieser

Brutalität erheben, einstimmig hier und auf der ganzen Erde. Darum haben wir eine möglichst einheitliche gleichzeitige Kundgebung aller zivilisierten Völker und aller angeschlossenen Organisationen gegen die Todesstrafe zu beschließen vorgeschlagen.

Eine weitere Resolution betrifft die Lage in Argentinien. Zwar ist Argentinien eine Republik, aber sie ist ganz unter der Herrschaft einer korrupten Oligarchie, die nicht nur für das eigene Kapital, sondern auch für fremdes Kapital arbeitet. Die jung emporgeschossene und reichgewordene, wenn auch vielfach noch agrarische Bourgeoisie behandelt die junge proletarische Bewegung nach der in Europa längst verflossenen Methode gewalttätigster Reaktion in einer geradezu hinterwäldlerischen Manier. Mit einer Art schwarzer Banden werden die sozialdemokratischen Organisationen und Versammlungen gestört, mit den unglaublichsten Gewaltmaßregeln die Arbeiter verfolgt. Trotzdem setzen wir die größten Hoffnungen auf die Weiterentwickelung der argentinischen Sozialdemokratie, die schon bei den letzten Wahlen 7500 Stimmen erhalten hat und gut vorwärts schreitet. Der argentinischen Sozialdemokratie unsere Bewunderung und unsere Aufforderung zum Ausharren auszusprechen, der argentinischen Bourgeoisie unsere Verachtung und den Protest gegen ihre Gewaltmaßregeln entgegenzurufen, ist der Zweck dieser unserer Resolution.

Die nächste Resolution bezieht sich auf die Zustände in Japan. Japan hat von Europa sehr viel gelernt, hat ihm nicht nur den Militarismus, sondern auch den industriellen Kapitalismus abgeguckt, und damit seine Totengräber, die Industrieproletarier, erzeugt. Diese verfolgt jetzt der kapitalistische Staat mit den niedrigsten und infamsten Gewaltmaßregeln. Unser Genosse Katayama hat auf diesem Kongreß nicht erscheinen können, weil die japanische Polizei von dieser Reise für den Bestand des Reiches fürchtet (Heiterkeit). Gegenüber der Unzahl von Unterdrückungsmaßregeln steht auch nicht ein Buchstabe eines einzigen Arbeiterschutzgesetzes. Das sind die sozialen Zustände Japans, das Verhalten dieses angeblich modernen Staates gegenüber der Arbeiterklasse. Auch diesen japanischen Brüdern wollen wir unsere Bewunderung aussprechen und ihnen das Versprechen geben, daß wir mit ihnen gegen die Bourgeoisie der ganzen Erde kämpfen.

Wenn in Japan und neuerdings auch in China Arbeiterbewegungen entstehen, so kann es nicht wundernehmen, daß auch in den zurückgebliebenen Ländern Westasiens, die wir sonst nur als Räubernester kannten, sich die zarten Anfänge einer Arbeiterbewegung geltend machen. Die persische Revolution hat vor zwei Jahren den Schah gestürzt und eine angeblich konstitutionelle Regierung eingesetzt. Aber gegen die Arbeiter ist dieser neue konstitutionelle Staat so brutal wie der Absolutismus und Feudalismus der Geistlichen, die früher herrschten. Die Geistlichen sind hier wie überall die reaktionärste Macht und helfen Rußland, das die junge persische Freiheit ruinieren will. Rußland unterhält Räuberbanden in Persien und reizt in Armenien fortwährend die feudalen Kurden an zu Ueberfällen auf ihre Nachbarn. Rußland erhält künstlich eine fortwährende Unruhe in Persien und man fühlt überall seine brutale Hand. Es fördert mit allen Mitteln die Konterrevolution in Persien, um im Dunkeln fischen zu können. Hoffentlich werden die Träger der ehrlich freiheitlichen russisch-revolutionären Bewegung seiner Herr zu werden wissen. Gegen die Umtriebe des Zarismus und für die Freiheit der persischen Arbeiterschaft muß auch dieser internationale Kongreß sein Votum abgeben.

Ebenso kompliziert liegen die Zustände in der Türkei. Bekanntlich ist auch hier vor zwei Jahren die jungtürkische Revolution Sieger geblieben im Kampfe mit dem orientalischen Despotismus des Sultans, aber sie kann sich nicht weiterentwickeln. Die Habgier der europäischen Kapitalisten sieht in den ver-

fallenen und verfallenden, moraliſch verfaulenden Reichen die willkommenſten Ausbeutungsobjekte und beſchwört dadurch eine Gefahr für den ganzen europäiſchen Frieden herauf. Wir Oeſterreicher bekommen ja aus erſter Hand die Folgen dieſer kapitaliſtiſchen Kolonialpolitik, dieſes verbrecheriſchen Treibens, zu ſpüren, und werden ſie noch demnächſt in einer ganzen Reihe von Steuererhöhungen zu ſpüren bekommen. Reaktionär iſt der Charakter des jungtürkiſchen Regimes auch ſelber. Das Jungtürkentum hat die Revolution mit blutigen Mitteln gemacht, aber mit ähnlichen blutigen Mitteln, mit furchtbaren Repreſſalien, hält es das Proletariat nieder. Trotzdem exiſtieren in der Türkei ſchon jetzt 125 000, wenn nicht gar 150 000 organiſierte Gewerkſchaftler. Die Bevormundungsſucht der europäiſchen Mächte ruft ewige Konflikte hervor, bald in Mazedonien, bald in Serbien, bald in Bosnien und bald in Kreta. Gegenüber dieſer Bevormundungsſucht, gegenüber dieſer kapitaliſtiſchen Raubgier, die ſich als Fürſorge ausgibt, die angeblich den Frieden erhalten will, in Wahrheit aber die ruhige freiheitliche Entwickelung unmöglich macht, erſtreben wir eine wirkliche Sicherung des Friedens durch die Verbrüderung aller demokratiſierten Völker des Balkans. (Lebhafter Beifall.) Wir proteſtieren gegen die künſtlichen und kindiſchen Bevormundungsverſuche: die Völker, die die Revolution gegen den Sultan gemacht haben, werden ſich auch, wenn man ſie nur nicht ſtört, die eigene Würde und Freiheit zu retten wiſſen. Noch mehr iſt die innere Freiheit in der Türkei die unbedingte Vorausſetzung einer ruhigen Weiterentwickelung des Reiches. Wenn auch hier jede Arbeiterſchutzgeſetzgebung fehlt, jede Selbſthilfe der Arbeiter unterdrückt wird, müſſen wir vor allem die politiſche und ſoziale Geſetzgebung zur Entwickelung im Sinne der Demokratie treiben helfen. Dieſem Zwecke dient die 6. Reſolution der Kommiſſion.

Dem Gedanken der Genugtuung über die Fortſchritte eines beſtimmten Landes gibt die nächſte Reſolution Ausdruck, die Reſolution über Spanien. Wir haben dort gegenwärtig ein liberales Regime und wollen dieſes durchaus nicht allzu hart anfaſſen. Wir wünſchen nur, daß es den Kampf gegen den Klerikalismus auch ehrlich fortführt und daß es ſich nicht, wie ſonſt in Spanien, nur um Miniſterportefeuilles handelt. Ein intereſſanter Aufſatz von Igleſias hat uns gezeigt, daß Spanien gar nicht ſo klerikal iſt, wie es uns manchmal erſchien. Aber auch das gegenwärtige Regime, ſo liberal und freiheitlich bis zu den letzten Konſequenzen es ſich gibt, kann ſeinen bourgeoiſen Charakter nicht verleugnen, und auch jetzt noch unterliegt das ſpaniſche Proletariat der ſchwerſten Unterdrückung. Anarchiſtiſche Attentate werden wie überall zum Vorwand genommen, um die ſozialiſtiſchen Arbeiterorganiſationen zu unterdrücken. Trotzdem hat bei den letzten Wahlen Pablo Igleſias 41 000 Stimmen auf ſich vereinigt und iſt als erſter Sozialdemokrat in das ſpaniſche Parlament eingezogen. Ihn zu begrüßen und zu beglückwünſchen — denn der Erfolg iſt auch ein Erfolg des Mannes, der nunmehr ſeit 35 Jahren an der Spitze der ſpaniſchen Sozialdemokratie ſteht —, ihn von Herzen zu grüßen und das ſpaniſche Proletariat, das trotz mehrhundertjähriger Inquiſition unter dem völkerzerfreſſenden Klerikalismus noch immer nicht geknechtet iſt, noch immer den alten freiheitlichen Geiſt hegt, iſt uns ein Bedürfnis, das in der Reſolution für Spanien zum Ausdruck kommt. (Lebhafter Beifall.)

An letzter Stelle für heute ſteht die Reſolution gegen das Attentat, das Rußland an Finnland zu begehen im Begriff iſt. Es macht ja den Eindruck, als ob Zar Nikolaus ſich krampfhaft den Titel eines Mehrers des Reiches erwerben wollte. Nachdem er in Japan ſo gründlich abgeblitzt iſt, nachdem in Oſtaſien ſeine mit einer heiligen Scheu betrachtete Armee zu Brei zerſchlagen worden iſt, hat er ſeinen Länderheißhunger nach dem armen, noch ziemlich wehrloſen Finnland gerichtet. Es iſt eigentlich merkwürdig, daß er keine andere

Sorge hat. Ein Mann wie der Zar, der ſich vor der Liebe des eigenen Volkes wie ein Dachs im tiefſten Bau verſtecken muß, ein Mann, der, wenn er Menſchen ſehen will, zu den Haifiſchen aufs Meer gehen muß, der, wenn er reiſt, auch im ziviliſierten Europa ähnliche Schutzmaßregeln ergreifen muß, wie die ſaubere Gilde Liaboeffs (Große Heiterkeit), indem er ſich mit Spitzen ſpickt und die ganze Eiſenbahnſtrecke von Petersburg bis Racconigi mit Bajonetten umſäumt, der Mann geht tatendurſtig auf Eroberungen aus und ſtreckt ſeine blutbefleckten Hände gegen das friedliche arbeitende Volk des alten demokratiſchen finniſchen Staates. Auch gegen dieſes Verbrechen müſſen wir in der denkbar entſchiedenſten Weiſe proteſtieren. (Stürmiſcher Beifall.) Die Bourgeoiſie hat es über einige leiſe Zuckungen nicht hinausgebracht; wir aber wollen unſere Stimme aufs lauteſte nicht nur hier auf dem internationalen Kongreß, ſondern auch in den einzelnen Gruppen gegen dieſes furchtbare Verbrechen erheben. Wir vertrauen dabei auf die demokratiſche Widerſtandskraft der alten Bauerndemokratie Finnlands, wenn auch in der finniſchen Bourgeoiſie viele zweifelhafte Elemente ſind, die bereit wären, ihren Frieden mit dem Mörder der finniſchen Freiheit zu ſchließen, ſo ſteht doch gegen dieſe ſchamloſen Verräter ganz ſicher und ohne Zweifel die Kraft des finniſchen Proletariats, das den Kampf bis zur endgültigen Bezwingung des Zarismus führen wird. Noch feſter aber vertrauen wir auf die hiſtoriſche Entwickelung der ruſſiſchen Revolution ſelbſt, die bald dem Zarismus die Eroberungsgelüſte ein für allemal austreiben wird. (Lebhafter Beifall.) Drei von unſeren acht Reſolutionen richten ſich gegen die Tätigkeit Rußlands, ein Zeichen dafür, welch unheilvolle Rolle es im Leben der Völker ſpielt. Es können jetzt eigentlich keine drei anſtändigen Menſchen mehr in irgendeinem Winkel der Welt zuſammenkommen, ohne wenigſtens innerlich gegen das Fortbeſtehen des verfluchten Zarismus zu proteſtieren. Von dieſem Kongreß aus, der die Befreiung und Erhebung der ganzen Menſchheit erſtrebt, muß der Atem eines tiefen inbrünſtigen religiöſen Haſſes gegen den ruſſiſchen Zarismus ausgehen. (Stürmiſcher Beifall.) Von hier aus muß der Kampfruf erſchallen, nicht nur an das Proletariat aller Länder, ſondern an alle ehrlichen und anſtändigen Menſchen, mitzukämpfen gegen dieſes fluchwürdige Regime, in dem das Gottesgnadentum in allen Ländern ſeinen letzten Troſt und ſeinen Hinterhalt ſucht. (Stürmiſcher Beifall.)

Wie unſere Einigungsreſolution in Amſterdam als Tat gewirkt hat, indem ſie dazu beigetragen hat, die Stärke der franzöſiſchen Organiſation auf das Doppelte zu erhöhen, ſo ſollen auch unſere heutigen Reſolutionen nicht bloß geſchrieben und geſprochen ſein, ſondern lebendige Tat werden. Wir wollen durch unſere Beſchlüſſe den Arbeitern in den wilden Ländern zu Hilfe kommen und dazu beitragen, daß ihre Bewegung zugunſten der geſamten Arbeiterſchaft der Welt in die Höhe wächſt und gedeiht. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Wiik-Finnland: Im Namen der ſozialiſtiſchen Partei Finnlands bitte ich die franzöſiſchen Genoſſen, unſeren wärmſten Dank für die Reſolution zugunſten Finnlands entgegenzunehmen, die den Kongreß beſchäftigt. Die Reſolution macht auf uns einen um ſo tieferen Eindruck, als ſie aus dem alten Vaterland der Revolution ſtammt. Wir wiſſen, daß zwiſchen der ruſſiſchen und franzöſiſchen Regierung ein enges Bündnis beſteht, aber noch ein anderes franzöſiſch-ruſſiſches Bündnis beſteht, das Bündnis des Proletariats beider Länder, und an dieſem Bündnis möchten auch wir Finnländer gern teilnehmen. Kameraden, der Kampf, der dem finniſchen Proletariat in nächſter Zeit bevorſteht, wird zweifellos außerordentlich ſchwer ſein und das um ſo mehr, als wir gleichzeitig gegen eine der ſervilſten und reaktionärſten Bourgeoiſien zu kämpfen haben. Und doch glaube ich Euch verſichern zu können, daß das finniſche Pro-

letariat seine Schuldigkeit tun wird. Mag man unsere Vereine unterdrücken, unsere Gewerkschaften auflösen, unsere Zeitungen verbieten — und all das wird sicher geschehen —, wir werden den Kampf dennoch fortführen. Indessen machen wir uns keine Illusion darüber, daß der Kampf sehr bald zu Ende wäre, wenn wir allein stünden. Um all den Leiden Trotz zu bieten, die über uns kommen werden, brauchen wir den Beistand aller unserer Genossen in der ganzen Welt. So erfüllt uns tiefe Bewegung, wenn wir jetzt das lebhafte Interesse wahrnehmen, das die Genossen aus allen Ländern an unserer Sache nehmen. Wir sind gewiß nicht gleichgültig dagegen, daß die Männer der Rechtswissenschaft aller Länder ohne Ausnahme den Rechtsstandpunkt Finnlands verfechten. Aber wir sind überzeugt, daß allein das klassenbewußte organisierte Proletariat uns wahrhaft wirksam unterstützen kann. Darum waren wir in unserem Herzen so dankbar, als wir hörten, daß das internationale Bureau alle angeschlossenen Parteien aufgefordert hätte, vor aller Welt zu bekunden, was die finnländische Frage eigentlich ist, und daß unsere Genossen in den Parlamenten aller Länder und auch bei anderen Gelegenheiten das Wort ergriffen haben, um im Namen des Proletariats und der Zivilisation gegen das neue Verbrechen der zarischen Regierung zu protestieren. Auch die Resolution, die uns heute hier vorliegt, wird zweifellos dieselbe Wirkung haben; auch sie wird der ganzen Welt sagen, was der Zarismus ist. Der Zarismus sieht es freilich nicht gern, wenn man von ihm spricht. Europa soll ihm nur sein Geld leihen und sich nicht darum kümmern, wie er es verwendet. Wir aber, Genossen, wollen vom Zarismus sprechen. Wir wollen der ganzen Welt sagen, was der Zarismus ist. Der Zarismus ist die Unterdrückung aller arbeitenden, denkenden und wollenden Menschen. Der Zarismus ist das Gefängnis, der unterirdische Kerker, ist Sibirien. Jeder Sieg, den der Zarismus davonträgt, ist eine Niederlage für die Zivilisation, denn er ist der Gegner jeder Zivilisation und vor allem der wichtigsten Kulturträger, der Arbeiter. Der Zarismus ist der Tod. Und deshalb müssen wir, die wir Kämpfer des Lebens sind, ihn bekämpfen. (Stürmischer Beifall.)

De Leon-Amerika: Auch in Amsterdam ist eine Resolution für die Einigkeit einstimmig angenommen worden, aber nur eine Nation hat dieses Mandat erfüllt, Frankreich. In anderen Ländern ist die alte Uneinigkeit bestehen geblieben, so auch in Amerika mit seinen zwei Parteien, der „Socialist Labour Party", die ich vertrete, und der „Socialist Party". Nach Amsterdam haben wir, die Minorität, uns zu Verhandlungen bereit erklärt, unser Angebot ist aber von der anderen Partei abgelehnt worden. Deshalb freue ich mich, hier auf diesem Kongreß die Vertreter der anderen Partei öffentlich fragen zu können, was wir von ihnen, die zweifellos jetzt auch für die Einigungsresolution wie in Amsterdam stimmen werden, in Amerika zu erwarten haben. Im Namen der sozialistischen Arbeiterpartei kann ich erklären, daß wir im Januar eine Kommission fertig haben werden, um mit der anderen Partei auf einer Konferenz wegen der Vereinigung zu verhandeln. Amerika ist ein Hauptland des Kapitalismus. Alle Bedingungen für eine große sozialistische Bewegung sind gegeben, aber die Bewegung gedeiht nicht, weil wir uns befeinden. Beide Parteien haben in den letzten Jahren nicht unbeträchtlich verloren. Ich bitte daher, nicht platonische Erklärungen hier abgeben zu wollen, sondern deutlich zu sagen, was man zu tun gedenkt.

Hillquit-Amerika: Genossen! Ich würde zu der Einigungsresolution nicht das Wort genommen haben, hätte mich nicht De Leon direkt dazu aufgefordert. So will ich ihm antworten, um jeden falschen Eindruck zu verhindern. Die Sozialistische Partei Amerikas ist für die Einigung aller sozialistischen Kräfte in den Vereinigten Staaten; sie ist nicht nur platonisch dafür, sondern mit der Tat. Das haben wir am besten damit bewiesen, daß unsere Partei selbst ein

Produkt einer solchen Vereinigung darstellt. Im Jahre 1900 war die sozialistische Bewegung Amerikas in verschiedene Parteien und Gruppen getrennt. Die jetzigen Vertreter der sozialistischen Partei beriefen einen Einigungskongreß und forderten alle sozialistischen Kräfte zur Vereinigung auf. Alle nahmen unsere Einladung an außer der Partei Daniel De Leons. (Heiterkeit.) Nach der Vereinigung machten wir großartige Fortschritte und seit der Zeit sind fast alle früheren Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei (S. L. P.) zu uns gekommen. So antworten wir denn auf die Anfrage: Lieber Genosse De Leon, wenn es Ihnen ernst ist mit dem, was Sie sagen, wenn Sie eine Einigung im wahren Geist des Sozialismus zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind wirklich wollen, dann sind Sie uns jetzt, was Sie uns immer gewesen sind, höchst willkommen in unseren Reihen. (Heiterkeit und Beifall.) Wenn man von der sozialistischen Einigkeit spricht, dann darf man nicht nur die formelle Einigkeit im Auge haben. Man muß wissen, was man ist, und so will ich weiter sagen: Die sozialistische Partei Amerikas steht auf der Basis des internationalen Sozialismus in Theorie und Praxis. Auch der organisierten Arbeiterschaft in den Gewerkschaften stehen wir freundlich gegenüber. Wir können uns keine sozialistische Bewegung denken, wenn sie nicht die Arbeitermassen hinter sich hat. (Lebhafter Beifall.) Und so frage ich den Genossen De Leon: Sind Sie bereit, das Kind Ihrer jüngsten Taktik, den Industriellen Arbeiterbund aufzugeben und alle unsozialistischen Marotten beiseite zu werfen. (Bravo!) Dann brauchen wir keine Konferenzen und keine Konvention mehr. Noch eins: wenn einmal zwei Parteien in einem Lande sich befinden und sachliche Differenzen miteinander haben, dann sollten sie ihre Meinungsverschiedenheiten in anständiger Weise als anständige Männer miteinander ausfechten, damit die Bahn für die Vereinigung frei wird. Genosse De Leon, wenn Sie die Einigkeit im Herzen haben, dann hätten Sie nicht mit einem solchen Bericht, der nichts als eine Beschimpfung der Bruderpartei darstellt, vor den Kongreß treten sollen, wie Sie es getan haben. Wollen wir die Sozialisten aller Schattierungen vereinen, dann müssen wir auch bei unseren Differenzen die gegenseitige Achtung und den Anstand wahren. Das allein kann die sozialistische Bewegung fördern. (Lebhafter Beifall.)

Berger-Milwaukee: Wir amerikanischen Sozialisten sind für die Einigkeit. Der beste Beweis dafür ist, daß wir vor 10 Jahren zwei Parteien mit je 5000 Mitgliedern hatten, also gespalten waren, während wir heute eine Partei mit ungefähr 53 000 zahlenden Mitgliedern haben und eine zweite mit nicht ganz tausend. Ist das nicht schon so gut wie Einigkeit? (Große Heiterkeit.) Auch diese Tausend sind uns willkommen, heute, morgen, zu jeder Zeit, wenn sie auf den Boden des internationalen Sozialismus treten, wenn sie das internationale Programm annehmen und aufhören, die Gewerkschaften zu bekämpfen. Wir haben auf dem letzten Parteitag einstimmig eine Resolution angenommen, die De Leon und seine Mannen einlädt, sich uns anzuschließen und unser Programm anzunehmen. Sobald sie das tun, sind sie unsere Mitglieder. Wir können aber nicht Leute brauchen, die Tag für Tag die amerikanischen Gewerkschaften beschimpfen und uns seit Jahren beschimpft haben. Wir werden für die Einigungsresolution stimmen und versprechen Ihnen, daß wir innerhalb der nächsten drei Jahre die Einigungsfrage total lösen. Denn dann wird nur noch De Leon selbst außerhalb der Partei sein. Wir arbeiten also in Amerika für die Einigkeit überall und jederzeit. (Beifall.)

Kolaroff-Bulgarien verliest eine Erklärung der sozialdemokratischen Partei Bulgariens (der sogenannten engherzigen) und der sozialdemokratischen Partei Serbiens. Wir haben ein Memorandum über die Lage in der Türkei an den

Kongreß gerichtet, das leider nicht zur rechten Zeit gekommen iſt. Wir legen deshalb Wert darauf, durch dieſe Erklärung die Gründe deutlich klarzulegen, die unſere Abſtimmung über die Reſolution der Arbeiter von Saloniki verſtändlich machen:

„In Anbetracht der Tatſache, daß die Eroberungsbeſtrebungen des europäiſchen Kapitals und des zariſtiſchen Abſolutismus die Völker der Balkanhalbinſel an ihrer politiſchen und ſozialen Entwickelung hindern und die Aufrechterhaltung des blutigen Regiments von Abdul Hamid erleichtert haben, in Anbetracht, daß der Kampf, den die Völkerſchaften im ottomaniſchen Reich für ihre Freiheit und Unabhängigkeit unter dem brutalen Feudalregiment geführt haben, dieſes gezwungen hat, um ſeine ſoziale Herrſchaft aufrechtzuerhalten, ſelbſt Abdul Hamid zu beſeitigen und den Abſolutismus durch die Konſtitution zu erſetzen, ein Ereignis, das man in unrichtiger Weiſe als türkiſche Revolution bezeichnet hat, während es nur ein militäriſches Pronunciamento war; in Anbetracht, daß das jungtürkiſche Regiment, weit davon entfernt, Vertreter der politiſchen und ökonomiſchen Bedürfniſſe des ottomaniſchen Reiches zu ſein, ſeine reaktionäre Herrſchaft damit begonnen hat, daß es den Arbeitern kein Wahlrecht gab, das Vereinsrecht verſchlechterte und das Streikrecht einſchränkte ſowie gegen die Gleichheit der verſchiedenen Nationalitäten dieſelben brutalen Unterdrückungsmittel wie Abdul Hamid anwendete; in Anbetracht ſchließlich, daß die Ausbeutungspolitik der kapitaliſtiſchen Großmächte und die Reaktionspolitik im Innern eine ſtändige Bedrohung des europäiſchen Friedens darſtellen, erklären wir, daß die einzige Löſung der Balkanfrage nicht in der nationaliſtiſch reaktionären Politik des Jungtürkentums, auch nicht in der Unterſtützung der nationaliſtiſchen Politik der anderen Balkanſtaaten, ſondern nur in der freien Föderation aller Balkanrepubliken liegen kann. Nur die Vereinigung aller Balkanvölker in einer föderativen Republik kann die Kriegsgefahr beſeitigen und die normale politiſche Entwickelung des Orients ſichern. Unbeſchadet des notwendigen Zuſammenſchluſſes aller Balkanſtaaten iſt der ununterbrochene Klaſſenkampf der Balkanländer gegen die Eroberungspolitik der kapitaliſtiſchen und abſolutiſtiſchen Mächte der einzige Weg zu dieſem Ideal.“

Sakaſoff-Bulgarien: Die ſoeben verleſene Erklärung iſt von Rumänen, Serben und den Bulgaren beider Fraktionen verfaßt. Erſt im letzten Moment hat der Vorredner es für richtig gehalten, die von Rakowski verfaßte Deklaration als die nur einer bulgariſchen Partei zu bezeichnen. Wir aber hoffen, daß dieſer erſte Fall des Zuſammenwirkens aller Sozialiſten und aller Fraktionen der Balkanſtaaten der erſte Schritt zu ihrer endgültigen Einigung ſein wird.

Kolaroff-Bulgarien: Weder die ſerbiſche noch die rumäniſche Sozialdemokratie noch wir ſind in irgendeine Beziehung zur Partei des Vorredners getreten. Ich kenne den Genoſſen Sakaſoff nicht, denn der gehört einer Partei an, die wir bekämpft haben und die wir ſtets bekämpfen werden, bis ſie nicht mehr exiſtiert. (Große Unruhe.)

Damit ſchließt die Debatte. Auf Vorſchlag des Präſidiums wird zu Beginn der morgigen Plenarſitzung um 10 Uhr Ellenbogen das Schlußwort erhalten.

Huysmans fordert die Kommiſſionen nochmals auf, ihre Arbeiten heute abend nach Schluß der Plenarſitzung zu beenden.

Schluß 6½ Uhr.

Dritter Verhandlungstag

Freitag, den 2. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt **Klausen**-Dänemark. Er eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit folgenden Worten:

Ich danke für die Ehre, die Sie den skandinavischen Ländern durch die Wahl der Kongreßvorsitzenden erwiesen haben. Es wäre natürlich, wenn die Vertreter der großen Nationen hier den Vorsitz führten. Daß Sie ihn an Schweden, Norwegen und Dänemark übertragen haben, betrachten wir als Huldigung für die Arbeit, die seit 40 Jahren für die Ausbreitung des Sozialismus in den skandinavischen Ländern geleistet worden ist. (Beifall.)

Das Schlußwort zum Bericht der 5. Kommission (Resolutionen) erhält

Ellenbogen-Wien: Ich habe dem gestrigen Kommissionsbericht nur wenig hinzuzufügen. Die Frage der Einigung der sozialistischen Parteien kann nicht hier auf dieser Tribüne erledigt werden. Der Kongreß kann nur eine Mahnung ausgehen lassen, daß die Genossen in ihren eigenen Ländern die Streitigkeiten innerhalb des Sozialismus in kürzester Zeit erledigen. (Beifall.) Vom Bureau sind der fünften Kommission drei neue Resolutionen überwiesen worden, zwei davon haben wir als nicht zu unserer Kompetenz gehörig dem Bureau wieder zurückgegeben. Die dritte Resolution beschäftigt sich mit zwei Fällen, in denen seitens Frankreich und der Vereinigten Staaten das Asylrecht unter russischem Einfluß verletzt worden ist. Wir haben uns entschlossen, an Stelle dieser Einzelfälle eine allgemeine Resolution zugunsten der unverkürzten Aufrechterhaltung des Asylrechts Ihnen vorzulegen. Endlich ist uns die Resolution zugegangen, die von der sozialistischen Frauenkonferenz zugunsten Finnlands gefaßt worden ist. Wir empfehlen Ihnen, diese Resolution zu bestätigen und den anderen Resolutionen der fünften Kommission zuzustimmen. (Beifall.)

In der Abstimmung werden die Einigungsresolution, die Resolutionen gegen die Todesstrafe, die Resolutionen für Spanien, die Türkei, Persien, Japan, Argentinien und Finnland einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen. Besonders starke Kundgebungen ruft die Einigungsresolution und die Resolution zugunsten Finnlands hervor.

Die Sicherung des Weltfriedens.

Ueber die Beratungen der Antimilitarismus-Kommission referiert

Ledebour-Deutschland: Auf dem internationalen Kongreß ist die Frage des Verhaltens der sozialistischen Parteien zum Militarismus Gegenstand ausgiebiger Debatten in einer Kommission gewesen. Im Plenum ist sodann einmütig eine Resolution festgestellt worden, die das Resultat der mehrtägigen Verhandlungen zusammenfaßte und, soweit die Stellung der Sozialisten zum Militarismus im allgemeinen in Frage kommt, unsere prinzipiellen Ueberzeugungen in einer durchaus wünschenswerten Form geklärt und gelöst hat. Aber im fortlaufenden Gange der Entwickelung sind hierbei wie bei allen Fragen von großer Bedeutung neue Tatsachen in die Erscheinung getreten, die es notwendig machen, in bezug auf die praktischen Maßregeln schon auf diesem Kongreß neue Anregungen zu geben. Den Vorkommnissen der jüngsten Jahre selbst sind neue Anregungen und die neuen Vorschläge zu danken, die wir dem Kongreß unterbreiten. Es sind wesentlich zwei Gesichtspunkte, die wenigstens den Versuch einer Erweiterung der Stuttgarter Resolution geboten erscheinen lassen. Der eine ist der, daß es in der Schiedsgerichtsfrage eines noch energischeren Vorstoßes von seiten der Sozialdemokratie bedarf.

Der Einſetzung von Schiedsgerichten ſtimmen bekanntlich alle bürgerlichen, ſogar alle monarchiſtiſchen und ariſtokratiſchen Parteien zu. Aber trotzdem iſt die Schiedsgerichtsbewegung faſt vollſtändig ins Stocken geraten. Der zweite direkte Anſtoß zu neuer Stellungnahme iſt der Dreadnought-Schwindel, der uns Sozialiſten erneut aufrütteln muß. Das Wettrüſten im Bau dieſer großen neuen Schlachtſchiffe, das von England ausgegangen iſt, verwüſtet jetzt alle Länder und hat beſonders in England und Deutſchland aufs ſtärkſte eingeſetzt und den Weltfrieden aufs ſchwerſte bedroht. Was früher als Nebenerſcheinung in Betracht kam, der Seekrieg, tritt nun als neue Kriegsgefahr in den Vordergrund. Dies hat bereits in den Parlamenten der nächſtbeteiligten Länder ſeitens der Sozialiſten zu Anträgen geführt; aber es iſt zweifellos wünſchenswert, daß der geſamte internationale Sozialismus ein einheitliches Vorgehen für alle Länder und Staaten in dieſer Frage möglichſt zu gleicher Zeit vorſchlägt.

Ich könnte mich mit dieſem Hinweis auf praktiſche Vorgänge beſchränken und prinzipielle Auseinanderſetzungen vermeiden, wenn nicht ein ſo bedeutender Sozialiſt, wie Bruce Glaſier, der journaliſtiſche und geiſtige Vorkämpfer der J. L. P., in der Kommiſſion geſagt hätte, es ſei nicht allein die kapitaliſtiſche Wirtſchaftsordnung, die in der Gegenwart Kriege hervorrufen muß, ſondern es ſpiele dabei auch der tieriſche Inſtinkt und die Kampfesluſt der Völker eine große Rolle. Damit hat Bruce Glaſier arg daneben gehauen. Zweifellos ſteckt in allen Menſchen noch der tieriſche Inſtinkt dieſer Kampfesluſt. Aber ich muß aufs allerentſchiedenſte beſtreiten, daß dieſe Kampfesluſt in der kapitaliſtiſchen Geſellſchaftsordnung einen weſentlichen Antrieb zum Kriege oder eine hervorragende Begleiterſcheinung bildet. Wer zettelt denn heute die Kriege an? Doch die herrſchenden Klaſſen, die Kapitaliſten, die ein Intereſſe an den Kriegslieferungen haben, die Krupp und Tippelskirch, die Armſtrong oder wie ſie ſonſt in England heißen. Dieſe Kapitaliſten denken gar nicht daran, im Kriege ihre Kampfesluſt und ihre tieriſchen Inſtinkte zu befriedigen, ſondern bleiben hübſch zu Hauſe und ſacken die Profite ein, die dadurch entſtehen, daß die Völker ſich gegenſeitig abſchlachten. Der berühmte ruſſiſche Maler Wereſchtſchagin hat in ſeinen Bildern zur Schlacht von Plewna dieſe Tatſache ausgezeichnet ſymboliſiert: man ſieht im Hintergrunde die ruſſiſchen und türkiſchen Völker ſich mit Waffen aller Art niedermetzeln, im Vordergrunde aber befriedigt der ruſſiſche Zar mit ſeinen Generälen, ſeiner Hofgeſellſchaft die „Kampfluſt" und die „tieriſchen Inſtinkte" beim Champagnergiaſe. (Heiterkeit und Zuſtimmung.) Nicht die Kampfesluſt provoziert alſo die modernen Kriege, die ihr bei dem Feuergefecht aus weiter Entfernung wenig Raum zur Entfaltung bieten, ſondern die Profitgier des Kapitalismus. Die Sucht, fremde Völker zu unterjochen und auszubeuten, iſt die ökonomiſche Urſache, aus der die modernen Kriege entſtehen. Dieſe Raubgier des Kapitalismus hat ſich in ſo ſtarkem Maße entwickelt, daß ſie alle früheren Ideologien des Bürgertums zur Verkümmerung gebracht hat. Alle Freiheits- und Friedensfragen des Bürgertums in ſeiner Jugendzeit ſind vergeſſen, und nur der Ausbeutungstrieb iſt geblieben. Wir haben dafür ein äußerſt intereſſantes Beiſpiel in dem früheren amerikaniſchen Präſidenten Rooſevelt, dem feinſten Typus des modernen kapitaliſtiſchen Politikers, aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dem angeblich freieſten Lande der Welt, wo jeder Bürger unter dem Banner der Sterne und Streifen ſich bei feſtlichen Gelegenheiten an den Phraſen von Freiheit und Frieden berauſcht. Dieſer Rooſevelt hat auf ſeiner Jagdexpedition nach Afrika, die er nicht aus Kampfinſtinkt ſondern aus Schlächterinſtinkt angetreten hat, (Sehr wahr) die Egypter angeſchnauzt, weil ſie ſich erlauben, gegen die engliſche Unterjochung und Ausbeutung ſich aufzulehnen. Das iſt eins der ſchlagendſten

Beispiele dafür, wie der Raubtierinstinkt der modernen kapitalistischen Politik alle anderen Erwägungen niederschlägt. Die seligen amerikanischen Freiheitskämpfer Franklin und Washington hätten sich gewiß im Grabe umgedreht, wenn sie die Worte dieses entarteten Nachkömmlings, des kapitalistisch durchseuchten Repräsentanten der amerikanischen Bourgeoisie gehört hätten. (Beifall.)

In der Kommission sind wir über die Prinzipien der Erklärung sehr rasch einig gewesen. In den Einzelforderungen der Sozialisten gegenüber der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sind nach Möglichkeit alle gegebenen Anregungen berücksichtigt worden. Nur eine Anregung des Genossen Morgari, in allen Parlamenten an die Regierungen die Forderung zu stellen, das Kriegsbudget um 50 Proz. herabzusetzen, fand keinen Anhänger. Genosse Morgari hat selbst gesagt, daß er sich nicht auf die 50 Proz. versteife, er würde vielleicht auch mit 45 zufrieden sein, und dann am Ende bereit sein, die übrigen 55 Proz. militärischer Ausgaben zu bewilligen. Aber dieser Prozentsozialismus (Heiterkeit) konnte die Zustimmung der übrigen Kommissionsmitglieder nicht finden.

Wir haben an Einzelforderungen in der Resolution 4 Punkte aufgestellt. Zunächst, daß in allen Parlamenten ständig obligatorische Schiedsgerichte zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten gefordert werden sollen. Wir haben ja auf Grund der Haager Kongresse bereits Schiedsgerichte, aber nur für die Fälle, die auch sonst nach den historischen Erfahrungen nicht zum Kriege geführt hätten. Mit dem Schiedsgericht werden sie vielleicht rascher erledigt, und die Schiedsgerichte geben einer Reihe von Diplomaten nahrhafte Anstellung, aber zur Beseitigung der wirklich kriegdrohenden Streitfälle tragen diese kapitalistischen Institutionen in keiner Weise bei. Wenn die „Ehre" oder die „Lebensinteressen" der Nation auf dem Spiele stehen, dann soll nicht das Schiedsgericht entscheiden, sondern an die ultima ratio regum appelliert werden, an den letzten Vernunftgrund der Könige, an die Kanone. Der Mann, der dieses Wort geprägt hat, hat den Königen offenbar verflucht wenig Vernunft zugetraut. (Heiterkeit.) Wir fordern Schiedsgerichte für alle internationalen Streitfragen.

Wir fordern weiter die vollständige Abrüstung; wir legen besonderen Wert darauf, zu erklären, daß wir selbstverständlich für die allgemeine Abrüstung eintreten, und ich bin namens der Kommission beauftragt, unseren Parteigenossen der skandinavischen Länder unsere rückhaltlose Anerkennung dafür auszusprechen, daß sie in dieser Beziehung in der Vorderfront des Sozialismus marschieren und mit großer Energie für die allgemeine Abrüstung eintreten. (Beifall.) Im übrigen sollen die sozialistischen Parteien immer neue Anträge stellen, um zunächst den Abschluß von Uebereinkommen über die Einschränkung der Seerüstungen und die Beseitigung des Seebeuterechts zu erzielen. Diese Doppelforderung hat ihren ganz bestimmten historischen Anlaß. Vor 1½ Jahren wurde es ruchbar, daß die englische Regierung an die deutsche mit einem Vorschlag auf Einschränkung der Seerüstungen herangetreten sei und die deutsche Regierung diese Vorschläge abgelehnt habe. Der englische Ministerpräsident Asquith hat selbst diese Tatsache mitgeteilt, um die englischen Flottenrüstungen zu verteidigen. Wir haben sofort im Reichstag den Fürsten Bülow vorgenommen und solange an ihm herumgearbeitet, bis wir klargestellt hatten, daß hier wieder einmal aus sogenannten diplomatischen Interessen die deutsche Regierung mit der Wahrheit Schindluder getrieben hat. Wenn nichts weiter herausgekommen wäre, so wäre schon das ein großer praktischer Erfolg unserer Arbeit. Denn unsere vielgeschmähte parlamentarische Arbeit hat gerade auch zur Hauptaufgabe, die Vertretung der kapitalistischen Interessen durch die bürgerlichen Parteien und Staatsmänner ihrer

Lügenhaftigkeit und Betrügerei zu überführen. Aber wir können mit Genugtuung konstatieren, daß unser Antrag auch über unsere Reihen hinaus gewirkt hat. Unsere englischen Genossen haben erfreulicherweise einen gleichlautenden Antrag eingebracht, wenn ihn auch nicht die ganze Labour Party unterzeichnet hat. Dafür hat im Deutschen Reichstag nur ein einziger bürgerlicher Abgeordneter für unseren Antrag gestimmt, während in England doch ein paar Dutzend liberale Radikale dafür eingetreten sind. Aber jetzt macht seit einiger Zeit auch ein Teil der deutschen bürgerlichen Presse lebhaft Propaganda für diesen deutsch-englischen Abrüstungsvertrag, wobei sie natürlich systematisch verschweigt, daß wir damit vorangegangen sind. Jedenfalls marschiert die Sache, und wir werden immer wieder die bürgerlichen Parteien vor die Entscheidung stellen, ob sie alle freiheitlichen und friedlichen Bestrebungen verleugnen oder sie durch Annahme unserer Anträge wahr machen wollen. Die Zusammenkoppelung der beiden Forderungen, Beschränkung der Seerüstungen und Abschaffung des Seebeuterechts, ist von der größten Wichtigkeit; denn die Reduktion der Rüstungen wird von der englischen Regierung, die Beseitigung des Seebeuterechts, dieser legalisierten Seeräuberei, das Recht, Handelsschiffe einer gegnerischen Nation auf offener See wegzunehmen, zu versenken und ihre Waren zu verkaufen, von der deutschen Regierung vertreten. England will natürlich keinen Konkurrenten gegen seine weitaus stärkste Flotte, die es auf der Höhe des Zweimächtestandards hält, die deutsche Regierung aber möchte ganz gerne einen Seekrieg versuchen, auf den hin es ja seine Flotte verstärkt, aber dabei nicht die deutsche Handelsflotte durch das Seebeuterecht dem schwersten Schaden aussetzen. Durch die Abschaffung des Seebeuterechts würden wir den Regierungen ein besonders beliebtes Argument für die Flottenhetze nehmen, den Schutz der Handelsflotte. Deutschland hat eine relativ kleine Handelsflotte von 4000 Schiffen; aber auch diese Handelsflotte kann natürlich durch keine Marine geschützt werden. Der Schutz der Handelsflotte im Kriegsfall ist überhaupt ganz unmöglich, wie sich im amerikanischen Sezessionskriege deutlich gezeigt hat, wo trotz der kolossalen Ueberlegenheit der Nordamerikaner der kleine Kreuzer „Alabama" alle Meere der Welt durchfuhr und an seinem Seeraub nicht gehindert werden konnte. Aber die Abschaffung des Seebeuterechts wird gerade in Verbindung mit der Verminderung der Seerüstungen die deutsche und die englische Regierung allmählich zur Erfüllung der beiden miteinander verkoppelten Forderungen treiben. Dann wäre die ungeheure Bedrohung des Weltfriedens durch die Seerüstungen eingeschränkt.

Wir haben noch einen vierten Punkt in die Resolution hineingebracht, der nicht direkt mit der Kriegsgefahr zusammenhängt, aber in der Zeit der nationalen Gegensätze eine der bedenklichsten sekundären Kriegsursachen ist. Wir haben gefordert das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und die Verteidigung aller Länder gegen kriegerische Angriffe und gewaltsame Unterdrückung. Das interessiert natürlich in erster Linie die kleinen Staaten, daß die Forderung der nationalen Autonomie aller Völker auf der ganzen Welt zum Durchbruch kommt. Aber auch die größeren Nationen haben überall Bruchstücke, die der Unterdrückung ausgesetzt sind. Deutschland unterdrückt nicht nur die Polen und Dänen, sondern auch die französisch sprechenden Elsaß-Lothringer, und ebenso werden Bruchstücke des deutschen Volkes, zwei Millionen in Ungarn und eine Million in Rußland, in ihrer Nationalität und ihrem Sprachentum unterdrückt. Deshalb fordern wir die freie Selbstregierung für alle Völker, nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und Afrika. Der Sozialismus ist nicht, wie unsere Gegner sagen, antinational, sondern international, was ein ganz anderer Begriff ist. Antinational sind

die nationalen Politiker, die andere Nationen unterdrücken und nur das Recht der eigenen Nation anerkennen, deren heißester Wunsch es ist, fremde Nationen, über die sie durch die geographische Lage oder durch Eroberung Gewalt haben, zu entnationalisieren. Wir sind internationale Sozialdemokraten, die das Recht jedes Menschen auf seine Muttersprache und Nationalität anerkennen und treten daher dafür ein, daß dieses Recht allgemein anerkannt wird. Je mehr dieser große Kulturstandpunkt bei allen Streitfragen von uns betätigt wird, um so mehr werden die Völker erkennen, daß sie ihr Heil nicht von den bürgerlichen Parteien, sondern nur von den Sozialisten zu erwarten haben.

Am Schlusse sagt die Resolution, daß bei drohenden Konflikten das Internationale Bureau sofort die nötigen Schritte ergreifen soll, um die sozialdemokratischen Parteien der betreffenden Länder zu einem einheitlichen Vorgehen zu veranlassen. Der Antrag entspringt einer Anregung der österreichischen Genossen, weil bei dem letzten serbo-österreichischen Konflikt Mißverständnisse zwischen den Parteien der beiden Länder vorhanden waren. Derartigen Mißverständnissen möglichst vorzubeugen, soll das Internationale Bureau beauftragt werden.

Gesondert von der allgemeinen Resolution legen wir Ihnen dann noch zwei Resolutionen vor, die dem Internationalen Bureau allgemeinere Aufträge geben. Auf Antrag der französischen Sozialdemokratie soll beschlossen werden, daß im Falle des Drohens einer Kriegsgefahr das Internationale sozialistische Bureau schon einberufen werden muß, wenn eine Nation das fordert. Auf Antrag von van Kol und Vliegen soll ferner das Internationale Bureau vor jedem Kongreß zusammentreten und einen Bericht über die Durchführung der internationalen Kongreßbeschlüsse durch die einzelnen Parteien ausarbeiten. Auch diese Anträge empfehlen wir Ihnen zur einstimmigen Annahme.

Zu den lebhaftesten Auseinandersetzungen hat dann das Amendement Vaillant-Keir Hardie geführt, das Ihnen auch jetzt wieder vorliegt.

„Unter allen Mitteln, welche angewendet werden sollen, um Kriegen vorzubeugen und sie zu verhindern, hält der Kongreß als besonders zweckmäßig den allgemeinen Streik der Arbeiter, hauptsächlich in den Industrien, welche für den Krieg die Materialien liefern (Waffen, Munition, Transport usw.), ebenso eine Agitation und Aktion im Volke und zwar mit den kräftigsten Mitteln."

Die Stuttgarter Resolution sagt über die Mittel, die wir anwenden müssen, um einen Krieg zu verhindern: „Sobald der Ausbruch eines Krieges droht, sind die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse in allen Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzuwenden, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern." Diese Fassung war eine äußerst glückliche Lösung der heiklen Frage, und wurde in Stuttgart einstimmig angenommen. Sie anerkennt nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die gebieterische Notwendigkeit der Abwehr der Kriegsgefahr mit den äußersten Mitteln. Aber den Generalstreik in irgendeiner Weise den Ländern aufzuoktroyieren, sei es der Generalstreik vor dem Kriege oder bei Ausbruch des Krieges, dazu können wir uns nicht verstehen. Die wirtschaftliche Entwickelung in den einzelnen Ländern, die Kraft der Sozialdemokratie, und insbesondere die verschiedene organisatorische Stärke der Arbeiterbewegung macht allgemeine bindende Vorschriften für den Generalstreik unmöglich. Das ist gar nicht strittig, daß der Generalstreik prinzipiell möglich ist, daß man unter Umständen zu ihm kommen kann, ja vielleicht, wenn die Umstände es gebieten, dazu kommen muß; aber etwas

anderes ist, diesen Generalstreik unter allen Umständen für alle Länder wenigstens als moralische Pflicht zu proklamieren. Wenn eine bürgerliche Partei die Anwendung der äußersten Mittel gegen den Krieg beschlösse, so würde das noch nicht einmal bedeuten, daß ihre Anhänger beim Drohen eines Krieges die Filzpantoffeln ausziehen. Anders beim internationalen Proletariat. Sie mögen Worte austüfteln, so vorsichtig wie Sie wollen, sobald Sie das Wort Generalstreik in die Resolution aufnehmen, verpflichten Sie das Proletariat, ihn durchzuführen. Bloße Betrachtungen über historische Möglichkeiten wollen wir ja nicht anstellen, sondern dem Proletariat sagen, was es zu tun hat. Und da überlegen Sie einmal die Folgen, die es haben muß, wenn Sie über die Stuttgarter Resolution hinausgehen. Wenn Sie wollen, daß die Beschlüsse der Internationale überall befolgt werden, dürfen Sie auch nur Beschlüsse fassen, die überall durchgeführt werden können. Noch sind aber die Organisationen nicht in allen Ländern so ausgereift, daß ein solcher Versuch nicht die verhängnisvollsten Folgen haben könnte. Wenn wir einen solchen Beschluß fassen sollten, müßten wir auch in der Lage sein, die Verantwortung für alle seine Konsequenzen übernehmen zu können. Den Generalstreik müssen die Gewerkschaften machen, wie Sie selbst durch die Anführung einzelner Berufe anerkennen. Und um einen Generalstreik handelt es sich bei diesem Streik der Bergarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter und Militärschneider, selbst wenn man den Juwelieren und Möbeltischlern erlaubt, weiter zu arbeiten. Sie haben aber weder in England noch in Frankreich die Sicherheit, daß die Gewerkschaften zur Durchführung des Generalstreiks stark genug sind. Deshalb dürfen Sie auch uns einen solchen Beschluß nicht aufzwingen wollen. Als durchschlagendster Grund erscheint mir aber, von allem anderen abgesehen, daß niemand solche Forderungen aufstellen darf, der nicht im eigenen Lande alle Kriegsrüstungen ablehnt. Sie dürfen solche Beschlüsse nicht auf Grund ihres bloßen formalen Mandats zum Kongreß fassen, sondern hätten dazu das moralische Recht nur, wenn Sie in Ihrem eigenen Lande stets alle Forderungen für den Militarismus abgelehnt hätten. Ich bestreite das moralische Recht zur Stellung eines solchen Antrages jedem, der im eigenen Lande jemals das Budget bewilligt. (Beifall und Unruhe.) Ich bestreite es daher vor allem den englischen Parteigenossen, die durch die Budgetbewilligung ihren eigenen Machthabern die Waffen in die Hand geben, mit denen sie später Krieg führen könnten. Woher nehmen Sie dann das moralische Recht, andern Völkern den Generalstreik zu gebieten, wenn Sie im eigenen Lande nicht so konsequent antimilitaristisch sind, wie alle anderen sozialdemokratischen Parteien? Solange Sie das Budget und damit die Waffen bewilligen zur Ausrüstung der englischen Söldnertruppen, die die Völker knechten und die Kriege führen, dürfen Sie uns mit so weitgehenden Anträgen nicht kommen. (Beifall und Schlußrufe.)

Ich komme zum Schluß. Parteigenossen! Was uns einen besonderen Anreiz in dieser Zeit geben muß, eine mächtige einheitliche Kundgebung gegen den Krieg und für den Völkerfrieden zu veranstalten, das ist die Rede, die der deutsche Kaiser Wilhelm II. jüngst in Königsberg gehalten hat. Er hat sich dort wiederholt ausgesprochen für das absolutistische Regiment. Doch das ist eine interne Angelegenheit Deutschlands, und darüber werden wir uns an anderer Stelle auseinandersetzen. Aber er hat auch, und das klingt geradezu wie eine Antwort auf alle Kundgebungen der internationalen Sozialistenkongresse gegen den Militarismus, erklärt, daß der Weltfriede nur durch die Rüstungen gewahrt werden kann. Diese Reden haben ja auch eine gute Wirkung, die seitens der Genossen der anderen Länder gar nicht recht gewürdigt werden kann. Erst gestern sagte mir ein österreichischer Genosse: Ihr habt wieder einmal Glück gehabt, das

bringt Euch 200 000 Stimmen mehr bei der nächſten Wahl. Ich glaube, daß dieſer öſterreichiſche Genoſſe die propagandiſtiſche Wirkung unterſchätzt, ich glaube, daß wir dabei noch etwas mehr profitieren. Wilhelm II. hat in der Geſchichte eine unbewußte Funktion zu erfüllen. Er iſt der Wortführer des Militarismus, einer beſonders prononzierten Form des Kapitalismus. Er malt unbewußt die ungeheuerlichen Folgen aus, die Militarismus und Kapitalismus für die ganze Welt haben müſſen. Es geht allen Monarchen Europas wie im Märchen des däniſchen Dichters Anderſen vom Teufelsſpiegel, in dem man alles verkehrt und verzerrt erblickt. In dieſem Teufelsſpiegel erblicken ſie den Sozialismus als Drachengeſtalt und den Militarismus als hehren Friedensengel, als Lichtgeſtalt. Wir aber müſſen die Völker aufklären über die wahre Natur des Militarismus, müſſen ſie aufrufen gegen die Provokation zum Wettrüſten, weil nicht in den Rüſtungen zur See und zu Lande, nicht bei den Monarchen und nicht bei den Heerführern, ſondern einzig und allein in der Hand des klaſſenbewußten Proletariats, in der Hand der Sozialiſten aller Länder, in ihrer wachſenden Zuverſicht, in ihrem wachſenden Stolz und in ihrer unermüdlichen Tätigkeit die Sicherung des Weltfriedens und das Heil der ganzen Menſchheit liegt. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour hält hierauf ſeine Rede engliſch, wobei ihn Vaillant mit dem Zwiſchenruf unterbricht: Das iſt ja eine ganz andere Rede!

Zur Geſchäftsordnung verlangt **Jaurès**, daß ſowohl die engliſche wie die deutſche Rede Ledebours ins Franzöſiſche überſetzt werde.

Ledebour erwidert, daß er die deutſche und die engliſche Rede ohne Manuſkript gehalten habe und jedes Mal die Punkte hervorgehoben habe, die für das betreffende Land von beſonderer Wichtigkeit ſeien. Er habe übrigens den franzöſiſchen Ueberſetzer Deman gebeten, aus beiden Reden das für Frankreich wichtige zu entnehmen und zu überſetzen.

Huysmans: Das iſt alſo die dritte Rede. (Heiterkeit.)

Die von der Kommiſſion beſchloſſene Reſolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß ſtellt feſt, daß innerhalb der letzten Jahre die militäriſchen Rüſtungen trotz der Friedenskongreſſe und der Friedensbeteuerungen der Regierungen eine ungeheuerliche Steigerung erfahren haben. Insbeſondere das Wettrüſten zur See, deſſen jüngſte Phaſe der Bau der Dreadnoughts iſt, bedeutet nicht nur eine wahnſinnige Vergeudung der öffentlichen Mittel für unproduktive Zwecke und infolgedeſſen den Mangel und den Ausfall von Mitteln für die Aufgaben der Sozialpolitik und der Arbeiterfürſorge, es bedroht auch alle Nationen mit materieller Erſchöpfung durch unerträgliche indirekte Steuerlaſten und alle Staaten mit dem finanziellen Ruin. Zugleich wurde gerade durch dieſe Rüſtungen der Frieden der Welt erſt jüngſt gefährdet, wie er dadurch immer von neuem gefährdet werden muß. Angeſichts dieſer die Kultur der Menſchheit, den Wohlſtand der Völker und das Leben der Maſſen bedrohenden Entwickelung beſtätigt der Kongreß die Beſchlüſſe der früheren, insbeſondere des Stuttgarter Kongreſſes und wiederholt:

Die Arbeiter aller Länder haben keine Zwiſtigkeiten oder Mißhelligkeiten untereinander, die zu einem Kriege führen könnten. Kriege ſind heute die Folge des Kapitalismus, beſonders des äußeren Konkurrenzkampfes der kapitaliſtiſchen Staaten auf dem Weltmarkte, und des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klaſſenherrſchaft im Innern und der wirtſchaftlichen und politiſchen Unterjochung der Arbeiterklaſſe iſt. Sie werden erſt vollſtändig aufhören, wenn die kapitaliſtiſche Wirtſchaftsordnung beſeitigt iſt. Die Arbeiterklaſſe, welche die Hauptlaſt der Kriege trägt und von deren

Folgen am schwersten betroffen wird, hat das größte Interesse an der Beseitigung des Krieges. Das organisierte sozialistische Proletariat aller Länder ist darum der einzige zuverlässige Bürge für den Frieden der Welt. Deshalb wiederholt der Kongreß die Mahnung an die Arbeiterparteien aller Länder, die Aufklärungsarbeit über die Ursachen der Kriege im gesamten Proletariat, vor allem unter der heranwachsenden Jugend mit Eifer zu betreiben und diese im Geiste der Völkerverbrüderung zu erziehen.

Indem der Kongreß festhält an der wiederholt ausgesprochenen Verpflichtung der sozialistischen Vertreter in den Parlamenten, die Rüstungen mit allen Kräften zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, erwartet er von diesen Vertretungen:

a) die beständige Wiederholung der Forderung, daß internationale Schiedsgerichte obligatorisch in allen zwischenstaatlichen Streitfällen entscheiden.

b) immer erneuerte Anträge, die auf die allgemeine Abrüstung hinzielen, zunächst und vor allem auf den Abschluß einer Uebereinkunft, durch welche die Seerüstungen beschränkt und das Seebeuterecht beseitigt werden.

c) das Verlangen auf Abschaffung der geheimen Diplomatie und die Veröffentlichung aller bestehenden und künftigen Verträge und Abmachungen zwischen den Regierungen.

d) das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und deren Verteidigung gegen kriegerische Angriffe und gewaltsame Unterdrückung.

Das Internationale Sozialistische Bureau wird alle sozialistischen Vertretungen im Kampf gegen den Militarismus mit Materialien unterstützen und gegebenenfalls auf ein gemeinsames Vorgehen derselben hinwirken. Für den Fall kriegerischer Verwickelungen bestätigt der Kongreß den Stuttgarter Beschluß, der lautet:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Zur Durchführung dieser Maßnahmen weist der Kongreß das Bureau an, bei drohender Kriegsgefahr sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um zwischen den Arbeiterparteien der betroffenen Länder das Einvernehmen über ein einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen."

Nach der französischen Uebersetzung wurde die Vormittagssitzung kurz nach 1 Uhr geschlossen, nachdem Huysmans noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht hatte.

Keir Hardie ist Korreferent. Alle übrigen Redner haben nur 10 Minuten Redezeit.

Nachmittags-Sitzung.

Die Debatte über die Abrüſtungsfrage wird fortgeſetzt. Als Korreferent erhält das Wort

Keir Hardie (England): Wenn man mir 10 Minuten mehr Redezeit gegeben hat, ſo war das aus zwei Gründen notwendig. Zunächſt, weil mir daran lag, die Stellung der ſozialiſtiſchen und der Arbeiterpartei Englands zur Frage des Krieges und des Militarismus im allgemeinen darzulegen, ſodann, weil ich mit einigen Worten die deutſch-engliſchen Beziehungen beleuchten wollte. Dadurch, daß Genoſſe Ledebour ſich in die innerpolitiſchen Taktikfragen Englands eingemiſcht hat, hat er mir meine Aufgabe nicht erleichtert. Genoſſe Ledebour hat in der Einleitung ſeiner Rede zunächſt gemeint, daß Bruce Glaſier die modernen Kriege nicht bloß auf den Kapitalismus zurückgeführt, ſondern ſie als Ausfluß des allgemeinen tieriſchen Inſtinktes der Kampfluſt betrachtet habe. Da hat er Bruce Glaſier nicht verſtanden: dieſer hat gemeint, daß die Urſache der modernen Kriege zwar der Geiſt der kapitaliſtiſchen Konkurrenz ſei, daß es aber ſchon vor dem Kapitalismus Kriege gegeben hat, die auf dieſer tieriſchen Luſt am animaliſchen Kampfe beruhten. Wenn auch nach der Ueberwindung des Kapitalismus noch Kriege möglich ſein ſollten, ſo würden ſie ebenfalls lediglich auf dieſe innere Roheit der menſchlichen Beſtie zurückzuführen ſein. Das hat Bruce Glaſier ausgeführt.

Die Hauptfrage, der wir gegenüberſtehen, iſt die der Kriegsverhinderung und die der Abrüſtung. In dieſen Fragen nimmt die engliſche Arbeiterpartei eine ganz klare und beſtimmte Haltung ein. (Lebhafter Beifall.) Wir ſind nicht nur gegen den Krieg, ſondern auch gegen den Militarismus. (Erneuter Beifall.) Wir betrachten das Berufsheer und die Berufsflotte als Beweis dafür, daß der moderne Staat bereit iſt, ſeine brutalen Machtmittel anzuwenden, um die beſitzenden Klaſſen im Genuß ihrer Privilegien zu erhalten. (Sehr gut!) Wir ſind gegen die Rüſtungen, nicht nur wegen der Kriegsgefahr und der hohen Ausgaben, ſondern auch weil die Rüſtungen den Geiſt des Abſolutismus nach ſich ziehen. Militarismus und Freiheit ſtehen in unüberbrückbarem Gegenſatz und weil wir die Freiheit lieben, kämpfen wir gegen den Militarismus. Wir ſind deshalb auch hocherfreut, daß unſere däniſchen und norwegiſchen Genoſſen ſo glänzend den Kampf für die allgemeine Abrüſtung aufgenommen haben. Wir ſind hocherfreut darüber, daß ſie ſich nicht begnügt haben, auf eine Verminderung der Kriegslaſten hinzuwirken, ſondern abſolut die vollſtändige Entwaffnung des Landes gefordert haben. Die Geſchichte der Menſchheit wird ein neues Ruhmesblatt aufſchlagen, wenn das erſte Volk vollſtändig abrüſtet, alle Waffen wegwirft. Dann wird kein Staat, ſelbſt Rußland nicht, wagen, ein ſolches waffenloſes Land anzugreifen und durch den Ueberfall eines Volkes, das die Waffen beiſeite gelegt hat, das Gerechtigkeitsgefühl und den Freiheitsdrang der ganzen Welt herauszufordern. (Lebhafter Beifall.)

Als ich im Jahre 1892 in das Parlament eingetreten bin, betrug das engliſche Flottenbudget 15 Millionen Pfund. Jetzt beläuft es ſich auf 45 Millionen und wächſt noch immer. Man begründet die Notwendigkeit ſeiner Steigerung mit der Vermehrung der deutſchen Flotte, die angeblich eine Invaſion nach England vorbereiten ſoll. Laſſen Sie mich, Genoſſen, Ihnen im Namen der engliſchen Arbeiterpartei verſichern, daß kein Menſch in der engliſchen Arbeiterpartei das glaubt, und laſſen Sie mich den Teil der Schuld auf uns nehmen, der die engliſche Regierung am Wettrüſten trifft. (Lebhafter Beifall.) Die engliſche Regierung hat auf der Haager Friedenskonferenz die Abſchaffung des Seebeuterechts verweigert und dadurch Deutſchlands Verhalten, wenn auch nicht gerechtfertigt, ſo doch entſchuldigt und der deutſchen Regierung den Vorwand gegeben, angeblich zum Schutze des Handels den Flottenbau zu forcieren.

Wir werden unſere Schuldigkeit tun und nicht aufhören, für die Aufgabe des Seebeuterechts zu kämpfen.

Das Urteil Ledebours über die Haltung der engliſchen Arbeiterpartei ſcheint mir auf einem Mißverſtändnis zu beruhen. Er ſcheint zu glauben, daß die ganze engliſche Arbeiterpartei auf dem Standpunkt ſteht, den Quelch in der „Juſtice“ eingenommen hat. Es iſt ja allgemein bekannt und hat auf dem Feſtland großes Aufſehen erregt, daß zwei engliſche Sozialiſten (Blatchford vor den allgemeinen Wahlen und Hyndman nach den allgemeinen Wahlen) gegen eine Minderung der engliſchen Flottenrüſtung geſchrieben haben, weil England zur Abwehr deutſcher Angriffe bereit ſein müſſe. Die Genoſſen der S. D. P. werden einſtimmig mit mir einverſtanden ſein, wenn ich ſage, daß dies nur die individuelle Meinung zweier Genoſſen iſt und daß es keinen Teil, keine Richtung der engliſchen Arbeiterbewegung gibt, die irgendwie mit ihnen einverſtanden wäre. (Lebhafter Beifall.) Genoſſe Ledebour hat weiter gemeint, die Zuſtimmung zum Geſamtbudget ſei gleichbedeutend mit der Zuſtimmung zu den Flottenrüſtungen. Die Frage der Budgetabſtimmung hat mit der Zuſtimmung zum Militäretat gar nichts zu tun, und ich wundere mich, daß Genoſſe Ledebour, als er von der Budgetabſtimmung ſprach, kein näherliegendes Beiſpiel gefunden hat, als die engliſchen Verhältniſſe. (Heiterkeit.) Die Budgetabſtimmung iſt nicht eine Frage des Prinzips, ſondern eine rein praktiſche und taktiſche Frage. (Lebhafter Beifall bei den Franzoſen und Engländern, demonſtrativer Beifall bei der deutſchen Minderheit.) Ledebours Standpunkt iſt ein Ueberbleibſel aus der Zeit, da die Sozialdemokratie rein antiparlamentariſch war. Im Budget ſind rieſige Summen auch für ſoziale Reformen eingetragen, die wir ſelber gefordert haben, und die auf unſer Verlangen ins Budget aufgenommen ſind. Wir können alſo für das Budget ſtimmen, vorausgeſetzt natürlich, daß die Verteilung der Steuern direkt iſt und die arbeitenden Schichten des Volkes nicht allzu ſehr belaſtet werden. Ich weiß nicht, in welcher Weiſe im Deutſchen Reichstag über das Budget abgeſtimmt wird, aber im engliſchen Etat ſind die Rüſtungen von den Forderungen für Sozialreform getrennt, ſo daß wir für dieſe und gegen die militariſtiſchen Ausgaben ſtimmen können. (Hört! hört!) Die Arbeiterpartei hat denn auch als einzige Partei des engliſchen Parlaments ſtets gegen die Flottenrüſtungen und militäriſchen Ausgaben geſtimmt. (Beifall.) Wir haben gegen ſie geſtimmt und gegen ſie agitiert und veranſtalten gerade jetzt eine große Kampagne gegen den militariſtiſchen Geiſt, für die uns Genoſſe Jaurès ſeine redneriſche Mitwirkung ſchon zugeſagt hat. Wir hoffen, daß Genoſſe Ledebour dasſelbe tun wird. (Beifall.) Er dürfte dann anerkennen, daß die engliſche Arbeiterpartei alles gegen die Rüſtungen tut, was ſie tun kann. — Nun zu unſerm Zuſatzantrag. Genoſſe Ledebour hat uns aufgefordert, ihn zurückzuziehen. Auch wenn wir dazu bereit geweſen wären, hätte uns die Rede des Genoſſen Ledebour das unmöglich gemacht. Wir haben noch heute den Verſuch gemacht, den deutſchen Genoſſen das Kompromiß anzubieten, daß wir unſeren Antrag für heute zurückziehen und dem internationalen Bureau überweiſen, damit es ihn auf die Tagesordnung des nächſten Kongreſſes ſtellt. Die deutſchen Genoſſen haben auch das verweigert, und ſo blieb uns keine andere Wahl übrig, als auf unſerm Antrage zu beſtehen. Ich weiß auch nicht, wie wir es begründen ſollten, daß wir durchaus auf der Stuttgarter Reſolution ſtehen bleiben. Die Stuttgarter Reſolution ſtellte einen Fortſchritt über die Amſterdamer Reſolution dar, und in Kopenhagen wollen wir einen weiteren Schritt tun über die Stuttgarter Reſolution hinaus. Auch die Internationale darf nicht ſtehen bleiben. (Beifall bei den Franzoſen und Engländern.) Uebrigens hat Genoſſe Ledebour unſern Antrag ganz falſch interpretiert. Wir wollen gar nicht allen Ländern in allen Fällen die Anwendung des Generalſtreiks zur Abwehr der Kriegsgefahr vor-

TYÖVÄENLIIKKEEN
KIRJASTO

ſchreiben, wir wollen nur den Arbeitern aller Länder ſagen, daß, wenn ſie ihre wirtſchaftliche Macht ſammeln, die Kraft der Arbeiterklaſſe ausreicht, Kriege unmöglich zu machen. Wir wiſſen ſehr wohl, daß eine erſprießliche Durchführung dieſes antimilitariſtiſchen Streiks nicht nur in einem Lande möglich iſt, ſondern international erfolgen muß. Aber vorläufig fordern wir ja nichts als die friedliche Propaganda und Vorbereitung für dieſen internationalen Schritt. Der ganze Unterſchied zwiſchen uns und dem Genoſſen Ledebour beſteht darin, daß er dieſe Vorbereitung vertagen will, während wir ſie ſogleich von heute an in Angriff nehmen wollen. (Lebhafter Beifall bei den Franzoſen und Engländern.) Wir wollen keinen Generalſtreik, uns genügt der Streik der Arbeiter, die Kriegsmaterial herſtellen, und wir haben unſeren Zuſatzantrag dahin abgeändert, daß wir die Einſchaltung in der Klammer durch das Wort „Kriegsmaterial" erſetzt haben. Allein das Streiken jener Induſtrie, zu der ich ſelbſt einſt gehört habe, würde genügen, um den Krieg zu verhindern, ich meine die Kohlengräber. Der internationale Bergarbeiterkongreß in Brüſſel hat vor wenigen Wochen zur Frage der Anwendung des Generalſtreiks zur Abwehr des Krieges Stellung genommen und den Vorſchlag an den Vorſtand der Internationalen Föderation verwieſen, damit er dem nächſten Kongreß zur praktiſchen Ausführung wieder vorgelegt werde. (Widerſpruch bei den deutſchen Bergarbeitern.) Die Arbeiter aller Nationen, die hier auf dem Kongreß vertreten ſind, ſollten dieſem Beiſpiel folgen. Wenn wir die Arbeiter dazu erziehen, mit allen Mitteln im Parlament und in der Werkſtatt gegen den Militarismus zu agitieren, dürfen wir die Zuverſicht haben, daß ſie unſern Ruf hören werden, wenn er an ſie ergeht. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorſchlag von **Jaurès** erhält in der Diskuſſion abwechſelnd ein Redner für und ein Redner gegen den Zuſatzantrag Keir Hardie das Wort.

Dr. **Renner** (Oeſterreich): Als Mitglied der Kommiſſion darf ich Ihnen eine kurze Aufklärung über den Sinn der Reſolution geben, an deren Abfaſſung ich mitbeteiligt war. Die Kommiſſion hatte den Auftrag, in erſter Linie die Frage des Schiedsgerichts und der Abrüſtung zu prüfen. Sie konnte alſo gar nicht in erſter Linie die Mittel erörtern, die dem Proletariat zu Gebote ſtehen, um einen Krieg zu verhindern. Es ſtand nicht in den Abſichten der Kommiſſion, daß dieſe Frage ſo ſehr in den Vordergrund trat. Die Kommiſſion hat einfach die Worte des Stuttgarter Kongreſſes wiederholt. Sie war ſich in ihrer Mehrheit bewußt, daß ſeinerzeit ſchon in Stuttgart dieſe Frage Gegenſtand lebhafter Erörterungen geweſen iſt, und daß der Wortlaut der Stuttgarter Reſolution feſtgelegt war auf Grund eines ſorgfältig vorbereiteten Kompromiſſes, das zwiſchen der deutſchen und franzöſiſchen Bruderpartei unter der Intervention der Belgier und Oeſterreicher abgeſchloſſen war. Der Stuttgarter Beſchluß ſtammt aus einer Zeit, da beide Länder unmittelbar nahe einer Kriegsgefahr geſtanden hatten, und alle Urſache hatten, ihre Worte zu wägen. Dieſen Beſchluß hat die Kommiſſion rekapituliert und ſich nicht angemaßt, den einmal gefaßten Beſchluß der Internationale, den ſie für vollkommen zweckentſprechend hielt, ohne einen Auftrag umzuſtoßen. Dennoch hat die Debatte über die Mittel zur Verhinderung des Krieges hier wieder aufs lebhafteſte eingeſetzt, und wir alle ſtehen unter dem Eindruck der kräftigen Worte Keir Hardies. Wenn es bloß auf den Willen ankäme, wären wir alle mit ihm ganz einverſtanden, und ſoweit es auf den Willen zur Tat ankommt, freuen wir uns, daß dieſer Vorkämpfer der Internationale im weißen Haar unſerem revolutionären Temperament ein Muſter geweſen iſt. (Lebhafter Beifall.) Aber wir haben hier nicht nur unſerer Leidenſchaft Ausdruck zu geben, der internationale Kongreß hat andere Aufgaben. Der Kommiſſion war vor allem eines klar: daß gegen eine Beſchlußfaſſung, gegen eine autoritative Deklaration der Verpflich-

tung zum Generalstreik, eine Reihe Nationen geschlossen standen. Genosse Morgari hat für Italien erklärt, daß der Beschluß des Generalstreiks ein Selbstmord der Partei wäre; der Vertreter Deutschlands hat erklärt, daß ein solcher Beschluß die Partei selbst mit dem Charakter der Illegalität belasten würde, und ich selbst habe für Oesterreich erklärt, daß wir auf Grund dieses Beschlusses vielleicht in die Lage kommen könnten, bis zum Ausbruch eines Krieges eine sozialdemokratische Partei zu haben, gerade dann aber nicht mehr, weil die Resolution die Handhabe zu den schlimmsten Verfolgungen geben würde. Der Internationale Kongreß darf nun nicht über die eine oder andere Auffassung zu Gericht sitzen, sondern kann nur die Ziele festlegen, über die alle Genossen einig sind. Wir haben es daher nicht für zweckmäßig gehalten, festzustellen, welche Meinungsverschiedenheiten über dieses oder jenes Mittel obwalten, sondern die Uebereinstimmung in den Kampfzielen zu betonen. Wir haben nur das in die Resolution aufgenommen, worüber sich die Mehrheit, ja alle einig waren, und das Trennende beiseite gelassen. Es ist auch vollständig klar, daß die Stuttgarter Resolution, die alle Parteien verpflichtet, mit jedem ihr zu Gebote stehenden Mittel, das ihr wirksam erscheint, die Kriegsgefahr zu bekämpfen, auch den politischen Massenstreik deckt, ja, ihn nach der politischen und ökonomischen Reife des Proletariats als wirksames Mittel anerkennt. Nur muß jeder Partei überlassen werden, zu beurteilen, ob sie das Mittel gebrauchen kann. Es wäre nicht klug gewesen, hätten wir einen Entwurf gewählt, von dem wir von vornherein wissen mußten, daß das Abstimmungsergebnis zweifelhaft ist. Deshalb haben wir es unterlassen, auf die Frage der Mittel noch einmal einzugehen. Unsere Resolution präjudiziert aber nicht die Behandlung der Generalstreikfrage auf dem nächsten Kongreß, sie kann dort selbstverständlich diskutiert werden. Seit dem Stuttgarter Internationalen Kongreß ist die Diskussion dieser Frage, die Klärung der Meinungen zwischen den Sozialdemokraten aller Länder in diesem Punkte nicht fortgeschritten. Es ist deshalb nicht klug, diese Resolution zu ändern. Die Frage der Mittel können wir nicht hier auskämpfen, sie muß theoretisch geklärt werden zwischen den einzelnen Parteien, und wenn unsere theoretische Auffassung gleich ist, dann wird es leicht sein, dem gemeinsamen Willen Ausdruck zu verleihen. Noch eines möchte ich betonen: wir Oesterreicher haben die Kriegsgefahr in der nächsten Nähe gesehen. Vor zwei und vor einem Jahre haben wir die Mühe gehabt, die Kriegsgefahr zu bekämpfen, auch die Gelegenheit gehabt, die Tragweite der einzelnen Mittel zu prüfen. Wir haben die Psychologie des ganzen Volkes kennen gelernt in der Situation vor dem Kriege und haben aus dieser Erfahrung nicht den Mut geschöpft, für die Deklaration des Generalstreiks als verpflichtend für alle Parteien einzutreten. (Hört! hört!) Die Oesterreicher und die Reichsdeutschen kommen aus den Ländern des stärksten Militarismus und haben daher den traurigen Vorzug, in der Frage des Militarismus Fachmänner zu sein. Ich glaube daraus das moralische Recht schöpfen zu dürfen, aus dem Lande des stärksten Militarismus heraus es für die größte Unklugheit zu erklären, wenn wir uns an ein Mittel binden, statt in allen Herzen die Ueberzeugung zu nähren, daß uns jedes Mittel recht ist, um den Geist des Militarismus zu bekämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen und Oesterreichern.)

Jones (S. D. P.)-London: Die britische Sektion ist einstimmig für das Amendement Vaillant-Keir Hardie. Wir sind, obwohl einige unter uns zu Hause nicht so radikal sind wie hier, entschlossen, nichts zu versäumen, was den Krieg verhindern kann. Unsere Haltung ist hier nicht ganz richtig dargestellt worden. Gewiß gibt es einige Meinungsverschiedenheiten unter uns über den Krieg und die Mittel, ihn zu bekämpfen. Aber darin sind wir alle einig, daß unser Motto sein muß: Krieg dem Kriege. Daran wird niemand etwas

ändern. Für die Abweichungen einzelner Parteigenossen darf nicht die ganze Partei verantwortlich gemacht werden. (Hört! hört!) In England gilt es, nicht die Arbeiterklasse, sondern manche Führer der Arbeiterklasse zu Gegnern des Krieges zu erziehen. Hat doch ein Sechstel der Abgeordneten der Labour Party für die Erhöhung des Marinebudgets gestimmt. (Hört! hört!) Wenn man geltend macht, man stimme für das Budget, weil es sozialreformatorische Fortschritte erfülle, so erinnert mich jeder, der so etwas sagt, an den Mann, der einen Taler wegschenkt und einen Groschen zurückerhält. (Heiterkeit und Beifall.) Die Bourgeoisie wird niemals freiwillig auf ihre Privilegien verzichten, sie gewährt Reformen nur, um den Kampf der Arbeiterklasse abzuschwächen. (Zuruf bei den Oesterreichern: Mag sie es ruhig versuchen!) Ich richte den Appell an die deutschen Genossen, uns nicht zu verlassen, sondern Hand in Hand mit uns zu arbeiten. Wir können für die englische Arbeiterklasse versprechen, daß sie ihre Pflicht nicht versäumen wird, und hier haben wir in unserer Sektionssitzung auch entscheidende Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung gehört, die sich für die rücksichtslosesten Mittel gegen den Krieg ausgesprochen haben. Daran werden wir sie in England wieder erinnern. Es ist hier so viel von der psychologischen Stimmung des Volkes im Kriegsfalle gesprochen worden. Soweit wirklich von einer solchen psychologischen Verfassung des Volkes gesprochen werden kann, muß uns gerade dieser Umstand noch mehr veranlassen, unsere Schuldigkeit zu tun. Das haben wir in England zurzeit des südwestafrikanischen Krieges trotz allen Kriegsrausches getan, soweit es sich um die Bekämpfung des englischen Chauvinismus und Imperialismus handelt, sind alle Richtungen der englischen Partei einig. In der Bekämpfung der Unterdrückung Indiens, Aegyptens usw. gehen alle zusammen: Quelch, Hyndman, Keir Hardie und Macdonald. Nicht der geringste Grund liegt vor, die S. D. P. chauvinistischer oder imperialistischer Gesinnung zu verdächtigen. Wir werden alles tun, um den Krieg zu verhindern, wir wollen uns nicht auf den Generalstreik beschränken, aber ihn einschließen in die Reihe der Mittel. Nicht an uns wird es liegen, wenn die Resolution nicht ausgeführt wird. (Beifall bei den Engländern.)

Vandervelde: Zwei Gründe veranlassen mich, hier das Wort zu nehmen. Einmal habe ich die Abstimmung der belgischen Delegation über das Amendement Keir Hardies zu rechtfertigen, die sich der Stimme enthalten wird, und dann habe ich als früherer Berichterstatter über diese Frage in Stuttgart eine Erklärung über die Tragweite und die richtige Bedeutung der Stuttgarter Resolution abgegeben. Wir können nicht gegen das Amendement stimmen, wir wollen unsere Sympathie für die Bedeutung und das Ziel des Antrages unserer französischen und englischen Genossen ausdrücken. Wir denken, daß der Generalstreik, wenn die Arbeiterklasse zweier Länder vor einem brudermörderischen Krieg steht, eine heldenmütige Tat ist. Es hat einen großen Eindruck auf den Kongreß gemacht, einen so alten Kämpfer wie Keir Hardie hier zu hören, der die gemäßigte Fraktion des englischen Sozialismus vertritt, und der hier erklärte, daß die Bergarbeiter, Transportarbeiter, die Metallarbeiter bereit seien, eine Kriegserklärung mit dem allgemeinen Streik zu beantworten. Darin liegt ein großer Fortschritt und der allseitigen Kriegsgefahr wird damit ein großes Hindernis entgegengesetzt. Auf der anderen Seite aber können wir auch nicht für das Amendement stimmen, denn die Tragweite dieses Amendements ist so groß, daß es nur dann ersprießlich wirken kann, wenn die gesamte Internationale sich einstimmig dafür erklärt. Bis dahin ist es nicht gut, es zur Abstimmung zu bringen, deshalb ist es das beste, wenn das Amendement an das Internationale Bureau gewiesen wird, damit es die Frage gründlich studiert und sie dann

einem der nächſten internationalen Kongreſſe zur Beſchlußfaſſung überweiſt. (Beifall.)

Nun zu dem, was Ledebour über den Sinn der Stuttgarter Reſolution geſagt hat. Ich bin feſt überzeugt, ihn falſch verſtanden zu haben, aber da es mir nicht allein ſo geht, darf ich hoffen, daß er in ſeinem Schlußwort die nötige Aufklärung geben wird. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Ledebour der Stuttgarter Reſolution einen ganz abſchwächenden Sinn gegeben hat. (Ledebour: Iſt mir nicht eingefallen!) Aus ſeinen Worten hat herausgeklungen, als wenn die deutſchen Genoſſen das Amendement Keir Hardie ablehnten, nicht deshalb, weil ſie nicht ſagen dürfen, was ſie wollen, ſondern weil ſie glauben, daß die anderen, die es beantragen, es ſelber nicht ausführen wollen. (Lebhafter Widerſpruch Ledebours.) Das iſt eine ungerechtfertigte Verletzung eines Teiles der Internationale. Die Stuttgarter Reſolution hatte eine doppelte Bedeutung, die ich als Referent dort klargelegt hatte. Die erſte war die, daß wir uns nicht offen für den Generalſtreik ausſprechen wollten, weil damit den reaktionären Regierungen der großen Militärſtaaten eine Handhabe zu Repreſſions- und Ausnahmegeſetzen geboten worden wäre. Andererſeits aber ſollte die Stuttgarter Reſolution doch zum Ausdruck bringen, daß wir alle Mittel gegen den Krieg, auch den Generalſtreik und den Ausſtand, anwenden wollen. Ich würde mich freuen, wenn Ledebour in ſeinem Schlußwort dieſer Auffaſſung Ausdruck verleihen wollte. Wenn man das nicht gemeint hätte, dann wäre ja die Stuttgarter Reſolution eine leere Formel. Wiederholt haben die Genoſſen einzelner Länder heldenmütig Front gegen den Krieg gemacht. So proteſtierten die engliſchen Kameraden gegen den Krieg in Südafrika, ſo ſchritt die ruſſiſche Sozialdemokratie, als der Krieg mit Japan ausbrach, nicht bloß zum Generalſtreik, ſondern zur Revolution, und ein noch näher liegendes Beiſpiel lieferten die ſpaniſchen Brüder, die vor kurzer Zeit, als ihre Regierung einen Seeräuber- und Banditenzug unternahm, heldenmütigen Widerſtand leiſteten, obwohl ſie einer der ſchwächſten Zweige der Internationale ſind. Ich habe die Zuverſicht, daß das, was die Engländer, die Ruſſen, die Spanier getan haben, auch die anderen großen Nationen tun werden. Jedenfalls bitte ich Sie, das Amendement, für das wir alle ſind, nicht abzulehnen. Das würde einen falſchen Eindruck draußen machen. Ich erſuche Sie, es dem nächſten internationalen Kongreß zu überweiſen, nicht weil ich es für verfrüht oder verkehrt halte, ſondern weil ich der Zuverſicht bin, daß es dann einſtimmig angenommen wird, und dieſe Einſtimmigkeit heißt: den Kriegsmitteln der herrſchenden Klaſſen ſetzen wir die Mobilmachung aller Kräfte der Arbeiterklaſſe entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Vorſitzender **Branting**: Ich glaube, daß wir mit dem Antrag Vandervelde auf dem beſten Wege zur Ueberwindung der Schwierigkeiten ſind. Wir könnten auf dieſem Wege die Frage noch heute erledigen.

Vandervelde: Wenn die franzöſiſchen und engliſchen Delegierten meinem Vorſchlage zuſtimmen, können ſie ſich nachher leicht mit einigen anderen Genoſſen aus der Kommiſſion über die Form einigen, die dann ihrem Amendement bei der Ueberweiſung an das Internationale Bureau gegeben werden könnte.

Vaillant (Frankreich): Ich will einige Erklärungen abgeben, damit die richtige Bedeutung des Amendements Keir Hardie-Vaillant hervortritt. Dr. Renner und Ledebour haben gemeint, daß dieſes Amendement über den Rahmen der Tagesordnung hinausgehe, weil der Kommiſſion nur die Fragen der Schiedsgerichte und der Abrüſtung zugewieſen worden ſeien, während

das Amendement über die Mittel zur Verhütung des Krieges handelt. Aber auch Abrüstungen und Schiedsgerichte sind ja nur Mittel, um den Krieg zu verhindern, und wenn die Frage der Mittel gestellt wird, so drängt sich uns von selbst der ganze Jammer des Militarismus auf und verlangt seine Lösung, ob er auf die Tagesordnung gesetzt ist oder nicht. (Beifall bei den Franzosen und Engländern.) Ueberall, wo man über den Militarismus spricht, muß wiederum die Frage der Mittel aufgerollt werden, mit denen man die Kriege verhindern kann. Ich kann auch den Einwand nicht gelten lassen, daß die Annahme unseres Amendements einigen angeschlossenen Nationen Verfolgungen oder Repressalien eintragen könnte. Denn unser Amendement sagt im Grunde genommen gar nichts anderes als die Stuttgarter Resolution, legt gar keine bestimmte Aktion fest, sondern proklamiert nur genau wie die Stuttgarter Resolution den Generalstreik als ein mögliches Mittel zur Verhinderung der Kriegsgefahr und zwar als ein besonders wirksames Mittel. (Beifall bei den Franzosen und Engländern.) Auch die Stuttgarter Resolution umfaßt unter „allen geeigneten Mitteln" den Generalstreik, und wir sagen dasselbe jetzt nur etwas konkreter und mehr auf die wirkliche Anwendung zugeschnitten, was die Stuttgarter Resolution mehr in der Form einer historischen Aufzählung sagt.

Die Resolution, die die Kommission vorlegt, zählt nur einige parlamentarische Mittel zur Bekämpfung der Kriegsgefahr auf. Aber was nützen Eure parlamentarischen Mittel? (Stürmischer Beifall bei den Franzosen und Engländern.) Nichts, gar nichts nützen sie, wenn sie nicht unterstützt werden durch die Wucht der Masse, durch die organisierte Stoßkraft des gesamten Proletariats. Schiedsgerichte und Rüstungsbeschränkungen haben nur Wert, wenn dahinter die Massenaktion außerhalb der Parlamente steht. Diese Massenaktion können wir nur hervorrufen, wenn wir ihr ein bestimmtes Ziel setzen, wenn wir dem Proletariat von vornherein die Mittel zeigen, die es zu seiner Verfügung hat. Unser Amendement will nicht den Massenstreik dekretieren, aber es will ihn organisieren und als Mittel zur Vorbereitung für die Propagierung des Generalstreiks wollen wir ihn hier als eins der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Kriegsgefahr anerkennen. Es besteht also kein Grund, unsere Resolution abzulehnen oder sie zu vertagen. Aber ich glaube ebenso wie Vandervelde, daß die Ablehnung der Resolution den Eindruck hervorrufen könnte, als ob nur die Engländer und Franzosen bereit seien, die äußersten Mittel anzuwenden, aber nicht die anderen Nationen, und dieser Eindruck muß natürlich vermieden werden. Deshalb ist es schon besser, wenn nicht abgestimmt wird. Wir dürfen nicht die ausländischen Genossen in den ungerechten Verdacht bringen, daß sie nicht wollen, was wir wollen. Denn das ist eben nicht wahr. Wir haben deshalb schon in der Kommission ein Kompromiß vorgeschlagen, das die deutschen Genossen allerdings abgelehnt haben, unser Amendement nicht nur dem Internationalen sozialistischen Bureau, sondern auch den beteiligten Nationen zur Beratung zu überweisen und auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen. Wird das dem Antrag Vandervelde nicht hinzugefügt, so bedeutet er einfach eine Beerdigung unseres Antrages. Wir können diese Zurückverweisung nur dann annehmen, wenn sie uns als ein geeignetes Mittel erscheint, künftig die Durchführung der Resolution zu sichern. Es darf uns im eigenen Lande von den herrschenden Klassen nicht länger entgegengehalten werden, daß wir von den anderen Ländern nicht durch entsprechende Aktionen unterstützt werden. Unsere Aktion gegen den Krieg muß einheitlich international sein. Ich halte es für ziemlich schwierig, eine neue Formulierung des Vandervelde'schen

Gedankens in Verbindung mit unſerem Amendement zu finden. Vielleicht gelangen wir durch eine Zurückverweiſung der Frage an die Kommiſſion zu einem einheitlichen Beſchluß. (Beifall.)

Vandervelde legt folgenden Antrag vor:

„Der Kongreß beſchließt, daß das Amendement Keir Hardie-Vaillant dem Internationalen Sozialiſtiſchen Bureau zum Studium überwieſen wird und daß dieſes über die Vorſchläge, die es enthält, dem nächſten Internationalen Sozialiſtenkongreß Bericht erſtattet."

Unterzeichnet iſt der Antrag von Vandervelde (Belgien), Hillquit (Amerika), Wibaut (Holland), Roſa Luxemburg (Polen), Viktor Adler (Oeſterreich) und Ebert (Deutſchland).

Keir Hardie ſchließt ſich dem Antrage an.

Vorſitzender **Branting:** Wenn alle einverſtanden ſind, können wir die Debatte über das Amendement ſchließen.

Vaillant: Da Keir Hardie den Antrag mit unterzeichnet hat, und uns verſichert wird, daß dieſer Antrag genau denſelben Sinn hat wie mein Vorſchlag, füge ich auch meinen Namen hinzu.

Der Antrag Vandervelde wird einſtimmig angenommen (Stürmiſcher Beifall.)

Das Schlußwort zum Bericht der Kommiſſion erhält

Ledebour (Deutſchland): Ich will mich auf ganz wenige Sätze beſchränken. Wenn Keir Hardie und Vaillant ihren Vorſchlag in Form des Antrages Vandervelde von vornherein vorgebracht hätten, hätten wir uns die ganze Diskuſſion ſparen können. Ich verzichte auch im Intereſſe der Zeit auf die Richtigſtellung der vielen Mißverſtändniſſe, die namentlich Vandervelde und Keir Hardie in ihren Reden paſſiert ſind. Ich will nur noch darauf aufmerkſam machen, daß in der Diskuſſion die beiden Beſchlüſſe der Kommiſſion, die die Handhabung der Geſchäfte durch das Internationale Bureau betreffen, gar nicht erwähnt worden ſind. Ich empfehle ſie daher nochmals ausdrücklich zur Annahme. Im übrigen glaube ich, daß die einmütige Annahme nicht nur des Amendements Vandervelde, ſondern auch der von der Kommiſſion ausgearbeiteten Reſolution die beſte proletariſche Gedenkfeier für den Schlachttag vor 40 Jahren iſt, an dem die Soldaten zweier großer Kulturvölker zur Schlachtbank geführt wurden. Gerade an dieſem Tage muß die Internationale des Proletariats einmütig für den Weltfrieden demonſtrieren. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag der Kommiſſion wird mit den beiden Zuſatzreſolutionen über die Tätigkeit des Internationalen Bureaus einſtimmig unter ſtürmiſchen Beifallskundgebungen angenommen.

Vorſitzender **Branting:** Wir haben durch dieſen Beſchluß noch einmal den feſten Willen bekundet, für den Weltfrieden überall und in allen Formen, wenn nötig mit den ſchärfſten Mitteln zu wirken. (Erneuter ſtürmiſcher Beifall.)

Huysmans ſchlägt vor, eine Abendſitzung abzuhalten, da ſonſt keine Ausſicht auf Erledigung der Kongreßarbeiten ſei.

Der Kongreß beſchließt, ohne Pauſe weiter zu tagen und nimmt den Bericht der zweiten Kommiſſion (Gewerkſchaftskommiſſion) über den öſterreichiſchen Gewerkſchaftsſtreit entgegen.

Die Einheit der Gewerkſchaftsbewegung.

Die große Mehrheit der Kommiſſion ſchlägt folgende Reſolution vor:

„Der Internationale Sozialiſtiſche Kongreß zu Kopenhagen erneuert ſeine in Stuttgart beſchloſſene Reſolution über die Beziehungen zwiſchen der politiſchen Partei und den Gewerkſchaften, insbeſondere in dem Punkte, daß die Einheitlichkeit der Gewerkſchaftsorganiſation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine weſentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung iſt.

In vielſprachigen Staaten müſſen ſelbſtverſtändlich die einheitlichen Gewerkſchaften den ſprachlich-kulturellen Bedürfniſſen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Verſuch, internationale einheitliche Gewerkſchaften in national-ſeparatiſtiſche Teile zu zerſchlagen, der Abſicht dieſer Reſolution des Internationalen Sozialiſtenkongreſſes widerſpricht.

Das Internationale Sozialiſtiſche Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkſchaften werden aufgefordert, den unmittelbar intereſſierten Parteien ihre Dienſte zur Verfügung zu ſtellen, um die darüber vorkommenden Konflikte zu ebnen, in einem Geiſte der Verſtändigung und der ſozialiſtiſchen Brüderlichkeit."

Die Reſolution der Kommiſſionsminderheit lautet:

„Da es ſich in der Begründung der Reſolution der deutſchen Genoſſen in Oeſterreich hauptſächlich in ihrem Schlußabſatze um eine Frage von größter Bedeutung handelt, welche ohne eine gründliche Unterſuchung und Kenntnis der Verhältniſſe in Oeſterreich nicht entſchieden werden kann, und der Reſolutionsantrag der Wiener Gewerkſchaftskommiſſion nur die Herausreißung eines Teiles der Stuttgarter Reſolution bedeutet, womit ſie zu einer einſeitigen Auslegung zum Schaden gleichwichtiger in der Reſolution enthaltener Prinzipien führt, und ſchließlich in Anbetracht deſſen, daß nicht nachgewieſen wurde, daß ſich die böhmiſche politiſche Partei unberechtigt in die Gewerkſchaftsbewegung eingemengt hat, beantragen wir:

Der Kongreß möge den Antrag der Gewerkſchaftskommiſſion in Wien dem Internationalen Sozialiſtiſchen Bureau als eine interne Angelegenheit der Parteien in Oeſterreich zuweiſen, welche dem Bureau gründliche Berichte zur Unterſuchung und Beurteilung vorlegen würden.

Sollte es bis zum nächſten Kongreſſe zu einer Regelung der ſtreitigen Angelegenheit in Oeſterreich nicht kommen, erſtattet das Internationale Bureau dem Kongreß über ſeine Unterſuchung Bericht und ſtellt eventuell entſprechende Anträge."

Referent der Kommiſſionsmehrheit **Plechanoff** (Rußland): In der Kommiſſion ſtanden ſich zwei Auffaſſungen gegenüber: die tſchechoſlawiſche und die aller anderen Mitglieder der Kommiſſion. Die Hauptzüge des Gegenſatzes ſind folgende: die Tſchechoſlawen verlangen das uneingeſchränkte Recht über ihre eigenen politiſchen und gewerkſchaftlichen Organiſationen. Die Ausübung dieſes Rechtes ſei ihnen dadurch erſchwert, daß ihre Parteiorganiſation national und autonom, die Gewerkſchaftsorganiſation aber international iſt. Die Tſchechen vertreten den Standpunkt, daß ihre Partei nicht in der Lage ſei, das Selbſtbeſtimmungsrecht über ihre Gewerkſchaftsorganiſationen auszuüben und daß ſie daher in die Notwendigkeit verſetzt wären, ſie ſelbſtändig zu organiſieren, wie ſchon ihre politiſche Bewegung ſelbſtändig organiſiert iſt.

Den anderen Standpunkt vertreten die Oeſterreicher. Sie wieſen darauf hin, daß Oeſterreich abgeſehen von den kleineren Nationen 8 größere Nationen umfaßt. Wenn dort das Prinzip der gewerkſchaftlichen Organiſation nach Nationen durchgeführt werden ſollte, ſo müßte man mindeſtens 8 verſchiedene Gewerkſchaften jeder Induſtriegruppe haben. Dabei würden ſich dieſe Gewerk-

ſchaften nicht auf örtlich abgegrenzte Gegenden beſchränken, ſondern, da die öſterreichiſchen Völker in bezug auf den Wohnort untereinander vermiſcht ſind, und eine ſtändige und lebhafte Fluktuation namentlich der Arbeiter der verſchiedenen Nationalitäten ſtattfindet, würden ſich in den verſchiedenen großen Induſtriebezirken 8 verſchiedene nationale Gewerkſchaften bilden müſſen, wenn die tſchechiſche Idee durchgeführt werden ſollte. Das käme wirklich einem Selbſtmord der gewerkſchaftlichen Organiſationen gleich. Aus dieſem Grunde glauben die öſterreichiſchen Genoſſen, daß die Gewerkſchaften international ſein müſſen, daß ſie nicht auf der Grundlage der Nationalität, ſondern auf der des einheitlichen Wirtſchaftsgebietes ſtehen müſſen. Das ſei um ſo notwendiger, als ſich die Arbeitgeberorganiſationen immer enger und enger zuſammenſchließen und die Verſchärfung des gewerkſchaftlichen Kampfes mit Notwendigkeit den immer engeren Zuſammenſchluß der Arbeiter fordere.

Die eigentümliche Situation war dabei, daß beide Teile ſich auf die Stuttgarter Reſolution beriefen, die Tſchechen, weil ſie die enge Verbindung von Partei und Gewerkſchaften empfehle und darum die Gewerkſchaften ebenſo national autonom ſein müßten wie die Partei, die Oeſterreicher, weil der wichtigſte Teil der Stuttgarter Reſolution ausdrücklich und nachdrücklich betone, daß die enge Verbindung zwiſchen Partei und Gewerkſchaften ſich nicht auf Koſten der gewerkſchaftlichen Einigkeit vollziehen dürfe. Die Stuttgarter Reſolution hat in der Tat dieſen letzten Sinn, wie Genoſſe Beer, der dieſen Paſſus verfaßt hat, ausdrücklich beſtätigt hat. Die öſterreichiſchen Genoſſen haben ferner darauf Gewicht gelegt, daß es ſich nicht um den Konflikt eines Teiles der Tſchechoſlawen mit den internationalen Gewerkſchaften handelt. In der Kommiſſion hat denn auch ein polniſcher Vertreter der Gewerkſchaften erklärt, daß die anderen öſterreichiſchen Nationen in den Gewerkſchaften vollſtändig den Standpunkt der deutſchen Genoſſen teilen, und mit der Reichskommiſſion der Gewerkſchaften Oeſterreichs auf dem Boden der internationalen Gewerkſchaften ſtünden.

Dieſem Standpunkt haben ſich prinzipiell die Vertreter aller Nationen angeſchloſſen. Die Franzoſen haben kleine Vorbehalte gemacht, die mit der Streitfrage ſelbſt nichts zu tun haben, ſondern ſich nur darauf beziehen, daß ſie ausdrücklich die Stuttgarter Reſolution über die Einigkeit von Partei und Gewerkſchaften beſtätigen wollten. In der Grundfrage ſelbſt war ſich die ganze Kommiſſion einig und es wird kaum ein anderes Beiſpiel einer ſolchen Einmütigkeit der Auffaſſung in der Internationale geben. (Lebhafter Beifall.) Die Kommiſſion hat die Frage mit aller Gewiſſenhaftigkeit gründlich geprüft und die Intereſſen der geſamten Arbeiterbewegung gründlich ins Auge gefaßt. Die Kommiſſion hatte ganz allgemein den Eindruck, daß die nationale Zerſplitterung der Gewerkſchaften ihren Selbſtmord bedeuten würde. Selbſt in Deutſchland müßten dann neben den deutſchen auch polniſche, däniſche, franzöſiſche, italieniſche und ruthenieſche Gewerkſchaften beſtehen, und Rußland hätte nicht 5, oder 8, wie in Oeſterreich, ſondern viele Dutzende von gewerkſchaftlichen Nationalitäten. Solche Situation wäre eine Unmöglichkeit. Die Wirkung der Durchführung dieſer Beſchlüſſe würde ganz Oſteuropa aufs ſchwerſte treffen. Das iſt beſonders wichtig deshalb, weil, wie das Kapital vom Weſten nach Oſten wandert, eine fortgeſetzte Auswanderung der Arbeitskräfte von Oſten nach Weſten ſtattfindet, und ſomit die tſchechiſche Zerſplitterung auf alle Länder übertragen werden würde. Das gäbe ein wahres Tohuwabohu und es wäre den gewerkſchaftlichen Organiſationen unmöglich, weiter zu kämpfen. Die Nation als Grundlage der Gewerkſchaftsbewegung kann nicht ein ethiſcher, ſondern nur ein politiſcher Begriff ſein. Dabei würde aber nicht herauskommen, was die tſchechiſchen Genoſſen wollen,

sondern wiederum, was die Reichskommission beantragt, die einheitliche Gewerkschaftsorganisation für den ganzen Staat. (Beifall.) Als Erkenntnis der Kommissionsberatungen ist nochmals festzustellen, daß mit Ausnahme der Tschechen einstimmig als Grundlage der gewerkschaftlichen Organisationen nicht die Rasseneinheit, sondern die Einheit des wirtschaftlichen und Staatsgebiets proklamiert wurde. In diesem Sinne wurde die Resolution der Reichskommission angenommen und ich bitte den Kongreß mit derselben Einmütigkeit zuzustimmen.

Als Korreferent erhält das Wort **Nemec** (Prag): Zum ersten Male stehen die tschechischen Sozialdemokraten als Angeklagte vor dem Forum der Internationale. Man hat zwar gesagt, es handele sich nicht um eine Anklage, sondern bloß um die strittige Auslegung der Stuttgarter Resolution. Aber wir haben auf internationalen Kongressen schon sehr viele Resolutionen gefaßt, und niemals ist so ungestüm ihre Auslegung umstritten und betrieben worden, wie in diesem Falle. Die Maifeierresolution wird z. B. gar nicht mehr eingehalten und kein Mensch fragt danach. (Lebhafte Zustimmung.) Niemand wird zur Verantwortung gezogen, wie es jetzt bei uns geschieht. Es handelt sich eben bei dem Vorgehen gegen uns um etwas ganz anderes. Im Bureau hat einer der Genossen auf die Frage, was jetzt auf die Tagesordnung käme, gesagt, die böhmische Frage. Aber das ist nicht richtig. Zur Debatte steht eigentlich die Frage der Beziehungen der Internationale zur Nationalität. Das ist der Untergrund des Problems, ist die eigentliche Frage, um die es sich handelt. Man macht den Versuch, das Wort „national" mit dem Worte „nationalistisch" zu identifizieren, und dann das Wort „Nation" in einen Gegensatz zur Internationale zu bringen. So kann aber die Internationale nicht ausgelegt werden, so darf sie nicht ausgelegt werden, daß sie in einem Gegensatz stünde zu den Lebensbedürfnissen der Nationen, zu den Lebensbedürfnissen der Arbeiter der einzelnen Völker. Wenn Sie sich die Stuttgarter Resolution näher ansehen, so zeigt Ihnen schon die Ueberschrift, daß es sich um etwas weit Wichtigeres handelte, als um die bloße Form der Organisation, nämlich um die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften. Die Resolution forderte, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aller Nationen einmütig vorgehen sollten. Das ist unbedingt ausgesprochen, nur bedingt ist die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung hinzugefügt. Jetzt fordert man die unbedingte Einheitlichkeit der Gewerkschaften in jedem Staatsgebiet, und klagt uns wegen eines Verbrechens an, das wir gar nicht begehen konnten, weil ein solches Gesetz bisher gar nicht bestand. Wollten Sie folgerichtig handeln, müßten Sie zunächst die Stuttgarter Resolution ändern. Gibt es denn in den anderen Ländern überall nur eine Gewerkschaftszentrale? Gibt es nur eine Gewerkschaftszentrale in den Vereinigten Staaten, in Belgien, in Frankreich? (Zurufe bei den Franzosen und Belgiern: Jawohl.) Eine einheitliche Zentralisation gibt es dort nicht. (Zurufe: Doch, doch!) Die Einheitlichkeit in Oesterreich wäre schwer durchzuführen, aber ihre notwendige Voraussetzung wäre die vollkommene Neutralisierung der Wiener Gewerkschaftskommission, die ganz und gar unabhängig von all dem werden müßte, womit sie heute zusammenhängt. Sie dürfte keinerlei Beziehungen mehr zu einer politischen Organisation haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Oesterreichern.) Die heutige Wiener Gewerkschaftskommission ist weit davon entfernt, international oder neutral zu sein. Wenn behauptet wird, daß wir die Zersplitterung in jedem Betrieb haben und dadurch Selbstmord an den Arbeiterorganisationen verüben wollten, so ist das nicht unser Wunsch und unser Wille. Das ist nur ein Vorwand, den man vorgeschoben hat, um zu beweisen, wie schlecht unser Vor-

gehen iſt. (Zuruf: Das iſt die notwendige Folge Eures Vorgehens!) Gewiß ſchließen ſich die Unternehmer in Verbänden zuſammen; aber auch wir wollen uns in Verbänden zuſammenſchließen, gerade ſo wie ſie. (Gelächter.) Wir haben doch auch noch in Oeſterreich Organiſationen, die keine Reichsvereine bilden und doch zuſammengeſchloſſen ſind, wie die Buchdrucker und Eiſenbahner. Alle Achtung vor den Worten des Kommuniſtiſchen Manifeſts. Aber Marx hat dabei ſchwerlich an die heutige Form der Gewerkſchaftsbewegung gedacht. Unter der Vereinigung der Proletarier aller Länder hat er gewiß die Nationen verſtanden. Weder das Beiſpiel Rußlands noch das Englands noch das der Schweiz paßt auf unſere Verhältniſſe. Jene Völker haben niemals ſtaatliche Selbſtändigkeit beſeſſen und kämpfen auch nicht dafür wie wir Böhmen. (Heiterkeit.) Wir haben ſchon lange den Bruch mit allen bürgerlichen nationaliſtiſchen Parteien vollkommen durchgeführt. Wir müſſen aber doch den tſchechiſchen Arbeitern ſagen, was wir eigentlich wollen, und da ſtehen wir ganz auf dem Boden des Brünner Programms für die Erringung eines Nationalitäten-Bundesſtaats in Oeſterreich. (Zuruf: Politiſch!) Gewiß politiſch, aber wir müſſen doch unſere Organiſationen dieſen Beſtrebungen anpaſſen. Auch die kleineren Nationen müſſen in der Internationale ihr Recht finden. Es geht nicht an, daß man die Stuttgarter Reſolution im Sinne der öſterreichiſchen Genoſſen auslegt; ihnen ſelbſt würde das am ſchlechteſten bekommen. Sie müßten ja folgerichtig die Finnen jetzt, wo ſie ihre nationale Selbſtändigkeit verloren haben, zwingen, ſich der ruſſiſchen Gewerkſchaftsbewegung anzuſchließen. Niemand hat den Beweis dafür erbracht, daß wir jemals etwas gegen die Internationale unternommen hätten. Die Stuttgarter Reſolution proklamiert die Einheitlichkeit der 8 Millionen organiſierter Proletarier in Partei und Gewerkſchaft. Die Formen, in denen dieſe Einheit verwirklicht wird, ſind ganz nebenſächlich. Die Internationale des Proletariats muß Schutz gewähren und freie Entwickelung bieten, nicht nur jedem Individuum, ſondern auch jeder Nation. Unſer wirtſchaftliches Ziel, die Sozialiſierung der Produktion, darf nicht unſer politiſches Ziel, das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker und Individuen, verſchlingen. Es iſt beſſer, daß die Tſchechen ſich ſtramm organiſieren, als daß Sie uns einen Boden vorſchreiben, auf dem wir nicht gedeihen können. Das tſchechiſche Proletariat hat mit ſeinem Blut den Beweis erbracht, daß es treu und feſt zur Internationale ſteht, und deswegen kann uns dieſer Kongreß nicht als Verräter an der Internationale brandmarken. Ein ſolcher Beſchluß wäre ungerecht, würde unſere Aktion lähmen, unſere Stoßkraft vernichten. Wir wiſſen, welch ernſte Folgen es haben muß, wenn wir als Verräter in die Heimat zurückkehren. Die Zuſätze, die Sie zur Reſolution der Reichskommiſſion beſchloſſen haben, beweiſen, daß Sie ſelbſt das Gefühl haben, daß etwas anderes geſchehen muß als die bloße Verurteilung. Sie können nicht eine an die Internationale angeſchloſſene Sozialdemokratie bloß deswegen verurteilen, weil ſie anderer Anſicht iſt über eine Organiſationsform, ſonſt aber in den Grundprinzipien des Sozialismus und in der proletariſchen Taktik vollkommen einig iſt mit dem Proletariat der ganzen Welt. (Beifall bei den Tſchechen.)

Ein Schlußantrag von Bruckère (Belgien) wird auf dringenden Wunſch des Vorſitzenden zurückgezogen. Wir dürfen auch nicht den Schein erwecken, als ſollte die Minorität unterdrückt werden.

Jura (Tſcheche, Zentraliſt): Ich bin hier als Vertreter der tſchechiſchen Delegierten, die hier in ihrer Nationalität in der Minderheit ſind, in Wirklichkeit aber in Böhmen, Mähren und Schleſien die Mehrheit der gewerkſchaftlich organiſierten Arbeiter hinter ſich haben. (Beifall; Widerſpruch der Tſchechen. Ruf: Er lügt!)

Vorſitzender **Branting**: Solche Beſchimpfungen ſind unter Genoſſen nicht am Platze. Ich bitte, die Würde des Kongreſſes nicht zu verletzen. (Beifall.)

Jura (fortfahrend): Es iſt unrichtig, hier von einem Streit zwiſchen Deutſchen und Tſchechen zu reden. In Wirklichkeit handelt es ſich um einen Streit unter der geſamten Arbeiterſchaft ſelbſt. Je einheitlicher die Gewerkſchaftsorganiſation iſt, deſto beſſer kann ſie gegen die Unternehmer kämpfen. (Bravo!) Gegen den Kapitalismus brauchen wir aber nicht bloß eine einheitliche Organiſation, ſondern auch einheitliche Geldmittel, die nur eine Zentraliſation liefern kann. Die 40 000 tſchecho-ſlawiſchen Arbeiter in der ſeparatiſtiſchen Organiſation ſind den Zentralorganiſationen genommen worden. Die Neugründung hat durchaus nicht etwa bisher unorganiſierte Arbeiter herangezogen. Die tſchechiſchen Arbeiter ſollten nicht unter ſich, Genoſſen gegen Genoſſen, ſondern gegen die Unternehmer fechten. (Bravo!) Der Korreferent hat mir geſagt, daß in England und Belgien verſchiedene Gewerkſchaftsorganiſationen nebeneinander beſtünden, die nicht in einer Zentrale vereint ſeien. Ich frage ihn: Waren die engliſchen Gewerkſchaften etwa früher einig und haben dann die Einigkeit zerſchlagen? (Sehr gut!) Oder wollen Sie nicht jetzt die vollſtändige Einigkeit? (Beifall.) Es iſt ganz falſch, wenn behauptet wird, daß die tſchechiſche Arbeiterſchaft ſelbſt die nationale Autonomie ihrer Gewerkſchaften verlangt habe. Nicht die Arbeiterſchaft hat dies Verlangen zuerſt aufgeſtellt, ſondern einzelne Genoſſen, Redakteure, Männer der Parteileitung. Jahrelang haben ſie in den Blättern für die Autonomie geſchrieben, dadurch erſt ſind die Genoſſen bewogen worden, aus der Zentralorganiſation auszutreten. Unſere zwei Stimmen werden wir für die Reſolution der Reichskommiſſion abgeben. (Lebhafter Beifall.)

Saſek (Tſcheche, Separatiſt) macht darauf aufmerkſam, daß zwiſchen dem deutſchen und dem franzöſiſchen Text früherer Kongreßbeſchlüſſe über die Gewerkſchaften Verſchiedenheiten beſtehen und legt den franzöſiſchen Text dieſer Beſchlüſſe für ſeine Ausführungen zugrunde. Er ſucht daraus nachzuweiſen, daß in den Beſchlüſſen der Internationalen Kongreſſe zu London 1896, von Paris 1889 und von Zürich beſtändig die Forderung ausgeſprochen ſei, die Gewerkſchaften ſollten national organiſiert ſein. Die Beſchlüſſe der Internationale gewährleiſten uns alſo unſer Recht. Sie haben ja die Macht, uns niederzuſtimmen, aber das moraliſche Recht iſt auf unſerer Seite. Wir gehen von dieſem Kongreß nicht als Beſiegte, ſondern mit der Zuverſicht, daß wir unſere Sache nicht verloren haben. In der Debatte iſt indirekt zu uns geſagt worden: Ihr ſeid Verräter. (Widerſpruch.) Verräter an der Arbeiterſchaft würden wir erſt in dem Augenblick werden, wenn wir den Weg einſchlagen wollten, zu dem Sie uns zwingen wollen. Wir werden auf unſerem Wege weiterarbeiten, bis ſich unter den Parteigenoſſen der Internationale eine beſſere Anſchauung bildet und unſere Anſicht Ihre Zuſtimmung und Ihr Einverſtändnis findet. (Bravo! bei den Tſchechen.)

Vorſitzender **Branting**: Als Vorſitzender der zweiten Kommiſſion ſtelle ich feſt, daß das Wort „Verräter" von einem nicht zur Kommiſſion gehörenden Mitglied der Internationale als ſcharfer Ausdruck, aber nicht in beleidigendem Sinne gebraucht worden iſt.

Greulich (Schweiz, mit ſtürmiſchem Beifall begrüßt): Daß ich zu dieſer Frage das Wort ergreife, hat mehrere Gründe, einmal bin ich ſeit mehr als vier Jahrzehnten gewerkſchaftlicher Organiſator, und zweitens bin ich Delegierter eines Landes, in dem mehrere Nationalitäten und Sprachen nebeneinander beſtehen. Ich verſtehe alſo auch etwas von der Nationalitätenfrage. Ich bin endlich am Streit perſönlich unbeteiligt. Und da ſage ich: ich glaube,

es ist ein Irrtum, wenn mein lieber Freund Nemec sagt, daß es sich hier um Anklage und Verurteilung handelt. Es handelt sich nur um die Interpretation der Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses, nicht um eine Verurteilung, sondern um einen Schiedsspruch zwischen zwei streitenden Parteien. (Lebhafte Zustimmung.) Es hat mir leid getan, wenn hier mehrere Genossen mit wahren Wundern von Rabulistik einen Standpunkt vertreten haben, der von einem Gewerkschaftler und Sozialdemokraten nicht vertreten werden kann. (Stürmischer Beifall.) Man hat die Autonomie der Nationalitäten hervorgezogen. Vor bald fünfzig Jahren, als der polnische Aufstand von 1863 war, bin ich für das Recht der Nationalität eingetreten, ihre Selbständigkeit und ihr kulturelles Leben zu verteidigen. Wenn es sich bei den Tschechen darum handelte, würde ich energisch für sie eintreten. (Zurufe: Wir alle! Lachen bei den Tschechen.) Aber in der Gewerkschaftsfrage handelt es sich um etwas ganz anderes (Sehr wahr!), um die Lebensbedürfnisse des Proletariats, und dieses Lebensbedürfnis ist präzis das gleiche, ob der arme Teufel ein Tscheche oder ein Deutscher ist. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Die Beschlüsse der internationalen Kongresse von Zürich usw., die hier verlesen worden sind, sind doch nur aufzufassen unter dem Gesichtspunkt, daß man etwas Vernünftiges beschlossen hat. (Große Heiterkeit und Beifall.) Gehen Sie einmal mit herüber nach Amerika. Ich habe Ihre Landsleute in den tschechischen Quartieren New Yorks und Chicagos besucht, wo sie ihre Muttersprache auch hochhalten. Aber sie lassen es sich nicht im Traume einfallen, selbständige tschechische Gewerkschaften zu gründen. (Lebhafter Beifall.) Nicht als Tschechen, sondern als Arbeiter suchen sie ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Ich habe in dem uns vorgelegten Bericht der tschechisch-slawischen Gewerkschaftskommission und der tschecho-slawischen Sozialdemokratie Oesterreichs mit Entsetzen bemerkt, daß 39 unabhängige tschechische Gewerkschaften existieren. Da hört der gewerkschaftliche Spaß auf! Bei der eigenartigen Völkermischung in Oesterreich sitzen die Nationalitäten nur zum Teil in bestimmten geschlossenen Gebieten, die sie ausschließlich bewohnen. In der Regel wohnt der tschechische Bruder neben dem deutschen Bruder, geht neben ihm in die Fabrik und wird mit ihm ausgebeutet. (Stürmischer Beifall.) Wenn nun der eine Hunger hat und geht mit seinem Verband zum Fabrikanten und fordert besseren Lohn, der andere aber macht nicht mit, dann hungert der Arbeiter weiter und der Fabrikant lacht. (Lebhafter wiederholter Beifall.) Wir sind noch lange nicht auf der Höhe der gewerkschaftlichen Organisation. (Sehr wahr!) Wir sind noch immer beim Suchen nach der besten Organisationsform und unser alter Lehrmeister England ist mit seinen vielen Fachverbänden vielleicht am meisten zurückgeblieben. (Zustimmung.) Auf dem Festlande breiten sich die großen Industrieverbände, die gelernte und ungelernte Arbeiter umfassen, immer mehr aus. Aber auch hier haben wir noch Grenzstreitigkeiten, die auch ohne nationale Differenzen die Gewerkschaftsbewegung schwer schädigen. Wer gewerkschaftlich ernst denkt, kann keinen Augenblick im Zweifel sein, daß eine Scheidung der Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen zu Reibungen und Schädigungen führt. Wenn daher der Kongreß in seiner Resolution ausspricht: Liebe Freunde, Ihr seid auf dem Holzweg! Ihr nützt nichts, Ihr schadet nur, geht in Euch und tut den unbesonnenen Schritt zurück, so solltet Ihr tschechischen Genossen dieser Mahnung folgen! (Stürmischer, langanhaltender, oft wiederholter Beifall.)

Dr. **Adler** (Wien): Ich werde nicht reden, Parteigenossen. Ich glaube, die Frage ist genügend klar, so klar, daß ich, daß auch unsere tschechischen Genossen, mit denen wir verschiedener Ansicht sind, erkennen müssen: hier

handelt es ſich nicht um eine Verurteilung, ſondern darum, daß Sie ſich davon überzeugen, daß in dieſer Lebensfrage des öſterreichiſchen Proletariats die ganze Internationale auf dem Boden der Einheit der Gewerkſchaftsbewegung ſteht. (Stürmiſcher Beifall.) Wir haben dieſe Meinungsäußerung des Kongreſſes herbeigeführt, nicht um uns von unſeren tſchechiſchen Genoſſen, mit denen wir Jahrzehnte gemeinſam gekämpft haben, ſchon zu einer Zeit gekämpft haben, wo ihr Blut ſich mit unſerem Blut vermiſchte, nicht um uns von ihnen zu trennen, ſondern um uns zum beſten des öſterreichiſchen Proletariats mit ihnen zu vereinigen. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen nicht, daß ſie als die Gekränkten dieſen Kongreß verlaſſen, ſondern als die Ueberzeugten. Sollte der nächſte Kongreß in Wien ſein, ſo hoffen wir, ihm das Schauſpiel der Einheit der geſamten öſterreichiſchen Arbeiterbewegung bieten zu können. (Stürmiſcher Beifall.)

Es folgen die Schlußworte der Referenten.

Plechanoff: Nemec hatte Unrecht, als er von einer Tendenz zur Verurteilung der Tſchechen ſprach und behauptete, daß die Belgier ihr Amendement nur deshalb eingebracht hätten, um dieſe Tendenz abzuſchwächen. Dieſe Darſtellung iſt ſchief, das Amendement trägt die Unterſchriften de Brouchère, Karski, Plechanoff und Adler und iſt einſtimmig angenommen worden. Wir glauben, daß die Tſchechen im Irrtum ſind und wollen ſie überzeugen. Nicht am Platze war der Verſuch Saſeks, wieder mit einem Wortſpiel zu operieren und das Wort „Nation" dazu zu benutzen. Es iſt klar, daß in den Beſchlüſſen der Internationalen Kongreſſe das Wort „Nation" mit dem Worte „Staat" ſich deckt. Derſelbe Redner meinte weiter, moraliſch ſeien ſie im Recht. Wenn die Tſchechen durchaus auf dem Wege bleiben wollen, den ſie jetzt betreten haben, ſo haben wir ja keine Zwangsmittel dagegen. Wir haben keine Kanonen, wir haben keine Bajonette, aber wir verfügen über eine größere Macht, über eine moraliſche Macht, über die Meinung der Internationale, der keine Macht widerſtehen kann. (Lebhafter Beifall.) Wenn die Tſchechen dagegen rebellieren wollen, dann wird das tſchechiſche Proletariat ſich ſelbſt gegen ihre Taktik auflehnen. Wir haben uns gefreut, von einem tſchechiſchen Proletarier hier zu hören, daß ein großer Teil ſeiner Landsleute nicht mitmacht und daß er und ſeine Genoſſen, die hier die Minorität in ihrer Sektion ſind, die Mehrheit der tſchechiſchen Arbeiter hinter ſich haben. Mit dieſem Teil der Tſchechen ſtimmt die Internationale vollſtändig überein. Wenn Sie ſich dagegen auflehnen und ihre Beſchlüſſe mit Füßen treten, ſo wird dieſer Teil der tſchechiſchen Arbeiter, der nichts von autonomen Gewerkſchaften wiſſen will, beſtändig wachſen. Dieſe Entwickelung iſt unvermeidlich, denn das Klaſſenbewußtſein wächſt vermöge der ökonomiſchen Entwickelung von ſelber. (Lebhafter Beifall.)

Korreferent **Nemec:** Es wird hier der Verſuch unternommen, nachzuweiſen, daß wir nur eine Minorität der tſchechiſchen Gewerkſchaften darſtellen. Das iſt nicht wahr, Genoſſen, das konſtatiere ich. Genoſſe Greulich behauptete, wir hätten mit Rabuliſtik unſere Angelegenheiten verfochten. Ich weiß nicht, . . . wir haben Argumenten Argumente entgegengeſetzt. Wenn das Rabuliſtik heißt, ſo werden auf dem nächſten Kongreß nur diejenigen nicht Rabuliſten heißen, die der Anſicht der Mehrheit ſind. Genoſſe Adler ſagt, wir wollen ja keine Verurteilung. Nun ja, wir wiſſen ſchon, daß wir hier nicht juſtifiziert werden können. Aber bitte, leſen Sie die Begründung der Reſolution und halten Sie ſich vor Augen, was man uns alles geſagt hat auf dieſem Kongreß, dann werden Sie finden, daß es einer Verurteilung ſehr nahe kommt. Nun ſagt Dr. Adler, wir wollen die Einheit herbeiführen. Ja, wenn

man die Introduktion zu dieſer Einheit in dieſer Weiſe bewerkſtelligt, dann behält man niemand, denn dann heißt es zu ſchweigen und zu dienen. Dazu geben wir uns nicht her. Ich habe mich durchaus nicht auf das Amendement der belgiſchen Genoſſen berufen, um daraus auf eine Tendenz des Kongreſſes, uns zu verurteilen, zu ſchließen. Ich habe nur geſagt, auch die belgiſchen Genoſſen ſind der gleichen Anſicht wie wir, daß nämlich die Sache noch unterſucht werden muß. Genoſſe Plechanow hat zum Schluß von Klaſſenbewußtſein geſprochen. Ich möchte nur eines wünſchen, daß in allen Ländern und Staaten das Proletariat ſo vom Klaſſenbewußtſein durchdrungen, ſo treu der Internationale und ſo einig wäre, wie es die tſchechiſche Arbeiterſchaft iſt. (Stürmiſcher Beifall bei den Tſchechen.) Wir halten feſt an der Solidarität, wir wollen ſie weiter halten, aber nur unter ſolchen Bedingungen, die uns eine Entwickelung ermöglichen, nicht aber unſere Stoßkraft lähmen. Das wollen wir, weiter nichts. Wollten wir tun, was die deutſchen Genoſſen von uns verlangen, dann müßten wir in die Liquidation unſerer Partei eintreten. Wir könnten nicht mehr exiſtieren, wir müßten uns auflöſen. Das werden Sie nicht verlangen und das werden wir nicht tun. (Stürmiſcher Beifall der Tſchechen.)

Damit ſchließt die Debatte. Der Antrag der Tſchechen auf Vertagung der Frage und Unterſuchung durch das Internationale Bureau wird gegen ein Dutzend Stimmen abgelehnt. Ueber den Antrag der Kommiſſion wird nationsweiſe abgeſtimmt. Alle Nationen mit 222 Stimmen ſtimmen dafür, darunter ſind auch die 2 Stimmen der tſchechiſchen Minorität. Dagegen werden die 5 Stimmen der tſchechiſchen Mehrheit abgegeben. 7 Stimmen enthalten ſich, und zwar: 5 von Finnland (3 waren dafür abgegeben) und 2 von Türkei-Armenien.

Das Ergebnis der Abſtimmung wird mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Vierter Verhandlungstag

Sonnabend, den 3. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorſitz führt **Jeppeſen** (Norwegen). Er eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr und erteilt das Wort zum Bericht der 2. Kommiſſion (Gewerkſchaftskommiſſion) über die Frage der

Verwirklichung der internationalen Solidarität

dem Vorſitzenden der Schweizer Generalkommiſſion der Gewerkſchaften **Huggler.**

Hierzu liegt folgende Reſolution vor:

Internationale Solidarität.

In Anbetracht des hervorragend internationalen Charakters der proletariſchen Bewegung und

in Erinnerung an die Traditionen, die ſeit den Tagen der erſten Internationale unter den Arbeitern immer hochgehalten worden ſind,

fordert der Internationale ſozialiſtiſche Arbeiterkongreß von Kopenhagen die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwiſchen Kapital und Arbeit ſolche Dimenſionen angenommen hat, daß die Arbeiterſchaft des Landes, wo der Streit entbrannt iſt, aus eigener Kraft denſelben offenbar nicht durchfechten kann, die kämpfenden Genoſſen ſo kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich iſt, moraliſch und materiell zu unterſtützen, um die gebieteriſche Pflicht der Arbeiterſolidarität in dieſer Weiſe in der Tat zu erfüllen.

Je näher die Arbeiterklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit beiderseits beschleunigt werden. Die Macht des Kapitals wird in Riesen-Trusts, in Kartellen und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert, die Arbeiter schließen ihrerseits ihre Kraft vor allem in gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue, umfassendere Formen an. Gewerkschaftliche Massengefechte, von Riesen-Aussperrungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1899, in Schweden 1909, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald da entbrennen. Der Klassenkampf wird sich folglich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch umfassender und einheitlicher gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterschaft eines ganzen Landes oder eines ganzen Gewerbes ohne internationale Unterstützung der Uebermacht des Kapitals erliegen müßte, ihre ganze Kraft einsetzen kann.

Der Kongreß empfiehlt der gewerkschaftlichen Internationale, zu untersuchen, welche Formen der internationalen Arbeitersolidarität die zweckmäßigsten sind. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongreß:

das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus;

die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Hilfsaktion hinderlich sein können;

die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem Laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterschaft überall wachzurufen und um den allzu oft direkt erlogenen „Neuigkeiten", die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten, unmittelbar zu verwenden.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse emporwächst, die Kraft genug besitzt, die breiten Volkskreise von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Zeitungswesens freizumachen.

Huggler: Der Kommission haben in der Hauptsache zwei Resolutionen vorgelegen, eine seitens der schwedischen und eine seitens der belgischen Genossen. Die schwedische Resolution trat weniger in die Materie ein, als daß sie das Gefühl und Empfinden der schwedischen Kameraden bei den Kundgebungen der internationalen Solidarität aus Anlaß ihres letzten Kampfes zum Ausdruck bringt. Die Arbeiterorganisationen Schwedens mußten in ihrem vorjährigen Riesenkampf gegen das Unternehmertum bekanntlich an die Solidarität der Arbeiter aller Länder appellieren und an moralischen Unterstützungen und Sympathiekundgebungen der Arbeiterschaft hat es ihnen auch nicht gefehlt. Wenn aber 300 000 Arbeiter auf der Straße stehen, so reicht die moralische Unterstützung nicht aus, sie zu ernähren (Sehr wahr), sondern es sind vor allem auch Geldmittel notwendig. In dieser Beziehung aber kam die internationale Solidarität der einzelnen Nationen sehr verschieden zum Ausdruck. Die zunächst gelegenen nordischen Länder, Norwegen, Dänemark, Finnland, und vor allem auch Deutschland, machten geradezu übermenschliche Anstrengungen, um den schwedischen Kameraden wirksam zur Seite zu stehen. Auch von den ferner liegenden

Ländern brachten einzelne schöne Resultate. Dagegen mußte die Kommission konstatieren, daß andere Länder, vor allem Frankreich, Belgien und Großbritannien sich in einer Weise benommen haben, die schwer zu verstehen ist. (Hört! hört!) Frankreich hatte zirka 7000 Kronen nach Schweden gesandt. Das ist für die Viertelmillion Mitglieder, die die Confédération du Travail umfaßt, sehr wenig, wenn man damit vergleicht, daß das kleine Norwegen über 300 000, Finnland über 43 000, die Schweiz etwa 60 000 Kronen nach Schweden geschickt haben. (Beifall.) Belgien hat zirka 6000 Kronen geliefert, auch das ist im Verhältnis zur Zahl der Organisierten außerordentlich wenig. Nun sind aber von seiten der Vertreter Belgiens und Frankreichs in der Kommission Gründe vorgebracht worden, die sich hören lassen. Die belgischen Genossen haben darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach einer schweren Krise selbst in eine große Aussperrung verwickelt waren, die an ihre Kraft ungeheure Anforderungen stellte. Die französischen Kameraden haben auf die geringe materielle Leistungsfähigkeit der nach den syndikalistischen Methoden organisierten Gewerkschaften überhaupt hingewiesen, die sie nicht ohne weiteres umformen können.

Unbegreiflich blieb bloß das Verhalten, das die großen Gewerkschaftsorganisationen Großbritanniens, die alten Trades-Unions, bei diesem furchtbaren Konflikt an den Tag gelegt haben. Man kann zugeben, daß für die britischen Organisationen taktische Gründe maßgebend gewesen sein mögen, daß die Statuten ihrer Verbände ihnen eine rasche Hilfsaktion erschweren. Aber in einer so außerordentlichen Situation, wo das ganze Unternehmertum eines Landes sich darauf versteifte, der Arbeiterschaft die Organisation unmöglich zu machen, da muß sich ein Weg finden lassen, über alle Bedenken hinaus Hilfe zu bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Es fällt uns nicht ein, der hier anwesenden englischen Delegation die geringsten Vorwürfe zu machen. Die Resolution hat vielmehr den Zweck, die englische Delegation aufzufordern, wenn sie nach England zurückkehrt, den Arbeitern ihres Landes zu sagen, daß der Internationale Sozialistenkongreß nicht hat verstehen können, daß die englischen Gewerkschaften bei der internationalen Hilfsaktion für Schweden so sehr zurückgeblieben sind. Sie müssen die englische Arbeiterschaft zu überzeugen suchen, daß wenn das international organisierte Unternehmertum den Arbeitern irgendwo das Koalitionsrecht, die Möglichkeit zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, entreißen will, wie das in Schweden geschehen ist, dann auch die britischen Gewerkschaften Hilfe leisten müssen, weil das auch die englische Arbeiterschaft angeht. Die Haltung der englischen Arbeiterschaft im schwedischen Kampfe ist um so unverständlicher, weil bei früheren Anlässen, wenn die englischen Gewerkschaften angegriffen waren, z. B. beim Kampfe der Maschinenbauer, ganz Europa sich angestrengt hat, ihnen zu Hilfe zu kommen. Deshalb wäre es die Pflicht der Engländer, den anderen Nationen gegenüber in gleicher Weise die Solidaritätspflicht zu erfüllen. Wir hoffen, daß die englische Delegation in diesem Sinne wirken wird, und daß künftig auch die englische Arbeiterschaft mitmacht. Bloße Beschlüsse reichen nicht aus, unser soziales Ideal muß in die Wirklichkeit umgesetzt werden. (Sehr wahr.) Näher und näher kommt der Moment, wo wir von der Arbeiterschaft vielleicht mehr werden verlangen müssen, als bloß Geld, wo wir an die englischen Arbeiter vielleicht die höchsten Anforderungen werden stellen müssen zur Unterstützung der kontinentalen Organisationen. Die praktische Regelung der Einzelheiten der Unterstützung mögen die internationalen Gewerkschaftskonferenzen festsetzen. Wir können hier nicht in das Detail eintreten, wie das der belgische Antrag wollte, sondern müssen uns damit begnügen, die allgemeinen Richtlinien aufzustellen. Alles andere mag die gewerkschaftliche Internationale nach sorgfältiger Prüfung und Vorbereitung in den einzelnen Landesverbänden erledigen. Deshalb

haben wir mit einer kleinen, von den ſchwediſchen Genoſſen ſelbſt beantragten Aenderung im vierten Abſchnitt der Reſolution der ſchwediſchen Genoſſen einmütig zugeſtimmt. Die Kommiſſion war einſtimmig der feſten Ueberzeugung, daß das Befreiungswerk von der organiſierten Arbeiterſchaft der ganzen Welt erſt geleiſtet werden kann, wenn die internationale Solidarität aufgehört hat, bloß Theorie zu ſein, wenn auch die britiſchen Arbeiter und Gewerkſchaften die Pflichten internationaler Solidarität voll erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Noch ein Wort zu der belgiſchen Reſolution, die mit Ausnahme der belgiſchen Genoſſen, die ein imperatives Mandat hatten, ebenſo einhellig abgelehnt wurde, wie die ſchwediſche Reſolution angenommen worden iſt. Soweit es ſich dabei um gewerkſchaftlich Organiſierte handelte, muß die Gewerkſchaftsinternationale die Frage regeln. Die belgiſchen Genoſſen haben aber erklärt, daß ſie vor allem auch die Unterſtützung politiſcher Flüchtlinge im Auge hätten, wobei Belgien allgemein und beſonders von den flüchtenden ruſſiſchen Revolutionären ſehr ſtark in Anſpruch genommen worden ſei. Das trifft indeſſen auf alle Länder zu, und es müßte erſt noch unterſucht werden, wie die verſchiedenen Landeszentralen das gegenſeitig aufrechnen können. Wir haben deshalb dieſen Teil der belgiſchen Reſolution an das internationale Bureau zurückzuverweiſen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Anderſon (Vorſitzender der J. L. P.): Die engliſche Delegation ſteht vollkommen auf dem Boden der Reſolution, die die Kommiſſion vorſchlägt, und unterſtützt ſie aufs wärmſte. Sie iſt einmütig bereit, zum Ausdruck zu bringen, daß der engere Zuſammenſchluß der Arbeiter aller Länder und die Organiſation der internationalen Solidarität eine Notwendigkeit iſt. Die Reſolution hat höchſtens den Fehler, noch etwas zu unbeſtimmt zu ſein. Aber das mußte ſie wohl ſein, um ſich den Verhältniſſen aller Länder anzupaſſen.

Ich habe beſonders deshalb das Wort ergriffen, um die Tätigkeit, oder beſſer die Untätigkeit der engliſchen Gewerkſchaften in der Zeit der Ausſperrung in Schweden, wenn nicht zu entſchuldigen, ſo doch wenigſtens zum Teil zu erklären. Ich will ganz offen zugeben, daß die engliſchen Genoſſen in dieſer Situation nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe geſtanden haben. Aber ich möchte auf zwei Punkte hinweiſen, die zum Verſtändnis der Haltung der engliſchen Gewerkſchaften in Betracht gezogen werden ſollten, nicht um das, was geſchehen iſt und was unabänderlich iſt auch gegenüber den Vorwürfen, zu kritiſieren, ſondern um Mittel und Wege zur Beſſerung anzuzeigen. Die engliſchen Gewerkſchaften ſind zu einer Zeit gegründet worden, wo der Sozialismus und der Geiſt des Internationalismus auf die Arbeiterbewegung noch ſo gut wie gar keinen Einfluß gehabt haben. Von jener Zeit iſt eine gewiſſe Abneigung der engliſchen Gewerkſchaftsbewegung gegen internationale Hilfsaktionen zurückgeblieben. Erſt in neueſter Zeit wird der Einfluß des Sozialismus auf die engliſche Gewerkſchaftsbewegung ſtark. Damit wird auch der Geiſt internationaler Solidarität ſie mehr und mehr erobern.

Ein zweites Moment iſt, daß die engliſche Arbeiterbewegung nicht über die prächtige ſozialiſtiſche Tagespreſſe verfügt, die den Gewerkſchaften der anderen Länder zur Verfügung ſteht. (Sehr wahr!) Es iſt den engliſchen Trades-Unions nicht möglich geweſen, ihre Mitglieder zu informieren über das, was in anderen Ländern vorgeht. Das iſt einer der Hauptgründe, weshalb wir nichts haben tun können.

Noch ein Wort über die Haltung der engliſchen Gewerkſchaftsvorſtände. Früher waren die Statuten der engliſchen Gewerkſchaften ſo abgefaßt, daß die Vorſtände weitgehende Vollmacht hatten, auch über große Summen zu verfügen. Jetzt iſt das ohne Zuſtimmung der Mitglieder nicht möglich, und

ehe die notwendige Urabſtimmung vollzogen iſt, iſt der Streik, der unterſtützt werden ſollte, vorbei. In Fällen, wo die Not drängt, wie beim ſchwediſchen Generalſtreik, kann daher Hilfe nicht in der Weiſe gebracht werden, wie es notwendig wäre. Das vereinigte Gewerkſchaftskomitee Groß-Britanniens wird aber jetzt mit Vertretern des Gewerkſchaftskongreſſes, der Arbeiterpartei und aller Gewerkſchaften beraten und Vorſchläge ausarbeiten, wie die Statuten ſo eingerichtet werden können, daß unüberlegte Ausgaben vermieden werden, und doch in Fällen der Not die Pflichten internationaler Solidarität in jeder Weiſe erfüllt werden können. Inſofern freuen ſich alle britiſchen Delegierten, daß hier ſo offen über die Frage geſprochen worden iſt, und hoffen, daß dieſe Diskuſſion gute Wirkung ausüben wird. Genoſſe Barnes, der Vertreter der engliſchen Amalgamated Society of Engineers, einer der größten engliſchen Gewerkſchaften, der Kopenhagen leider ſchon heut früh hat verlaſſen müſſen, hat mich gebeten, dem Kongreſſe mitzuteilen, daß er bereits an ſeine Organiſation geſchrieben habe, wieviel er hier gelernt habe und wieviel neues Licht auf gewerkſchaftliche Fragen gefallen iſt, und hat hier Vorſchläge gemacht, um im Sinne der Reſolution Beſſerung zu ſchaffen. Im übrigen ſind in vielen Berufen die engliſchen Gewerkſchaften im Begriff, ſich zu zentraliſieren. Im wachſenden Maße ſchließen ſie ſich auch den internationalen Föderationen ihres Berufes an, ſo die Metallarbeiter, Textilarbeiter und Bergarbeiter. Mit dem Ausbau der internationalen Berufsverbände werden ſich auch automatiſch die internationalen Hilfsaktionen entwickeln, wird an Stelle des Appells an die Solidarität die Verpflichtung zur Beitragsleiſtung treten. Dann wird mit der größten Geſchwindigkeit und mit zwingender Kraft die internationale Hilfe angerufen werden können. Dieſe Lehren wollen wir uns der Reſolution entnehmen, und wir ſtimmen ihr zu, in der Zuverſicht, unſere Organiſationen ſo ausbauen zu können, daß ſolche Klagen nicht mehr vorgebracht werden, daß auch wir in der praktiſchen Verwirklichung der internationalen Solidarität unſere Pflicht künftig voll erfüllen können. (Lebhafter Beifall.)

Cohen-Berlin: Genoſſe Huggler hat mit ſeinem Referat durchaus das getroffen, was die geſamte deutſche Delegation, was alle deutſchen Genoſſen empfunden und gefühlt haben, in bezug auf die mangelhafte praktiſche Solidarität verſchiedener Nationen beim Kampfe der ſchwediſchen Genoſſen. Angeſichts dieſer Situation war die Art, wie Anderſon geſprochen hat, das beſte, was er tun konnte. Es wäre uns nur lieb, wenn wir erfahren könnten, ob er ſeine Erklärung nicht nur im eigenen Namen, ſondern im Namen und im Auftrage der engliſchen Gewerkſchaften abgegeben hat. Dann erſt hätte dieſe Erklärung den richtigen Wert. Wir hören doch mit einigem Erſtaunen die Redewendung, daß der Gedanke des Sozialismus ſich erſt jetzt in England Bahn bricht, und daß die Engländer auf dieſem Kongreß viel gelernt hätten. Sie nehmen ja ſchon lange an den internationalen Arbeiterkongreſſen und den internationalen Gewerkſchaftskongreſſen teil, und da haben wir dieſe Bemerkung ſchon öfter gehört. Deshalb ſollte man uns endlich einmal erklären, ob alle Vertreter der engliſchen Gewerkſchaften mit den notwendigen Reformen ernſt machen wollen und die Erklärung Andersons als bindend für ſich erachten. (Sehr gut!)

Anderſon hat gemeint, daß in den meiſten Gewerkſchaftsſtatuten Urabſtimmungen für größere Geldausgaben gefordert würden; das iſt uns ſehr wohl bekannt. Aber die engliſchen Gewerkſchaften ſind gleich zu Beginn des Kampfes durch Delegierte der ſchwediſchen Arbeiter über den Stand der Dinge unterrichtet worden und hätten trotz der ſtatutariſchen Schwierigkeiten während des wochenlangen Kampfes auch die Urabſtimmung ruhig vornehmen

können. Wenigstens bei einem so ausgedehnten Kampfe war die Möglichkeit der Unterstützung noch gegeben. Ich muß deshalb geradezu behaupten, daß es hier und da an dem guten Willen gefehlt haben muß.

Anderson hat sich darüber beklagt, daß die Resolution nicht ganz klar und deutlich gehalten wäre. Aber wenn wir deutlicher gesprochen hätten, so hätte die Resolution sich lediglich mit den Verfehlungen der englischen Genossen in den letzten Jahren beschäftigen müssen. Nur mit Rücksicht auf sie hat die Resolution nicht deutlicher über ihre bedauerlichen Versäumnisse gesprochen. In der Kommission hat Anderson das Ausbleiben der englischen Hilfe auch damit entschuldigt, daß in England selbst große Arbeitslosigkeit geherrscht habe. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß damals etwa 5 bis 6 Proz. der englischen Arbeiter ohne Arbeit waren, während in Deutschland zur gleichen Zeit die Arbeitslosigkeit bis auf 12 Proz. stieg. Trotz alledem haben wir unsere Schuldigkeit gegenüber den schwedischen Genossen getan und können daher auch diese Entschuldigung der Engländer nicht gelten lassen. Bei den bekannten hohen Kassenbeständen der englischen Gewerkschaften wäre es ihnen noch leichter als uns gewesen, ihre Schuldigkeit zu tun. Wir verlangen deshalb mehr als eine unpersönliche verbindliche Erklärung des Genossen Anderson, damit wir wissen, daß endlich wirklich in England die Verhältnisse sich bessern. (Glocke des Präsidenten.) Meine Redezeit ist zu Ende, ich muß daher abbrechen, ohne, wie ich beabsichtigte, auch den französischen Genossen ein paar Liebenswürdigkeiten zu sagen. Nun, das nächste Mal! (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Damit ist die Debatte erschöpft. Das Schlußwort erhält

Huggler: Gegen die Resolution sind von keiner Seite Einwendungen erhoben worden und die englische Delegation hat erklärt, daß sie ihr Möglichstes tun wird, um dem Beschlusse nachzukommen. Ich kann mich daher auf die Bemerkung beschränken, daß alle Nationen, die für die Resolution stimmen, auch verpflichtet sind, für ihre Ausführung zu sorgen. (Bravo!)

Hierauf wird die Resolution der Kommission einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

Es folgt der Bericht der vierten Kommission (Soziale Kommission) über

Die Ergebnisse der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Folgende Resolution liegt vor:

Arbeitergesetzgebung.

Die mit der Entwickelung der kapitalistischen Produktion gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter führte Zustände herbei, die ein Eingreifen der Gesetzgebung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend notwendig machten.

In keinem Lande erreichen die Schutzgesetze das, was auch nur annähernd im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist und was ohne Schädigung der Industrie gegeben werden kann.

Der Kongreß erinnert an folgende betreffs der Arbeiterschutzgesetzgebung im allgemeinen schon durch den Pariser Kongreß von 1889 für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts erhobenen Mindestforderungen:

1. Einen höchstens achtstündigen Arbeitstag;
2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
3. Verbot der Nachtarbeit, außer wenn sie wegen der Natur der Arbeit aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt geleistet werden muß;

4. eine ununterbrochene Ruhepauſe von mindeſtens 36 Stunden in jeder Woche, für jeden Arbeiter;
5. Verbot des Truckſyſtems;
6. Sicherſtellung des Koalitionsrechtes;
7. eine wirkſame und durchgreifende Inſpektion der gewerblichen und landwirtſchaftlichen Betriebe unter Mitwirkung der durch die Arbeiter gewählten Perſonen.

Zwar hatte der Pariſer Kongreß zur Folge, daß 1890 in Berlin und 1906 in Bern Arbeiterſchutzkonferenzen der Regierungen zuſammentraten und internationale Verbindungen für Arbeiterſchutz gebildet wurden, aber trotz der vielen Verhandlungen wurden ſehr wenig poſitive Leiſtungen durch die Geſetzgebung geſchaffen, weil die herrſchenden Klaſſen in der Befürchtung, daß ihr Klaſſenintereſſe geſchädigt wird, dem Arbeiterſchutz entgegenwirken, und das wiewohl durch Arbeiterſchutz in keinem Lande irgendein Erwerbszweig geſchädigt iſt, vielmehr die Hebung der Geſundheit und Leiſtungsfähigkeit der Arbeiter der allgemeinen Kultur und auch der Unternehmerklaſſe einen Vorteil bringt.

Um ein Verſinken der Arbeiter in Pauperismus zu hindern, forderte der Kongreß zu Amſterdam 1904, daß unter voller Selbſtverwaltung durch die Arbeiter und bei gleichartiger Behandlung der Angehörigen der verſchiedenen Nationen, in allen Ländern Einrichtungen geſchaffen werden, die ausreichende Subſiſtenz- und Heilmittel den Kranken, Verletzten, Invaliden und Alten gewähren, die den Schwangeren und Wöchnerinnen diejenige Hilfe bringen, die für das Gedeihen des Säuglings und der Mutter geboten iſt, und die die Witwen und Waiſen ſowie die Arbeitsloſen vor Not bewahren.

Die beſtehenden Arbeiterſchutz- und Arbeiterverſicherungsgeſetze genügen keineswegs den ebenſo notwendigen wie berechtigten Anforderungen der Arbeiter. Insbeſondere ſchutzlos ſind die in der Land- und Forſtwirtſchaft beſchäftigten Arbeiter. Nur durch nachhaltiges Drängen der Arbeiter kann mehr erreicht werden.

Der Kongreß fordert deshalb die Arbeiter aller Länder auf, ſie mögen in der Induſtrie, im Handel, in der Landwirtſchaft oder in anderen Arbeitszweigen beſchäftigt ſein, den Widerſtand der herrſchenden Klaſſen zu brechen und einen wirkſamen Arbeiterſchutz durch unabläſſige Agitation und durch mächtigen Ausbau der klaſſenbewußten Organiſationen auf politiſchem und wirtſchaftlichem Gebiet zu erobern.

Referent iſt **Molkenbuhr:** Parteigenoſſen! Der Gegenſtand, der uns hier beſchäftigt, iſt alt und bekannt. Ja, man könnte ihn beinahe den Vater der neuen Internationale nennen. Denn aus dem Gedanken, einmal international die Grundlagen für die geſamten Forderungen der Arbeiterſchaft auf dem Gebiete der Arbeiterſchutzgeſetzgebung feſtzulegen, wurde 1889 der Kongreß in Paris einberufen. Wenn die Frage aber auch alt iſt, ſo darf man doch nicht ſagen, ſie ſei veraltet, und wir machten es wie gewiſſe fromme Leute, die immer dasſelbe Gebet zur beſtimmten Stunde ſprechen. (Heiterkeit.) Nicht allein, daß die Uebelſtände, deren Beſeitigung gefordert wird, fortbeſtehen, wir ſehen ſie in vielen Ländern ſogar verſchärft auftreten. Es iſt eine alte Erſcheinung, daß dort, wo der Kapitalismus ſich zu entfalten anfängt, wo er ſeinen Saugrüſſel in die Produktion ſteckt, er zum Syſtem des Raubbaues greift. Jeder Landbeſitzer, jeder Viehbeſitzer würde ſich ſcheuen, ſolchen Raubbau mit ſeinem Lande und ſeinem Vieh zu treiben, wie ihn der aufkommende Kapitalismus mit den Arbeitern treibt. Mit um ſo größerer Entſchiedenheit müſſen wir unſere Forderungen immer aufs neue erheben. Nun

haben auch eine Reihe bürgerlicher Sozialpolitiker eine Anzahl Arbeiterſchutzforderungen erhoben. Ihr Hauptfehler iſt aber, daß ſie die Arbeiterfreundlichkeit der Kapitaliſten als Faktor in die Rechnung ſtellen. Die Arbeiterfreundlichkeit des einzelnen Kapitaliſten iſt eine ſehr ſchöne Sache, in Wirklichkeit aber iſt das Kapital inperſonell. Es kennt kein Gefühl, die Aktiengeſellſchaften ſind durchaus gefühlloſe Organe zur Erzielung hoher Profite. (Lebhafte Zuſtimmung.) Sie treten immer mehr an Stelle des perſönlichen Kapitaliſten und führen zu Preiskonventionen, Kartellen und Truſts. Die Ausbeutung des Arbeiters erſtreckt ſich nach zwei Seiten, er wird als Produzent und als Verbraucher geſchröpft. Im Jahre 1908 waren zum Beiſpiel während der ſcharfen Kriſe die Kohlenpreiſe höher als 1907.

An der Spitze unſerer Forderungen ſteht der Schutz für Leben und Geſundheit. Wir verlangen den Achtſtundentag, das Verbot der Kinderarbeit, das Verbot der Nachtarbeit und die Forderung der Sonntagsruhe. Die Ziffer 5 der vorliegenden Reſolution ſchützt den Arbeiter als Verbraucher. Es wird darin das Verbot des Truckſyſtems gefordert. Unter dem Deckmantel der Wohlfahrtseinrichtungen ſchafft das Kapital Wohlfahrtsplagen für die Arbeiter, ſo die Arbeiterwohnung, um ihn an den Boden zu feſſeln, ſo die Penſionskaſſen, um ihn bei ein und demſelben Betrieb zu halten und ihm den Gebrauch des Koalitionsrechts unmöglich zu machen. Wir fordern, daß das Koalitionsrecht vollſtändig ſichergeſtellt wird gegen die Uebergriffe des Kapitals, um ſo mehr, als die Arbeiter nicht mehr einem einzelnen Kapitaliſten gegenüberſtehen, ſondern der Koalition des Kapitals. Alle dieſe Forderungen werden von uns als Mindeſtforderung erhoben, und zwar als Forderung für alle Arbeiter. Dadurch unterſcheiden wir uns von den meiſten bürgerlichen Sozialpolitikern, die nur den Fabrikarbeiter ſchützen wollen und den Handwerker und Landarbeiter außerhalb des Arbeiterſchutzes ſtellen. In der Landwirtſchaft dringt die Maſchine immer mehr ein, um ſo notwendiger iſt es, auch den Landarbeiter zu ſchützen. Dort, wo beſondere Gefahren vorhanden ſind, in den Betrieben, die unter Staubentwickelung, Hitze und Gift zu leiden haben, für die Bergwerke, ſtellen wir noch weitergehende Forderungen.

Dem Ausbau des Arbeiterſchutzes wird immer die Behauptung entgegengehalten, daß die Konkurrenzfähigkeit eines Landes unter ſeiner Einführung leiden würde. Ich lache über dieſen Einwand. Selbſt wenn er wahr wäre, ſteht nicht die Geſundheit höher als der Profit? (Lebhafte Zuſtimmung.)

Als der Anfang mit der engliſchen Arbeiterſchutzgeſetzgebung gemacht wurde, da erklärten die Senior und Genoſſen, die engliſche Induſtrie würde zugrunde gehen, wenn der Zehnſtundentag eingeführt würde. Das war zu derſelben Zeit, als England zum Freihandel überging. Hat der Zehnſtundentag nun etwa die engliſche Induſtrie zugrunde gerichtet? Nein, aber die deutſchen Spinner haben wie geprügelte Knaben gejammert, ſie könnten der engliſchen Konkurrenz nicht ſtandhalten, und dabei beuteten ſie die Arbeiterinnen 15 bis 16 Stunden täglich aus. 1878/79 ſetzten ſie denn auch einen Schutzzoll für ſich durch. Als der Elfſtundentag bei uns 1900 eingeführt wurde, auch da hieß es, die Induſtrie könne dieſe Verkürzung der Arbeitszeit nicht vertragen und die Textilarbeiter Sachſens mußten 1903 einen großen Kampf führen. Und immer derſelbe Einwand, der 60 Jahre vorher in England erhoben worden war, er wurde auch wieder laut, als auf Grund der Berner Konvention der Zehnſtundentag eingeführt wurde. Es iſt immer die alte Geſchichte, wenn es nicht bewußte Unwahrheit iſt, iſt es ewig ein Trugſchluß. (Lebhafte Zuſtimmung.)

Weiter erheben wir in unſerer Reſolution die Forderung der Arbeiterverſicherung gegen unvermeidliches Unglück, gegen das Verſinken in Pauperis-

mus zum Schutz und zur Hilfe für die Kranken, Verletzten, Invaliden, Alten, Arbeitslosen, für die Witwen und Waisen. Auch hier heißt es immer, die Industrie kann die Lasten nicht ertragen. Aber ich frage, trägt nicht jedes Land schon jetzt diese Lasten für Krankheit, Unfall und Invalidität? Jedes Land muß sie auch heute schon tragen, aber man bürdet sie jetzt den Aermsten und Elendesten auf. (Lebhafte Zustimmung.) Was diese jetzt tragen müssen, das sollte die ganze Gesellschaft nicht tragen können? (Lebhafte Zustimmung.) Das ist ein lächerlicher Einwand. Sehen wir uns einmal an, welch gewaltige Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit fallen. In einem Jahr fielen in Deutschland 10 000 Tote, gab es 130 000 Krüppel, gab es 518 000 Verwundete. (Lebhaftes Hört! hört!) Sollen die Witwen und Waisen, die Krüppel und Verletzten ohne Hilfe bleiben? Die Frage stellen heißt sie beantworten. Dasselbe gilt vom Alter und von der Invalidität, gilt von der Hilfe für die Schwangeren, die Wöchnerinnen und die Arbeitslosen. Die deutschen Kapitalisten jammern, daß sie 375 Millionen Mark jährlich für die Arbeiterversicherung ausgeben. Das ist gewiß eine große Summe und wenn man bei Einführung der Arbeiterversicherung ihnen gesagt hätte, daß sie in 20 Jahren 4 Milliarden Mark dafür würden aufwenden müssen, dann hätten sie sich vielleicht noch heftiger gesträubt. Aber hat die deutsche Industrie diese vier Milliarden nicht ruhig bezahlt, ohne dabei zugrunde zu gehen. (Sehr richtig!) Ja, kein Land hat einen solch gewaltigen Aufschwung seiner Industrie in diesem Zeitraum erlebt wie gerade Deutschland. Und die Arbeiterversicherung selbst hat dazu beigetragen. Die Kapitalisten bezahlen ihre Kosten nicht, sondern stellen sie den Käufern mit ihrem Unternehmergewinn in Rechnung. Sie kassieren vielleicht jährlich 420 Millionen dafür ein und geben 375 Millionen dafür aus. Dem Unternehmer kostet die Versicherung für jeden Arbeitstag eines industriellen Arbeiters 12 Pfennig. Das macht, wenn wir so rechnen, im Jahre bereits 310 Millionen Mark aus. Rechnen wir für den Landarbeiter bei 200 Tagen die Kosten der Versicherung mit 5 Pf. für den Tag, so kommen wir auf 112 Millionen. Das ergibt zusammen 422 Millionen, ist also erheblich höher gegriffen, als die Kapitalisten tatsächlich zu zahlen haben. Da können wir sehr wohl annehmen, daß sich auch die Kosten eines weiteren Ausbaues der Arbeiterversicherung sehr bequem tragen lassen werden. Eine besonders dringende Notwendigkeit ist der Schutz der Schwangeren und der Säuglinge. Wissen wir doch, daß die Industrie einen Kindesmord betreibt, gegen den der bethlehemitische eine Spielerei ist. Schließlich hat auch der Kapitalist einen Vorteil von dem weiteren Ausbau der Sozialversicherung, weil damit die Gesundheit der Arbeiterklasse gehoben wird. Dort aber, wo die Kapitalisten die gesündesten und kräftigsten Arbeiter zur Verfügung haben, werden sie im Konkurrenzkampf siegen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist vielleicht kein Zufall, daß seit der Einführung der Krankenversicherung die Todesziffer in Deutschland von 28 auf 20 pro Tausend im Jahre zurückgegangen ist. Und auch ein direkter Vorteil für die Kapitalisten stellt sich heraus, denn die Arbeiterversicherung ist nichts anderes als die Ablösung ihrer bisherigen Haftpflicht.

Wo liegt der hauptsächlichste Widerstand gegen die Forderungen, die wir erheben? Gewiß tritt ihnen der Kapitalismus bewußt entgegen. Aber das geeinte und klassenbewußte Proletariat ist eine stärkere Macht. Darum ist die Teilnahmslosigkeit der Arbeiter unser schlimmster Gegner. Sie zu brechen, aufklärend zu wirken, die Werbe- und Alarmtrommel zu schlagen, ist die dringendste Aufgabe jeder Arbeiterorganisation. Immer wieder müssen diese Fragen international besprochen werden, das fördert die Verbrüderung aller Länder. Wenn die Nationen im geeinten Streben zusammenstehen, wenn die

Arbeiter aller Länder sich vereinen, dann werden sie ihren Zielen näher kommen, und Ideale verwirklichen, die jetzt noch als kühnste Phantastik erscheinen. (Stürmischer Beifall.)

Huysmans gibt im Auftrage des Internationalen Bureaus die Erklärung ab, daß es die Debatte über die Frage der Arbeitslosigkeit nicht von neuem eröffnen wolle, es sei aber der Ansicht, daß diese Frage einem fortgesetzten Studium der verschiedenen Sektionen der Internationale unterbreitet bleiben müsse. Deshalb teile das Bureau den Wortlaut der von der englischen Delegation eingebrachten Resolution mit und es bittet die Delegierten, sie genau zu prüfen, damit beim nächsten Internationalen Kongreß die Frage von neuem behandelt werden könne. Die Resolution lautet:

„Angesichts des am Donnerstag von der britischen und von anderen Abteilungen auf dem Kongreß erhobenen Protestes, demzufolge die Resolution über die Arbeitslosigkeit nicht befriedigt in ihrer Auffassung des Problems und in ihren praktischen Vorschlägen nicht weitgehend genug ist, unterbreiten die Unterzeichneten im Auftrag ihrer nationalen Abteilung dem Kongreß folgende Erklärung:

1. Die Arbeitslosigkeit ist eine Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und untrennbar von derselben.

2. Solange der Kapitalismus besteht, müssen jedoch Maßregeln getroffen werden, die sich mit dem Problem befassen.

3. Diese Maßregeln dürfen nicht bloß vorbeugend sein, sondern müssen den Keim der sozialistischen Gesellschaftsordnung enthalten, den Anfang der endgültigen Organisation der gesellschaftlichen Produktionsmittel bilden, sowie der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte auf genossenschaftlicher Grundlage.

4. Staatliche Notstandsarbeitseinrichtungen, die nur bei akuter Arbeitslosigkeit fungieren und in normalen Zeiten aufgehoben werden, sind zu verwerfen.

5. Die staatliche Tätigkeit gegen die Arbeitslosigkeit sollte bei Anerkennung des Rechts auf Arbeit auf folgender Grundlage beruhen:

a) amtliche genaue Statistik über die Arbeitslosigkeit,

b) Einteilung der staatlichen und städtischen Arbeiten mit dem Zweck, die Arbeitsnachweisfrage möglichst zu organisieren und auf festen Fuß zu bringen,

c) eine Gesetzgebung, die die Arbeitszeit verkürzt mit einem Maximum von 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich, und die soweit als möglich das Schwitzsystem ausschaltet, ebenso die Kinderarbeit und andere Konkurrenzformen, die die Armut steigern,

d) nationales System von Arbeiterbörsen, von den Gewerkschaften kontrolliert,

e) staatliche Versicherung,

f) Einrichtung von Staatsämtern, die sich im Interesse des Gemeinwesens mit der Entwickelung aller Arten von Nationalreichtum beschäftigen, der jetzt vernachlässigt oder ungenügend ausgebaut wird.

6. Eine Bedingung aller Staatshilfe, die den Arbeitslosen gewährt wird, muß sein, daß damit kein Verlust politischer Rechte verbunden ist und daß sie allen Abteilungen der Arbeiterklasse und beiden Geschlechtern zugänglich sein soll.

Da die Zeit vorgerückt ist, beantragt die belgische Sektion Schluß der Debatte.

Die Engländer, für die Macdonald zum Wort gemeldet iſt, proteſtieren ſehr lebhaft. Der Schlußantrag wird mit großer Majorität gegen die Stimmen der Engländer angenommen.

Die vom Referenten vorgelegte Reſolution über die Arbeiterverſicherung wird mit großer Majorität gegen die Stimmen der Engländer angenommen.

Reſolution über das Aſylrecht.

Sie lautet:

In der letzten Zeit haben ſich in verſchiedenen Staaten Fälle gehäuft, wo unter nichtigen Vorwänden das Aſylrecht für politiſche Flüchtlinge verletzt wurde. Insbeſondere iſt es der Einfluß Rußlands, der ſich auch bei dieſer Frage unheilvoll geltend macht. Das war zu erwarten. Aber es iſt bedauerlich, daß auch in freien Ländern ſolchen reaktionären Maßnahmen Unterſtützung und Vorſchub geleiſtet wird. So geſchah es zuletzt im Fall des Letten Wezoſol, der in den Vereinigten Staaten verhaftet wurde und der nunmehr ausgeliefert werden ſoll. Aber auch England verleugnet ſeine alten guten Traditionen, wie im Fall des indiſchen politiſchen Flüchtlings Savarka, der auf franzöſiſchem Boden entwichen und ſofort wieder an England ausgeliefert wurde, das ihn jetzt, entgegen den bisherigen internationalen Gepflogenheiten gewaltſam zurückbehält. Der Kongreß proteſtiert auf das energiſchſte gegen dieſe verbrecheriſchen Verletzungen des Aſylrechts und fordert das internationale Proletariat auf, ſich mit allen Mitteln der Agitation gegen dieſes Attentat auf die Würde und Unabhängigkeit des eigenen Landes, ſowie auf die Bewegungsfreiheit des Proletariats ſelbſt in ſeiner internationalen Geſchloſſenheit zu widerſetzen.

Keir Hardie (England) erhält zur Begründung das Wort: Die britiſche Sektion hat die Reſolution eingebracht und bittet um ihre Annahme. Die Vorgeſchichte der Verhaftung Savarkas iſt bekannt. Er floh, als er von England nach Indien gebracht werden ſollte, in Marſeille von dem engliſchen Schiff, wurde aber auf franzöſiſchem Boden von franzöſiſchen Gendarmen verhaftet und den britiſchen Autoritäten ohne weiteres wieder ausgeliefert. Jaurès hat darüber in der franzöſiſchen Kammer interpelliert und mit dem großen Gewicht ſeiner Perſönlichkeit in völkerrechtlichen Fragen auf die Ungeſetzlichkeit des Verfahrens an der Hand von Präzedenzfällen hingewieſen. Die britiſche Sektion will allen Verſuchen entgegentreten, das Aſylrecht anzutaſten, das die glorreiche Tradition ihres Landes iſt. Haben doch Garibaldi, Mazzini, Koſſuth und Karl Marx als Verbannte in England unangefochten gelebt. Wenn Savarka vor ein indiſches Gericht geſtellt wird, ſo iſt zu befürchten, daß das Verfahren gegen ihn nicht einmal öffentlich iſt. Denn Indien ſteht unter einem Ausnahmezuſtand, alle Zeitungen der Inder ſind verboten. Die engliſche Sektion iſt nicht mit allem einverſtanden, was die indiſchen Revolutionäre geſagt und getan haben, aber ſie iſt eine entſchiedene Gegnerin aller Unterdrückungsmaßregeln, mit denen die Regierung ſie jetzt bekämpft, und wollen ihnen unter allen Umſtänden die Freiheit des Wortes ſichern. Deshalb muß die ganze Internationale hier Proteſt erheben und fordern, daß Savarka wieder den franzöſiſchen Autoritäten übergeben wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorſitzender **Branting:** Die Reſolution erfährt auf Vorſchlag Keir Hardies eine kleine Aenderung. Es ſoll da nicht vom Revolutionär Sarvarka, ſondern vom politiſchen Flüchtling geſprochen werden.

Mit dieſer Aenderung wird die Reſolution einſtimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

Es folgt die

Marokkoreſolution.

Sie iſt von den Delegierten Frankreichs und Spaniens gemeinſchaftlich geſtaltet und lautet:

Indem der Kongreß an die vom Stuttgarter Kongreß angenommene Reſolution über die franzöſiſch-ſpaniſchen Unternehmungen in Marokko erinnert, in Erwägung ferner, daß die franzöſiſchen Sozialiſten gegen den Einmarſch gewiſſer Generale auf marokkaniſches Gebiet proteſtieren mußten und daß von ſpaniſcher Seite bereits wieder mit größter Eile militäriſche Vorbereitungen für einen neuen Feldzug getroffen werden, daß die den Völkern auferlegten Laſten infolge der kapitaliſtiſchen Wirtſchaftspolitik ſtetig wachſen, fordert der Kongreß die ſozialiſtiſchen Parteien aller Länder und beſonders die Frankreichs und Spaniens auf, die energiſche Aktion, welche von den ſozialiſtiſchen Parteien beider Länder gemeinſam unternommen und durch das Vorgehen der Revolutionäre in Barcelona und anderen Städten verſtärkt wurde, zu unterſtützen und ſich aufs allerſchärfſte einem neuen Feldzug zu widerſetzen.

Die Reſolution wird begründet von

Igleſias, der, von ſtürmiſchem Beifall begrüßt, in ſpaniſcher Sprache auf die Eroberungsabſichten der franzöſiſchen und ſpaniſchen Kapitaliſtenklaſſe in Marokko hinweiſt. Unter der Regierung Mauras hat der Eroberungszug nach Marokko außer zahlloſen Toten und Verwundeten Spanien viele Millionen Peſetas gekoſtet. Ein neues Armeekorps von 95 000 Mann iſt geſchaffen, ſo daß die dauernden Armeeausgaben ſich um 40 Millionen Peſetas erhöhen. Obwohl jetzt das neue liberale Regiment die Abſicht leugnet, iſt es doch Tatſache, daß ein neuer Feldzug in Marokko vorbereitet wird. So wie wir gegen die frühere Expedition mit allen Mitteln proteſtiert haben, werden wir auch dem neuen Feldzuge die Auflehnung der Arbeiterklaſſe entgegenſtellen. (Stürmiſcher Beifall.)

Die Reſolution wird hierauf einſtimmig angenommen.

Nach einigen geſchäftlichen Mitteilungen **Huysmans** vertagt ſich der Kongreß auf nachmittags 3 Uhr.

Vorſ. **Branting:** Vom Genoſſen Ledebour iſt folgende Erklärung dem Bureau zugegangen:

Der Genoſſe Vandervelde hat in ſeiner Rede die Vermutung ausgeſprochen, ich hätte gegen die Genoſſen Vaillant und Keir Hardie den Vorwurf erheben wollen, daß es ihnen mit ihrem Antrage wegen des Generalſtreiks bei Gefahr eines Krieges nicht ernſt ſei. Zu einer ſolchen Mißdeutung meiner Ausführungen kann deren Wortlaut auch nicht den geringſten Anlaß geben. Um aber jeder Mißdeutung ein für allemal ein Ende zu machen, erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich den ernſten Willen zur Tat bei den beiden von mir hochverehrten Genoſſen nicht im geringſten in Zweifel gezogen habe.

G. Ledebour.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt **Klausen**-Dänemark.

Huysmans teilt mit, daß eine Reihe weiterer Begrüßungstelegramme an den Kongreß eingelaufen sind, so von den Vertrauensleuten der Wiener Sozialdemokratie, von den persischen Studenten in Genf, von den Genossen in Wyborg, von der Christian Socialist Fellowship in Amerika, von den Metallarbeitern Antwerpens und von einem der ältesten sozialdemokratischen Kämpfer und Mitbegründer der Partei in Dänemark, Höredum. Weiter teilt Huysmans mit, daß dem Internationalen Sozialistischen Bureau die sozialistische Jugendorganisation angegliedert werden soll; wie das geschehen solle, werde in der nächstjährigen Sitzung des Internationalen Bureaus beschlossen werden; die Nationen werden ersucht, bis dahin ihre Anträge in dieser Frage zu stellen. Die Beschlüsse der Frauenkonferenz sind dem Kongreß zugegangen und sollen in den offiziellen Bericht aufgenommen werden.

Letzter Tagesordnungspunkt des Kongresses ist

die Genossenschaftsfrage.

Die Resolution der Kommission lautet:

„In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, sondern daß sie berufen sind,

die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern,

die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen,

erklärt der Kongreß,

daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung ihres unverrückbaren Zieles — der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches — führt und daß die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen.

Der Kongreß fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen. Der Kongreß macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken,

daß die Ueberschüsse nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen;

daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden,

daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und

daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden.

Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen.

In der Erwägung, daß die Dienste, die die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größere sein werden, je stärker und geschlossener sie selbst ist, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaften jedes Landes, die auf dem Boden dieser Resolution stehen, einen einheitlichen Verband bilden müssen.

Der Kongreß erklärt endlich, daß es im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet würde, immer innigere werden."

Den Bericht erstattet

Dr. **Karpeles**-Oesterreich: Die Kommission hat sich nicht darauf beschränkt, die Beziehungen zwischen Konsumverein und politischer Organisation zu untersuchen, sondern hat geprüft, welche Bedeutung den Konsumvereinen für den proletarischen Kampf überhaupt zukommt. Sie hat dahin erkannt, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern direkt Vorteile gewähren, sondern auch durch die Art ihrer Organisation für den Kampf des Proletariats wirksame Waffen darstellen. Besonderen Wert hat sie darauf gelegt, daß die Konsumvereine die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion vorbereiten. Als Produzent ist der Arbeiter häufig dem Kapital unterworfen. Aber als Konsument genießt er eine gewisse Freiheit, und von dieser Freiheit soll er Gebrauch machen. Wenn er schon gezwungen ist, einen Teil seines Lohnes an das Kapital abzugeben, so kann er doch wenigstens nicht gezwungen werden, nochmals den Teil des Lohnes, den er erhält, mit dem Händler zu teilen. Daraus erwächst dem Arbeiter die Pflicht gegen sich selbst, die Verwaltung seines Lohnes in die eigenen Hände zu nehmen. Er ist nicht dazu berufen, durch die Verwendung des Lohnes den Kapitalismus zu stärken und die Zahl der Kapitalisten zu vermehren, sondern ihn zu schwächen. Die Resolution will dabei bei den Arbeitern keineswegs die Illusion erwecken, als ob die Genossenschaftsbewegung allein die Produktion demokratisieren und sozialisieren könne. Aber sie will auf der anderen Seite, wie es auf diesem Kongresse niemandem einfällt, die Konsumvereine als das allein brauchbare Mittel zur Befreiung der Arbeiter hinzustellen, auch die nicht minder gefährliche Illusion unterdrücken, als ob ohne die tägliche unermüdliche Kleinarbeit die bessere Zukunft nur träumend erreicht werden könne. Die Arbeiterklasse muß selbst Stein auf Stein schichten, um sich fähig zu machen, den Sieg zu erringen. (Beifall.) Wenn aber die Konsumvereinsbewegung wirklich eine wirksame Waffe im Kampf für die Befreiung der Arbeiter ist, so haben auch alle Genossen die Pflicht, ihre tätigen Mitglieder zu werden. Die Kommission hat das nicht in der Form eines unbedingt verpflichtenden Befehls ausgesprochen, aber sie legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu erklären, daß es dringend wünschenswert ist, daß alle Gewerkschaftler und Parteigenossen ihre Pflichten gegenüber den Konsumvereinen erfüllen. Die Konsumvereine enthalten natürlich manche Tendenzen, mit denen die sozialistischen Arbeiter nicht immer einverstanden sein können. Die Arbeit der Sozialisten in den Konsumvereinen muß darauf gerichtet sein, diese Tendenzen zu unterdrücken

und aus den Konſumvereinen ein wirklich taugliches Kampfmittel zu machen. Sie müſſen aus den Konſumvereinen noch etwas anderes machen als eine bloße Warenverteilungsſtelle. Sie können ihre Pflicht als Sozialiſten erfüllen, wenn es ſich um die Verteilung des Reingewinns handelt, wenn es möglich iſt, zur Selbſtproduktion überzugehen, und eine höhere Form der Produktion herauszugeben, ſchließlich auch bei der Frage, welche Stellung der Konſumverein zu Partei und Gewerkſchaft einnehmen ſoll. Dieſe Frage iſt in der Kommiſſion keineswegs leicht zu beantworten geweſen. Nicht wenige Mitglieder haben die Meinung ausgeſprochen, daß zwiſchen Partei und Konſumvereinen ein organiſches Band beſtehen müſſe. Von einer anderen Richtung wurde mit allem Nachdruck gefordert, daß die Genoſſenſchaft ihre volle Selbſtändigkeit bewahren muß. Wir haben uns ſchließlich auf die Formulierung geeinigt, die Ihnen vorliegt. Wir haben darin ausgeſprochen, daß es den Genoſſenſchaften jedes Landes überlaſſen bleiben muß, zu entſcheiden, ob und inwieweit ſie die politiſche und gewerkſchaftliche Bewegung direkt aus eigenen Mitteln unterſtützen wollen. Wir ſind weit davon entfernt, das belgiſche Syſtem oder das deutſche Syſtem der Verteilung des Reingewinns unter Beziehungen von Partei und Genoſſenſchaften irgendwie zu kritiſieren oder zu verurteilen. Im Gegenteil, wir wiſſen, daß gerade die zähe Arbeit der Belgier ſeit 30 Jahren erſt dazu geführt hat, daß die Internationale ſich mit dieſer Frage beſchäftigt. Wir bringen unſeren Dank dieſen Sozialiſten dar, die die Welt nicht bereichert haben um eine neue Formel, ſondern um eine Tat durch den Anſchauungsunterricht. Aber neben dem belgiſchen Beiſpiel rühmen wir auch das der Hamburger Produktion, die indirekt den Kampf des Proletariats fördert und das gleiche erreicht wie die belgiſche Methode, auf einem Wege, der dem deutſchen Geiſt verwandter und angepaßter iſt. Wir können aber weder das belgiſche noch das deutſche Syſtem verdammen, ſondern müſſen ausſprechen, daß jede Genoſſenſchaft jedes Landes, in der der ſozialiſtiſche Geiſt herrſcht, in der Internationale willkommen iſt. Den Genoſſen des einzelnen Landes muß es überlaſſen bleiben, wie nach ihrer Meinung und nach der Entwickelung der politiſchen und Konſumentenorganiſationen ihnen die Regelung am beſten erſcheint. Wir ſprechen deshalb aus, daß, obwohl wir es als notwendig anerkennen, daß die Genoſſenſchaft volle Selbſtſtändigkeit bewahrt, wir doch wünſchen, daß die Beziehungen zwiſchen genoſſenſchaftlicher, gewerkſchaftlicher und politiſcher Organiſation immer feſter werden, wenn alle ſozialdemokratiſchen Arbeiter Mitglieder ihrer Gewerkſchaft, alle Gewerkſchaftler Mitglieder des Konſumvereins ſind, werden wir das organiſche Band zwiſchen Konſumvereinen, Gewerkſchaften und politiſchen Organiſationen ganz von ſelbſt hergeſtellt haben. Solange wir das noch nicht erreicht haben, müſſen wir uns darauf beſchränken, zu wünſchen, daß die Beziehungen immer inniger werden. Jedenfalls erſcheint es uns als ein Widerſpruch, wenn gerade jene Genoſſen, die ſchon heute eine organiſche Verbindung von Genoſſenſchaften und Partei fordern, ich meine die Richtung Guesde, ſich nicht genug darin tun können, den Wert der Genoſſenſchaften in den Parteiorganiſationen herabzuſetzen. Mit dieſer Methode wird man die organiſche Verbindung nicht herbeiführen. (Sehr wahr!) Die Reſolution betont endlich, daß die Genoſſenſchaften jedes Staates, die auf dem Boden dieſes Beſchluſſes ſtehen, einen einheitlichen Verband bilden ſollen. Damit iſt keineswegs ausgeſprochen, daß ſich zur Verfolgung rein genoſſenſchaftlicher Zwecke auch andere größere genoſſenſchaftliche Verbände, Großeinkaufsgeſellſchaften uſw. bilden. Aber zunächſt ſollen die Genoſſenſchaften, die auf dem Boden dieſer Reſolution ſtehen, unter ſich einen einheitlichen Verband bilden, und damit die Genoſſenſchaften zu gemeinſamer Arbeit verbinden.

Parteigenossen! Unser Beschluß soll den Konsumvereinen die Anerkennung des internationalen Sozialismus gewähren, die wir ihnen solange vorenthalten haben, und wir sind überzeugt, daß danach die sozialistischen Genossenschaftler mit neuer Arbeitskraft und neuer Arbeitsfreude in allen Ländern daran gehen werden, die Genossenschaftsbewegung zu einem immer wichtigeren und unentbehrlicheren Mittel im Befreiungskampfe des Proletariats zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Irving (England, S. D. P.): Heute früh ist über die englischen Gewerkschaften geklagt worden, daß sie die Pflichten internationaler Solidarität nicht erfüllen, weil sie nicht vom Geiste des Sozialismus erfüllt sind. Mit vollem Recht! Aber tausendmal mehr trifft das noch auf die englischen Genossenschaften zu. Diese haben nicht das mindeste Verständnis für den Sozialismus, und soweit wir überhaupt etwas von ihnen spüren, ist es ihre Feindschaft. Die Masse ihrer Mitglieder besteht aus liberalen und konservativen Arbeitern, die gerade auch durch die Genossenschaft mit kleinlichem, antisozialistischem Geiste erfüllt werden. Wir werden daher gegen den Satz der Resolution, daß die Konsumvereine ein wertvolles Mittel zur Erziehung der Arbeiter und zur Sozialisierung der Produktion sind, von vornherein Protest erheben müssen, weil die englischen Genossenschaften niemals vom Geist proletarischer Solidarität erfüllt waren. Natürlich sind wir mit dem allgemeinen Sinn der Resolution einverstanden, was wir kritisieren, ist nur, daß sie gerade die Bedürfnisse unserer Agitation für England gegenüber den Genossenschaften nicht berücksichtigt. (Beifall bei den Delegierten der S. D. P.) Das gleiche trifft für die Resolution über den Arbeiterschutz zu, zu der wir heute Vormittag nicht das Wort erhalten haben, trotzdem die englische Delegation es dringend verlangte. (Sehr wahr! bei den Engländern.) Die Resolution stellt sich ganz auf den Standpunkt jener „staatsmännischen Politik", die auch heute früh kritisiert worden ist, weil sie ein Resultat von Kompromissen ist, und in keiner Weise über das hinausgeht, was ein ganz gewöhnlicher Kongreß bürgerlicher Sozialpolitiker auch beschließen könnte. Es kommt mir so vor, als ob wir hier viele große Kanonen aufgefahren haben, aber nicht mit Kugeln, sondern mit Kuchen schießen. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Engländern.) In unseren Forderungen für den Kinderschutz bleiben wir auf diesem Kongreß hinter dem zurück, was wir in England seit 25 Jahren verfechten. Wie unsinnig ist es, daß wir in der Resolution über den Arbeiterschutz betonen, daß er auch für den Kapitalismus vorteilhaft ist. Als ob wir hier versammelt wären, für die Interessen der Kapitalisten zu sorgen und nicht um den Kapitalismus zu zerstören. Wir erheben Protest dagegen, daß über dem Geist der Kompromisse unsere revolutionären Endziele in den Hintergrund getreten sind. Die Kompromißarbeit ist vollständig wertlos, und dazu hätten wir nicht nötig gehabt, die Sozialisten aller Länder nach Kopenhagen zu bringen. Wir werden gegen die Resolution stimmen, wie wir gegen die Arbeiterschutzresolution gestimmt haben, und protestieren gegen das ganze Vorgehen des Kongresses. (Beifall bei den S. D. P.)

Wibaut-Holland: Wir schließen uns der Resolution der Kommission an; aber ich möchte doch in einigen Worten die besondere Stellung Hollands, Frankreichs und Belgiens zur Frage der Genossenschaften darlegen.

Wir sind für den engen Anschluß der Genossenschaften an die Partei, an die sie Beiträge abliefern sollen. Die Deutschen und Oesterreicher haben uns erklärt, daß diese Ablieferung wegen der gesetzlichen Hindernisse bei ihnen nicht möglich sei, aber auch nicht möglich wegen der besonderen geschichtlichen Stellung, die die Genossenschaften in der Entwickelung der Arbeiterbewegung gehabt haben. Wir haben uns diesen Gründen gefügt, erklären hier aber, daß

wir in unſerer Praktik fortfahren und ſie für die beſte Form der genoſſenſchaftlichen Aktion halten. Der Berichterſtatter hat Guesdes Auffaſſung von der Genoſſenſchaftsfrage nicht ganz richtig wiedergegeben. Sie iſt nicht ſo eng, wie er es dargeſtellt hat, und deckt ſich im Grunde durchaus mit der unſeren. Auch er legt den Genoſſenſchaften großen Wert für den proletariſchen Emanzipationskampf bei, unter der Bedingung, daß ſie die Partei direkt unterſtützen. Wir ſind der Anſicht, daß eine kleine Genoſſenſchaft aus Sozialiſten beſſer iſt als große Genoſſenſchaften, mit denen man dann auf den Sozialismus bis zum St. Nimmerleinstage warten ſoll. Wir wollen deshalb, daß die Genoſſenſchaften einen Teil ihres Gewinns an die politiſche Organiſation ſtatutariſch abliefern. (Bravo! bei den Belgiern, Holländern und Nordfranzoſen.)

Juſte-Argentinien: Obwohl die Reſolution einen Fortſchritt darſtellt, iſt ſie theoretiſch nicht richtig. Es wird darin die Eroberung der politiſchen Macht als das eigentliche Ziel bezeichnet. In Wirklichkeit gehen die Ziele der Arbeiterbewegung aber viel weiter. Das, was ſie will, iſt etwas viel Komplizierteres, als daß es durch dieſe Formel gelöſt werden könnte, und dabei ſpielen die Genoſſenſchaften eine große Rolle. Sie können ſie aber nur ſpielen, wenn ſie und die Gewerkſchaften nicht unter die politiſche Organiſation geſtellt werden. Um dieſe noch höhere Wertung der Genoſſenſchaften auszudrücken, ſchlägt Redner vor, in der Reſolution zu ſagen, daß die Konſumvereine berufen ſind, die Demokratiſierung und die Sozialiſierung der Produktion und des Austauſches nicht bloß vorbereiten zu helfen, ſondern zu verwirklichen.

v. Elm: Ueber die Rede des engliſchen Genoſſen war ich ſehr erſtaunt. Unſere engliſchen Genoſſen führen fortgeſetzt Klage, daß in ihren Trades Unions und Genoſſenſchaften nicht genügend ſozialiſtiſcher Geiſt herrſcht. Wenn wir aber in einer Reſolution ausſprechen wollen, daß ſie dafür zu ſorgen hätten, dieſe Köcperſchaften mit ſozialiſtiſchem Geiſt zu erfüllen, ſo gefällt es ihnen dann auch nicht. Die Schlußfolgerung müßte eigentlich ſein, daß ſie an ihrem eigenen Volk verzweifeln. Ich ſchätze die engliſchen Arbeiter höher ein als die Engländer hier ſelber. Das Urteil des Redners über die engliſchen Genoſſenſchaften ſtimmt auch nicht mit der Wirklichkeit überein. Es iſt nicht wahr, daß die engliſchen Genoſſenſchaften völlig unſozialiſtiſch ſind. Wiederholt haben ſie den Kampf der Arbeiterklaſſe in freiheitlichem Sinne gefördert. In der Kommiſſion iſt von einem engliſchen Genoſſen geſagt worden, durch die engliſche Genoſſenſchaftsbewegung iſt eine Form geſchaffen worden; für uns handelt es ſich darum, dieſe Form zu benutzen und mit dem Geiſt des Sozialismus zu erfüllen. Das Wort unterſtreiche ich zweimal. Wir ſehen hier große Organiſationen, und wenn die Engländer in ihnen für den Sozialismus wirken werden, dann werden die Reſultate auch beſſer werden. Der engliſche Genoſſe befürchtete, daß wir mit unſerer Reſolution vom ſozialiſtiſchen Endziel abrückten. Der Streit darüber, wie dieſes Endziel am ſchnellſten zu erreichen iſt, iſt ſchon alt. Aber wir Deutſchen ſind der Ueberzeugung, daß mit dazu gehört die praktiſche Arbeit für die Arbeiter ſelber. Durch unſere Mitwirkung an der Geſetzgebung werden die Arbeiter mit den Ideen der Sozialdemokratie erfüllt. Denn die Aufklärung der Arbeiter iſt doch die Hauptſache. (Sehr richtig!) Hier im Plenum über das Syſtem zu ſtreiten, ob das deutſche, ob das belgiſche beſſer iſt, halte ich für überflüſſig. Ich hätte gewünſcht, daß auch Wibaut nicht erſt das belgiſche Syſtem hier beſonders empfohlen hätte. Wir ſind darin anderer Meinung und die Praxis hat uns nicht davon überzeugt, daß unſer Syſtem ſchlechter ſei. Wir haben drei Bewegungen, die politiſche, die gewerkſchaftliche, die

genoſſenſchaftliche. Jede hat ihre beſondere Aufgabe. Uns aber iſt es gelungen, ſie mit dem einheitlichen Geiſt des Sozialismus zu erfüllen. (Beifall.) Wir haben uns die Arbeiter erzogen, daß ſie Beiträge für die Gewerkſchaften und die Partei zahlen. Wir wollen nicht, daß die Partei, die wir allen voranſtellen, in Abhängigkeit gerät von den Gewerkſchaften oder Genoſſenſchaften. (Lebhafte Zuſtimmung.) Die Entwickelung der Genoſſenſchaftsbewegung in Belgien war anders als bei uns, dafür iſt ſie in ein anderes Fahrwaſſer geraten. Dem Genoſſen Wibaut iſt eine kleine, nur aus Sozialiſten beſtehende Genoſſenſchaft lieber als eine große. Wir meinen im Gegenteil, die Genoſſenſchaften können erſt etwas für den Sozialismus leiſten, wenn ſie groß ſind. (Lebhafte Zuſtimmung.) Deshalb verſperren wir niemand den Weg zur Genoſſenſchaft. Wir ſagen zu allen: Kommt nur herein und werdet Genoſſenſchaftler! Wir als Sozialiſten werden ſchon dafür ſorgen, daß die Genoſſenſchaften ſich im ſozialiſtiſchen Geiſt entwickeln. So wird uns die Genoſſenſchaft eine Waffe im Klaſſenkampf. Auch für die engliſchen Genoſſen können ſie es werden, wenn ſie ihre Schuldigkeit tun. Der Wille zur Tat iſt die Hauptſache. (Lebhafter Beifall.)

Borgbjerg-Dänemark: Im Namen der ſkandinaviſchen Delegation kann ich erklären, daß wir einſtimmig für die Reſolution der Kommiſſion ſind. Wir ſtimmen mit Stolz und Freude dafür: iſt es doch eine ſkandinaviſche Stadt, die dieſer Reſolution ihren Namen geben wird, und nimmt doch durch dieſe Reſolution die internationale Sozialdemokratie praktiſch und theoretiſch zur Genoſſenſchaftsfrage Stellung. Die ſchwediſchen Delegierten hätten die deutſche unveränderte Reſolution vorgezogen, die Norweger die belgiſche Reſolution, aber da die Deutſchen und die Belgier mit der vorliegenden Reſolution einverſtanden ſind, wollen die Schweden nicht deutſcher als die Deutſchen, die Norweger nicht belgiſcher als die Belgier ſein. Uns Dänen iſt die Vermittelungsreſolution, wie ſie vorliegt, beſonders recht. Die Beziehungen, wie ſie dort zwiſchen Genoſſenſchaften und der Partei gefordert werden, ſind gerade dieſelben, die hier in Dänemark zwiſchen der Sozialdemokratie und den Gewerkſchaften beſtehen. Die beiden Bewegungen ſind ganz ſelbſtändig. Aber ſie marſchieren, vereint durch perſönliche Bande und erfüllt durch denſelben Geiſt, den Geiſt des Sozialismus, dem Siege entgegen. (Beifall.) Die Reſolution ſtellt nur eine entwickeltere Form des Beſchluſſes dar, der 1907 vom ſkandinaviſchen Arbeiterkongreß einſtimmig angenommen wurde.

Es heißt immer, daß die däniſchen, die ſkandinaviſchen Sozialdemokraten überhaupt, ſehr opportuniſtiſch ſeien, und das iſt in der Tat richtig. Aber Opportunismus bedeutet nicht Moderantismus (Mäßigung). (Beifall.) Wir ſind der Meinung, daß die Sozialdemokratie, je opportuniſtiſcher ſie iſt, je mehr ſie ſich der lebendigen Realitäten annimmt, je mehr ſie Einfluß im ſozialen und politiſchen Leben zu erringen ſucht, um ſo radikaler ſein wird. Der Sozialismus iſt für uns mehr als eine bloße Theorie, er iſt eine lebendige Kraft, ſobald die Arbeiterklaſſe von ſozialiſtiſchem Geiſt erfüllt iſt und den Tag ihrer völligen Befreiung vor ſich ſieht, können wir ohne jede Gefahr alle Mittel anwenden, die im Kampf für die Emanzipation vorhanden ſind. Die alten franzöſiſchen Marxiſten haben die Arbeiter gelehrt, das allgemeine Stimmrecht aus einem Mittel des Betrugs im Dienſte der Bourgeoiſie in eine Waffe des Klaſſenkampfes zu verwandeln. Von dieſem Augenblick an will die Bourgeoiſie vom allgemeinen Stimmrecht nichts mehr wiſſen. Ebenſo haben wir die Gewerkſchaften zu einem Hauptwerkzeug der allgemeinen Arbeiterbewegung gemacht, die zu einer neuen, höheren Geſellſchaft führt. Seitdem iſt auch die Furcht vor dem konſervativen Charakter der Gewerkſchaften ver-

schwunden. Aus der Genossenschaftsbewegung wollen wir ein Werkzeug in der Hand der gesamten Arbeiterklasse machen. Hut ab vor den Alten, die gekämpft und gelitten haben, um der Arbeiterklasse den Geist des internationalen Sozialismus einzuflößen. Dieser Geist ist jetzt in die Herzen von 10 Millionen Arbeitern gedrungen und wir sind nun stark genug, um sowohl das allgemeine Stimmrecht, wie die Gewerkschaften, wie die Genossenschaften zu benutzen. Wir würden den Arbeiterinteressen schaden, wenn wir nicht alle vorhandenen Mittel benutzen wollten. (Bravo!) Die sozialistische Theorie darf nicht zur Unfruchtbarkeit führen. Wir sind keine Fatalisten, Marx am allerwenigsten. Er hat ja gesagt, daß die Befreiung der Arbeiter ihr eigenes Werk sein muß. Je stärker die Arbeiterklasse wird, je mehr sie in die Höhe kommt, umso mehr nähern wir uns unserem Endziel. Die Reformen machen die Arbeiter nicht gemäßigter, sondern radikaler, fordernder. Der Appetit kommt mit dem Essen. Die dänischen Gewerkschaften haben die letzte Krise ohne Mitgliederverlust und ohne Verschlechterung der Arbeitsbedingungen überstanden, im Gegenteil, sie sind beständig an Kraft und Zahl gewachsen. Das eherne Lohngesetz besteht glücklicherweise nicht. Wenn die Arbeiterklasse die soziale Stufenleiter immer tiefer herabsteige, so könnten wir die gegenwärtige Gesellschaft nicht umstürzen. Auch wenn eine zufällige Revolution ausbrechen würde, könnten wir die neue Gesellschaft nicht organisieren und verwalten. Das Proletariat muß eine aufgeklärte, gut organisierte Arbeiterklasse werden, die sich des Ziels voll bewußt ist, das es zu erreichen gilt. Diese Umwandlung der Arbeiterklasse ist das Werk der Sozialdemokratie. Wir wollen die Bourgeoisie entwaffnen, ihr alle ihre Waffen nehmen; in die Hände der Arbeiterklasse legen wir das allgemeine Stimmrecht, die Koalitionsfreiheit, den Genossenschaftsgedanken, die geistige Befreiung. Aber die Bourgeoisie bekommt Furcht, sie sucht ihre eigenen Freiheiten, ihre eigene Zivilisation auszulöschen. Die Gesetzlichkeit tötet sie, die Freiheiten sind ihr Ruin, unser Wahlspruch muß also sein: Immer vorwärts mit allen Mitteln, beseelt von unserer großen Idee.

Die Genossenschaften sind also weit davon entfernt, Hilfsmittel der Bourgeoisie zu sein. Im Gegenteil, die Genossenschaftsbewegung stört die Interessen der Bourgeoisie. Unser gewerkschaftlicher Genossenschaftskampf vereint ihre Elemente viel mehr zu einem reaktionären Block als unser politischer Kampf. Wollte ich aber zu den Arbeitern sagen, die Genossenschaftsbewegung allein genügt, den gewerkschaftlichen und politischen Kampf müßt ihr aufgeben, dann würde mich die Bourgeoisie loben. Empfehlen wir den Arbeitern aber die drei Mittel zugleich, dann ist die Bourgeoisie empört, die kleine wie die große. Vielleicht könnten wir bei den Wahlen mehr Stimmen erhalten, wenn wir einen Radikalismus an den Tag legen wollten, der die Genossenschaften verwirft und verurteilt. Aber dann würden wir uns selbst verurteilen. Benoit Malom hat einmal gesagt, wir wollen immer Reformisten, aber auch immer Revolutionäre sein, wenn die Umstände es verlangen. Ja, gerade in unserer praktischen Arbeit und mit unserem Tageskampf sind wir Revolutionäre. Die Reformen bereiten die Revolution vor. Die Arbeiterklasse verstärkt ihre Machtmittel, indem sie die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung und die Stimmzettel als Waffe benutzt, um die öffentliche Macht zu erobern, in der Absicht, die Expropriateure zu expropriieren und eine neue Gesellschaft auf der Grundlage des Kollektiveigentums und der Solidarität des Volkes und der Völker zu gründen. (Lebhafter Beifall.)

Das Schlußwort erhält

Dr. **Karpeles**-Oesterreich: Er bittet den Kongreß, keine Aenderung an dem sorgfältig erwogenen Text der Resolution vorzunehmen. In den Streit

zwiſchen Wibaut und v. Elm wolle er ſich nicht einmiſchen, da die vorliegende Reſolution offenbar ſowohl den Deutſchen wie den Belgiern erlaube, in ihrer bisherigen Weiſe ganz im Geiſt der Internationale die genoſſenſchaftliche Arbeit fortzuführen. Sehr merkwürdig ſei es geweſen, daß der engliſche Delegierte Irving geſagt hat, er habe geglaubt, nicht für die Reſolution ſtimmen zu können, weil darin ſtünde, daß in den Genoſſenſchaften der Geiſt des Sozialismus nicht geſchwächt werden dürfe, weil in den engliſchen Genoſſenſchaften ein ſolcher Geiſt gar nicht vorhanden ſei. Das ſei aber grundfalſch. Nicht nur, daß eine Reihe ſchottiſcher Genoſſen ſchon direkte Beiträge an die politiſche Partei lieferten, ſeien die engliſchen Genoſſenſchaften gerade aus dem Geiſt des Sozialismus herausgewachſen. Denn die Entwickelung der Genoſſenſchaften Englands knüpft ſich an den großen Namen Robert Owens, der zuerſt ſeine ſoziale Denkungsart in der Gründung von Genoſſenſchaften niederlegte. Wenn es aber anders geworden ſei, wenn heute in den engliſchen Genoſſenſchaften nicht mehr der Geiſt des Sozialismus lebe, ſo ſei das Schuld der jetzigen Sozialdemokraten, die ſtatt in den Genoſſenſchaften mitzuarbeiten, nur immer von außen Kritik geübt und mitleidig mit Spott und Hohn auf die Genoſſen herabgeſehen hätten, die in den Genoſſenſchaften für die Arbeiterklaſſe gewirkt haben. Ich bitte Sie, die Reſolution einſtimmig anzunehmen. (Beifall.)

Der Kongreß nimmt unter lebhaften Beifallskundgebungen die Reſolution gegen ganz wenige Stimmen an.

Vorſitzender **Klauſen**: Wir kommen nunmehr dazu, Zeit und Ort des nächſten Internationalen Kongreſſes feſtzuſetzen.

Huysmans ſchlägt vor, die Einladung der geſamten öſterreichiſchen Delegation anzunehmen, 1913 nach Wien zu kommen.

Viktor Adler (mit ſtürmiſchem Beifall empfangen): Wenn die öſterreichiſche Delegation geglaubt hat, es unternehmen zu dürfen, den Internationalen Sozialiſten- und Gewerkſchaftskongreß nach Wien einzuladen, ſo hat ſie gewußt, daß ſie ein großes Stück Verantwortung und ein großes Stück Ehre für ſich erbittet. Die Internationalen Sozialiſtenkongreſſe rücken allmählich vom Weſten nach dem Oſten. Wir haben getagt in Paris, London, Zürich, Brüſſel, Amſterdam, Stuttgart, jetzt in Kopenhagen und wollen nun nach Wien gehen. Wir ſind uns bewußt, daß wir der alten öſterreichiſchen Stadt ein großes Kompliment machen, indem wir dieſe Einladung an Sie ergehen laſſen, und wenn der Kongreß dieſes Kompliment beſtätigt, dann wird man wohl ſagen können, daß es der alten Kaiſerſtadt Wien nicht an der Wiege geſungen iſt, daß ſie den Internationalen Sozialiſtenkongreß in ihren Mauern aufnehmen ſoll. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie zu uns kommen, werden Sie eine Partei finden, die im ſchweren Kampf kräftig geworden iſt, werden erkennen, daß Wien nicht nur eine Kaiſerſtadt, ſondern auch ein Zentrum der Sozialdemokratie geworden iſt, daß das rote Banner in Wien aufgepflanzt wurde von den kräftigen Händen der Proletarier aller Zungen Oeſterreichs. (Stürmiſcher Beifall.) Ich weiß, daß Wien den Ruf der Fröhlichkeit, des Klanges der Muſik, der Gemütlichkeit, der Liebenswürdigkeit, der Lebensfreude hat. Ich bin der letzte, der dieſen Ruf Wiens zerſtören oder tadeln würde. Aber wir dürfen für uns auch in Anſpruch nehmen, daß wir nicht nur Liebenswürdigkeit, nicht nur Gemütlichkeit haben, ſondern auch Arbeitsluſt und Freude im proletariſchen Kampfe. (Erneuter ſtürmiſcher Beifall.) Wien iſt nicht allein Brennpunkt der Reaktion, ſondern auch ein Brennpunkt des Klaſſenkampfes, eines ſo harten Klaſſenkampfes, wie er nur in irgendeinem anderen kapitaliſtiſchen Lande geführt wird. Wenn Sie unſere

Einladung annehmen, Parteigenoſſen, ſo glauben Sie uns, daß wir tun werden, was in unſeren Kräften ſteht. Es iſt ja ſchwer, hier in Kopenhagen Ihnen einen guten Empfang zu verſprechen, aber Kopenhagen ſteht einmal hors de Concours. Jedenfalls nehmen Sie die Verſicherung entgegen, daß Sie bei uns in Oeſterreich eine echte ſozialdemokratiſche Maſſe, echtes revolutionäres Empfinden, alte entſchloſſene Kämpfer, echte Internationale finden werden. (Stürmiſcher Beifall.) In dieſem Sinne begrüßen wir Sie. Und laſſen Sie mich hinzufügen, daß die Einladung ausgeht von der geſamten öſterreichiſchen Sektion und daß wir überzeugt ſind, daß Sie in Wien eine einige Geſamtpartei der öſterreichiſchen Sozialdemokratie finden werden. (Stürmiſcher, wiederholter Beifall.)

Der Vorſchlag, den nächſten Internationalen Sozialiſtenkongreß 1913 in Wien abzuhalten, wurde einſtimmig angenommen.

Molkenbuhr: Der Kongreß nähert ſich ſeinem Ende und da iſt es unſere Pflicht, auch derer zu gedenken, die ſich ſoviel Mühe und Arbeit mit dieſem Kongreß gegeben haben. Wer von Deutſchland nach Kopenhagen gekommen iſt, iſt gewiß in dieſer Beziehung angenehm überraſcht worden. Wenn in Griebens Fremdenführer ſteht, daß in Kopenhagen 9 Monate Winter und 3 Monate kein Sommer iſt, ſo muß das ein unheilbarer Hypochonder und gewerbsmäßiger Verleumder geſchrieben haben. So viel ſchöne Sonnentage wie hier haben wir ſonſt in dieſem ganzen Sommer noch nicht geſehen. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Alſo ich darf wohl ſagen, daß dieſe heitere Natur in der Kunſt, die uns hier entgegengetreten iſt, ihr Gegenſtück gefunden hat. Die Cantate, mit der am Sonntagmorgen der Kongreß eröffnet wurde und die das harmoniſche Zuſammenwirken der Proletarier aller Länder ſo herrlich dargeſtellt hat, hat wohl nicht ihresgleichen auf einem internationalen Kongreß gehabt. Der angenehmen, ſchönen Eröffnung folgten Schlag auf Schlag angenehme Erſcheinungen, überraſchende Darbietungen der däniſchen Parteigenoſſen, vor allem der Feſtzug, der bekundete, wieviel organiſierte Arbeiter es in Kopenhagen gibt. (Lebhafter Beifall.) Die große Anzahl der verſchiedenen Organiſationen, die unter ihren Bannern aufmarſchierten, bezeugte, auf welcher Höhe das däniſche Proletariat ſteht und daß es heute das Recht für ſich in Anſpruch nehmen kann, ein Bataillon der Avantgarde in der großen Armee des internationalen Proletariats zu ſein. (Stürmiſcher Beifall.)

Wir haben die Woche hier ſehr angenehm verlebt und danken Ihnen für all das, was Sie uns dargeboten haben. Im Namen der deutſch-ſprechenden Delegationen laſſen Sie mich alſo den däniſchen Genoſſen danken. Laſſen Sie uns aber weiter gedenken des Mannes, der in der Internationale das bindende Glied iſt, unſeres Sekretärs Huysmans. (Stürmiſcher, langanhaltender Beifall.) Er hat in harter Arbeit hier bewieſen, welcher Arbeitsleiſtung ein Menſch fähig iſt, wenn er getragen wird von der Begeiſterung und dem feſten Willen, Großes zu leiſten. (Lebhafter Beifall.) Laſſen Sie mich auch die Dankbarkeit den Ueberſetzern ausrichten, die es ermöglicht haben, daß wir alle einen vollſtändigen Ueberblick über die ganzen Verhandlungen gewonnen haben. Einſt wurden die Völker des Nordens, die hier wohnen, von den anderen gefürchtet, wenn ſie auf Eroberungszüge auszogen. Von der alten Wikingerart iſt auch im heutigen Dänentum noch etwas erhalten. Sie haben ſich die Zuneigung aller erobert, die hier nach Kopenhagen gekommen ſind. (Stürmiſcher Beifall.) Wie wir von den Dänen als Vorbildern noch an organiſierter Kraft gelernt haben, ſo wollen wir ihnen Dank dadurch abſtatten, daß wir in unſerer Heimat in gleichem Sinne weiterarbeiten. Damit ſtreuen wir eine Saat, die in ferner Zukunft Früchte tragen wird, und wenn dieſe Früchte reifen werden, dann wird auch der Name Kopenhagen nicht fehlen, weil hier

ein starkes, zielbewußtes Proletariat mitgewirkt hat, die internationale Bewegung vorwärts zu bringen. (Lebhafter stürmischer Beifall.)

Die Schlußreden werden nicht in die drei Kongreßsprachen übertragen, sondern werden nur von Branting in je einer der skandinavischen Sprachen wiedergegeben.

Im Namen der englischen Delegationen spricht, ebenfalls stürmisch begrüßt,

Hillquit-Amerika: Die amerikanischen Delegationen seien durch die Lage ihrer Länder mehr als die der anderen Völker vom persönlichen Verkehr mit den Genossen aller Länder ausgeschlossen. Für sie hat daher der Internationale Sozialistenkongreß noch eine größere Wichtigkeit und höhere Bedeutung, nicht durch die Beschlüsse und praktischen Maßnahmen, sondern durch den Geist der proletarischen Brüderlichkeit, durch das persönliche Wiedersehen mit den Genossen aller Länder. Darum haben sie die weite Reise bis zu 4000 Meilen gemacht, aber sie hätten auch eine dreimal größere Strecke zurückgelegt, um sich wieder einmal eins zu fühlen mit dem gesamten internationalen Proletariat. Wenn wir den Blick richteten auf jene Versammlungen, die 30 bis 40 Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen aus Gewerkschaft, Genossenschaft und politischer Organisation darstellten, und wenn wir dann den Blick zurücklenkten auf die Geschichte der Bewegung und ihr unaufhaltsames Wachstum trotz aller Verfolgungen, dann müssen wir uns sagen, daß diese Bewegung selbst eine Garantie für unseren sicheren Triumph ist.

Die Geschichte kann nicht eine Bewegung, wie die unserige, schaffen, so allumfassend, so einig, so unwiderstehlich vorwärtsschreitend, um sie dann resultatlos im Sande verlaufen zu lassen. Der Kopenhagener Kongreß bedeutet einen Markstein in der Geschichte des Sozialismus. Daß er diese Bedeutung erlangt hat, danken wir vor allem den dänischen Genossen, die uns das Gelingen dieser Zusammenkunft ermöglicht haben. Im Namen der englisch sprechenden Delegation sage ich daher den dänischen Genossen unseren wärmsten Dank. (Lebhafter Beifall.) Ein Wort des Dankes müssen wir dann auch an den Genossen Huysmans richten, der gerade von der amerikanischen Delegation und ihren zahlreichen Gästen am schlimmsten drangsaliert worden ist. Für seine gutmütige Behandlung aller Quälgeister sind wir ihm zu besonderem Danke verpflichtet. Lassen Sie uns schließen mit einem Dank an den Vorsitzenden unseres Bureaus, der in seiner aufopfernden, immer liebenswürdigen Weise unsere Verhandlungen geleitet und zu diesem Ende geführt hat, an den Genossen Vandervelde. (Mehrfacher, wiederholter, stürmischer Beifall.)

Jaurès (mit jubelnden Hochrufen begrüßt): In allen Formen des Empfanges haben die dänischen Genossen uns fühlen lassen nicht nur die Kraft der internationalen Solidarität, sondern auch die fesselnde und packende Liebenswürdigkeit des dänischen Volkes. Neulich, als wir den wunderbaren Festzug am Sonntagnachmittag durch die Straßen von Kopenhagen ziehen sahen, so mächtig zugleich und so lebendig, so farbenfroh pittoresk mit den vielen farbigen Bannern und bunten Blumen, übersät vom frischen Grün der Zweige, da habe ich mir gesagt, daß wir den Kapitalisten zurufen könnten die Worte, die in Shakespeares „Macbeth" stehen: Du wirst fallen, wenn dieser Wald sich gegen dich bewegt. (Stürmischer, minutenlanger Beifall.) In der Tat hat sich ein Wald von Proletariern gegen den herrschenden Kapitalismus hier in Bewegung gesetzt, und in bewunderungswürdigem Kampfe marschiert die dänische Partei vorwärts, von der freien Vereinigung aller Formen der Organisation und Aktion auf genossenschaftlichem, gewerkschaft-

lichem und politiſchem Gebiet geeint in einer großen Partei unter dem Geiſt der Demokratie und des Sozialismus. (Stürmiſcher, langanhaltender Beifall.) Dieſer däniſche Geiſt der Einigkeit hat auch die ganze Arbeit des Kongreſſes durchdrungen, und darum iſt niemals ein Sozialiſtenkongreß ſo ſehr vom Geiſt der ſozialiſtiſchen Einigkeit beherrſcht worden, wie der Kongreß von Kopenhagen. In der Gewerkſchaftsfrage haben wir an die Tſchechen und die Deutſchöſterreicher den dringenden Wunſch gerichtet, daß ihr Streit nicht das Band der Einheit löſen möge. Und wenn Genoſſe Adler geſagt hat, daß wir in drei Jahren in Wien eine völlig einheitliche ſozialdemokratiſche Partei Oeſterreichs wiederfinden werden, ſo hoffen wir, daß ſein Wort bald Wahrheit werden wird. Wir wollen nicht, daß die tſchechiſchen Genoſſen von hier mit irgendeinem Gefühl der Bitterkeit weggehen, denn wir haben hier ihre Kraft, ihre Friſche, ihr klaſſenbewußtes Empfinden und ihre internationale Geſinnung bewundert und möchten keine internationale Kraft in der Internationale miſſen. (Beifall.) Wir haben weiter die Einigkeit beſtätigt bei den genoſſenſchaftlichen Arbeiten, indem wir allen angeſchloſſenen Ländern empfohlen haben, die Genoſſenſchaften mit dem Geiſt des Sozialismus zu erfüllen. Eindringlich haben wir den Ruf der Einigung aller ſozialiſtiſchen Parteien erſchallen laſſen. Es war in jenem Jahre, als in Amſterdam viele Nationen ihre Zuneigung zu Frankreich dadurch bezeugten, daß ſie die Einigung beſchloſſen, bevor wir ſie ſelbſt geſchaffen hatten. (Heiterkeit.) Wir ſind Ihnen dankbar für dieſen Sympathiebeweis und haben Ihren Beſchluß durchgeführt mit der Autorität der freien Disziplin. Mit dieſer Autorität der freien Disziplin mögen ſich auch die Parteien aller der Länder erfüllen, die heute noch nicht geeinigt ſind, damit die Proletarier der ganzen Welt geeinigt daſtehen.

Schließlich aber haben wir die Einigkeit der Völker, die Einigkeit der Nationen aus aller Welt hier kraftvoll zum Ausdruck gebracht. Die Internationale hat geſtern gezeigt, daß ſie es ernſt nimmt mit den Reſolutionen von Amſterdam und Stuttgart, und daß ſie bereit iſt, gegen alle kriegeriſchen Ablenkungsverſuche der Regierungen und der Bourgeoiſie, die uns ſicher nicht erſpart bleiben werden, mit allen Mitteln, wie Branting geſagt hat, auch mit den allerſchärfſten Mitteln, vorzugehen. Wir ſind uns klar darüber, daß uns auch aufgeregte Fieberzuſtände der Völker nicht erſpart bleiben werden, um den nationaliſtiſchen Taumel zu bekämpfen. Aber wir wiſſen auch, daß die wachſende Macht des Proletariats, das ſich immer beſſer organiſiert in den Parlamenten und Syndikaten, in allen Ländern immer mehr in den Stand kommt, den Ausbruch des Krieges durch den Schrei nach der ſozialen Gerechtigkeit zu vermindern. (Lebhafter Beifall.) Genoſſe Ledebour hat geſtern an den 40jährigen Gedenktag der Schlacht von Sedan erinnert und die tragiſchen Erinnerungen geweckt, die dem deutſchen und dem franzöſiſchen Volke gemeinſam ſind. Wir können ohne Verlegenheit und Scham von dieſem Gedenktag ſprechen. Ich kann wiederholen, was ich ſchon ſo oft an anderer Stelle geſagt habe, daß im Jahre 1870 beide Völker unterlegen ſind, weil die Demokratie beider Länder nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe ſtand. Wir Franzoſen ſind beſiegt worden, aber auch Ihr Deutſchen leidet noch heute unter den Folgen des Sieges von 1870, der ein brutales Säbelregiment über Deutſchland herbeigeführt hat. Der Krieg mußte ausbrechen, weil die franzöſiſche wie die deutſche Bourgeoiſie vollkommen verſagt hatten: die franzöſiſche Bourgeoiſie im Jahre 1851, als ſie im erſten Schrecken über die ſelbſtändige Regung des Proletariats ſich Napoleon III. in die Arme warf; die deutſche Bourgeoiſie, als ſie ſich außerſtande gezeigt hatte, die deutſche Revolution von 1848 zur Einigung Deutſchlands durchzuführen. Darum mußte Bismarck mit

Blut und Eiſen verwirklichen, was die Demokratie in Deutſchland nicht hatte leiſten können. Die Proletarier beider Länder aber werden nicht verſagen, wie die Bourgeoiſie beider Länder es getan hat. Geeint ſind wir entſchloſſen, alles daran zu ſetzen, um den Sieg der ſozialen Gerechtigkeit und der Emanzipation der Arbeiter der ganzen Welt zu erreichen. Gemeinſam ſind wir entſchloſſen, den Schrei der ausgebeuteten Völker, der auch von hier wieder erklungen iſt, fortzupflanzen bis zum vollſtändigen Sieg des Sozialismus. (Minutenlang anhaltender, ſtürmiſcher Beifall und Hochrufe auf Jaurès.) Von dieſem Geiſt der Einigung durchdrungen, danken auch wir Franzoſen noch einmal unſerem Sekretär Huysmans und den däniſchen Genoſſen für die freundliche Aufnahme. Es lebe das däniſche Proletariat, es lebe die däniſche Sozialdemokratie, hoch die Internationale! (Stürmiſcher Beifall.)

Branting-Schweden dankt dem Kongreß im Namen der norwegiſchen, finniſchen und ſchwediſchen Delegation für die freundliche Aufnahme, für die vielen Liebenswürdigkeiten, die ſie ihnen während des Kongreſſes erwieſen haben. Die drei Völker hätten nicht recht in einer der Kongreßſprachen den Verhandlungen folgen können, aber nur um ſo enger ſeien ſie zuſammengedrängt worden in den ihnen gemeinſamen ſkandinaviſchen Staaten. Neben der großen Internationale und in der großen Internationale gäbe es noch eine beſondere ſkandinaviſche Verbrüderung. Je beſſer die ſkandinaviſchen Völker geſammelt würden, um ſo leichter wird es ihnen ſein, ihre Bedeutung als geiſtige Macht zur Geltung zu bringen, und als geiſtige Macht würden ſie in der Internationale ihr Recht finden. Hoch die ſkandinaviſche Einigkeit des geſamten Proletariats. (Stürmiſcher Beifall.)

Vorſitzender **Klauſen**: Wir ſtehen im Begriff, den 8. Internationalen Sozialiſtenkongreß zu ſchließen. Die Delegierten werden von hier fortgehen und weiterarbeiten an dem Werke der Aufklärung und der Organiſierung, jeder in ſeinem Lande. Der Kampf für die große Sache des Sozialismus wird nach dieſem Kongreß noch energiſcher fortgeführt werden als vor ihm. In dieſem Augenblicke laſſen Sie mich Ihnen im Namen der Kopenhagener Arbeiter, die noch nie einen ſo großen, machtvollen Kongreß in ihren Mauern geſehen haben, herzlichſten Dank für Ihr Kommen ausſprechen. Laſſen Sie mich Ihnen Dank ausſprechen für die Sozialdemokratie Dänemarks, die ermutigt worden iſt und ſich immer dieſer Tage mit freudigem Stolz erinnern wird. Ich hoffe, daß Sie mit dem Empfang, den Sie hier gefunden haben nach Maßgabe unſerer Kräfte, zufrieden ſein werden. Wir hoffen, daß Sie an den Aufenthalt in unſerem Lande immer mit freundlichen Geſinnungen zurückdenken werden. Die Nationen ſind durch vieles getrennt, durch Sprache, Sitte, Staat und Religion. Aber wir alle ſind einig in dem Entſchluß, immer weiter zu wirken und zu kämpfen für den Sieg des Proletariats aller Länder. (Stürmiſcher Beifall.)

Vandervelde: In dieſem Augenblick, wo der Kongreß zu Ende geht, will ich die Gefühle ausdrücken, die mich beſeelen, weil ich weiß, daß ſie von Ihnen allen geteilt werden. Wir haben hier unvergeßliche Tage verlebt. Eben noch, als Jaurès in ſeinen machtvollen Worten die Arbeit des Kongreſſes vor unſeren Augen vorüberziehen ließ, iſt mir zum Bewußtſein gekommen, daß wir hier eine Woche der Freundſchaft, der Arbeit und des Kampfes durchlebt haben, eine Woche der Freundſchaft, die uns verbunden hat mit unſeren däniſchen Gaſtgebern, und die nach Jahren wieder alle Vorkämpfer der Internationale zuſammengeführt hat. Wenn wir uns von drei zu drei Jahren treffen, immer ſtärker und mächtiger wie wir werden, dann ſehen wir auf den Geſichtern der Kampfgenoſſen die Spuren der Prüfungen und Kämpfe, die die Parteien in den drei letzten Jahren durchgemacht haben. Wir haben

eine Woche der Arbeit durchlebt, ernſter, angeſtrengteſter Arbeit, offenſter Ausſprache, um unſerem Ziele immer näher zu kommen, unſere Bewegung immer mehr zu fördern und unſere Aktion immer machtvoller zu geſtalten. Und wir haben eine Woche des Kampfes erlebt, eine Woche des edelſten Kampfes, den es gibt, eine Woche des größten heiligſten Streites. Wir haben geſtritten über die Art, wie wir die Befreiung des Proletariats am beſten fördern könnten. Aber in dem Ziele, die Erlöſung der ganzen Menſchheit zu fördern, ſind wir uns jederzeit einig geweſen. (Stürmiſcher Beifall.) Die zurückgebliebenen Völker haben mit Stolz auf die Völker geſehen, in denen der Kapitalismus ſchon mächtig iſt und eine gewaltige ſozialdemokratiſche Armee erzeugt hat, die Völker, in denen die Sozialdemokratie ſtark iſt. Das aber haben wir auch auf dieſem Kongreß gelernt, daß alle Stärke der Organiſation nichts iſt ohne die begeiſternde Kraft des revolutionären Sozialismus, ohne die Hingabe an unſere große Sache und ohne den Opfermut, alles daran zu ſetzen für ihren Sieg. Darum rufen wir, wenn wir uns jetzt trennen: Es lebe der Sozialismus, es lebe die befreiende Internationale des Proletariats! (Stürmiſcher langanhaltender Beifall.)

Der 8. Internationale Sozialiſtenkongreß iſt geſchloſſen!

Die Franzoſen ſtimmen die Internationale an, danach die Oeſterreicher das Lied der Arbeit, die Deutſchen den Sozialiſtenmarſch, die Schweden, Dänen, Norweger und Engländer ihre Kampflieder an. Zum Schluß ſingt der ganze Kongreß im Sturme der Begeiſterung die Internationale und geht mit dem Ruf: Hoch die Internationale der Arbeit! Hoch die revolutionäre Sozialdemokratie! auseinander.

Am Abend fand das Abſchiedsfeſt im Kopenhagener Rathaus ſtatt.

Die Kommiſſionen.

Erſte Kommiſſion: Genoſſenſchaftsweſen.

Die Kommiſſion wählt den Genoſſen **Anſeele** zum Vorſitzenden und **v. Elm** zum Schriftführer.

Vertrand (Belgien) begründet die von der belgiſchen Sektion vorgelegte Reſolution. Die belgiſche ſozialdemokratiſche Partei habe Gewerkſchaften und Genoſſenſchaften gegründet und dadurch große Fortſchritte gemacht. Sie erkennen die Verſchiedenartigkeit der Verhältniſſe mit anderen Staaten an, verſtehen beſonders die Entwickelung in Deutſchland, wo die Genoſſenſchaften durch das Geſetz verhindert ſind, ſich der Partei anzuſchließen. Aber die Belgier glauben, daß für alle Staaten ihr Vorgehen erſtrebenswert ſei und daß ihr Vorgehen deshalb durch Annahme ihrer Reſolution gefördert werden ſollte.

v. Elm führt aus: Wir Deutſchen halten das belgiſche Beiſpiel für uns nicht für nachahmenswert. In Deutſchland ſind die drei Bewegungen Partei, Gewerkſchaft und Genoſſenſchaft getrennt. Bei dem Verſuch, Partei und Genoſſenſchaften zu verbinden, würde die Partei zweifellos in eine Abhängigkeit von der Genoſſenſchaft geraten, was ſicher nicht im Intereſſe der Partei gelegen wäre. Es würde aufhören, daß jeder Arbeiter ſich verpflichtet fühlt,

für alle drei Bewegungen finanzielle und ideelle Opfer zu bringen. Die Arbeiter müssen erzogen werden, daß sie die politische Partei nach jeder Richtung zu unterstützen haben, um dieselbe unabhängig und stark zu erhalten. Die Genossenschaften haben ein Interesse daran, alle Konsumenten ohne politische, wirtschaftliche und religiöse Unterschiede in sich zu vereinigen. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Genossenschaften so weit wie möglich für die Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden müssen, und wenn die Arbeiter das wollen, können sie das auch. In Hamburg z. B. tut die „Produktion" für die Arbeiterbewegung und für die Arbeiter mindestens soviel wie die Genossenschaften in anderen Staaten. Wir wollen gewiß die belgischen Verdienste keineswegs herabsetzen, aber der Kongreß sollte für die einzelnen Länder in Detailfragen keine bindenden Beschlüsse fassen. Es gilt die Richtlinien für das gemeinsam zu erstrebende Ziel zu schaffen.

Karpeles-Oesterreich: Obwohl wir das belgische Beispiel nicht nach Oesterreich übertragen können, stehen wir nicht an, die Verdienste der Belgier in hohem Grade anzuerkennen, und die Genossen Bertrand und Anseele dürfen heute darin eine Genugtuung erblicken, daß der Internationale Kongreß die Genossenschaftsfrage diskutiert, wegen welcher sie jahrelang verspottet wurden. Wir haben auf dem Kongreß dafür zu sorgen, daß in erster Linie die Arbeiter aufgefordert werden, in die Konsumvereine zu gehen, nicht ihres persönlichen Vorteils, sondern der großen Sache ihrer Bestrebungen wegen. Vorher können wir nicht unseren Konsumvereinen Vorschriften machen, die sich das auch gar nicht gefallen lassen würden. Es ist unmöglich, nach der deutschen Hannoverschen Resolution zu verlangen, daß die Genossenschaften ein Teil der Parteibewegung sein sollen. Wir müssen zuerst dafür sorgen, daß die Sozialisten in den Konsumvereinen ihren Bestrebungen Eingang verschaffen. Dann werden wir auf einem späteren Kongreß auch weitergehen können.

Héliès-Frankreich ist mit v. Elm einverstanden. In Frankreich war die Genossenschaft von der Partei gegründet, daher ist die Entwickelung in Frankreich eine andere wie in Belgien. Man sollte deshalb seitens des Kongresses für alle Staaten außer Belgien die ferneren Wege freigeben.

Anseele-Belgien: Es ist nicht richtig, daß die Belgier die Autonomie der Genossenschaften beschränken wollen. In Belgien sind die Genossenschaften autonom. Es muß Klarheit geschaffen werden über die Frage: was ist Neutralität? In Streiks, wirtschaftlichen und politischen Kämpfen müssen die Genossenschaften für die Arbeiter Partei ergreifen, das heißt die Neutralität aufgeben. Der Kongreß hat das Recht, auch den Genossenschaften die zu gehenden Wege zu zeigen. Die Genossenschaft ist nicht an sich Sozialismus, sie ist in finanzieller, industrieller und kommerzieller Beziehung nichts als kapitalistische Einrichtung. Wir müssen deshalb zum Ausdruck bringen, daß die Beziehungen mit den Genossenschaften und der Partei, wenn auch nicht organisatorische, so doch mindestens intime sein müssen. Das zu formulieren sei eine Frage der Redaktion und man werde einer Kommission die Ausarbeitung eines Vorschlages zu übertragen haben.

Spargo-Amerika: In Amerika war die Genossenschaftsfrage lange eine Frage der Theorie. Das hat sich seit dem Stuttgarter Internationalen Kongreß geändert. Aber es ist in Amerika noch keine große Konsumgenossenschaft vorwärts gekommen. Es gelang bis jetzt nur, Vereine gleichsprechender Einwanderer, Neger usw. zu halten. — Für Amerika sollte eine organische Verbindung zwischen Partei und Genossenschaften nicht vorgeschrieben werden, sondern eine Kombination der belgischen und französischen Resolution erstrebt werden.

Zweite Sitzung. Dienstag, den 30. Auguſt.

v. Elm führt aus: Karpeles beklage ſich über die Neutralität der deutſchen Partei. Wir waren durchaus zufrieden mit der Hannoverſchen Reſolution. Neutralität iſt kein guter Ausdruck, er macht Mißverſtändniſſe möglich. Wir brauchen auch die Nichtparteigenoſſen in den Genoſſenſchaften. Wir brauchen kein Geld in der Partei von den Gewerkſchaften und von den Genoſſenſchaften. Wir haben unſere Parteigenoſſen erzogen, daß ſie ihre Beiträge aus eigener Taſche geben. Wir wollen aber den ausländiſchen Genoſſenſchaften keinen Stein in den Weg legen und darum ſoll man jetzt nichts fordern, was ſie nicht erfüllen können. Neutralität bedeutet nicht Enthaltſamkeit von aller Politik. Neutralität bedeutet nicht Gegnerſchaft gegen den Sozialismus. Der Kampf gegen die Preisverteuerung uſw. zwingt die Genoſſenſchaften auch bei uns zur Politik. Anſeele hat geſagt, wenn ein Konſumverein Millionen habe und ſie für einen Streik nicht hergebe, ſo ſei das Verrat. Das hat der Parteimann geſprochen, nicht der Genoſſenſchaftler. Wie war es denn beim ſchwediſchen Generalſtreik? (Anſeele: Belgien!) Ja, wir ſind doch international. Wir ſind verpflichtet, jeden Streik als unſeren anzuſehen, wenn er von ſolch ungeheurer Bedeutung iſt. Es iſt darum kein Verrat, wenn wir in ſolchen Fällen die Kaſſen der Genoſſenſchaften nicht ſchwächen, die ihren eigenen Zweck erreichen müſſen und die ihn ohne Mittel nicht erreichen können. Selbſt die Partei gibt auch nicht ihr Geld für alle Zwecke her.

v. Elm-Deutſchland legt folgende Reſolution vor:

In der genoſſenſchaftlichen Konſumentenorganiſation erhalten die Konſumenten die Ware zum Selbſtkoſtenpreis unter Ausſchaltung des die Lebenshaltung verteuernden Profits des Zwiſchenhandels, ebenſo wie ſie in der genoſſenſchaftlichen Eigenproduktion die Waren ohne den privaten Unternehmergewinn erhalten. Beide Organiſationen ſind auch geeignet, preistreibenden Tendenzen, insbeſondere der Kartelle und Truſts, entgegenzutreten. Alle genoſſenſchaftlichen Unternehmungen ſollen in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen wie in geſundheitlicher Beziehung vorbildlich ausgeſtaltet ſein. — Sie haben die Pflicht, auch auf die Arbeitsbedingungen ihrer Lieferanten in dieſer Hinſicht zu wirken und dadurch die Arbeiter bei ihren wirtſchaftlichen Kämpfen zu unterſtützen. Die genoſſenſchaftliche Konſumentenorganiſation iſt auch eines der Mittel, den Frauen den Wert der Organiſation vor Augen zu führen, die Maſſen zur demokratiſchen Selbſtverwaltung zu erziehen und die Organiſation der Warenverteilung wie der Produktion auf die höchſte Stufe der Entwickelung zu bringen. Deshalb ſind die genoſſenſchaftliche Konſumentenorganiſation und die ihnen angegliederten Produktivgenoſſenſchaften als ein Mittel zur Demokratiſierung und Sozialiſierung der Geſellſchaft zu erachten. Der Kongreß erklärt, daß im Kampfe gegen den Kapitalismus das einheitliche Wirken der politiſchen, gewerkſchaftlichen und genoſſenſchaftlichen Organiſation notwendig iſt, wobei jedoch jede der drei Organiſationen für ſich beſondere Aufgaben zu erfüllen hat und deshalb jede in ihren Entſchließungen ſelbſtändig ſein muß. Ob und inwieweit Genoſſenſchaften die politiſche und gewerkſchaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterſtützen, iſt ihrem eigenen Ermeſſen zu überlaſſen. Die genoſſenſchaftliche Organiſation kann den Zwecken der allgemeinen Arbeiterbewegung am beſten dadurch dienſtbar gemacht werden, daß die Ueberſchüſſe nicht in erſter Linie zur Rückvergütung an die Mitglieder verwendet werden, ſondern zur Anſammlung eigener Mittel für die Eigenproduktion und zur Bildung von Not- und Unterſtützungsfonds der Mitglieder.

Aus allen dieſen Gründen empfiehlt der Internationale Sozialiſtenkongreß in Kopenhagen allen politiſch und gewerkſchaftlich organiſierten Genoſſen, die genoſſenſchaftliche Konſumentenorganiſation durch ihren Beitritt und ſtändigen Warenbezug zu fördern und aller Zerſplitterung desſelben nach religiöſer, nationaler und politiſcher Richtung entgegenzuwirken.

Vandervelde wendet ſich gegen den Vorwurf, den v. Elm in bezug auf den ſchwediſchen Generalſtreik gegen die belgiſchen Arbeiter gerichtet habe. Dieſelben hätten ihre Pflicht getan. Es muß ausgeſprochen werden, daß in allen drei Organiſationen ein Gedanke herrſchen muß, nicht ein organiſcher Anſchluß, wohl aber möglichſt enge Verbindung. Das iſt noch nötiger bei den Konſumvereinen als bei den Gewerkſchaften. In den Gewerkſchaften können nur Arbeiter aufgenommen werden. Sie treiben ohnehin Klaſſenkampf. In die Genoſſenſchaften aber kann jedermann aufgenommen werden, auch bürgerliche Elemente, die nicht ſozialiſtiſch denken. Auf die Beiträge an die Partei verzichte er. Die gebe er preis, es ſeien nur 10 Cent pro Jahr und Mitglied. Das Entſcheidende ſei, daß die Konſumvereine Organiſationen des Klaſſenkampfes ſein müſſen. Die deutſchen Arbeiter würden ſchon dafür ſorgen, daß die Konſumvereine ſozialiſtiſch bleiben, die deutſchen Vereine treiben Sozialismus und ſagen es nicht. Die belgiſchen tun dasſelbe, ſagen es aber auch, in kleineren Ländern, wo die ſozialiſtiſche Bewegung nicht ſo ſtark iſt, muß der Klaſſenkampf ſtärker betont werden.

Thomas-Frankreich: Gerade wenn die Genoſſenſchaften als ſolche nicht ſozialiſtiſch ſind, müſſen wir ſie ſozialiſtiſch machen. In Frankreich würde der Weg der Belgier zu einer gefährlichen Zerreißung führen. Er empfiehlt die franzöſiſche Reſolution, weil ſie auch die Pflege der Internationalität befürwortet.

Guesde-Frankreich ſpricht im Namen der franzöſiſchen Minorität. Eroberung der politiſchen Macht iſt nötig. Nur wenn die Genoſſenſchaft dies Ziel fördert, iſt ſie gut, das heißt ſie nicht verneinen, ſondern ihr nur den richtigen Platz anweiſen. In Deutſchland ſind die Konſumvereine Aktiengeſellſchaften mit kleinen Aktien. v. Elm hat nicht mal den Verſuch gemacht zu zeigen, worin der Sozialismus der Genoſſenſchaften beſteht. Thomas hat aber geſagt, daß die Verteilung des Reingewinnes nach dem Konſum geſchieht. Das iſt kapitaliſtiſch. Wir müſſen den Arbeitern nicht nur ſagen, daß ſie beitreten ſollen, wir müſſen ihnen auch ſagen, daß ſie die Vereine im Klaſſenkampf benützen ſollen.

Whiteley-England legt dar, daß auch die engliſchen Konſumvereine ſich ſchon politiſch betätigt haben, teilgenommen haben am parlamentariſchen Komitee. Auch den Gewerkſchaften wenden ſie ihr Intereſſe zu. Andererſeits haben aber die Sozialiſten bisher nichts für die Konſumvereine getan. Das werden ſie aber in Zukunft tun und dadurch Sozialismus in die Genoſſenſchaft hineintragen.

Karpeles-Oeſterreich: Wenn Genoſſe v. Elm geſagt hat, was denn das belgiſche Syſtem geleiſtet habe, ſo weiſe ich auf die öſterreichiſche Bewegung hin, die ſich trotz ihrer Jugend bereits ſehen laſſen kann. Erſt ſeit dem Tage, da die politiſche Partei erklärte, jeder Parteigenoſſe habe Mitglied des Konſumvereins zu ſein, ſeien die Genoſſenſchaften zur Entwickelung gekommen. Allerdings ſind die öſterreichiſchen Konſumvereine für jedermann zugänglich. Aber in der Parteivertretung ſitzt ein Delegierter der Konſumvereine und umgekehrt. Die geſetzlichen Vorſchriften ſind bei uns wie in Deutſchland; aber ſie hindern uns nicht, bei der Wahl unſere Pflicht zu tun, auch mit Beiträgen an die Partei. Wir erziehen unſere Mitglieder dazu, daß ſie nicht mehr auf

die Dividende ſchauen. Wir erziehen ſie im Geiſte des Sozialismus. Deshalb verlangen wir nicht Beiträge von den Vereinen, aber im Geiſte ſind wir durchaus einig. Dies iſt die Baſis unſeres Fortſchrittes.

Wurm-Deutſchland: Die Erziehung zum Klaſſenkampf iſt die Hauptſache. Wer da meint, daß das Geld der Konſumvereine oder einer Genoſſenſchaft einer Partei nützen könne, iſt im Irrtum. Wir können uns politiſche Siege nicht mit Geld erkaufen, darum ſind wir gegen die Beitragspflicht der Konſumvereine für die politiſche Partei. Der einzelne Parteigenoſſe ſoll ſelber geben mit eigener moraliſcher Zuſtimmung. Die Form iſt abhängig in jedem Lande von dem Grad der politiſchen Erziehung, darum größte Bewegungsfreiheit notwendig. Es wäre ja ganz gut, wenn es nur eine Organiſation gäbe, aber die Arbeiterklaſſe iſt noch nicht einheitlich, darum müſſen wir auf Trennung beſtehen, die wir aber den anderen nicht aufzwingen wollen. Unſere Genoſſenſchaften verdanken ihr Emporkommen nur der Sozialdemokratie. Wir dürfen nie aus dem Auge laſſen, daß ſie nur ein Mittel zum Klaſſenkampfe zu ſein haben, daß ſie nicht leiſtungsfähig ſind ohne den Geiſt des Klaſſenkampfes. Ich habe die Empfindung, daß man bei den Vorſchlägen, die aus Belgien und Frankreich kommen, den Wunſch hat, nicht der Genoſſenſchaft, ſondern der Partei zu helfen. Man will Zwangsmitglieder für die Partei. Kauft man dort im Konſumverein, iſt man Parteigenoſſe. Wir ſind vorſichtiger, wir wünſchen nur überzeugte Parteigenoſſen. Darum wollen wir uns auch keine Formeln aufzwingen laſſen, die unſeren Verhältniſſen nicht angepaßt ſind.

Balabanoff-Italien tritt für die Trennung der drei Bewegungen ein.

Krogh-Norwegen teilt mit, daß die Genoſſenſchaften in Norwegen bisher im bürgerlichen Sinne arbeiten. Aber wenn ſie im belgiſchen Sinne tätig wären, dann würden ſich auch die Arbeiter daran beteiligen. Die meiſten der Norweger ſtehen auf dem Standpunkt der belgiſchen Reſolution.

Modraſzek-Böhmen ſtimmt für die franzöſiſche Reſolution. Er iſt gegen die deutſche Reſolution, weil dieſe zu Mißverſtändniſſen Anlaß geben könnte.

Sjöſtröm-Schweden erklärt ſich für die deutſche und gegen die belgiſche Reſolution.

Wibaut-Holland: v. Elm hat geſagt, die holländiſchen Genoſſenſchaften hätten deshalb keine guten Reſultate, weil ſie das belgiſche Syſtem befolgen. Unſere Bewegung iſt aber nur relativ klein und ſchwach, weil die Partei klein und ſchwach iſt.

Damit ſchließt die Diskuſſion. Es wurde eine Subkommiſſion gebildet, der u. a. angehören: v. Elm, Jaurès, Karpeles, Wibaut, Anſeele.

Letzte Sitzung. Donnerstag, den 1. September.

Die Kommiſſion trat heute nachmittag um 3 Uhr zu ihrer Schlußſitzung zuſammen. Die Subkommiſſion legte folgende Einigungsreſolution vor:

„In Erwägung, daß die Konſumvereine nicht nur ihren Mitgliedern mittelbare materielle Vorteile bieten können, daß ſie berufen ſind, die Arbeiterklaſſe durch Ausſchaltung des Zwiſchenhandels und durch Eigenproduktion für den organiſierten Konſum wirtſchaftlich zu ſtärken und ihre Lebenshaltung zu verbeſſern, die Arbeiter zur ſelbſtändigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratiſierung und Sozialiſierung der Geſellſchaft vorzubereiten helfen, erklärt der Kongreß, daß die

TYÖVÄENLIIKKEEN
KIRJASTO

Genoſſenſchaftsbewegung, wenn ſie auch allein niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, doch eine wirkſame Waffe in dem Klaſſenkampf ſein kann, den die Arbeiterſchaft um die Erringung ihres unmittelbaren Zieles — der Eroberung der politiſchen und ökonomiſchen Macht zum Zwecke der Vergeſellſchaftung aller Mittel der Produktion und des Austauſches — führt, und daß die Arbeiterklaſſe das ſtärkſte Intereſſe daran hat, dieſe Waffe zu gebrauchen. Der Kongreß fordert daher alle Parteigenoſſen und alle gewerkſchaftlich organiſierten Arbeiter auf, tätige Mitglieder der Konſumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konſumvereinen in ſozialiſtiſchem Geiſt zu wirken, um zu verhindern, daß die Konſumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organiſation und Erziehung der Arbeiterklaſſe ein Mittel werden könnten, um den Geiſt der ſozialiſtiſchen Solidarität und Disziplin zu ſchwächen. Der Kongreß macht es daher den Parteigenoſſen zur Pflicht, in ihren Konſumvereinen darauf hinzuwirken, daß die Ueberſchüſſe nicht ausſchließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, ſondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konſumvereinen ermöglichen, ſelbſt oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgenoſſenſchaften zur genoſſenſchaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung ſowie ferner die Unterſtützung ihrer Mitglieder zu ſorgen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältniſſe ihrer Angeſtellten im Einvernehmen mit den Gewerkſchaften geregelt werden, daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinſicht vorbildlich organiſiert ſind und daß beim Bezug von Waren gebührende Rückſicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen ſie hergeſtellt werden. Ob und inwieweit die Genoſſenſchaften die politiſche und gewerkſchaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterſtützen ſollen, iſt der Entſcheidung der genoſſenſchaftlichen Organiſation jedes Landes zu überlaſſen. In der Erwägung, daß die Dienſte, die die Genoſſenſchaftsbewegung der Arbeiterklaſſe leiſten kann, um ſo größer ſein werden, je ſtärker und geſchloſſener ſie ſelber iſt, erklärt der Kongreß, daß die Genoſſenſchaften jedes Landes einen einheitlichen Verband bilden müſſen. Der Kongreß erklärt endlich, daß es im Intereſſe der Arbeiterklaſſe in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich iſt, daß die Beziehungen zwiſchen den politiſchen, gewerkſchaftlichen und genoſſenſchaftlichen Organiſationen immer inniger werden, ohne daß dadurch ihre Selbſtändigkeit angetaſtet werde."

Ueber die Reſolution entſpann ſich zunächſt eine lange Nationalitätendebatte, da die Tſchechen den Zuſammenſchluß der Genoſſenſchaften nicht jedes Landes, ſondern jeder Nation forderten. An der Debatte nahm von tſchechiſcher Seite **Modraſzek**, von den Deutſch-Oeſterreichern **Seliger** und **Karpeles** teil. Das tſchechiſche Amendement wurden gegen ihre Stimmen abgelehnt. Lenin-Rußland beantragte, die demokratiſierende und ſozialiſierende Wirkung der Genoſſenſchaften erſt für die Zeit anzuerkennen, wo die Kapitaliſten expropriiert ſein würden. Der Antrag wurde gegen eine geringe Minderheit abgelehnt. **Wurm** beantragte, nicht eine Verpflichtung der Parteigenoſſen auszuſprechen, ſondern ſtatt „verpflichtet" zu ſagen, „fordert aufs dringendſte auf". Dieſes Amendement war das einzige, das Annahme fand. Weiter regte **Wurm** an, den drittletzten und den vorletzten Abſatz der Reſolution miteinander zu vertauſchen und dann den letzten Abſatz mit einem „aber" zu beginnen. Dadurch würde die Freiheit der Entſcheidung jedes Landes über die Neutralität der Genoſſenſchaften nicht unbedingt anerkannt werden, ſondern unmittelbar verknüpft werden mit dem Wunſche nach möglichſt engem Zuſammenhange aller Zweige der Arbeiterbewegung. Gegen dieſe Verknüpfung wandte ſich **v. Elm**, der für den Fall der

Annahme dieſer Anregung erklärte, ſich nicht mehr an das abgeſchloſſene Kompromiß gebunden zu halten. **Wurm** zog darauf ſeine Anregung zurück, die **Wibaut**-Holland wieder aufnahm. Sie wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. **Guesde** zog ſeine Anträge, die der neutralen Konſumvereinsbewegung feindlich waren, ſchließlich zurück, ebenſo **Vandervelde** ein Amendement, das eine Abſchwächung des Urteils über die Wirkungen der Eigenproduktionen enthielt.

So wurde die Geſamtreſolution mit dem Amendement Wurm mit allen gegen 2 Stimmen (Modraſzek und Lenin) angenommen. Damit hat dieſe Kommiſſion ihre Arbeit erledigt.

Zweite Kommiſſion: Gewerkſchaften.

Montag, den 29. Auguſt.

Den Vorſitz führen **Branting**-Schweden und **Troelſtra**-Holland. Auf Antrag der franzöſiſchen Sektion wird beſchloſſen, zuerſt die Frage der gewerkſchaftlichen Einigung in Oeſterreich zu beraten. Hierzu liegt folgende Reſolution der Reichskommiſſion der Gewerkſchaften Oeſterreichs vor:

„Der Internationale Sozialiſtiſche Kongreß zu Kopenhagen erneuert ſeine in Stuttgart beſchloſſene Reſolution über die Beziehungen zwiſchen der politiſchen Partei und den Gewerkſchaften, insbeſondere in dem Punkte, daß die Einheitlichkeit der Gewerkſchaftsorganiſation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine weſentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung iſt. Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Verſuch, internationale einheitliche Gewerkſchaften in nationalſeparatiſtiſche Teile zu zerſchlagen, der Abſicht dieſer Reſolution des Internationalen Sozialiſtenkongreſſes widerſpricht."

Die Reſolution begründet

Hueber-Oeſterreich: Bevor wir uns beſchwerdeführend an den Internationalen Kongreß wenden, muß ich unſer Bedauern darüber ausſprechen, daß ſich die Verhältniſſe in Oeſterreich ſo geſtaltet haben, daß wir gezwungen ſind, eine unſerer Bruderparteien hier zu beklagen. Aber die Frage hat nicht nur eine Bedeutung für Oeſterreich, ſondern für alle Staaten, die aus verſchiedenen Nationalitäten zuſammengeſetzt ſind. (Sehr richtig!) Wir würden vielleicht mit dieſer Beſchwerde auch jetzt noch nicht an den Internationalen Kongreß gekommen ſein, wenn nicht offiziell mit allen ihr zur Verfügung ſtehenden organiſatoriſchen Mitteln ſich eine Gruppe der internationalen Sozialdemokratie in den öſterreichiſchen Gewerkſchaftsſtreit eingemiſcht hätte. Der öſterreichiſche Gewerkſchaftsſtreit wird in verſchärfter Form ſchon ſeit ſechs Jahren geführt. Wir haben gehofft, die Internationale mit der Anklage wegen unſerer tſchechiſchen Genoſſen nicht beläſtigen zu müſſen, weil wir noch immer die Hoffnung hatten, die Schwierigkeiten, die unzweifelhaft vorhanden ſind, in Oeſterreich ſelbſt überbrücken und überwinden zu können durch die ſozialen Empfindungen, durch die großen Aufgaben, die die Sozialdemokratie gegenüber der Arbeiterklaſſe ohne Rückſicht auf die Nationalität zu erfüllen hat. Aber unſere Hoffnungen ſind immer mehr enttäuſcht worden. In letzter Zeit hat die tſchecho-ſlawiſche ſozialdemokratiſche Partei mit aller Energie verſucht, die Gewerkſchaften zu zertrümmern und zu zerſplittern und in die acht Nationen zu trennen, aus denen Oeſterreich zuſammengeſetzt iſt. Dabei bleibt die Arbeiterſchaft der verſchiedenen Nationen nicht einmal in feſten Territorien, ſon-

dern fluktuiert von einer Fabrik in die andere und in den Fabriken der Großinduſtrie können wir heute alle acht Nationen vertreten ſehen. Wollen wir wirtſchaftliche Rechte, den Lohnſklaven beſſere Arbeits- und Lohnbedingungen vom Kapital erobern, ſo iſt eine einheitliche Organiſation gegenüber den unmittelbaren Ausbeutern eine unbedingte Notwendigkeit. Wir können vielleicht die Gewerkſchaften in 8 Gruppen zerſprengen, aber nicht die Großinduſtrie. Jeder Lohnkampf wird unmöglich und der Kapitaliſt triumphiert, wenn die Arbeiterorganiſationen zerſplittert ſind, während die Unternehmer einheitlich ſtraff organiſiert ſind. Die tſchecho-ſlawiſche Partei hat aus nationaliſtiſchem Separatismus eine Bewegung unter den tſchechiſchen Arbeitern hervorgerufen, die nicht nur für die gewerkſchaftlichen Organiſationen, ſondern in weiterer Folge auch für die ganze ſozialiſtiſche Arbeit eine große Gefahr iſt. Die Internationale hat in Stuttgart erklärt, daß der gewerkſchaftliche Kampf um ſo erfolgreicher ſein wird, je einheitlicher die gewerkſchaftlichen Organiſationen ſind. Wir richten heute an Sie die Frage, ob Sie dieſen Grundſatz aufrecht erhalten, und damit die Einheitlichkeit der Gewerkſchaften in einem einheitlichen Wirtſchaftsgebiet, in einem einheitlichen Staate, unter einheitlicher Geſetzgebung im Intereſſe der Arbeiterſchaft ſichern wollen, oder ob Sie zulaſſen wollen, daß die Gewerkſchaften national zerriſſen und zerſplittert werden. Wir glauben nicht, daß unſere tſchechiſchen Genoſſen aus Haß gegen die Deutſchen ſo handeln, aber ſie befinden ſich in einer Verwirrung, die daraus entſtanden iſt, daß ſie ihre Kraft in den nationaliſtiſchen Streitigkeiten zerſplittert und darüber unſer großes Ziel aus dem Auge verloren haben. Hoffen wir, daß ſie zurückkehren werden zu der alten Wahrheit Marx', daß auch ihnen das Wort „Proletarier aller Länder vereinigt Euch" mehr als eine Phraſe ſein wird. Befinden wir uns im Irrtum, ſo wollen wir die Belehrung der Internationale gern entgegennehmen. Im andern Falle aber ſoll ſie den Tſchechen beſtimmte Direktiven geben. (Lebhafter Beifall.)

Nemec (Prag): Man wirft uns vor, daß wir die Gewerkſchaftsbewegung aus ſeparatiſtiſchen Gründen ſchwächen und die Einheit der Organiſation ſprengen wollen. Aber dieſe Anklage trifft nicht die Wahrheit. Bei uns in Oeſterreich wohnen viele Nationen, und die Entwickelung iſt dahin gegangen, daß die Partei im Laufe der Zeit der nationalen Gliederung Rechnung getragen hat. Die Partei iſt in ſelbſtändigen nationalen Sektionen organiſiert. Nun haben wir aber nicht dieſelbe Leitung in der Gewerkſchaftsbewegung und in dieſen Organiſationen, daher haben wir immer dahin getrachtet, auch die politiſchen und gewerkſchaftlichen Organiſationen unter einheitlicher Leitung zu bringen. Das iſt aber vollkommen unmöglich, wenn die tſchechiſche Partei von Prag und die Gewerkſchaften von Wien geleitet werden. Die öſterreichiſche Gewerkſchaftskommiſſion iſt im Jahre 1893 gegründet worden. Sie hat den Wünſchen der tſchechiſchen Sozialdemokratie niemals entſprochen, und wir haben daher eine beſondere tſchechiſche Gewerkſchaftskommiſſion in dem Jahre 1896 und 97 in Prag gegründet, die einträchtig neben der Wiener Gewerkſchaftskommiſſion Jahre hindurch gearbeitet hat und die Gewerkſchaftskommiſſion in Wien hat bei den großen Lohnkämpfen des Jahres 1900 ausdrücklich anerkannt, daß die tſchechiſche Gewerkſchaftskommiſſion in vollem Umfange ihre Pflicht getan hat. Auf dem Internationalen Gewerkſchaftskongreß in Amſterdam hat man jener tſchechiſchen Gewerkſchaftskommiſſion das Vertretungsrecht genommen und in Oeſterreich hat man immer mehr und mehr zu einer ſtraffen Zentraliſation von Wien aus gedrängt. Wir haben den Verſuch gemacht, der tſchechiſchen Sozialdemokratie auch ihren Einfluß auf die Gewerkſchaften zu erhalten, aber alle unſere Forderungen ſind abgelehnt worden, und ſo iſt es gekommen, daß einzelne Organiſationen, welche unter dieſer ſtraffen Zentrali-

ſation ſich nicht entwickeln konnten, die Verbindung mit der Wiener Gewerkſchaftskommiſſion abgebrochen haben. Dieſe Organiſationen hat man aus der Gewerkſchaftsbewegung und aus der Partei auszuſcheiden geſucht, man hat ſie als ſchlechte Gewerkſchaftler und ſchlechte Sozialdemokraten hingeſtellt, weil ſie ſich den von der Wiener Gewerkſchaftskommiſſion propagierten Grundſätzen nicht fügen wollten. Iſt es aber möglich, daß eine große politiſche Partei wie die tſchechiſche beſtehen kann, wenn ſie in zwei Teile geteilt iſt, einen Teil der politiſchen und einen Teil der gewerkſchaftlichen Bewegung? Das haben wir in Stuttgart nicht gewollt; in Stuttgart haben wir beraten über die Einheitlichkeit von Partei und Gewerkſchaft und beſchloſſen, daß ihre Aktion um ſo erfolgreicher ſein wird, je mehr Partei und Gewerkſchaft zuſammenwirken, das ſollte man nicht unmöglich machen. Man ſollte uns einen Weg freigeben, um ohne übertriebene Zentraliſation Partei und Gewerkſchaft zuſammenzuführen. Dann ſind wir jederzeit gern bereit, mitzuarbeiten, und es fällt uns gar nicht ein, gegen die deutſchen Genoſſen irgend etwas zu unternehmen. Sie werden keinen Fall anführen, wo wir in einem Streik oder in einer ſonſtigen gewerkſchaftlichen Bewegung gegenüber den deutſchen Genoſſen nicht voll unſere Pflicht getan hätten. Die Majorität der tſchechiſchen Arbeiter gehört ſchon heute nicht mehr der Wiener, ſondern der Prager Gewerkſchaftskommiſſion an. Wenn Sie das abſolute Prinzip der Vereinheitlichung der Gewerkſchaftsbewegung aufſtellen wollen, warum tun Sie das dann nicht in Belgien, wo die Minderheit der Arbeiter einer Zentralſtelle angeſchloſſen iſt, in Frankreich, Italien und England, wo die gewerkſchaftliche Bewegung lange nicht ſo ſtraff zentraliſiert iſt wie bei uns. Und doch wäre die Zentraliſation dort viel leichter durchzuführen als bei uns. Bedenken Sie unſere Lage. Die politiſche Organiſation hat keine Mittel. Keine politiſche Organiſation außer der deutſchen hat in abſehbarer Zeit Ausſicht, irgendwelches finanzielle Rückgrat aus eigenen Kräften zu erlangen. Die Gewerkſchaft aber, die dieſes Rückgrat bilden ſollte, können wir Tſchechen nicht heranziehen, weil ſie total zerſplittert und abhängig iſt. Das iſt für uns ein prekärer Zuſtand, der unbedingt beſeitigt werden muß. Da müſſen die deutſchen Genoſſen auch auf die Bedürfniſſe der tſchechiſchen Sozialdemokratie Rückſicht nehmen. Der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus kann nur in einer Organiſation geführt werden, die allen Zweigen der Bewegung die Möglichkeit freier Entwickelung gibt. Wir haben ſeit Jahren darauf hingewieſen, daß die ſtärkſte öſterreichiſche Organiſation, der Buchdruckerverband, nicht ſo ſcharf zentraliſiert iſt, wie der Reichsverband von Wien aus zentraliſiert wirken will, ſondern, daß er aus Landesvereinen beſteht. Nach dieſem Muſter werden wir auch die übrige Gewerkſchaftsbewegung organiſieren müſſen, wenn wir den Anſprüchen der einzelnen Nationen Genüge leiſten wollen. Die Reichskommiſſion in Wien iſt angeblich international, aber ſie hat ſtets Beziehungen zur deutſchen Partei unterhalten, die in Wien eine Reichsvertretung hat. Ueber kurz oder lang muß das anders werden. Wir müſſen eine neue Form der gewerkſchaftlichen Organiſation finden. Die tſchechiſchen Arbeiter in ihrer Mehrheit ſagen: die Sache wird in Wien gemacht, vielleicht ganz gut gemacht, aber ſie wird doch eben in Wien gemacht. (Schallende Heiterkeit.) Das kann man den tſchechiſchen Genoſſen nicht übelnehmen, denn vor ihnen haben die deutſchen Genoſſen in Böhmen geſagt: das wird in Prag gemacht, und was auch immer in Prag gemacht wird, wir geben keinen Pfennig Geld für Prag, wir haben ja unſer Wien und bleiben bei unſerm Wien. (Erneute Heiterkeit.) So hat ſich dieſer Antagonismus der Völker natürlich entwickelt. Er iſt nicht aus der Welt zu ſchaffen, es ſei denn durch die Organiſation, welche den Intereſſen aller Beteiligten entſprechen und welche die volle Entwickelungsfähigkeit aller Na-

tionen ermöglichen würde. Wenn das nicht geſchieht, ſo helfen alle Reſolutionen nichts, dann läßt ſich ein einheitliches Vorgehen von Partei und Gewerkſchaft im Sinne der Reſolution nicht erzielen. Lehnen Sie es ab, die tſchechiſchen Genoſſen zu verurteilen und beſchließen Sie die Reſolution der Wiener Reichskommiſſion dem Internationalen Bureau zur Unterſuchung und Berichterſtattung an den nächſten Kongreß zu überweiſen. (Beifall und Widerſpruch.)

Die Verhandlungen wurden dann auf Dienstag nachmittag vertagt.

Zweite Sitzung. Dienstag, den 30. Auguſt.

Die Debatte über den tſchechiſchen Streit wird unter Vorſitz von Branting fortgeſetzt.

Beer, Metallarbeiter (Oeſterreich) verweiſt auf die Stuttgarter Reſolution. Nemec als Vertreter der Tſchechen iſt nicht legitimiert, im Namen der ganzen tſchechiſchen Arbeiterſchaft zu ſprechen. Er ſpricht eigentlich nur im Namen einer Minderheit von Gewerkſchaftlern. In der zentraliſtiſchen Organiſation, die auf dem Boden des Klaſſenkampfes und dem Boden des Internationalismus ſteht, befinden ſich, obwohl wir eine ſchwere Spaltung durchmachen, noch immer 118 000 Tſchechen, während die Separatiſten nur 45 000 betragen. Ihr Bericht ſpricht freilich von 61 000, aber dieſe hohe Ziffer kommt nur dadurch zuſtande, daß neben den Gewerkſchaften auch ſolche Organiſationen mitgezählt worden ſind, die eigentlich keine gewerkſchaftlichen Aufgaben zu erfüllen haben. Der öſterreichiſchen politiſchen und gewerkſchaftlichen Arbeiterbewegung droht eine Spaltung, ſo daß dann ſpäter in jedem Beruf ſoviel Organiſationen entſtehen, als Nationalitäten vorhanden ſind, unter der Vorausſetzung, daß der Internationale Kongreß dieſe Beſtrebungen ſanktionieren ſollte. Ich hoffe, daß der Kongreß uns Recht gibt und die Stuttgarter Reſolution dahin abändert, daß von der Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkſchaftsorganiſation nicht „in Ländern" geſprochen wird, ſondern, daß dafür geſetzt wird, „in Staaten". Damit würde der öſterreichiſchen Bewegung und dem internationalen Sozialismus ein großer Dienſt erwieſen werden.

Bergmanns führt aus, daß Nemec nicht das geringſte Recht gehabt habe, ſich auf das belgiſche Beiſpiel zu berufen, um ſeine Zerſplitterungstendenz zu rechtfertigen. Nemec ſcheine zu glauben, daß in Belgien zwei nationale Gewerkſchaftskommiſſionen beſtänden. Aber dem iſt nicht ſo. Differenzen zwiſchen Flämen und Wallonen haben in der belgiſchen Gewerkſchaftsbewegung niemals eine Rolle geſpielt. Die Kriſe, die namentlich vor zwei bis drei Jahren ſehr ſcharf war, beruhte auf der Anſchauung der Diamantarbeiter Antwerpens und anderer Gewerkſchaften, daß die Beziehungen zwiſchen der Arbeiterpartei und der Gewerkſchaftskommiſſion zu eng ſeien. Nur dieſe Differenzen über die Organiſationsform haben bewirkt, daß nicht alle belgiſchen Gewerkſchaften der Generalkommiſſion angeſchloſſen ſind. Aber auch dieſe Verſchiedenheiten werden im wachſenden Maße überwunden. Ueberhaupt kann ich von Nemecs Argumenten nicht eines ſtichhaltig finden. Die Stuttgarter Reſolution fordert Einheitlichkeit der Aktion von Partei und Gewerkſchaft. Aber höher ſtellt ſie die Einheit der gewerkſchaftlichen Bewegung ſelbſt oder vielmehr ſie macht dieſe Einheit zur Grundlage der höheren Einheit von Partei und Gewerkſchaft. So muß es auch ſein. Selbſt wenn die Unternehmer national organiſiert wären, würden ſie ſich im Falle eines Lohnkampfes ſofort zuſammenfinden. Man ſagt uns, daß in Wien 300 000 tſchechiſche Arbeiter leben. Wie ſoll da ein Streik geführt werden, wenn zwei Gewerkſchaftskommiſſionen ſich ſtreiten. Der Internationale

Kongreß muß unbedingt die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung hochhalten. Ich bitte deshalb alle Nationen, die separatistischen Bestrebungen aufs schärfste zu verurteilen und die Resolutionen der Reichskommission anzunehmen.

Haywood (Amerika) fragt zur Geschäftsordnung an, ob die Stuttgarter Gewerkschaftsresolution mit zur Debatte steht. Als der Vorsitzende dies verneint, weil es sich nur um die Auslegung dieser Resolution handelt, kündigt Haywood einen Antrag auf Revision der Stuttgarter Resolution über Einheit zwischen Partei und Gewerkschaften an.

Soukup-Prag: Wir Tschechen haben vollkommen korrekt nach dem Prinzip der Internationale und der gewerkschaftlichen Einheitlichkeit gehandelt. Ueber 40 000 Mitglieder wurde von der Reichskommission gesagt, daß sie diese Arbeiter als unorganisiert betrachte und jeden Verkehr mit ihnen abbreche. Auf diesen Standpunkt konnte sich die tschechische Sozialdemokratie unmöglich stellen. Denn diese 40 000 sind treue Sozialdemokraten, und die besten Kräfte der tschechischen Sozialdemokratie. Wir haben mit allen Kräften, mit Gut und Blut für die internationale Sozialdemokratie in Oesterreich gearbeitet und sind auch in Zukunft bereit, alles zu tun, um diese Internationale (Zuruf: zu zerstören) — nein zu fördern. Auch die autonomen Gewerkschaften haben die Notwendigkeit internationaler Solidarität stets auf das schärfste betont. Nicht um das Prinzip wollen wir hier streiten, sondern um die formale Eingliederung der Stuttgarter Resolution in taktische Gewerkschaftsfragen. Es handelt sich hier um die taktische Gewerkschaftsfrage: Verlangt die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, daß alle Arbeiter eines Berufes einer Gewerkschaft über das ganze Reich angehören oder ist in vielsprachigen Ländern eine sprachlich getrennte, aber ökonomisch zusammenwirkende Gruppenbildung möglich? Wir wollen die Internationale stärken durch Stärkung ihrer nationalen Bestandteile. Wir stehen in Oesterreich vor dem ungeheuer schwierigen Problem der acht Nationen. Wir weisen Ihnen den einzigen Weg, um sozial und politisch vorwärts zu kommen. Prüfen Sie genau diese Frage, die von ungeheuerer Tragweite ist. Weil wir das Recht aller Nationen und aller Arbeiter in Oesterreich fordern, bitten wir Sie, auf diesem Kongreß noch kein Urteil auszusprechen. Lassen Sie die Frage durch das Internationale Bureau genau untersuchen und wenn dieses eine Einigung nicht zustande bringt, dann mag der nächste Internationale Kongreß endgültig entscheiden.

Legien: Mit Ausnahme der Tschechen wird keine Nation dem Antrage der Reichskommission widersprechen können. Wir sind der Meinung, daß der Antrag noch lange nicht weit genug geht. Wir fragen: Haben nicht unsere tschechischen Genossen mit der Desorganisation der österreichischen Gewerkschaften etwas getan, was gegen das Prinzip der Internationale verstößt? (Sehr gut!) Haben sie nicht im Prinzip alle bisherigen Beschlüsse der internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresse über die Einheit der Gewerkschaftsbewegung verletzt? Soukup sprach begeistert vom internationalen Zusammenwirken aller Nationen und dabei können sie nicht mit den Arbeitern im eigenen Lande Frieden halten. Wir müssen die Frage durchaus nicht formell, sondern scharf prinzipiell fassen. In Stuttgart haben wir über die Einheit von Partei und Gewerkschaften verhandelt. Aber die Frage der absoluten Einigkeit der Gewerkschaften ist schon vor 14 Jahren, im Jahre 1896, in London entschieden worden. Diese Resolution von London ordnet die gewerkschaftliche Einigkeit ganz bedingungslos und allgemein. Sie verbietet die lokale Organisation, sie fordert Zentralverbände und deren internationalen Zusammenschluß. Auf Grund dieser Resolution müssen wir den tschechischen Separatismus aufs schärfste verurteilen. Die gewerkschaftliche Organisation kann nicht national

gegliedert sein, darf es nicht sein. Wenn wir das nationale Prinzip in die Gewerkschaftsbewegung tragen, gibt es kein Land mehr, wo die gewerkschaftliche Organisation nicht zersplittert wird. Sollen wir auch in Deutschland polnische, dänische, französische und vielleicht auch holländische Gewerkschaften haben? (Lebhafte Zurufe: In der Schweiz! In Amerika 33 verschiedene nationale Gewerkschaften!) Genossen, ich spreche nur von Deutschland, einem Einheitsstaat. Nicht einmal bei uns könnte das nationale Gewerkschaftsprinzip ohne den schwersten Schaden durchgeführt werden. Es ist falsch, wenn behauptet worden ist, daß in Stuttgart die Gewerkschaftsinternationale den Prager Separatismus anerkannt habe. Auf Grund einer Einigung zwischen den Vertretern der Reichskommission und der Prager Zentrale ist diese zugelassen worden mit der Maßgabe, daß sie die Agitation vertrete, die Reichskommission aber die Repräsentation. Nachdem die tschechischen Genossen diese Grenzen überschritten haben, haben sie sich selbst aus der gewerkschaftlichen Internationale ausgeschlossen. So lange die gewerkschaftliche Internationale besteht, ist für sie allein die Reichskommission für Oesterreich anerkannt und wird es bleiben. Denn die gewerkschaftliche Internationale beruht auf dem Grundsatz, daß, wo die Bewegung und die Verwaltung gleich sind, auch alle Arbeiter ohne Rücksicht auf Nationalität und Sprache sich in einer Organisation zu vereinigen haben. Nur wo, wie in Finnland, Ungarn und Kroatien gesetzlich diese Möglichkeit nicht besteht, dürfen besondere Gewerkschaftszentralen gebildet werden, so lange eben diese Verschiedenheiten im Bereiche der Gesetzgebung bestehen. Das trifft auf die tschechischen Genossen in keiner Weise zu. Wir Deutsche geben den Hunderttausenden von Italienern, die zu uns kommen, ein besonderes italienisches Blatt und besondere italienische Agitatoren. Aber eine besondere italienische Organisation dürfen sie nicht bilden, sie gehören in unsere deutschen Zentralverbände. Was die Ausländer bei uns können, können die Tschechen bei den Oesterreichern erst recht. (Zuruf bei den Tschechen: Wir sind keine Ausländer in Oesterreich.) Unser Kongreß muß mit aller prinzipieller Schärfe den internationalen Gesichtspunkt betonen. Wir würden deshalb auch einer viel schärferen Resolution als der der Reichskommission zustimmen, aber weil die Reichskommission nicht mehr fordert, stimmen wir dem Antrag zu. Der nächste Kongreß wird sich nicht mehr mit diesem Antrag befassen, sondern damit, ob die tschechischen Separatisten noch in die Internationale gehören. (Stürmischer Beifall.) Heute begnügen wir uns noch mit dem harmlosen Antrag der Reichskommission als dem letzten Versuch, eine Einigung herbeizuführen. (Lebhafter wiederholter Beifall.)

Der Vorsitzende **Branting** teilt mit, daß noch 14 Redner eingezeichnet sind: schließen wir daher die Rednerliste.

Bergmans (Belgien): Die Frage ist schon genügend geklärt; lassen wir noch einen Vertreter der Tschechen und der Reichskommission sprechen und machen wir dann Schluß.

Viktor Adler: Wir haben ein Interesse daran, auch die Meinung der anderen Nationen zu hören, fahren wir noch eine Zeitlang in der Debatte fort.

Es wird nach Adlers, von Richard Fischer unterstütztem Antrage verfahren.

Karski (Polen): Jeder Sozialdemokrat wird Legiens Grundsätzen zustimmen müssen. Wir können uns nicht in die österreichischen Intimitäten einmischen, dazu muß man seit sieben Generationen Oesterreicher sein. (Heiterkeit.) Aber wir können die großen Prinzipien festlegen. Die Tschechen sagen, daß in Oesterreich die Sozialdemokratie national organisiert ist, also müsse man auch die Gewerkschaften national organisieren. Das ist der Trugschluß: wenn man schon einen Buckligen in der Familie hat, so macht man nicht noch einem zweiten Familienmitglied auch einen Buckel. (Heiterkeit und Beifall.) Um-

gekehrt muß die höhere Einheit der Gewerkſchaftsbewegung den politiſchen Föderalismus überwinden helfen. Hüten Sie ſich, tſchechiſche Genoſſen! Setzen Sie Ihren Föderalismus durch, ſo werden Sie trotz allen guten Willens der Polen in drei Jahren eine polniſche Gewerkſchaftszentrale haben, in wenigen Jahren 10 oder 11 Gewerkſchaftszentralen. Wie aber wollen Sie in Mähriſch-Oſtrau noch eine Lohnbewegung beeinfluſſen, wenn Sie mit vier Gewerkſchaftszentralen zu rechnen haben. Schon darum, weil das Kapital einig iſt, weil es der öſterreichiſchen Länderbank ganz gleichgültig iſt, ob mit ihrem Kapital deutſche, tſchechiſche, polniſche oder ſlowениſche Arbeiter ausgebeutet werden, darum brauchen wir die einheitliche Proletarierorganiſation. (Zuruf: Sie hat ſchon beſtanden, man hat ſie zerriſſen!) Wer die Gewerkſchaften gegenüber einem einheitlichen Unternehmertum zerſplittert, begeht ein Verbrechen. (Lebhafte Zuſtimmung.) Es iſt möglich, die höhere Einheit zu ſchaffen; es iſt möglich, daß die Gewerkſchaften zentral geleitet werden. Daß dabei die kulturellen Bedürfniſſe, die ſprachlichen Intereſſen aller Arbeiter berückſichtigt werden, iſt eine Selbſtverſtändlichkeit. (Zuruf: Geſchieht ja! Widerſpruch bei den Tſchechen. Zuruf bei den Deutſchen: Wenn wir einen Tſchechen anſtellen, ſagt Ihr, er ſei von den Deutſchen gekauft!) Ohne alle Animoſität gegen die tſchechiſchen Genoſſen müſſen wir es durch Annahme der Reſolution ausſprechen: Ihr müßt den nationalen Separatismus in der gewerkſchaftlichen Bewegung überwinden, damit die ganze proletariſche Bewegung noch einheitlicher wird als bisher. (Lebhafter Beifall.)

Zulavski, Vorſitzender der polniſchen Gewerkſchaftszentrale in Krakau, die der Reichskommiſſion untergeordnet iſt: Wir haben in Galizien, Mähren und Schleſien 30 000 organiſierte polniſche Arbeiter, nicht viel weniger als die Tſchechen. Sollen wir uns nun der deutſchen oder der tſchechiſchen Zentrale anſchließen, oder ſollen wir auch Separatiſten werden? Wir mißbilligen auf das entſchiedenſte, daß die Prager Kommiſſion die polniſchen Arbeiter auffordert, ſich von der Reichskommiſſion zu trennen und ſich der tſchechiſchen Kommiſſion anzuſchließen. (Zurufe bei den Tſchechen: Iſt nicht wahr!) Ich will Ihnen gedruckt die Zirkulare und Flugblätter vorlegen, in denen die polniſchen Arbeiter aufgefordert werden, ſich an die Prager Kommiſſion anzuſchließen, weil dort mehr Geld pro Kopf vorhanden ſei als in Wien. (Unruhe.) An alle polniſchen Ortsgruppen der chemiſchen Branche iſt ein Zirkular mit dem Stempel der tſchechiſchen Organiſation hinausgegangen, um ſie zum Uebertritt nach Prag zu veranlaſſen. (Vielfache Pfui-Rufe. Lebhafter Widerſpruch bei den Tſchechen.) Wenn Sie widerſprechen, werde ich Ihnen noch mehr ſagen: Sie haben im rein polniſchen Krakau eine tſchechiſche Organiſation der Lithographen gegründet. (Große Bewegung. Zurufe bei den Tſchechen: Ein ganz alter Verein!) Nein, kein alter Verein; ich war ſelbſt bei ſeiner Gründung anweſend. Ich bitte Sie, verſchieben Sie die Entſcheidung nicht. Treiben Sie nicht die Sache auf die Spitze! Zerſplittern Sie nicht durch Ihren Separatismus die ganze öſterreichiſche Gewerkſchaftsbewegung in lauter kleine Verbände. Entſcheiden Sie ſich heute für die Einheit. In drei Jahren wird uns keine Reſolution mehr helfen. (Der tſchechiſche Reichsratsabgeordnete Modraſzek ruft: Eure Reſolutionen helfen Euch heute auch nichts! — Großer Lärm. Zurufe: Das iſt Euer Internationalismus! Jetzt habt Ihr Euch nackt gezeigt! Anhaltende, große Unruhe.)

Walecki (Polen): Die Stuttgarter Reſolution iſt von den Separatiſten ganz verkehrt ausgelegt worden. Sie ſollte durch den Einfluß der Sozialdemokratie die Einheit der Gewerkſchaften fördern. Sie ſollte durch den höheren Integralismus der Gewerkſchaften die Streitigkeiten in der Sozialdemokratie überwinden. Statt deſſen hat ſie die ſchweren Krankheitskeime politiſch-ſozialiſti-

ſcher Zerſplitterung in die Gewerkſchaftsbewegung hineingetragen. (De Brouckère: Die waren vor der Reſolution da!) Auch die Partei des Genoſſen Karski zerſplittert die Gewerkſchaftsbewegung um politiſcher Differenzen willen. (Karski ruft: Unſinn!) Unſinn iſt es freilich, aber leider Tatſache. (Karski: Völlig unwahr!) Nicht die Formen, ſondern der Geiſt iſt das Wichtigſte. Föderation bedeutet Geſchloſſenheit zum Zwecke beſſerer Arbeit und kann es bedeuten, wenn ſie nicht durch nationaliſtiſche Tendenzen zerſprengt wird. Der öſterreichiſche Separatismus iſt nicht Föderalismus, ſondern nationaler Anarchismus. (Sehr gut!) Die Separatiſten ſind keine richtigen Sozialdemokraten, keine praktiſchen, politiſchen und gewerkſchaftlichen Kämpfer. Das tſchechiſche Prinzip der „Solidarität aller Stämme" iſt ganz falſch. Wir müſſen es gründen auf die Solidarität der Arbeiter eines Landes, ſonſt hängt es in der Luft. Wir brauchen die Frage der gewerkſchaftlichen Einigkeit nicht zu vertagen, denn die Wahrheit können wir heute ſchon ausſprechen, damit ſie morgen oder übermorgen wirke. Denn der Standpunkt der Tſchechen iſt unwandelbar falſch. Trotzdem bedauere ich die Drohungen des Genoſſen Legien. Wir wollen keine Verurteilung, die Euch Tſchechen abſtößt. Im Gegenteil: wir wollen Euch zurückführen auf die poſitive Baſis ſozialiſtiſcher Einigkeit. Wie Adler in Amſterdam die franzöſiſchen Miniſterialiſten nicht verdammen, nicht verurteilen, ſondern überzeugen wollte, ſo ſollen wir auch heute zu den tſchechiſchen Genoſſen ſprechen. (Beifall.)

Viktor Adler-Wien: Die Stuttgarter Reſolution enthält zwei Gedanken: ſie verkündet die Notwendigkeit des Zuſammenwirkens von Partei und Gewerkſchaften und wir in Oeſterreich haben dieſe Notwendigkeit ſtets anerkannt. Aber die Reſolution macht einen Zuſatz: Dieſes Zuſammenwirken ſoll nicht erfolgen dürfen auf Koſten der gewerkſchaftlichen Einigkeit. (Sehr richtig!) Durch die Betonung der gewerkſchaftlichen Einigkeit an dieſer Stelle wird ſie viel ſchärfer hervorgehoben als in irgendeinem Beſchluß vorher, weil ſelbſt die große Idee des Zuſammenwirkens von Partei und Gewerkſchaften untergeordnet iſt der unbedingten Notwendigkeit des praktiſch-proletariſchen Kampfes auf wirtſchaftlichem Gebiet. Nun klagt auf Grund der Stuttgarter Reſolution die tſchecho-ſlawiſche Sozialdemokratie, daß ſie ohne Autonomie der Gewerkſchaften keine Beziehungen zu ihnen unterhalten könne. Aber das Gegenſtück zur Zentraliſation der Gewerkſchaften iſt die Zentraliſation der internationalen Geſamtpartei Oeſterreichs, die wir aufrechterhalten werden, wenn ſie auch im Augenblick ſchwer gefährdet iſt. (Beifall.) Die Tſchechen ſagen, die Gewerkſchaften müßten getrennt werden, weil auch die Sozialdemokratie Oeſterreichs national getrennt ſei. Aber die Trennung innerhalb der Partei iſt erfolgt im gemeinſamen Einverſtändnis, nicht durch Zerreißung der Partei! Die beſonderen Bedürfniſſe der tſchechiſchen Genoſſen ſind in reichem, überreichem Maße ſtets berückſichtigt worden. (Zuruf bei den Tſchechen: Ueberreich, überreich!) Jawohl, vielleicht ſogar zu überreich in Anbetracht der vorhandenen Mittel. Die Tſchechen, Polen, Italiener und Slowenen haben eine reichere Gewerkſchaftspreſſe als die Deutſchen. Natürlich gibt es immer einige nationale Beſchwerden. Aber kommen Klagen nicht auch in nationalen, einheitlichen Organiſationen vor? Wenn nicht alle Bedürfniſſe gleich erfüllt werden konnten, kann man deshalb ſagen, daß die Wiener Reichskommiſſion keine Fühlung mit den tſchechiſchen Gewerkſchaften hat? Aber ſo viel Fühlung, wie eine Hamburger Gewerkſchaftszentrale mit den ſüddeutſchen Arbeitern hat, genau ſoviel Fühlung hat Wien auch mit den böhmiſchen Arbeitern. Den Wiener Zentralismus wollt Ihr nicht, aber den Prager Zentralismus wollt Ihr. Von Prag nach Wien iſt es aber ebenſo weit wie von Wien nach Prag und Ihr könnt doch nicht leugnen, daß Ihr die vielen tſchechiſchen

Arbeiter in Wien an die Prager Zentrale anſchließen wollt. Ihr geht aber weiter. Nicht nur in Wien, ſondern auch in Graz, Innsbruck, Linz, mitten in die uralten deutſchen Gebiete ſchiebt Ihr Eure nationalen tſchechiſchen Organiſationen. Zwiſchen dem Zentralismus von Prag und dem Zentralismus von Wien beſteht nur ein einziger Unterſchied. Der Wiener Zentralismus vereinigt und macht kampfesfähig, und der Prager Zentralismus zerreißt und macht kampfesunfähig. (Stürmiſcher Beifall.) Mit Ausnahme der tſchechiſchen Genoſſen hat niemand die Stimme für Euren Standpunkt erhoben. Ein polniſcher Redner hat auf die Rolle verwieſen, die Ihr im Geiſt der Verſöhnung in Amſterdam geſpielt habt. Ich will auch heute im gleichen Geiſte ſprechen. Eine mildere Form als der Antrag der Reichskommiſſion kann überhaupt nicht gewählt werden. Wir haben uns abſolut gehütet, die tſchechiſchen Genoſſen im mindeſten zu verletzen. Wir haben nur eine Deklaration der Stuttgarter Reſolution über die Einheitlichkeit der Gewerkſchaftsbewegung gegeben und feſtgeſtellt, daß ſie von unſeren tſchechiſchen Genoſſen falſch ausgelegt worden iſt. Aber wir haben keine Verdammung, keinen Ausſchlußantrag daran geknüpft, nichts, was unſere alte Freundſchaft mit den Tſchechen zerreißen könnte. Wir wollen unſeren tſchechiſchen Genoſſen nicht zu nahe treten, wir haben jahrelang mit ihnen zuſammengekämpft, und wir werden weiter mit ihnen zuſammenkämpfen. Aber eine Frage beantwortet uns, Ihr tſchechiſchen Genoſſen: Iſt es denn wahr, daß Ihr die ſeparatiſtiſche Trennung der Gewerkſchaften braucht? Seid Ihr denn gewachſen und groß geworden unter dieſem neuen Prinzip, geht es denn der öſterreichiſchen und der tſchechiſchen Partei ſo viel beſſer, ſeitdem Ihr die Trennung habt? Sind wir glücklicher geworden, wir in der Geſamtpartei und Ihr in Eurer tſchecho-ſlawiſchen Partei, ſeitdem Ihr den nationalen Ideen Aufnahme gewährt habt in dem Katalog Eurer Forderungen? Ich will keine Antwort von Euch. Oeffentlich werdet Ihr ſie mir auch nicht geben. Aber wenn Ihr Euer Gewiſſen prüft als Parteigenoſſen, dann werdet Ihr mir zugeben, daß alles ſchlimmer geworden iſt. (Sehr gut!) Nun noch ein Wort zu dem Antrage, eine Enquete anzuſtellen. Worüber ſoll das Internationale Bureau jetzt noch eine Unterſuchung anſtellen? Lehnt den Antrag Wien ab, wenn Ihr ihn für falſch haltet, aber beſchließt keine Verſchleppungsanträge im übelſten Sinne des Wortes, die den Manieren der bürgerlichen Welt entnommen ſind, wenn wir ſozialpolitiſche Forderungen ſtellen. Ich bitte die Internationale, den Stachel aus unſerer Gewerkſchaftsbewegung zu entfernen. Sie können heute über die tſchechiſchen Genoſſen keine Verurteilung ausſprechen, wohl aber einen Mahnruf an ſie richten, durch die ſachverſtändige Internationale der Gewerkſchaftsführer und Parteigenoſſen, die alle guten Willens ſind, die alle unſer Beſtes wollen. Dieſer Kongreß muß den tſchechiſchen Genoſſen ſagen: Freunde, Ihr ſeid nicht auf dem richtigen Weg, Eure Wege ſind falſch, kehret zurück. Das wird nicht auf alle wirken, das wird nicht heute wirken. Aber das Wort der Internationale wird auch von den hunderttauſend tſchechiſchen Arbeitern gehört werden, die zentraliſtiſch organiſiert ſind, und wird nicht ohne Wirkung ſein. (Stürmiſcher wiederholter Beifall.)

Plechanoff (Rußland): Die ſozialdemokratiſche Partei Rußlands wird hier in der Kommiſſion vertreten von zwei Delegierten, von mir, einem Ruſſen, und einem lettiſchen Genoſſen. Unſere Sprache iſt verſchieden, aber einmütig werden wir der öſterreichiſchen Reſolution zuſtimmen im Intereſſe der Einheitlichkeit der Gewerkſchaftsbewegung, die ein unbedingtes Erfordernis des politiſchen Emanzipationskampfes iſt. Gerade in den Ländern, in denen wie bei uns die Partei noch geſpalten iſt, muß die Gewerkſchaftsbewegung uns helfen, die Einheit auch der Sozialdemokratie wiederherzuſtellen. Für uns in Rußland iſt das nationale Problem ja viel dringender als für Euch in Oeſterreich.

Wenn ich sämtliche Nationalitäten aufzählen wollte, die in dem großen russischen Reich zusammengeworfen sind, würde der heutige Tag wohl nicht mehr ausreichen. Wir können nicht einer künstlichen Zersplitterung der proletarischen Bewegung in Oesterreich die Wege ebnen. Nun verstehe ich den Standpunkt der tschechischen Genossen ja sehr gut. Sie sagen, daß nur ihre Gewerkschaften Geld haben und daß nur durch den Separatismus die tschechischen Gewerkschaften der tschechischen Sozialdemokratie größere Geldmittel zur Verfügung stellen können. Geld ist gewiß eine angenehme Sache, sowohl für die Bourgeoisie wie für das Proletariat. (Heiterkeit.) Aber es kommt doch darauf an, wie man zu Geld kommt. Das Sündengeld des Separatismus muß die ganze politische und gewerkschaftliche Bewegung vernichten. Die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung wird Euch selbst mehr Mittel zuführen, als Ihr jemals durch eine Trennung und Zerreißung gewinnen könnt. Die Forderung der Einheitlichkeit der Gewerkschaften ist kein Dogma, sondern eine praktisch drängende Notwendigkeit. Es lebe die proletarische Einheit. (Lebhafter Beifall.)

Tusar (Tschechе): Es ist in jeder Beziehung falsch, wenn man uns Tschechen vorwirft, daß wir Nationalisten sind. Wir haben als Arbeiter unsere internationale Pflicht niemals verletzt. Aber alle unsere Ansprüche auf eine gerechte Berücksichtigung der tschechischen Forderungen sind von der Wiener Reichskommission brüsk abgelehnt worden. Wir halten trotzdem fest an der Einheit der proletarischen Aktion. (Zuruf: An der Einheit der Organisation!) Aber wir halten es nicht für notwendig, daß alles zentralistisch von Wien aus kommandiert wird. Wir Tschechen sind nicht schwächer als die deutsche Sozialdemokratie. Im Verhältnis zur Zahl der tschechischen Arbeiter sind wir sogar stärker. Wir haben 24 Abgeordnete im Reichsrat, wir haben eine größere Presse als die deutsch-österreichische Sozialdemokratie. Wo in der ganzen Welt kommt es vor, daß eine starke Partei ihr Geld verwalten läßt von Parteigenossen, die zu einer anderen Partei gehören? Wir fordern das Recht und dürfen es fordern, über unser Geld mit zu entscheiden. Wir wollen die selbständige Organisation, damit wir die tschechischen Arbeiter besser organisieren und besser für den Klassenkampf schulen können. Wir sind — gegenüber Legien sage ich das — wir sind Sozialdemokraten. Wir waren Sozialdemokraten, als wir noch in den Landesvereinen waren. Wir sind Sozialdemokraten geblieben, als wir aus den Landesvereinen in die Zentralorganisation übergeführt worden sind. Wir werden Sozialdemokraten bleiben auch in autonomen Organisationen. Die Drohungen und harten Worte können uns nicht schrecken. Nach drei Jahren werden wir Euch durch die Tat überzeugt haben, daß wir die Vereine der tschechischen Arbeiterschaft besser organisieren können. Wir werden Erfolge in jeder Beziehung aufweisen können und werden durch die Erfolge unserer Arbeit die Internationale von der Richtigkeit unseres Standpunktes überzeugen. Auch wir sagen, wie einer der Vorredner dargelegt hat: nicht auf die Worte, nicht auf die Formen kommt es an, sondern auf den Geist, der in unserer proletarischen Bewegung liegt. Und auch in unserer tschechisch-autonomen Organisation lebt der Geist der proletarischen Internationale. Dieser Internationale bleiben wir treu, wie wir treu geblieben sind unserer eigenen Partei. (Lebhafter Beifall bei den Tschechen.) Im übrigen muß ich richtigstellen, daß es nicht wahr ist, daß wir die polnischen Arbeiter zu uns herüberziehen wollen. (Reichsratsabgeordneter Diamant: Ich werde Euch die Zirkulare vorweisen, in denen Ihr dazu auffordert. Denkt an die galizische Straßenbahner-Organisation!) Wenn ein einzelner Genosse sich vielleicht Uebergriffe hat zuschulden kommen lassen, so heißen wir es nicht gut. Wir wollen gute Soldaten der proletarischen Internationale sein und die tschechischen Arbeiter in ihrer Gesamtheit dazu erziehen.

Bauer-Wien: Ich bin der Meinung, daß viele ausländische Genossen das Problem, das uns gestellt ist, noch nicht ganz richtig auffassen. Wir haben in Oesterreich acht Nationen, aber nur drei davon, die Deutschen, Tschechen und Polen haben kräftige autonome Organisationen, die leistungsfähige Gewerkschaften bilden. Bei den anderen Nationen würde durch Autonomie jede Gewerkschaftsorganisation unmöglich gemacht werden. Es wäre schon schlimm genug, wenn es sich in Oesterreich um lauter geschlossene Wirtschaftsgebiete der einzelnen Nationen handeln würde. Aber die tschechischen Genossen gehen viel weiter. Auch in den nicht tschechischen Gebieten wollen sie jeden einzelnen tschechischen Arbeiter in ihren autonomen Verband überführen. Nicht nach Gebieten, sondern nach der Nationalität jedes Einzelnen wollen sie die Gewerkschaften trennen. Sie wollen jeden einzelnen Genossen fragen, zu welcher Nation gehörst du? und wollen ihn dementsprechend in die Gewerkschaft seiner Nation einführen. Wenn z. B. in einer Fabrik 200 deutsche und 3 tschechische Arbeiter beschäftigt sind, so sollen die drei tschechischen Arbeiter der Prager Zentrale angeschlossen sein. (Lebhafter Widerspruch bei den Tschechen.) Die tschechischen Genossen widersprechen, dann weise ich darauf hin, daß einer der Vorredner gesagt hat, die tschechischen Lithographen in Krakau, einer rein polnischen Stadt, sollten sich der tschechischen Kommission anschließen und nicht der Reichskommission der Gewerkschaften. Wenn ich sage, daß in einer Fabrik bei Wien bei 300 deutschen und 100 tschechischen Arbeitern die tschechischen Genossen die Angliederung dieser hundert an die tschechischen Gewerkschaften verlangen, so wird mir niemand von den Tschechen hier widersprechen. (Zuruf: Obwohl es doch derselbe Blödsinn ist.) Die Internationale Konferenz der Gewerkschaftssekretäre hat bereits entschieden, daß eine solche nationale Trennung unannehmbar ist. Alle internationalen Konferenzen der einzelnen Gewerkschaften, noch hier in Kopenhagen selbst, die Schuhmacher, die Transportarbeiter und Maurer, haben das Vorgehen der tschechischen Genossen verurteilt. Aber die tschechischen Genossen sagen, es komme weniger auf die Form, als auf den Geist an. Ich glaube nicht, daß die Form der wirtschaftlichen Organisationen, wovon die Kampffähigkeit und Lebenshaltung der Arbeiter abhängt, eine gleichgültige Sache ist, über die man mit einer Geste hinwegkommen kann. (Sehr richtig!) Aber immerhin, hier ist der Geist das wichtigste. Aus welchem Geist kommt nun der tschechische Separatismus? Aus dem Geist einer Bewegung, die immer mehr nach nationaler Absonderung auf allen Gebieten strebt. Der Nationalismus wird von den tschechischen Genossen dahin interpretiert, daß sie sich national völlig absondern müssen. Die tschechischen Genossen verstehen den Internationalismus so, daß sie die Oesterreicher national vollkommen absondern und dann sagen, es müsse die Verbrüderung mit den Arbeitern aller Länder proklamiert werden. Welcher Geist die tschecho-slawische Partei beseelt, hat die Rede des Vorredners deutlich gezeigt. Wir sind eine starke Partei, sagt er mehrere Male. Wer ist denn das Wir? Das ist die tschecho-slawische Sozialdemokratie. Wir aber kennen nur eine internationale sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich, die alle Nationen umfaßt, die in Oesterreich leben, und die soll, wenn es nach unserm Wunsche geht, recht stark sein. (Lebhafter Beifall.) Die nationalen Sektionen betrachten wir nur als bloße Teile, als besondere Glieder der internationalen Gesamtpartei. **Soweit die Partei national getrennt ist, soll gerade die internationale Gewerkschaftsbewegung ein Gegengewicht dagegen sein.** Der gemeinsame Kampf gegen das Unternehmertum, die Einigkeit der Proletarier in diesem Kampf ist viel wichtiger und historisch bedeutsamer als das, was die Proletarier politisch und staatsrechtlich in Kleinigkeiten trennt. Die Frage der tschechischen Solidarität ist nicht nur eine gewerkschaftliche, sondern auch eine politische, nicht

nur eine Frage der Form, ſondern auch eine Frage des Geiſtes. Der Internationale Sozialiſtenkongreß muß ausſprechen, daß wir aus dem Geiſt der Internationale heraus in Oeſterreich und in allen vielſprachigen Ländern eine einheitliche internationale Gewerkſchaftsbewegung brauchen. (Stürmiſcher Beifall.)

Haywood (Amerika): Von allen Ländern iſt die Bedeutung der gewerkſchaftlichen Einigkeit betont worden. Auch wir halten ſie für ganz unerläßlich. Die Maſchine des Internationalismus kennt keine Nationalität. In einem einzigen Bergwerk im amerikaniſchen Kohlengebiet ſind zum Beiſpiel 32 Nationen vertreten. Deshalb treten auch wir amerikaniſchen Sozialiſten für eine unbedingt einheitliche gewerkſchaftliche Bewegung ein. Aber leider haben wir auch in unſerm Lande eine ſolche einheitliche Gewerkſchaftsbewegung noch lange nicht. Die ſprachlichen Schwierigkeiten, die Ihr in Oeſterreich habt, ſind eine Kleinigkeit gegenüber dem Mangel an induſtrieller Solidarität, den wir in den Vereinigten Staaten zu beklagen haben. Die ganze gewerkſchaftliche Bewegung liegt in den Händen der American Federation of Labor, deren Vorſitzender der bekannte Gompers iſt. Dieſe Federation iſt in Wahrheit keine gewerkſchaftliche Organiſation, ſondern nur ein ratgebender Ausſchuß von 11 Perſonen, die alle Macht in Händen haben, und von 27 000 Lokalvereinen, die das Recht haben, ſelbſtändig Verträge mit dem Unternehmertum auf drei bis fünf Jahre hinaus abzuſchließen. Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn die Stuttgarter Reſolution ſo verſchärft würde, daß wir den amerikaniſchen Arbeitern ſagen könnten: Die internationale Arbeiterſchaft verurteilt dieſes Syſtem! (Beifall und Widerſpruch.)

De Brouchère-Belgien: Ich hatte mich zu Anfang der Debatte in die Rednerliſte eintragen laſſen, weil ich einiges zur tſchechoſlawiſchen Frage zu ſagen hatte. Aber die Redner vor mir haben genau dasſelbe geſagt, was ich hätte ſagen müſſen. Das Ueberwältigende an dieſer Debatte liegt nicht darin, daß wir alle dieſelbe Anſicht haben, ſondern daß wir ſie alle mit denſelben Gründen belegen müſſen.

Garami-Ungarn: Auch wir ſind ein vielſprachiger Staat und gleichen mit unſerer Verfaſſung vollkommen unſerem öſterreichiſchen Nachbarſtaat. Nur iſt Oeſterreich wirtſchaftlich viel weiter entwickelt als Ungarn, ſo daß man zu ſagen pflegt, Oeſterreich iſt die Zukunft Ungarns. Heute aber graut uns vor dieſer Zukunft. (Große Heiterkeit.) Denn wenn wir in Ungarn einen ſolchen Separatismus bekommen ſollten wie den der tſchechiſchen Gewerkſchaften, dann wäre es um die Zukunft der ganzen Arbeiterbewegung in Ungarn ſehr ſchlecht beſtellt. Wir bitten den Kongreß, mit aller Entſchiedenheit gegen dieſe Abtrennung Stellung zu nehmen.

Dr. **Fritz Adler**-Schweiz: Die Schweiz iſt ebenfalls in eine ganze Reihe Nationen geteilt, die einheitlich zuſammenwirken müſſen, wenn auf wirtſchaftlichem Gebiet den Arbeitern ein Erfolg beſchieden ſein ſoll. Auch die Schweiz iſt daher der Anſicht, daß der tſchechiſche Separatismus ein Verbrechen an dem Fortſchritt der Arbeiterbewegung iſt. Die Tſchechen ſagen, daß ſie international geſinnt ſeien, aber zunächſt ſuchen ſie die tſchechiſchen Genoſſen von allen Nationen zu iſolieren und ganz allein mit ihnen den Kampf zu führen. Dabei iſt nur ein Drittel der tſchechiſchen Gewerkſchaftler den Lockungen der Prager Gewerkſchaftszentrale gefolgt. Zwei Drittel der tſchechiſchen Gewerkſchaftler ſind derſelben Meinung wie die geſamte Internationale, die hier das Vorgehen der Tſchechen verurteilt hat. Wir Oeſterreicher, die im Auslande leben, haben immer ſehr ſchmerzlich empfunden, wenn alle Welt ſich geringſchätzig über Oeſterreich äußerte, als den Staat der Tumulte und Unordnungen, als den Staat, der niemals vorwärts kommen kann. Aber wir

Sozialdemokraten haben demgegenüber immer ſtolz darauf hingewieſen, daß das Proletariat frei iſt von nationalen Verirrungen. Beſonders ſtolz waren wir auf unſere tſchechiſchen Genoſſen, die auf vorgeſchobenſtem Poſten gegen den ſchlimmſten Nationalismus kämpften. Heute müſſen wir trauernd geſtehen: unſere tſchechiſchen Genoſſen ſind im Kampfe mit dem Nationalismus beſiegt worden, die nationaliſtiſche Frage hat über die tſchecho-ſlawiſche Sozialdemokratie die Herrſchaft gewonnen. Die tſchechiſchen Genoſſen ſind nichts weiter als Gefangene der Nationaliſten, ſie ſind beſiegt und unterworfen von Klofac. (Stürmiſcher Widerſpruch bei den Tſchechen, lebhafte Zwiſchenrufe der Tſchechen: Beleidigung! Zurücknehmen!) Die tſchechiſchen Genoſſen werden nicht leugnen können, daß es die Preſſe von Klofac iſt, die heute über ihre Haltung jubelt. (Erneute Proteſtrufe bei den Tſchechen, Zuruf: Die deutſche Bourgeoiſie feiert Sie als ihre Vorkämpfer!) Die tſchechiſchen Genoſſen reden immerzu von den deutſchen Gewerkſchaften. Aber es gibt gar keine deutſchen Gewerkſchaften in Oeſterreich, ſondern nur international zentraliſtiſche Gewerkſchaften. So muß es auch bleiben. Es können im Kriege verſchiedene nationale Heere miteinander in den Kampf ziehen, aber es iſt nicht möglich, daß ein Heer von ſechs Kommandanten kommandiert wird. (Zuruf bei den Tſchechen: Die Hauptſache iſt, daß das Kommando in Wien bleibt!) Die Hauptſache iſt, daß die proletariſche Armee einheitlich gegen das Kapital geführt wird. Wir haben es ja gar nicht in unſerer Macht, zu entſcheiden, ob wir uns national ſeparieren wollen oder nicht, wenn die wirtſchaftlichen Verhältniſſe die Gewalt über uns haben. Möge der Internationale Sozialiſtenkongreß aus den tatſächlichen Verhältniſſen die Notwendigkeit ableiten, die Einigkeit der Gewerkſchaftsbewegung unter allen Umſtänden zu ſichern. (Beifall und Widerſpruch.)

Auf Antrag **de la Porte**-Frankreich wird einſtimmig Schluß der Debatte beſchloſſen.

Vorſitzender **Troelſtra**: Unſere tſchechiſchen Genoſſen ſind angeklagt des Verbrechens des Verrats an der proletariſchen Internationalität. Ich halte es für richtig, daß man dem Beſchuldigten das letzte Wort gibt.

Die Kommiſſion beſchließt, Mittwoch früh einem Vertreter der tſchecho-ſlawiſchen Sozialdemokratie das letzte Wort zu geben und dann über die geſtellten Anträge abzuſtimmen.

Dritte Sitzung. Mittwoch, den 31. Auguſt.

Nemec-Böhmen erhält das Schlußwort: Die heftigen Angriffe, die geſtern gegen die Tſchechen gerichtet worden, ſeien vollkommen unberechtigt. Andere Länder ſeien mit Oeſterreich nicht zu vergleichen. Denn in Oeſterreich handle es ſich nicht darum, einer ſtarken Organiſation ein paar kleine anzugliedern, ſondern darum, zwei gleich ſtarke Organiſationen in das richtige Verhältnis zueinander zu bringen, während heute die eine der anderen untergeordnet werden ſoll. Der Internationalismus der Tſchechen dürfte nicht ſo weit gehen, daß ſie ihre Nationalität verleugnen, ſondern er bedeutet, daß ſie als gleichwertige Kämpfer im gemeinſamen Kampf der Befreiung der Arbeiter aus ökonomiſcher Knechtſchaft und politiſcher Abhängigkeit ſtehen. Infolgedeſſen iſt es ihnen unmöglich, weiter die Führung der Reichskommiſſion anzuerkennen, die ausſchließlich deutſchen Charakter trägt, zum mindeſtens in einzelnen Maßnahmen. Dazu ſeien die Tſchechen auf die Dauer nicht mehr zu bewegen. Aber in allen großen politiſchen und wirtſchaftlichen Kämpfen

sichern sie den Deutschen die weitgehendste Solidarität zu. Deshalb sei es durchaus unrecht, wenn der Kongreß sie hier als Verbrecher und Verräter behandeln wollte. Es handle sich nicht um Prinzipien, sondern um eine rein praktische Frage der besten Organisationsform. Wenn ihnen dafür der Ausschluß aus der Internationale in Aussicht gestellt wird, so müßten sich die tschechischen Arbeiter dagegen aufs heftigste wehren. Wehren müssen sie sich auch dagegen, daß gegen sie fortgesetzt gehetzt wird. (Dr. Adler ruft: Sehen wir wie Henker aus?) Die Internationale hat kein anderes Mittel als das des Ausschlusses und diese schärfste Waffe will sie gegen uns anwenden! Wir haben aber Gleichberechtigung verlangt. Wenn drei Leute in einem Zimmer wohnen und sich nicht vertragen können, dann richtet man eben Scheidewände ein. (Zuruf: Chambre séparé! Heiterkeit.) Wir stehen im schwersten Kampfe mit den tschechischen Parteien. Wir hatten 52 Stichwahlen zu bestehen. Sämtliche bürgerliche Parteien haben sich gegen uns vereint. Der tschechische Arbeiter wird jetzt sagen: Das ist der Dank der Internationale für unsere Arbeit! Wir wollen durchaus keine Enquete, um die Angelegenheit zu verschleppen, aber wir verlangen, daß die Internationale objektiv informiert wird. Monatelang hat man gegen uns gehetzt. Aber der „Vorwärts", die „Leipziger Volkszeitung" und die „Bremer Bürgerzeitung" haben unsere Antworten abgelehnt. (Lebhafter Widerspruch.) Wir wollen endlich, daß die Internationale die Wahrheit über die österreichischen Zustände erfährt. Wir wollen die Internationalität in jeder Beziehung hochhalten. Aber die tschechischen Genossen wollen den deutschen gleichwertig gegenüberstehen. Wir stehen auf dem Boden der Stuttgarter Resolution, die die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft an die Spitze stellt. Auch als wir die Partei föderalistisch organisierten, hat man uns Chauvinismus vorgeworfen. Und doch hätten wir ohne diese Trennung kein 1905, kein allgemeines Wahlrecht erkämpft. Getrennt marschieren und vereint schlagen, das hat sich bei uns bewährt. Wir wollen auch die Gewerkschaften nicht bis in die letzte Werkstätte, bis auf den letzten Mann zertrümmern, sondern wir wollen geschlossene Sprachgebiete schaffen. Bei einigem guten Willen werden wir eine Form finden, die den Interessen aller angeschlossenen Nationalitäten entspricht und die Stoßkraft der österreichischen Arbeiterbewegung verstärkt. Wir müssen auch den letzten Arbeiter in die politische und gewerkschaftliche Organisation hineinbringen. Das können wir nur, wenn Sie uns die nötige Freiheit lassen. Wir wissen genau, daß in dem einheitlichen Staate die einheitlichen Volksgebiete zusammenarbeiten müssen. Aber die Form des Zusammenarbeitens können wir uns nicht auferlegen lassen. Wir lassen uns nicht wie Verräter und Verbrecher behandeln. Lassen Sie uns ruhig weiterarbeiten, wir werden schon einen Weg des Zusammenarbeitens finden. — Der Redner legt zum Schluß eine Resolution vor, in der gefordert wird, daß die nationale Einigung der Arbeiter in Partei und Gewerkschaft die Grundlage der einigen Arbeit in Oesterreich sein soll. (Seite 44.)

Dr. **Viktor Adler**-Oesterreich (zur Geschäftsordnung): Es fällt uns sehr schwer, auf diese Schlußworte nicht zu antworten. Aber wenn Sie die Resolution der Reichskommission ansehen, werden Sie finden, daß darin keine Verurteilung ausgesprochen ist, daß die Tschechen gar nicht erwähnt werden, sondern daß nur der positive Wunsch auf Einigung ausgesprochen wird.

Karski, Dr. **Fritz Adler** und **Troelstra** verwahren sich dagegen, daß die tschechischen Genossen als Verräter oder Verbrecher bezeichnet werden. Der gute Wille der tschechischen Genossen werde von niemand bestritten. Der Ausdruck Verrat beziehe sich nicht auf den Willen, sondern nur auf das von den tschechischen Genossen nicht gewollte Resultat ihrer Arbeiten.

Die deutsche Delegation gibt folgende Erklärung zu Protokoll:

„Gegen die Behauptung des Genossen Nemec, daß der „Vorwärts" es abgelehnt hat, eine kurze objektive Darstellung des tschechischen Standpunktes zu veröffentlichen, kann die deutsche Delegation der Kommission nur erklären, daß keine der in Frage kommenden Instanzen, weder der Parteivorstand, noch die Preßkommission des „Vorwärts" eine solchen Wunsch der tschechischen Genossen erhalten, noch einen solchen ablehnenden Beschluß gefaßt hat. Der Vorfall, auf den sich Nemec bezieht, soll nach der Erklärung Nemec' sich bereits vor mehr als drei Jahren abgespielt haben." Die Unterschriften lauten: Richard Fischer, Legien, Cohen, Stengele.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Der tschechische Vertagungsantrag, der die Angelegenheit an das Internationale Bureau zur nochmaligen Erörterung zurückverweisen will, wird mit 185 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen nur die 7 Tschechen und 2 finnische Genossen.

Hierauf kommt die Resolution der österreichischen Reichskommission zur Abstimmung. Von den belgischen Genossen ist folgendes Amendement vorgeschlagen:

„Das Internationale Sozialistische Bureau und das Internationale Gewerkschaftssekretariat werden aufgefordert, jeder der beteiligten Parteien ihre Dienste anzubieten, um den vorhandenen Konflikt im Geiste der Verständigung und sozialistischer Brüderlichkeit zu schlichten."

Als zweites Amendement wird von Walecki und Plechanoff vorgeschlagen, zwischen den beiden Sätzen der österreichischen Resolution einzufügen:

„In den vielsprachigen Staaten muß selbstverständlich in der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung den sprachlichen und kulturellen Bedürfnissen aller Mitglieder Rechnung getragen werden."

Beide Amendements werden von Oesterreich in seine Resolution aufgenommen, worauf die Tschechen erklären, daß sie bedauern müßten, dann gegen diese Amendements stimmen zu müssen, obwohl sie im übrigen mit ihnen einverstanden sind. — Von der Mehrheit der französischen Delegierten wird beantragt, nicht die Stuttgarter Resolution, sondern die Beschlüsse der früheren internationalen Sozialistenkongresse zu bekräftigen, weil sonst die von der französischen Mehrheit schon in Stuttgart abgelehnte Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften erneut gefordert werden würde.

Dies Amendement wird gegen die Stimmen der französischen Mehrheit und gegen die Stimmen der russischen Sozialrevolutionäre abgelehnt.

Hierauf wird die Resolution der österreichischen Reichskommission mit den beiden Zusätzen gegen die fünf Stimmen der Tschechen angenommen. Die französische Mehrheit und die finnische Minderheit (zwei Stimmen) enthalten sich der Abstimmung. Zum Referenten für das Plenum wird Plechanoff-Rußland, zum Korreferenten Nemec-Böhmen bestimmt.

Vierte Sitzung. Donnerstag, den 1. September.

Zur Beratung steht die Frage der Betätigung der internationalen Solidarität. Hierzu liegt folgender Antrag der schwedischen Arbeiterpartei vor:

„In Anbetracht des hervorragend internationalen Charakters der proletarischen Bewegung und in Erinnerung an die Traditionen, die seit den

Tagen der ersten Internationale unter den Arbeitern immer hochgehalten worden sind,

fordert der Internationale Sozialistische Arbeiterkongreß von Kopenhagen die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solche Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterschaft des Landes, wo der Streit entbrannt ist, aus eigener Kraft denselben offenbar nicht durchfechten kann, die kämpfenden Genossen so kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralisch und materiell zu unterstützen, um die gebieterische Pflicht der Arbeitersolidarität in dieser Weise in der Tat zu erfüllen.

Je näher die Arbeiterklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit beiderseits beschleunigt werden. Die Macht des Kapitals wird in Riesentrusts, in Kartellen und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert, die Arbeiter schließen ihrerseits ihre Kraft vor allem in gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue, umfassendere Formen an, gewerkschaftliche Massengefechte, von Riesenaussperrungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1899, in Schweden 1909, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald da entbrennen. Der Klassenkampf wird sich folglich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch umfassender und einheitlicher gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterschaft eines ganzen Landes oder eines ganzen Gewerbes ohne internationale Unterstützung der Uebermacht des Kapitals erliegen müßte, ihre ganze Kraft einsetzen kann.

Der Kongreß stellt der gewerkschaftlichen Internationale anheim, die zweckmäßigsten Formen der internationalen Arbeitersolidarität näher zu untersuchen und festzulegen. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongreß:

das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus;

die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Hilfsaktion hinderlich sein können;

die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterschaft überall wachzurufen und um den allzuoft direkt erlogenen „Neuigkeiten", die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten, unmittelbar zu verwenden.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse emporwächst, die Kraft genug besitzt, die breiten Volkskreise von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Zeitungswesens freizumachen.

Parteivorstand
der Schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei."

Weiter liegt hierzu vor ein Antrag Belgiens:

1. Das Internationale Sozialiſtiſche Bureau wird ermächtigt, im Falle eines politiſchen Streitfalles, eines Streiks, einer Ausſperrung oder eines anderen wichtigen Ereigniſſes, welches ein ſofortiges Eingreifen erfordert, von den angeſchloſſenen Parteien einen außerordentlichen Beitrag in der Höhe eines Zehntels des Jahresbeitrages einzufordern, als eine erſte Hilfe.

2. Dieſer außerordentliche Beitrag kann nur einmal im Jahre erhoben werden.

3. Die ins Ausland reiſenden Genoſſen ſollen eine Erkennungskarte bei ſich führen, welche ihren Herkunftsort und ihr Reiſeziel angibt; die dieſen Genoſſen ausbezahlten Unterſtützungen ſollen von den Parteien zurückerſtattet werden, welche dieſe Erkennungskarte ausgeſtellt haben.

Den ſchwediſchen Antrag begründet

Branting: Der ſchwediſche Antrag wolle nicht in die Statuten und Befugniſſe der internationalen Gewerkſchaftskonferenzen eingreifen; aber der Internationale Kongreß habe doch die Pflicht, an die Gewerkſchaften allgemein die Mahnung zu richten, aus ihren Statuten alles zu entfernen, was eine wirkſame internationale Hilfe unmöglich mache. Um alle Bedenken, die von deutſcher Seite erhoben worden ſeien, zu beſchwichtigen, ſchlägt Branting vor, den Abſatz 5 der ſchwediſchen Reſolution folgendermaßen zu faſſen: „Der Kongreß empfiehlt der gewerkſchaftlichen Internationale, zu unterſuchen, welche Formen der internationalen Arbeiterſolidarität die zweckmäßigſten ſind." Branting weiſt ſodann auf die hohe Bedeutung der ſozialiſtiſchen Tagespreſſe hin, bittet um Annahme der ſchwediſchen Reſolution und Ablehnung der belgiſchen Vorſchläge.

Cohen-Berlin: Die Engländer haben beim ſchwediſchen Generalſtreik in grober Weiſe ihre Pflicht vernachläſſigt. (Vielfache Zuſtimmung.) Auch die Franzoſen beſchränken ſich meiſt auf kräftige Worte. Den Schweden haben ſie eine lange Reſolution geſchickt, die mit den Worten ſchloß: „Es lebe die ſoziale Revolution!" und dazu 20 Franken. (Große Heiterkeit. Zurufe: Weniger Revolution und mehr Geld wäre beſſer geweſen!) Dabei ſind die engliſchen Gewerkſchaften reich, und bei einigem guten Willen könnten auch die Franzoſen ihre Schuldigkeit tun. Die belgiſchen Spielereien mit der internationalen Legitimationskarte und den Unterſtützungen, die für eine Priſe Tabak reichen, machen wir nicht mit. (Beifall.)

Huggler-Schweiz ſchließt ſich Cohen in der Kritik der Franzoſen, Engländer und Belgier an und empfiehlt die Reſolution der Schweden.

Bergmanns-Belgien findet die ſchwediſche Reſolution zu vage und die bisherigen internationalen Hilfsaktionen zu langſam.

Hueber-Oeſterreich polemiſiert gegen Bergmanns, den er bezüglich der näheren Ausführung der Reſolution Branting auf die nächſtjährige Internationale Gewerkſchaftskonferenz in Budapeſt verweiſt.

Anderſon-England erklärt, daß er die engliſchen Gewerkſchaften nicht verteidigen wolle. Aber erklären wolle er die Haltung. Zwei Jahre ſchwerer Kriſe lagen gerade hinter England; nach den großen Unterſtützungen für Arbeitsloſe und Kranke war nicht mehr viel in den Kaſſen. Vor allem aber hatten die Engländer keine Preſſe, kein einziges ſozialiſtiſches Tageblatt. Geben Sie uns einen Fingerzeig, wie wir uns eine Arbeiterpreſſe ſchaffen können, und wir werden unſere volle Schuldigkeit tun. Der engliſche Arbeiter iſt ebenſo opferwillig wie der deutſche.

Haywood-Amerika erklärt, daß die amerikaniſchen Arbeiter die Pflichten internationaler Solidarität überhaupt nicht kennen. Die American Federation of Labor ſei überhaupt nicht erfüllt vom Geiſte internationaler Solidarität, ſondern vom Geiſte des eigennützigen Kapitalismus.

Dr. **Adler**-Wien hält Anderſen entgegen, daß die engliſchen Gewerkſchaftsführer ſehr gut unterrichtet waren über die Tragweite des ſchwediſchen Streiks und nicht das mindeſte getan haben. Auf Grund ihrer Statuten haben ſie prinzipiell jede Hilfeleiſtung für das Ausland abgelehnt. Er möchte wiſſen, ob wenigſtens jetzt die Engländer bereit ſind, dieſe Gewerkſchaftsſtatuten zu ändern.

Karski-Polen dankt für die reiche Hilfe, die während der ruſſiſchen Revolution den Kämpfern zuteil geworden iſt, und weiſt nach, wie undurchführbar die von Belgien geforderten internationalen Legitimationskarten ſeien.

Nach einem kurzen Schlußwort Brantings wird der belgiſche Antrag abgelehnt und der ſchwediſche Antrag einſtimmig angenommen. Zum Berichterſtatter für das Plenum wird Huggler-Schweiz ernannt.

Dritte Kommiſſion: Abrüſtungs- und Friedenskommiſſion.

Vorſitzender iſt **van Kol**, Schriftführer **Gerſon Trier**-Dänemark. Der Kommiſſion ſind zwei Beratungsgegenſtände überwieſen: Das Schiedsgericht und die Abrüſtung, ſowie: Das für die raſche Ausführung der Beſchlüſſe der internationalen Kongreſſe einzuſchlagende Verfahren. Vaillant-Frankreich regt an, den zweiten Punkt zuerſt zur Beratung zu ſtellen. — Hillquit-Amerika und Pernerſtorfer-Oeſterreich betonen, daß ein ſolches Verfahren ganz unlogiſch wäre. Erſt müſſe man ſich über die Stellungnahme zur Abrüſtung klar werden, und erſt, wenn das geſchehen ſei, könne man ſich über die Durchführung etwaiger Beſchlüſſe zu verſtändigen ſuchen.

Vaillant-Frankreich: Es handelt ſich bei meinem Vorſchlag nicht nur um die jetzt zu faſſenden Beſchlüſſe, ſondern um alle Beſchlüſſe, die ſchon vom Kongreß gefaßt worden ſind. Angeſichts der laut gewordenen Oppoſition ſtelle ich den Vorſchlag noch eine Weile zurück.

Es wird in die Beratung der Abrüſtungsfrage eingetreten. Es ſtehen Reſolutionen zur Beratung, und zwar die Reſolution der J. L. P. von Großbritannien, der S. D. P. von Großbritannien, der P. S. von Frankreich und der Sozialiſtiſchen Partei Italiens.

Ledebour-Deutſchland: Ich weiſe darauf hin, daß eine fünfte Reſolution zur Beratung ſteht, die von der ſozialdemokratiſchen Fraktion des Deutſchen Reichstags eingebracht und am 29. März 1909 beraten worden iſt. Es wird vorgeſchlagen, allen ſozialdemokratiſchen Fraktionen zu empfehlen, dieſe Reſolutionen mit entſprechenden redaktionellen Aenderungen in allen Parlamenten einzubringen.

Vaillant-Frankreich: Im Prinzip ſind ſich wohl alle Genoſſen einig, ſo daß ſofort eine Subkommiſſion eingeſetzt werden kann, um eine gemeinſame Reſolution auszuarbeiten. Die Abſchaffung des Krieges wird allerdings erſt der Sozialismus möglich machen. Darauf kann man natürlich nicht warten, ſondern es iſt erforderlich, durch Stellung von Anträgen in den Parlamenten den Kriegsrüſtungen und dem Militarismus entgegenzutreten.

Keir Hardie-England: Wenn jetzt die deutſche und engliſche Regierung ſich wegen der Beſchränkung der Rüſtungen verſtändigen würden, ſo geſchieht das nicht aus Friedensliebe, ſondern weil die Länder die Laſt der Rüſtungen nicht mehr zu tragen vermögen. Die Arbeiter ſind ſtark genug, den Krieg zu verhindern. Entfalten wir die lebhafteſte Agitation gegen den Krieg in den Gewerkſchaften. Am Tage der Kriegserklärung müſſen die Arbeiter aufhören zu arbeiten. Das iſt kein Generalſtreik. Den Treibereien der kapitaliſtiſchen Preſſe muß ebenfalls nachdrücklicher entgegengetreten werden. Diskutieren wir jetzt die Frage noch, die Subkommiſſion können wir erſt ſpäter einſetzen.

Bruce Glaſier von der J. L. P. (England): Das Chriſtentum hat ſich als ganz unfähig erwieſen, den Krieg aus der Welt zu ſchaffen. Auch Sozialiſten gibt es jetzt ſchon, die bereit ſind, ihre Friedensprinzipien preiszugeben. Die Neigung zum Dreinſchlagen ſteckt unſtreitig in manchem Sozialdemokraten. Das iſt der tieriſche Inſtinkt, der überwunden werden muß. Entfalten wir die umfangreichſte Agitation für den Frieden, dann werden die vereinigten Staaten von Europa leicht zur Tatſache geworden ſein.

Radek-Polen: Die Haltung, die von der deutſchen ſozialdemokratiſchen Reichstagsfraktion in der Sache der Bekämpfung der Rüſtungen eingenommen wird, iſt mit ſozialdemokratiſchen Argumenten nicht zu begründen. Die Forderungen nach einer Verſtändigung über den Umfang der Rüſtungen ſind zwecklos, ſo lange es an einer internationalen Exekutivgewalt fehlt, die den Abmachungen unter allen Umſtänden Geltung zu verſchaffen vermag. Nur die Finanzmiſere würde vielleicht die deutſche Regierung veranlaſſen, ein Abkommen mit England zu treffen. Dann müßten wir die Maſſen ſofort aufklären, daß es ſich nur um eine vorübergehende Maßregel handelt. Außerdem würde eine Beſchränkung der Flottenrüſtungen wahrſcheinlich eine Steigerung der Ausgaben der Heeresrüſtungen zur Folge haben. Die Haltung des „Vorwärts“ und der ſozialdemokratiſchen Reichstagsfraktion in Sachen des deutſch-engliſchen Abkommens iſt nichts weiter als ein Gegenſtück zu der Verteidigung der Flottenrüſtungen durch Hyndman, die allgemeine Verurteilung gefunden hat.

Als der Vorſitzende den Redner wiederholt auffordert, ſich möglichſt kurz zu faſſen, verzichtet er auf weitere Ausführungen unter Proteſt dagegen, daß ihm die Redefreiheit beſchränkt wird.

Hillquit-Nordamerika: Von der Hauptſache iſt bisher noch mit keinem Wort geſprochen worden. Die Debatte war bisher nur eine Fortſetzung der Stuttgarter Erörterung über Militarismus und Antimilitarismus. Um nicht in eine Rederei ins Blaue hineinzukommen, empfiehlt es ſich wohl doch, von einer Subkommiſſion eine Reſolution ausarbeiten zu laſſen, damit eine beſſere Grundlage für die Debatte geſchaffen wird. Die Subkommiſſion könnte aus ſieben Genoſſen gebildet werden.

Es folgte eine längere Geſchäftsordnungsdebatte. Der Vorſitzende empfahl, zur Begründung jeder der vorliegenden Reſolutionen noch je einen Redner ſprechen zu laſſen, dann die Verhandlungen abzubrechen und eine Subkommiſſion einzuſetzen, die eine neue Reſolution vorlegen könnte.

Radek-Polen fordert, daß ein Redner der Polen das Wort erhalten ſoll zur Begründung einer Reſolution, die noch eingebracht werden wird. Dieſe Reſolution ſoll der Subkommiſſion mit überreicht werden.

Ledebour: Wir ſind mit den Reſolutionen der anderen Länder einverſtanden und ich brauche dazu nicht zu ſprechen. Zurückweiſen muß ich aber den Vorwurf des Genoſſen Radek, daß die Haltung der deutſchen Reichstags-

fraktion als unvereinbar mit den ſozialiſtiſchen Grundſätzen angeſehen werden müſſe. Radek hat gegen einen „Vorwärts"-Artikel polemiſiert. Ich lehne es ab, alles zu vertreten, was im „Vorwärts" geſchrieben wird. Aber dieſelbe Haltung, wie die deutſche Reichstagsfraktion und der „Vorwärts" haben die engliſchen Genoſſen dreimal eingenommen und dieſelbe Reſolution zweimal eingebracht. Im jetzigen Staat können wir nicht Anträge fordern, die rein ſozialiſtiſch ſind. Radek kennt die Vorgänge nicht genau. (Radek: Ich kenne den Hergang ſehr wohl und habe ſeinerzeit in der „Leipziger Volkszeitung" die Reichstagsfraktion angegriffen!) Die politiſche Lage 1909 gebot, wie Redner ausführlich darlegt, das Vorgehen der Reichstagsfraktion, die damit eminent praktiſche Arbeit geleiſtet hat. Bülow und Tirpitz ſind bei dieſer Gelegenheit von uns wiederum der Lügenhaftigkeit überführt worden. Die Idee einer Verſtändigung über die Flottenrüſtungen hat infolge unſeres Antrages in Deutſchland unſtreitig weſentliche Fortſchritte gemacht. Auch die bürgerlichen Kreiſe fangen allmählich an, ſich dem Gedanken ſympathiſch gegenüber zu ſtellen. So haben wir, ohne eine reinſozialiſtiſche Forderung zu ſtellen, was nach Lage der Dinge gar nicht angängig war, zur Bekämpfung des kapitaliſtiſchen Staates auf einem wichtigen Gebiet auch bei dieſer Gelegenheit beigetragen.

Deſſin-England begründet die Reſolution der ſozialdemokratiſchen Partei von Großbritannien. Kriege haben gewiß lange vor der kapitaliſtiſchen Periode ſtattgefunden. Jetzt aber haben ſie wirtſchaftliche Urſachen. Wir müſſen alſo den Kapitalismus beſeitigen, um den Frieden zu ſichern. Zur Verminderung der Kriegsgefahr können wir ſchon jetzt beitragen. Unſere Reſolution weiſt den Weg dazu.

Vaillant begründet die franzöſiſche Reſolution. Was wir wollen iſt, die antimilitariſtiſche Propaganda weiterzuführen. In Stuttgart haben wir uns über die Grundprinzipien geeinigt. Jetzt gilt es, die Mittel zu finden, um die Ideen zu verwirklichen. Wir können genug tun zur Bekämpfung des Militarismus und des Krieges. Die größte Gefahr für den Frieden bildet die Spannung zwiſchen England und Deutſchland. Ein Krieg würde das Proletariat auf lange Zeit vom Wege zum Ziele zurückwerfen. Wie die engliſchen und deutſchen ſozialdemokratiſchen Abgeordneten haben auch die Genoſſen in den anderen Parlamenten ihre Pflicht getan und gegen die Fortführung der Rüſtungen proteſtiert. Das Hochſchutzzollſyſtem hat die Spannungen noch verſchärft. In der Zeit der Teuerung iſt es jetzt beſonders notwendig, den Schutzzoll zu bekämpfen und zu beſeitigen. Wir müſſen die Arbeiter über die direkte Aktion aufklären. Keir Hardie hat geſagt, es empfehle ſich für den Fall des Krieges die allgemeine Arbeitsſtellung, das ſei kein Generalſtreik. Wir wollen den Generalſtreik. Die Arbeiter ſollen bei Ausbruch eines Krieges die Arbeit niederlegen. Sie ſind nicht mehr ſo dumm, ſich zum Kanonenfutter des Kapitalismus herzugeben. Die Kommiſſion muß ſich für den Generalſtreik im Fall der Kriegserklärung entſcheiden. In Deutſchland iſt wieder in den letzten Tagen die Gefahr der kriegeriſchen Verwickelung an die Wand gemalt worden. Wenden Sie die letzte Kraft daran, jeder kriegeriſchen Verwickelung vorzubeugen.

In die Subkommiſſion zur Vorbereitung einer Reſolution werden gewählt Ledebour (Deutſchland), Dr. Renner (Oeſterreich), Keir Hardie (England), Vaillant (Frankreich), Klauſen (Dänemark), Hillquit (Amerika), Morgari (Italien), Janniaux (Belgien) und Wolkhowsky (Rußland). Die Verhandlungen werden am Dienstagvormittag fortgeſetzt.

Dienstag, den 30. Auguſt.

Die Subkommiſſion verſtändigte ſich nur über die Grundzüge der vorzulegenden Reſolution.

Morgari (Italien) hatte ſich dahin ausgeſprochen, daß man in der Reſolution nicht allzuviel ſagen ſolle. Auf einen Punkt ſollen alle Kräfte konzentriert werden: in allen Parlamenten ſollen die Vertreter des Proletariats immer wieder Anträge einbringen, den Stand der Heere durch internationale Abkommen zunächſt auf die Hälfte zu reduzieren. Zur Propagierung dieſer Ideale ſoll eine beſondere Organiſation eingeſetzt werden. Was man an theoretiſchen Darlegungen in die Reſolution hineinbringen werde, werde nur für jeden den Kern der Sache verdunkeln.

Dieſen Darlegungen hielten **Renner** (Oeſterreich) und andere entgegen, daß bei einem ſolchen Verfahren die Propaganda gegen den Militarismus und für den Frieden in unerträglicher Weiſe eingeengt würde. Der Kern der auszuarbeitenden Reſolution ſoll, wie durch Beſchluß der Mehrheit feſtgeſtellt wird, enthalten: 1. Einleitung: Die Arbeiter aller Länder haben keine Zwiſtigkeiten, die zu Kriegen führen könnten. Es müſſen die Beſchlüſſe der früheren internationalen Kongreſſe über die Solidarität aller Proletarier hervorgehoben werden und daß die fortgeſetzte Steigerung der Ausgaben für die Rüſtungen oft im Gegenſatz ſtehen zu den Friedensverſicherungen aller Regierungen und der Haager Friedenskonferenz. Die Rüſtungsausgaben führen zur Vermehrung der indirekten Steuern, verhindern den Ausbau der Sozialreform und treiben die Staaten zum finanziellen Bankrott. An poſitiven Maßnahmen wird vorgeſchlagen: 2. Fortgeſetzte Aufklärung über das Weſen des Militarismus und der Kriegsgefahr. 3. Die ſozialiſtiſchen Fraktionen fordern in allen Parlamenten Schiedsgerichte für alle Konfliktsfälle. 4. Propaganda für die Abrüſtung zu Land, Waſſer und Luft. Anträge ſind in allen Parlamenten zu ſtellen über die Beſchränkung der Seerüſtungen und die Abſchaffung des Seebeuterechts. 5. Zu fordern iſt die Veröffentlichung aller zwiſchen den Ländern abgeſchloſſenen Geheimverträge. 6. Garantie des Beſtandes der Staaten. 7. Angaben über die Aktion bei drohender Kriegsgefahr.

Dr. **Renner** (Oeſterreich) wird beauftragt mit der redaktionellen Formulierung dieſer Reſolution.

Mittwoch, den 31. Auguſt.

Die von der Subkommiſſion ausgearbeitete Reſolution gelangt gedruckt zur Verteilung. Es wird beſchloſſen, daß Deutſchland über die Arbeiten der Subkommiſſion berichten ſoll.

Ledebour: Die Anſchauungen in der Subkommiſſion gingen ziemlich weit auseinander. Keine Mehrheit fand ſich für den Vorſchlag Morgaris (Italien), der fordert, daß durch ſtändig wiederholte Anträge in den Parlamenten eine Einſchränkung der Heere um 50 Proz. verlangt wird. Abgelehnt wurde ein Antrag Keir Hardies, der den Generalſtreik als Mittel zur Verhütung der Kriege empfiehlt. Für nicht angebracht gehalten wurde es, einer Anregung Wolkhowskis (Rußland) entſprechend in die Reſolution die Forderung auf Aufhebung des beſonderen Militärrechts aufzunehmen. Für die vorgeſchlagene Reſolution ſind zwei Drittel der Mitglieder der Subkommiſſion. Die Einleitung ſtellt prinzipiell feſt, daß von Sozialdemokraten die Mittel für Kriegszwecke grundſätzlich zu verweigern ſind. Die Schiedsgerichte müſſen als obligatoriſche Inſtitution gefordert werden. Grundſätzlich iſt auf die allgemeine Abrüſtung hinzuarbeiten. Natürlich iſt kein Mittel zurückzuweiſen, um dieſem Ziel näherzukommen. Deshalb wird ausdrücklich zunächſt der Abſchluß einer Uebereinkunft gefordert, durch welche die Seerüſtungen beſchränkt und das

Seebeuterecht beseitigt werden sollen. Werden doch z. B. in Deutschland die gesteigerten Seerüstungen mit dem Hinweis auf den notwendigen Schutz der Handelsflotte begründet. Zwar ist ein solcher Schutz nicht möglich, aber mit der Beseitigung des Seebeuterechts fällt ein Scheingrund für die Rüstungen fort. Der englischen Resolution ist die Forderung nach Abschaffung der geheimen Diplomatie entnommen. Die Forderung betreffend das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und der Protest gegen die gegenwärtige Unterdrückung ging nicht von deutscher Seite aus, findet aber meinen vollen Beifall, weil Deutschland an der Spitze der Länder steht, die die Volksminderheiten brutal unterdrücken. Von der direkten Aktion handelt der Schluß der Resolution. Positive Erfolge in den Parlamenten sind nur in ganz beschränktem Maße zu erzielen. Zu verwerfen ist der Parlamentarismus trotzdem nicht, er ist ein Mittel zum Eindringen in das Gefühl und zur Eroberung der Gedankenwelt der noch indifferenten proletarischen Massen. Bei der Formulierung der die Aktion behandelnden Sätze mußte Rücksicht genommen werden auf die Rechtszustände in den einzelnen Ländern. Es darf den Regierungen kein Scheingrund gegeben werden zu vernichtenden Schlägen gegen die Organisationen. Die dem Internationalen Bureau zu erteilende Anweisung, bei drohender Kriegsgefahr sofort Schritte einzuleiten zu einem Einvernehmen zwischen den Arbeiterparteien der betreffenden Länder, um ein einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen, ist notwendig. Dies zeigte sich, als anläßlich der Annexion Bosniens und der Herzegowina ein Krieg zwischen Oesterreich und Serbien auszubrechen drohte, so daß die Genossen beider Länder sich nicht verständigen konnten. Keir Hardie will bei Kriegsausbruch zwar nicht den Generalstreik, aber die Arbeiter, die die Kriegsmittel herstellen, sowie die Bergarbeiter und Transportarbeiter sollen die Arbeit niederlegen. Das käme in der Praxis auf den Generalstreik hinaus. Ein solcher Beschluß hätte gleich die Zertrümmerung der Organisationen zur Folge. Den klassenbewußten Arbeitern ihrer Länder muß überlassen bleiben, welche Schritte sie im gegebenen Augenblick zu unternehmen haben, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Wolkhowski wollte wenigstens für Rußland den Streik für den Fall des Krieges vorsehen. Aber es geht nicht an, für ein einzelnes Land Sondervorschriften zu erlassen. Wollen die Russen mit Rücksicht auf ihre Rechtlosigkeit so etwas tun, so haben sie das für sich allein zu beschließen. Wie unser Kampf selbst in den Formen, die wir uns gewählt haben, wirkt, das zeigt der Aufschrei in der Königsberger Rede, die kürzlich unser bester deutscher Mitarbeiter gehalten hat, den ich um unserer zukünftigen Wahlerfolge willen an seinem Platze nicht missen möchte. Redner bittet zum Schluß seiner fast einstündigen Darlegungen unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, die bei der Formulierung zu überwinden waren, um unveränderte Annahme der Resolution.

Morgari-Italien vertritt den Antrag der Mehrheit der italienischen Partei, daß die Rüstungen nicht weiter ausgedehnt und daß alle Heere um 50 Proz. vermindert werden sollen. Prinzipiell hat er gegen die vorgelegte Resolution nichts einzuwenden, aber sie werde keine praktische Bedeutung haben. Die Anträge werden wohl keine Mehrheit haben, werden aber auf dem nächsten Kongreß wiederkehren.

Vaillant-Frankreich will der Resolution der Mehrheit zustimmen. Mit parlamentarischen Mitteln sei nicht genug zu erreichen. Die Massenagitation müsse vorgesehen und es dürfe vor keinem Opfer zurückgeschreckt werden, um den Krieg zu verhindern. Er schlägt vor, der Resolution anzufügen: „Um Kriegen vorzubeugen und sie zu verhindern, ist ein Generalstreik der Industrien, die für den Krieg Mittel liefern, anzubahnen."

Die Verhandlungen werden hierauf vertagt.

Donnerstag, den 1. September.

Der Vorsitzende **van Kol** erklärt, daß die Verhandlungen heute zu Ende geführt werden müssen. Er werde nur noch 10 Minuten Redezeit gewähren.

Keir Hardie-England: Ich kann die Vorschläge der Subkommission nicht annehmen. Wenn die parlamentarischen Vertreter des Proletariats nicht stark genug sind, den Krieg zu verhindern, müßten es die Arbeiter selbst tun, indem sie sich weigern, selbst Waffen und Munition herzustellen und Kohlen für die Schiffe zu fördern. Natürlich müssen die Arbeiter der beteiligten Länder miteinander übereinstimmen. Nicht in einem Lande allein kann die Arbeit eingestellt werden. Wird das Amendement betreffend die Arbeitseinstellung nicht angenommen, dann wird es in einem besonderen Rapport der Minderheit erwähnt werden müssen.

Wolkhowski-Rußland: Ich bin von Ledebour falsch verstanden worden. Für Rußland habe ich nicht besondere Bestimmungen gefordert. Ich wünsche, daß die Soldaten unter das bürgerliche Recht gestellt werden. Ich würde empfehlen, daß mehr als bisher unter den Soldaten des Heeres und der Marine Agitation betrieben wird, wie es in Frankreich in der letzten Zeit gewünscht und auch versucht worden ist.

Der Vorsitzende **van Kol** erklärt, der Vorschlag Wolkhowskis hat mit der Tagesordnung nichts zu tun, er sei daher auch nicht zu diskutieren. Eine längere Debatte dreht sich darum, wie die Debatte zum Abschluß gebracht werden könne. Das Plenum habe noch immer Mangel an Beratungsstoff.

Die nächsten Redner verzichten aufs Wort. Nur vier Redner wollen noch das Wort ergreifen.

Tutovic-Serbien: Im letzten Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien waren die serbischen Sozialdemokraten keinen Augenblick in Verlegenheit wegen des einzuschlagenden Vorgehens. Sie haben von der österreichischen Sozialdemokratie Unterstützung erfahren zur Bekämpfung der Dynastie. Die Oesterreicher hätten aber die Serben viel besser unterstützen müssen durch energischere Bekämpfung der Eroberungspolitik ihrer Regierung. Der Annexion von Bosnien und der Herzegowina ist in der österreichischen sozialdemokratischen Partei nicht nachdrücklich genug entgegengetreten worden. Auf dem Balkan ist die Kriegsgefahr eine dauernde. Die Sozialdemokraten haben sich nicht mit den Gründen der Diplomatie, sondern mit aller Kraft gegen die Eroberungslust der Großmächte zu wenden und auch für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen einzutreten. Das sei eine Lebensfrage für die sozialistische Bewegung in den kleineren Staaten, die weniger durch die eigene Kraft, als durch den Beistand der Genossen der großen Länder der sozialistischen Idee dienen können. Die serbische Sozialdemokratie sei ganz nach deutschem Muster eingerichtet. Die deutsche Sozialdemokratie sei aber in den Augen der serbischen Arbeiterschaft diskreditiert, weil sie der Eroberungslust der großen Staaten nicht mit dem gebotenen Nachdruck entgegentritt und sich der kleinen Balkanvölker, die unter dem Stachel der Großmächte sich befinden, nicht genügend annehme. Das muß in Zukunft anders werden.

Carleson-Schweden gab die Erklärung ab, daß die Delegierten seines Landes der vorgelegten Resolution zustimmen als einer prinzipiellen Erklärung über den Rahmen, in dem sich die Bestrebungen zur Bekämpfung der Rüstungen zu bewegen haben. In verschiedenen Wendungen der Resolution sei ein Fortschritt zu erblicken.

Debunne-Belgien gibt für die belgische Delegation die Erklärung ab, daß sie der Resolution zustimmen werde. Im Prinzip sei sie für das Amendement

Vaillant-Keir Hardie; ſie würde aber dagegen ſtimmen, weil der Vertreter Deutſchlands es als unannehmbar bezeichnet.

Skatula-Böhmen: Die tſchechiſchen Genoſſen hätten im Gegenſatz zu ihren deutſchen Kollegen in der öſterreichiſchen Partei mit größter Verve die Annexionspolitik der Regierung bekämpft. Mit der Balkanpolitik müßten ſich die Landsmannſchaften Oeſterreichs in Zukunft viel mehr beſchäftigen als bisher.

Radek-Polen läßt eine Erklärung verleſen, in der er verſichert, es ſei ihm nicht eingefallen, wie in der bürgerlichen Preſſe behauptet werde, die ſozialdemokratiſche Agitation zur Sicherung des Friedens auch nur im geringſten zu verkleinern. Was er im Auge hatte, war im Gegenteil, der Agitation die größte Wirkſamkeit und Schärfe zu geben.

Renner-Oeſterreich betont gegenüber Skatula, daß bei den ſozialdemokratiſchen öſterreichiſchen Abgeordneten aller Nationen in den Fragen der Balkanpolitik keine Verſchiedenheit in der Taktik beſtanden hat. Aber das Balkanproblem ſei ſo kompliziert, daß es keine zwei Politiker gebe, die darin vollſtändig gleicher Meinung ſind. Im Parlament ſeien die Abgeordneten mit größtem Nachdruck für den Frieden und auch erfolgreich eingetreten. Entgegengetreten worden ſei jeder Art Eroberungsluſt ſowohl Oeſterreichs als auch Serbiens und Montenegros. Befürwortet wurde ſtets das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker. In der Preſſe wurde betont, daß eine Kriegserklärung Serbiens nur eine Niederlage Serbiens zur Folge haben werde. Gegen kein Gebot der internationalen Solidarität ſei von den Sozialdemokraten Oeſterreichs verſtoßen worden. Eine Reſolution, die vom Internationalen Kongreß angenommen werde, könne nicht nach jeder Richtung hin erſchöpfend ſein. Sie könne nur zuſammenfaſſen, was im Augenblick der Beſchlußfaſſung als ſpruchreif für alle Länder anzuſehen ſei. Neben den Beſchlüſſen der internationalen Kongreſſe ſtehen die Programme der Parteien der einzelnen Länder. Renner bemerkt noch zu der Forderung der Abrüſtung interpretierend, daß ſelbſtverſtändlich daraus nicht eine Wehrloſmachung des Landes gefolgert werden könne, ſondern daß ein Uebergang vom ſtehenden Heer zum Volksheer vorgeſehen ſei. Einem ſpäteren Kongreſſe werde es vorbehalten bleiben, das antimilitariſtiſche Programm des Proletariats auszuarbeiten und dafür zu ſorgen, daß dem Kriege auf dieſer Erde ein Ende gemacht werde. (Beifall.)

Pittoni-Oeſterreich konſtatiert, daß die Behauptung Skatulas falſch ſei. Die öſterreichiſchen Abgeordneten hätten einmütig gegen die Annexionspolitik Stellung genommen. Er als italieniſcher Abgeordneter erkläre, daß von den Abgeordneten keiner Landsmannſchaft etwas verſäumt worden ſei, was getan werden mußte.

Hiermit ſchloß die Debatte.

Das Amendement Wolkhowski betreffend die Unterſtellung der Soldaten unter das bürgerliche Recht wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem eine Erklärung beſchloſſen worden war, es geſchehe das nur, weil die Materie nicht zur Tagesordnung gehöre.

Abgelehnt wurde mit großer Mehrheit das Amendement Vaillant-Keir Hardie:

Unter allen Mitteln, welche angewendet werden ſollen, um einen Krieg vorzubeugen und zu verhindern,

beſchließt der Kongreß,

als beſonders zweckmäßig den allgemeinen Streik der Arbeiter, hauptſächlich in den Induſtrien, welche für den Krieg die Materialien liefern

(Waffen, Munition, Transport usw.), eine aktive Agitation des Volkes, und zwar mit den äußersten Mitteln.

Die Abstimmung erfolgte nach Nationen. Es wurden 119 Stimmen dagegen, 58 Stimmen dafür abgegeben. Die unveränderte Resolution der Subkommission wurde darauf gegen die Stimme des Italieners Morgari angenommen. Zum Berichterstatter im Plenum wurde Ledebour bestimmt, als Vertreter der Minderheit der Kommission soll Keir Hardie nach dem Referenten sprechen.

Der zweite Beratungsgegenstand der Kommission war das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren.

Vaillant-Frankreich begründet kurz folgende Resolution der S. P. (Frankreich):

„In allen Fällen, wo ein Konflikt zwischen zwei oder mehr Ländern droht, und wenn dabei ein Zögern oder eine Verspätung in der Entscheidung der um Rat gefragten nationalen Parteien (der betreffenden Länder) eintritt, hat der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, auf das Ersuchen von mindestens einem der beteiligten Proletariate, das Internationale Sozialistische Bureau sowie die Interparlamentarische Sozialistische Kommission dringend einzuberufen, die sofort zusammentreten müssen, sei es in Brüssel, sei es in irgend einem anderen Orte, der je nach den Umständen dazu geeigneter erscheint."

Die Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Vliegen-Holland führt aus: Die Kommission solle sich damit beschäftigen, daß die Resolutionen, die vom Kongreß beschlossen werden, auch durchzuführen seien. Jetzt würden Beschlüsse gefaßt, die nur auf dem Papier stehen, ohne daß ihnen Geltung verschafft werden könne. Deshalb beantragt Holland, daß dem nächsten Kongreß ein Bericht vorgelegt werde, wie weit den gefaßten Beschlüssen Rechnung getragen worden ist. Er schlägt folgende Resolution vor:

„Der Internationale Kongreß erkennt an, daß es schwer sein würde, Normalanweisungen zu geben für die Ausführung der Resolutionen der internationalen Kongresse, daß also die Art und Weise und die Wahl des richtigen Augenblicks der Ausführung den nationalen Parteien überlassen bleiben muß, konstatiert aber ausdrücklich die Pflicht dieser Parteien, ihr möglichstes zu tun, um die Resolutionen der internationalen Kongresse durchzuführen. Das Internationale Bureau soll jedesmal, bevor ein internationaler Kongreß zusammentritt, seinen Bericht vorlegen, in dem sich eine Uebersicht findet über die Durchführung der internationalen Kongreßbeschlüsse durch die nationalen Parteien."

Die Resolution wird einstimmig angenommen und die Sitzung um 12 Uhr geschlossen.

Vierte Kommission:
Arbeitslosenversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung.

Erste Sitzung.

Die Verhandlungen leitet der dänische Abgeordnete Olsen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, über die Arbeitslosenfrage besonders zu beraten. Die Debatte hierüber eröffnet

Molkenbuhr-Deutschland: Wir in Deutschland haben bereits zwei Arbeitslosenzählungen erlebt, eine im Juli bei der Berufszählung und eine im

Dezember anläßlich der Volkszählung 1895. Dabei ergab sich, daß im Sommer die Zahl der Arbeitslosen 200 000 betrug, während im Winter 500 000 gezählt wurden. Durchschnittlich haben wir in Deutschland also etwa 300 000 Arbeitslose. 1895 war ein Krisenjahr. Da trat also die Arbeitslosigkeit besonders empfindlich hervor. Damals habe ich einmal Berechnungen angestellt, ob wohl in Deutschland eine Arbeitslosenversicherung möglich wäre. Ich bin zu dem Entschluß gekommen, daß, wenn wir jedem unserer Arbeitslosen täglich 2 Mk. bezahlen würden, wir im Jahre etwa 280 Millionen Mark aufzubringen hätten. Das ist zwar eine große Summe, aber wenn wir bedenken, daß unsere Arbeiterversicherung 600 Millionen jährlich erfordert, dann ist die Summe auch aufzubringen. Die Last müßte eben entsprechend geteilt werden: der Staat und das Unternehmertum müssen herangezogen werden. Wenn die Unternehmer mit bezahlen müssen, dann werden sie sich hüten, in Zeiten der Hochkonjunktur Ueberstunden auf Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu häufen, sie werden die überschüssige Arbeit besser auf die magere Zeit verteilen. Das Reich aber kann auf gesetzlichem Wege für die Arbeitszeitverkürzung wirken. Auch wird es die Erlaubnis zu Ueberstunden usw. einschränken, wo es diese zu erteilen ermächtigt ist. Auch als Unternehmer und Arbeitgeber wird das Reich dann die Arbeiten, die eine Vertagung vertragen, auf eine Zeit verschieben, wo die Arbeit allenthalben knapp wird. Solange den Unternehmern und dem Staate die Arbeitslosigkeit nichts kostet, werden sie keinen Finger für ihre Beseitigung rühren, denn die Arbeitslosigkeit bringt ihnen doch erhöhten Gewinn. Wenn wir die Statistik verfolgen, dann können wir feststellen, daß im Jahre 1908, im Krisenjahre, rund 500 000 Arbeitslose mehr vorhanden waren als 1907. Daran kann man die Wirkung der letzten großen Krise ermessen. Auf etwa 30 Arbeiter kam ein Arbeitsloser. Nun, diese Last kann auch getragen werden. Wir in Deutschland haben schon in der Praxis den Anfang der gesetzlichen Arbeitslosenfürsorge. Das Kaligesetz, durch das die Differenzen im vormals privaten Kalisyndikat durch das gesetzliche Zwangssyndikat beseitigt wurden, enthält die Bestimmung, daß bei Stillegung kleinerer Werke — die von den syndizierten Werken geschieht, um die Beteiligungsquote auf die größeren Werke übertragen zu können — die arbeitslos werdenden Arbeiter von den betreffenden Werken auf die Dauer eines halben Jahres unterstützt werden müssen. In unseren Forderungen an die Arbeitslosenversicherung findet sich ein Passus, der die staatliche Arbeitslosenversicherung fordert; über die Einzelheiten gehen allerdings die Meinungen auseinander. Mit den Einzelheiten kann sich aber auch der Internationale Kongreß nicht befassen. Die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder müssen respektiert werden. Das Recht auf Arbeit ist mit Recht von verschiedenen Seiten angegriffen worden. Wir wiederholen es nicht in der früheren Form, aber den guten Kern halten wir fest: Wenn der Arbeitsmarkt eine Krise, Arbeitslosigkeit meldet, dann müssen öffentliche Arbeiten in Angriff genommen werden.

Troclet-Belgien will nicht auf die vielen Seiten der Frage eingehen. Vor allem seien die Gewerkschaften an der Lösung des Problems der Arbeitslosenfürsorge interessiert. Die Bedingungen hierfür gehen in den verschiedenen Ländern auseinander, das muß bei Beratung der Vorschläge für die Milderung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit erwogen werden. Wir müssen den Weg gehen, auf dem wir den wenigsten Widerstand finden. Die Gewerkschaften allein können unmöglich das Problem bewältigen. In der Provinz Lüttich z. B. nehmen die Gewerkschaften 18 000 Mk. an Beiträgen ein, dagegen erfordert die Unterstützung der Arbeitslosen über 90 000 Mk. In Brüssel mußten nur für die Handschuhmacher in einem Monat 10 000 Frank aufgebracht werden. Das können die Arbeiter allein nicht leisten. Die öffentliche Gewalt

muß hier einspringen. Dabei muß natürlich die Freiheit der Gewerkschaften erhalten bleiben. Die französische Resolution ist von hohen Gedanken getragen, aber wir können ihr nicht rückhaltlos zustimmen. Die deutsche ist für uns auch nicht bedingungslos annehmbar.

Braun-Oesterreich: Die Leistungen der Gewerkschaften für die Unterstützung der Arbeitslosen sind das einzige bisher nennenswerte für die Unterstützung der industriellen Reservearmee, die mit der Entwickelung des Kapitalismus unzerreißbar verbunden ist. Die Gewerkschaften leiden aber nicht nur unter der Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder, sie werden auch gehemmt in allen ihren Kämpfen um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung durch die Arbeitslosigkeit der Unorganisierten. Deshalb ist es auch ein gewerkschaftliches Interesse, daß die Eigner der Produktionsmittel, die für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind, als Individuen zum Teil, immer aber als Glieder der herrschenden Klasse auch die Kosten der Arbeitslosenunterstützung zu tragen haben. Formell soll die Arbeitslosenversicherung eine öffentlich rechtliche sein. Eine möglichst weitgehende Einwirkung auf die Verwaltung soll den Arbeiterorganisationen gesichert sein. Die Kosten der Arbeitslosenversicherung sollen progressiv den Unternehmern auferlegt werden unter Berücksichtigung der Verursachung der Arbeitslosigkeit. Betriebe mit regelmäßiger Beschäftigung einer während des ganzen Jahres gleichen Anzahl Beschäftigten sollen am niedrigsten, Betriebe mit kurzer Saison- und mit unregelmäßiger und zeitweilig übermäßig langer Arbeitszeit, mit Ueberstundenbewilligung, mit übermäßiger Verwendung von Lehrlingen sollen am höchsten besteuert werden. Dadurch würde schon eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeit über das ganze Jahr erzielt und die Arbeitslosigkeit vermindert werden. Als gewerkschaftliches Kampfmittel wird aber die Arbeitslosenunterstützung noch immer eine bedeutsame Aufgabe der Fachorganisation sein.

Genossin **Hicks**-England betont: Nicht die Arbeitslosenversicherung sei das Heilmittel, sondern die Organisierung aller Arbeiter. Diesen Weg zur Lösung des Problems habe man in England bereits beschritten. Wenn man vom Staate die Bereitstellung öffentlicher Arbeiten für die Beschäftigungslosen fordere, dann müsse gleichzeitig eine Entlohnung verlangt werden, die den Tarifsätzen der Gewerkschaften entspreche. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung müsse erklärt werden, daß streikende und ausgesperrte Arbeiter für arbeitslos im Sinne der Versicherung gelten.

Zweite Sitzung.

Die Kommission setzte die Debatte für die Arbeitslosenversicherung fort. Die Abänderungsvorschläge waren aber so zahlreich und die Streitpunkte, namentlich über die Behandlung Streikender und Ausgesperrter durch die Arbeitslosenversicherung so verschiedenartig, daß die vorliegende Resolution an die Subkommission zurückverwiesen werden mußte.

In der folgenden Sitzung berichtet Dr. **Braun**-Oesterreich für die Unterkommission, die folgende Resolution zur Arbeitslosenfrage vorlegt:

Der Kongreß stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist, insbesondere von der Entwickelung des Kapitalismus, der Industrialisierung der Frau und des Kindes, sowie von dem Ab- und Zuströmen infolge der Wanderung der Arbeiter, und daß sie nur mit dem Kapitalismus verschwinden wird.

Nicht die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, nur ihre Minderung und die Linderung ihrer Folgen kann erzielt werden, so lange der private Besitz an den Produktionsmitteln die Grundlage unseres Wirtschaftssystems bleibt.

Es wird als unverſchuldete Arbeitsloſigkeit betrachtet jede von dem Willen der Arbeitsloſen unabhängige Urſache der Nichtbeſchäftigung mit Ausnahme der Krankheit und des Unfalls.

Bis zur Verwirklichung der von den Arbeiterorganiſationen verwalteten allgemeinen öffentlich-rechtlichen Arbeitsloſenfürſorge, deren Koſten die Beſitzer der Produktionsmittel zu tragen haben, fordert der Internationale Kongreß von den öffentlichen Gewalten die finanzielle Förderung jeder gewerkſchaftlichen Arbeitsloſenunterſtützung. Dieſe Unterſtützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkſchaften in keiner Weiſe mindern.

Die Vertreter der Arbeiterklaſſe ſollen von den öffentlichen Gewalten fordern:

1. genaue und regelmäßige ſtatiſtiſche Feſtſtellungen der Arbeitsloſigkeit;
2. in ihrem Umfange ausreichende Notſtandsarbeiten für die Arbeitsloſen mit Bezahlung der von den Gewerkſchaften anerkannten Löhne (fair wages);
3. außerordentliche Unterſtützung der Arbeitsloſenkaſſen während der Kriſe;
4. Unterſtützungen aller Arbeitsnachweiseinrichtungen, in denen die Intereſſen der Arbeiter gewahrt werden;
5. Verkürzung der Arbeitszeit durch geſetzgeberiſche Maßnahmen.

Zur Begründung führte

Dr. **Braun** aus: Es wird einige Genoſſen geben, die nicht vollſtändig mit der Reſolution einverſtanden ſind, aber ſie bringt das beſte, was die Kommiſſionsmitglieder geben konnten. Die Kommiſſion iſt der Ueberzeugung, daß die Arbeitsloſenfürſorge durch Staat und Geſellſchaft unumgänglich iſt. Es ſind wohl jetzt alle Genoſſen einſchließlich der von England von der Notwendigkeit überzeugt, einen Teil der Laſten für die Arbeitsloſigkeit auf Staat und Bourgeoiſie abzuwälzen. Die ſtaatliche Arbeitsloſenunterſtützung iſt, ſoweit ſie nicht die Unabhängigkeit der Gewerkſchaften mindert, unbedingt erforderlich. Die Reſolution, die die Mittellinie der verſchiedenen Anſichten der Kommiſſionsmitglieder darſtellt, bitte ich anzunehmen. Jede Diskuſſion, die die Einſchaltung der beſonderen Wünſche der einzelnen Länder zum Ziel hat, wird zwecklos ſein. Die Reſolution iſt eine allgemeine Darlegung der Forderungen aller Länder zur Frage der Arbeitsloſigkeit.

Genoſſin Dr. **Phillips**-England wünſcht, daß in die Reſolution verſchiedene von ihr begründete Ergänzungen aufgenommen werden. Zu Punkt 2 fordert ſie die Betonung, daß die Arbeitsloſenunterſtützung nicht als Wohltätigkeit gelten ſoll. In Punkt 5 muß nicht nur die Verkürzung, ſondern auch die Reglementierung der Arbeitszeit gefordert werden. Die Unterſtützung der unorganiſierten Arbeiter müſſe man beſonders betonen, weil ſie am ſchwerſten unter der Arbeitsloſigkeit zu leiden haben. Weiter müſſe das Recht auf Leben gefordert und die internationale Organiſation der Arbeitsnachweiſe angeſtrebt werden.

Simon-Deutſchland beantragt, im dritten Abſatz die Worte: „Mit Ausnahme der Krankheit und des Unfalls" zu ſtreichen. Für ihn ſei die Reſolution nur unter dieſer Bedingung annehmbar. Redner ſpricht ſich ſcharf gegen den Teil des engliſchen Amendements aus, der die Notwendigkeit der Arbeitsloſenunterſtützung für die Unorganiſierten beſonders betont. Diejenigen Arbeitsnachweiſe ſollen nachdrücklich unterſtützt werden, die unter Mitverwaltung der Arbeiter geleitet werden. Das müſſe in Punkt 4 der Reſolution mit zum Ausdruck gebracht werden.

Troclet-Belgien macht darauf aufmerksam, daß die englischen Vorschläge zum großen Teil schon durch den Sinn der Resolution erfüllt sind. Er befürwortet aber, bei Punkt 5 hinter dem Wort „Verkürzung" einzufügen: „und Reglementierung". Den Simonschen Aenderungsvorschlag lehnt er ab, ebenso daß die besondere Unterstützung der von den Arbeitern mitverwalteten Nachweise betont werde. Die Kommissionsfassung sei wesentlich besser. Schließlich beantragt er, bei Punkt 4 der Resolution hinter dem Wort „Interessen" die Worte einzufügen: „und Freiheiten".

Molkenbuhr - Deutschland findet auch nicht an der Resolution überall Erfreuliches, er wolle aber nur für Beseitigung einiger empfindlicher Unebenheiten plädieren. Die Worte im ersten Absatz: „sowie von dem Ab- und Zuströmen infolge der Wanderung der Arbeiter" sind am falschen Platze. Die Arbeitslosigkeit wird durch Ab- und Zuströmen der Arbeiter weder vermehrt, noch vermindert. Aber das Zuströmen von Arbeitern vermehrt die arbeitslosen Arbeiter. Die Worte sind also zu streichen. Ebenso müsse im Absatz 3 die Verschuldungsfrage ausgemerzt werden. Man ist sich einig, daß die Arbeitslosigkeit nicht ein persönliches Verschulden ist, sondern daß die kapitalistische Produktionsform die Schuld trägt. Wir bekämpfen mit aller Entschiedenheit die Aufwerfung der Verschuldungsfrage in der Arbeiterschutzgesetzgebung, sie darf also hier nicht wieder hereingelassen werden. Der ganze Absatz ist daher zu streichen.

Lindhagen - Schweden hat auch verschiedene Bedenken gegen die Resolution. Er schlägt vor, im ersten Absatz die für ihn unklaren Worte: „Industrialisierung der Frau und des Kindes" zu streichen. Er könne nicht verstehen, daß die Industrialisierung der Frauen und Kinder besonders hervorgehoben werde.

Reichensperg-Schweiz vertritt besonders die Streichung des ganzen dritten Absatzes der Resolution. Punkt 4 soll durch die Einschaltung der Forderung „Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise" ergänzt werden. Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung muß der Unternehmer wie die Ausgaben für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung als Betriebsunkosten einstellen.

Gossip - England wünscht nicht, daß sich die Arbeitslosenversicherung nur auf die organisierten Arbeiter beziehe. Im übrigen vertritt er die Aenderungsvorschläge der Genossin Phillips.

Vanek - Böhmen bemängelt, daß die Kosten der Arbeitslosenfürsorge nicht schon von vornherein auf den Besitzer der Produktionsmittel abgewälzt werden sollen. Man dürfe nicht warten, bis dieser etwas für die Arbeitslosen getan habe. Die Unternehmer müssen sofort für die Kosten der Arbeitslosenunterstützung herangezogen werden.

Duys-Holland hofft, daß die Amendements der Engländer in allen Teilen abgelehnt werden. Aus den Vorschlägen spricht nirgends der Sozialismus. Die Forderung Reichenspergs, die Kosten der Arbeitslosenunterstützung vom Unternehmer zu fordern, der sie, wie die Beiträge zur Arbeiterversicherung als Betriebsunkosten einzustellen habe, bekämpft er in ihrem letzten Teile. Die Arbeitslosigkeit sei mit den Anforderungen für Arbeiterschutz nicht in Vergleich zu setzen.

Genossin **Reinstein** - Amerika: Die Arbeitslosigkeit in Amerika werde durch starke Einwanderung fremder Arbeiter besonders verstärkt. Da in Amerika eine starke Strömung gegen die einwandernden fremden Arbeiter besteht, bittet sie, im ersten Absatz die Worte: „Ab- und Zuströmen infolge Wanderung der Arbeiter" zu beseitigen. Diese Worte würden die konservativen Elemente Amerikas zur Durchsetzung ihrer Forderung auf Ausschließung fremder Arbeiter agitatorisch ausnützen. Der Satz enthalte die Anerkennung, daß das

Zuſtrömen der Arbeiter ungünſtig auf die Beſchäftigung der inländiſchen Arbeiter einwirke. (Bravo!)

Möller-Dänemark ſtimmt der Vorrednerin zu. Weiter wendet er ſich gegen die engliſche Forderung einer Fixierung der Altersgrenze für erwerbstätige Kinder.

Die Reſolution wird ſodann an die Unterkommiſſion zur Beratung der Aenderungsvorſchläge zurückverwieſen.

Dritte Sitzung.

Adolf **Braun**-Oeſterreich legte als Berichterſtatter der Unterkommiſſion eine Reſolution zur Arbeitsloſenfrage vor:

„Der Kongreß ſtellt feſt, daß die Arbeitsloſigkeit von der kapitaliſtiſchen Produktionsweiſe untrennbar iſt. Innerhalb des Syſtems der kapitaliſtiſchen Produktionsweiſe kann es ſich daher nicht um Beſeitigung der Arbeitsloſigkeit, ſondern nur um deren Verminderung und um die Milderung ihrer Folgen handeln. Der Kongreß verlangt Ausgeſtaltung der von den Arbeiterorganiſationen verwalteten allgemeinen öffentlich-rechtlichen Arbeitsloſenfürſorge. Die Vertreter der Arbeiterklaſſe ſollen fordern: 1. Statiſtiſche Mitteilungen über den Umfang der Arbeitsloſigkeit. 2. Zahlung der von den Genoſſenſchaften anerkannten Löhne. 3. Außerordentliche Unterſtützung der Arbeitsloſen in Zeiten einer induſtriellen Kriſe. 4. Arbeitsloſigkeit darf keine Minderung der politiſchen Rechte zur Folge haben. 5. Errichtung und Unterſtützung aller Arbeitsnachweis-Einrichtungen. 6. Behebung der Arbeitsloſigkeit durch geſetzgeberiſche Maßnahmen. 7. Obligatoriſche Arbeitsloſenunterſtützung."

Braun führte dazu aus, daß die Kommiſſion verſucht hat, alle vorgebrachten Wünſche zu berückſichtigen, das habe ſich aber als unmöglich herausgeſtellt.

Nach einſtimmiger Annahme der von der Subkommiſſion vorgelegten Reſolutionen über die Arbeitsloſigkeit folgt die Diskuſſion über die Arbeitergeſetzgebung.

Schaper-Holland legt dazu folgende Reſolution vor:

„Der Kongreß beſtätigt die Reſolutionen über die Arbeitergeſetzgebung, die die Internationalen Kongreſſe zu Paris von 1889 und von Amſterdam von 1904 gefaßt haben. Er ſtellt feſt, daß die herrſchenden Klaſſen der verſchiedenen Länder ſeit dieſen Beſchlüſſen im allgemeinen wenig auf dieſem Gebiete geleiſtet haben und daß das Zuſtandegekommene ſich im allgemeinen als unzulänglich erwieſen hat. Alle möglichen Ausflüchte hat die Bourgeoiſie gemacht, um ihren Mangel an gutem Willen und ihre Unfähigkeit, etwas Großes für die Arbeiterklaſſe zu leiſten, zu verhüllen. So hat ſie zum Beiſpiel die Behauptung aufgeſtellt, daß die induſtriellen Konkurrenzverhältniſſe der einzelnen Länder die Einführung einer guten Arbeitergeſetzgebung verhinderten, falls nicht internationale Vereinbarungen getroffen würden. Sie ſtellten weiter die Behauptung auf, daß die Mittel fehlten, die Laſten der ſozialen Geſetzgebung zu tragen. Die verſchiedenen Regierungen, vor allem der europäiſchen Staaten, haben aber ſchon ſeit langem Mittel und Wege gefunden, um ſich international zu verſtändigen, ſo z. B. bei der Berner Konvention über die Nachtarbeit der Frauen. Aber von dieſer Möglichkeit iſt nur ein ſehr unerheblicher Gebrauch gemacht worden, obgleich die Kapitaliſten gewaltigen Mehrwert aus der Arbeit der Proletarier gezogen und Milliarden für militäriſche Zwecke vergeudet haben. Aus alledem geht klar

hervor, daß die Berufung auf die Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen und die Behauptung von dem Fehlen von Mitteln für die Zwecke der Arbeitergesetzgebung nur Vorwände sind, um sich den Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterklasse zu entziehen und um diese fast unbeschränkt ausbeuten zu können. Das alles veranlaßt uns, mit aller Kraft gegen diese unverantwortliche Nachlässigkeit der herrschenden Klassen zu protestieren, und die Arbeiterklasse aller Länder aufzurufen, diese Taktik des Unternehmertums unermüdlich zu bekämpfen. Der Kongreß ruft den Arbeitern ins Gedächtnis, daß nur durch kräftig organisierte Gewerkschaften, die auf persönlicher ernster und ausdauernder Opferwilligkeit beruhen, auf die Herrschenden ein genügend starker Druck ausgeübt wird, um sie aus ihrer unverantwortlichen Lässigkeit aufzuscheuchen."

Zur Begründung führte

Schaper = Holland aus: Ueber die Arbeitslosenfrage haben wir soeben eine positive Resolution einstimmig angenommen. Für die allgemeine Arbeitergesetzgebung haben wir bereits zwei sehr gute Resolutionen von 1889 und 1904. Wir werden deshalb mit einer besonderen Bekräftigung der beiden Resolutionen auskommen. Die Bourgeoisie wendet bei allen Forderungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung ein, daß sie aus Konkurrenzrücksichten den alten Zustand lassen müsse. Auch redet sie sich immer damit um die Sache herum, daß keine Mittel für diese Forderungen da seien. Verweisung auf die Regelung der Arbeitergesetzgebung durch internationale Verständigung über die Arbeitergesetzgebung ist bloße Verschleppungstaktik. Diese wollen wir durch meine Resolution bekämpfen. Wenn die Unternehmer sagen, daß sie keine Mittel hätten, dann muß darauf hingewiesen werden, daß gerade sie fortgesetzt für verschwenderische Ausgaben zu Rüstungszwecken wirken. Aber auch der im letzten Absatz der Resolution enthaltene Appell an die Arbeiter ist wichtig und nötig. Nehmen Sie deshalb die Resolution an.

Molkenbuhr = Deutschland: Inhaltlich wird wohl jeder mit der Resolution Schaper einverstanden sein, es handelt sich deshalb wohl nur um eine Diskussion über die Form der Resolution. Der Hinweis auf die Verschleppungstaktik der Bourgeoisie ist nicht das wichtigste. Die Arbeitergesetzgebung ist nur dort vorwärts gekommen, wo sie von den Arbeitern erzwungen wurde, darum hat ein kräftiger Appell an die Arbeiter der Kern der Resolution zu sein. Die Zitierung der Pariser und Amsterdamer Resolutionen genügt nicht, weil die Arbeiter den Text davon nicht im Kopfe haben. Die Forderungen jener Kongresse müssen dem Sinne nach wiedergegeben werden.

Rotenstein=Ungarn wünscht die Spitze der Resolution nicht nur gegen die industrielle Bourgeoisie, sondern gegen die ganze herrschende Klasse gerichtet zu sehen. Auch die bloße Betonung der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter genügt nicht.

Ury = Frankreich stellt fest, daß die Resolution Schaper dem Sinne nach bereits in der vom französischen Kongreß beschlossenen Resolution enthalten ist.

Buber = Polen wünscht, daß in der Resolution hingewiesen werde auf die Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Organisierung des Proletariats, während Genosse Schaper bloß auf die wirtschaftliche Organisation Nachdruck legt. Er fordert, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung der einzelnen Länder keinen Unterschied mache zwischen nationalen und fremden Arbeitern, ferner daß das internationale Bureau periodische Uebersichten der Arbeiterschutzgesetzgebung der einzelnen Länder herausgebe.

Lindhagen = Schweden, der Bürgermeister von Stockholm: Die Resolution muß kompakter sein. Man vermißt in der Resolution neue Gedanken. Der

Redner beantragt, in die Resolution aufzunehmen: „Der Kongreß erklärt, daß eine Gesetzgebung gegen die Nachtarbeit in allen Gewerbezweigen schleunigst zustande kommen muß, wenn sie nicht durch die Verhältnisse unvermeidlich ist, und daß folglich in denjenigen Ländern, wo eine solche Regelung nicht gleichzeitig für Männer und Frauen durchgeführt wird, einer Ausführung dieses Verbots der Nachtarbeit der Frauen gemäß der Berner Konvention unmittelbar eine ähnliche Gesetzgebung für Männer unter dem oben angegebenen Vorbehalt nachfolgen wird.

Vanek-Böhmen: Wir können uns nicht beklagen, daß die herrschende Klasse so wenig für die Arbeiter tut, wenn sie die Macht in Händen hat. Wir müssen die Arbeiter auffordern, durch die Macht ihrer Organisation sich das zu erzwingen, was man ihnen freiwillig nicht gibt. Er möchte daher der Resolution folgenden Schluß geben: „Der Kongreß ruft den Arbeitern ins Gedächtnis, daß sie nur durch kräftige politische und wirtschaftliche Organisation, die auf ausdauernder Opferwilligkeit beruht, zur wirtschaftlichen und politischen Macht gelangen können, um ihre Forderungen bezüglich der Arbeitergesetzgebung durchsetzen zu können."

Genossin **Despard**-England wünscht eine Reihe Einzelforderungen in die Resolution aufgenommen zu haben.

Schaper-Holland spricht in seinem Schlußwort sein Einverständnis mit den Molkenbuhrschen Ausführungen aus und hofft im übrigen, daß die Resolution, nachdem sie in einer einzusetzenden Unterkommission mit Rücksicht auf die verschiedenen Vorschläge geprüft worden ist, eine Form erhält, die alle befriedigt.

Die Resolution wird einer Subkommission überwiesen, in die von Deutschland Molkenbuhr delegiert wird.

Schlußsitzung.

In der Schlußsitzung der Kommission legte **Molkenbuhr**-Deutschland nach kurzer Begründung eine Resolution vor, die die Arbeiterschutzforderungen des Stuttgarter und des Amsterdamer Kongresses erneuert. In dieser Resolution heißt es, daß durch die Arbeiterschutzgesetzgebung in keinem Lande irgendein Industriezweig geschädigt werden soll, vielmehr habe durch Hebung der Gesundheit der Arbeiter die Leistungsfähigkeit der Arbeiter erhöht zu werden. Ferner fordert die Resolution das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter, ausreichende Arbeitslosenunterstützung, Unterstützung der Witwen und Waisen. Bei einigem Drängen der Arbeiter könne auf dem Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Arbeiterversicherung viel mehr erreicht werden. — Ein Delegierter beantragt, den Absatz zu streichen, der bestimmt, daß durch die Arbeiterschutzgesetzgebung keine Industrie geschädigt werden solle. Man müsse das Hauptgewicht darauf legen, daß durch zielbewußtes Drängen der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung viel mehr erreicht werden könne. — **Reichensperg** wünscht auch eine Aenderung der Resolution. Die Gesetzgebung habe die Forderungen der Resolution teilweise bereits überholt. Wir müssen in der Resolution fordern das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren. Auch die Heimarbeit ist in dieser Resolution nicht erwähnt. — **Molkenbuhr**-Deutschland führt aus, daß die Resolution nur für Fabrikarbeiter, nicht aber für das Handwerk und die Landwirtschaft gelte. Wir könnten noch eine Reihe Forderungen aufnehmen, haben jedoch davon Abstand genommen, damit die Resolution nicht so um-

fangreich werde. Der erste Absatz der Resolution bezwecke, daß den Einwendungen der Gesetzgebung entgegengetreten wird, die Industrie könne einen weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht ertragen. Wenn die Unternehmer uns vorreden, es würden 300 Millionen Mark für die Arbeiterschutzgesetzgebung ausgegeben, so muß den Unternehmern entgegengehalten werden, daß diese Summe von ihnen nur ausgelegt wird und daß sie sich diese 300 Millionen Mark schon wieder zurückholen. — **Rotenstein**-Ungarn: Sämtliche Forderungen der Resolution sind auf Grund früherer Beschlüsse der Kongresse auf besonderen Wunsch der Kommission wieder eingefügt worden. Darum ist es unverständlich, daß jetzt diese Punkte angefochten werden. Wenn in der Jetztzeit einige dieser Forderungen schon erfüllt sind, so können doch in den gerade zum Schluß für alle Länder geltenden Forderungen nicht die Forderungen eines einzelnen Landes berücksichtigt werden.

Die Kommission beschließt, da über die Resolution keine Einigung zu erzielen war, diese an eine Unterkommission zurückzuverweisen, die eine endgültige Fassung der Resolution direkt dem Plenum vorlegen soll.

Fünfte Kommission: Resolutionen.

Den Vorsitz führen **Ellenbogen**-Oesterreich, **Longuet**-Frankreich und Frau **Ihrer**-Berlin. Die Kommission beschäftigt sich mit einer Resolution Paul **Louis**-Frankreich, die in Bestätigung der Amsterdamer Einigungsresolution für Frankreich von neuem den Wunsch ausspricht, daß die gespalteten Fraktionen sich einigen möchten und daß das internationale Bureau zu diesem Einigungswirken seine Dienste anbietet. Die Resolution (Resolution über die Einigung Seite 16) wird unter großem Beifall einstimmig angenommen. Die Kommission setzt am Dienstag ihre Beratungen fort.

Zweite Sitzung. Dienstag, den 30. August.

Die Erörterung beginnt mit der persischen Frage. Eine Resolution von Armenien über die Lage in Persien (Resolution Seite 20).

Die Resolution wird debattelos angenommen.

Es folgt die Resolution der Arbeiter von Saloniki über die Lage in der Türkei:

„In Anbetracht der von den kapitalistischen Staaten Europas der Türkei gegenüber gemachten Kolonialpolitik, der Verkündigung einer Verfassung, die jedem Bürger die Menschen- und Bürgerrechte gewährte, der Verletzung des Rechtes der Berufsvereinigung und des Streikes durch die türkische Regierung und der verhängnisvollen Folgen einer autokratischen Politik gegenüber der Arbeiterklasse der Türkei, erklärt der Internationale Sozialistische Kongreß von Kopenhagen, daß einzig und allein eine auf einer Verständigung unter den Balkanstaaten beruhende Demokratie gegen die kapitalistische und koloniale Politik der europäischen Staaten ankämpfen kann; daß einzig und allein die Gewährung weitgehender Freiheit die Entwickelung der neuen Türkei zu fördern vermag und begrüßt die in der Türkei entstehende sozialistische Bewegung."

TYÖVÄENLIIKKEEN KIRJASTO

Paul **Louis** beantragt, im zweiten Teil zu ſetzen ſtatt „Demokratie“ „ſoziale Demokratie“.

Rakowski-Rumänien widerſpricht dem Amendement. Die Arbeiter in Saloniki hätten die Reſolution im Einverſtändnis mit den ſozialdemokratiſchen Parteien gefaßt. Man will zunächſt den Verſuch einer Demokratiſierung unternehmen.

Burrows-England: Welche Anzeichen hat Rakowski, daß eine demokratiſche Verſtändigung möglich iſt?

Seitz-Oeſterreich: Das Amendement, daß in der ſozialen Demokratie die Löſung liegt, können wir in allen Fragen für alle Dinge annehmen, denn nach unſerer Grundanſchauung iſt ja der Kapitalismus für alle Uebelſtände verantwortlich. Hier handelt es ſich aber darum, einen Weg zu finden, und den glaubt man in der demokratiſchen Verfaſſung zu finden. Rakowskis Einwand gegen das Amendement iſt alſo richtig, nur muß man dann die mißverſtändlichen Worte „einzig und allein“ ſtreichen und dafür „zunächſt nur“ einſetzen, damit nicht der Anſchein erweckt wird, als ob in der politiſchen Demokratie ſchon die ganze Löſung gefunden ſei.

Paul **Louis**-Frankreich hält ſein Amendement aufrecht, weil man nicht durch eine diplomatiſche Verſtändigung zu einer bürgerlichen Demokratie gelangen könne, deren Bedeutung er ja nicht verkenne. Deshalb iſt eine Faſſung notwendig, die jedes Mißverſtändnis ausſchließt.

Ellenbogen-Oeſterreich: Wir können nicht erwarten, daß in der Türkei die ſozialiſtiſche Geſellſchaft in nächſter Zeit ſchon entſteht. Aber eine Demokratie iſt möglich und dies verlangen die Genoſſen in Saloniki ſchon deshalb, um den ſchlimmſten Feind der Demokratie in Europa, Rußland und ſeinen Einfluß in der Türkei zu brechen. Deshalb fordern wir die türkiſche Bourgeoiſie auf, zunächſt einmal die Demokratie zu ſchaffen. Was wir dann mit der Demokratie anfangen, iſt unſere Sache.

Rappoport-Frankreich beantragt eine Aenderung dahin, daß nur eine demokratiſche und ſozialiſtiſche Verſtändigung möglich ſei, gegen die kapitaliſtiſche und koloniale Politik der europäiſchen Staaten zu kämpfen.

Rakowski: Wir müſſen proteſtieren gegen die reaktionäre Politik der Jungtürken, die in der europäiſchen Demokratie überſchätzt wird. Wir müſſen ihr klar machen, daß ſie nur dann auf Sympathie rechnen kann, wenn ſie nicht die Arbeiterkoalitionen mißhandelt. Eine weittragende Demokratie iſt ein Schutzwall gegen die kapitaliſtiſche Politik Europas.

Von **Seitz**-Oeſterreich iſt folgendes Amendement eingelaufen: „Daß dieſe verwerfliche kapitaliſtiſche und koloniale Politik der europäiſchen Staaten zunächſt nur wirkſam zu bekämpfen iſt durch eine gründliche demokratiſche Verfaſſungsreform in den Balkanländern und durch friedliche Verſtändigung der Völker dieſer Staaten, wie ſie heute allein die Sozialdemokratie im Gegenſatz zu den Regierungen der Balkanländer und der übrigen Länder vertritt.“

Rakowski-Rumänien beantragt, die Reſolution nebſt allen Amendements einer Subkommiſſion zu überweiſen.

Ellenbogen-Oeſterreich hält die Ueberweiſung an eine Subkommiſſion für unmöglich, weil es ſich noch um widerſprechende Anſichten handelt, die nur durch Abſtimmung erledigt werden können.

Die Wahl einer Subkommiſſion wird abgelehnt.

Naradian-Türk.-Armenien wendet ſich gegen das Streichen des Wortes „demokratiſch“ aus der Reſolution über die Lage in der Türkei. Die Weiter-

entwickelung der Demokratie sei von größter Bedeutung für das Aufkommen einer Armenierbewegung in der Türkei. Die demokratischen Jungtürken seien zwar faul, aber ihre Bedeutung sei doch unterschätzt worden. Die jungtürkische Bewegung habe den Anstoß zu Lohnkämpfen, sogar der Landarbeiter, gegeben und die Organisation der Arbeiter ermöglicht. Die Organisation in Saloniki sei die beste auf dem Balkan und sie bedürfe der Sympathiebezeugung durch das internationale Proletariat.

Dritte Sitzung. Dienstag, den 30. August.

Die deutschen Mitglieder der Kommission legen der Kommission eine Resolution vor über die Todesstrafe (S. 16).

Die Debatte über die türkische Resolution wird fortgesetzt:

Seitz-Oesterreich glaubt, daß Meinungsverschiedenheiten nicht mehr vorhanden sind und die Resolution daher angenommen werden könne.

Die Engländer bringen ein neues Amendement ein: „nur die volle Demokratie kann die politische Befreiung bringen."

Nach Zurückziehung aller anderen Amendements wird die Resolution angenommen mit kleinen Aenderungen (S. 19).

Eine Sympathiekundgebung für die japanischen Sozialisten (Resolution Seite 18) wird einstimmig ohne Diskussion angenommen, nachdem eine Mitteilung des Genossen Katayama bekanntgegeben war, daß die japanische Regierung ihm die Abreise zum Kongreß durch Paßverweigerung unmöglich gemacht hat.

Protest gegen die Willkürherrschaft der argentinischen Oligarchie.

Genossin **Sorgue**-Frankreich fordert den Boykott der argentinischen Erzeugnisse.

Dr. **Juan de Juste**-Argentinien schildert die ungeheuerlichen Zustände in Argentinien, dessen scheinbar demokratische Verfassung von den rückständigen inländischen Arbeitern nicht genützt wird und die deshalb nur auf dem Papier steht. Die Regierung zieht die Anarchisten groß. Die Polizei hat am 1. Mai d. J. in einer Anarchistenversammlung blutig gehaust. Die sozialistischen Arbeiter beantworteten diese Bluttat mit einem siebentägigen Streik. Das Bombenattentat eines russischen Anarchisten gab Anlaß zur Verhängung eines Belagerungszustandes. Die Regierung hat förmliche Pogroms gegen die Arbeiterbewegung veranlaßt. Wie die Wilden hausten die Schergen in den Lokalen der Arbeiter. (Der Redner zeigt Photographien der Verwüstung vor.) Die Sozialisten werden mit den Anarchisten zusammengeworfen, obwohl sie gar nicht extrem sind und sogar an eine Entwickelung des Privateigentums glauben. Trotz alledem haben die Sozialisten Wahlerfolge erzielt. Heute herrschen Ausnahmegesetze und das Vereins- und Streikrecht ist erheblich eingeschränkt. Der Redner widerspricht dem Boykott, der nur die Einfuhr von Lebensmitteln nach Europa hindern und damit die Lage der Arbeiter nur noch mehr verschlechtern würde.

Genossin **Sorgue** beharrt leidenschaftlich auf dem Boykott. Eine Resolution biete nur Worte, die nichts nützen.

Die Resolution (Seite 17) wird einstimmig angenommen, die Anregung der Genossin Sorgue gegen drei Stimmen abgelehnt.

Vierte Sitzung. Mittwoch, den 31. Auguſt.

Die ruſſiſchen und finniſchen Genoſſen reichen eine Reſolution ein, die die zariſche Reaktion in Finnland brandmarkt. (S. 18.)

Rubanowitſch = Rußland beantragt einſtimmige Annahme ohne Diskuſſion.

La Monte beantragt als Amendement, daß in allen Ländern in der erſten Oktoberwoche gegen den Zarismus in Finnland demonſtriert werden ſolle.

Gegen das Amendement ſpricht **Müller** = München: Die Feſtlegung auf eine beſtimmte Woche iſt unmöglich, die Deutſchen aber werden natürlich alles tun, um dem Proteſt zum Erfolg zu verhelfen.

Tomaſek = Böhmen wendet ſich gleichfalls gegen das Amendement.

Longuet = Frankreich: Ein Eindruck kann nur erreicht werden, wenn die Demonſtration an einem Tage ſtattfindet. Man ſoll ſich zwar nicht auf die erſte Oktoberwoche feſtlegen, aber das Internationale Bureau beauftragen, ſich über das Datum einer ſolchen Demonſtration mit den Parteien zu verſtändigen.

Damit iſt La Monte einverſtanden.

Genoſſin Roſa **Luxemburg** wünſcht die Formulierung, daß das Internationale Bureau auf eine möglichſt einheitliche Demonſtration hinwirken ſolle. — Die Anregung wird in dieſer Form beſchloſſen und die Reſolution einſtimmig angenommen.

Die letzte Reſolution behandelte die **Todesſtrafe.** Die polniſche Delegation hat folgende Reſolution eingebracht:

„In Erwägung:

daß der moderne Klaſſenſtaat gezwungen iſt, alle Taten, die ſein Grundprinzip bedrohen, zu bekämpfen und dieſe Taten ſtets bekämpft;

daß dieſer Kampf in der heutigen Geſellſchaftsordnung in den ſogenannten „Strafen", d. i. vermeintlich abſchreckenden Maßregeln, ſeinen Ausdruck findet, und keine vorbeugenden Mittel oder Reformen vorgenommen werden, welche die beſtehenden Verhältniſſe umzugeſtalten ſuchen würden, und zwar aus dem Grunde, weil das ſoziale Intereſſe mit dem Intereſſe der beſitzenden Klaſſen identifiziert wird und dieſem Intereſſe jede radikale Vorbeugungsmaßregel und Reform direkt widerſprechen würden;

in Erwägung ferner, daß der Stand der heutigen Kultur es jedoch den beſitzenden Klaſſen erlauben würde, ſogar zum Schutze ihrer Macht, mit gleichem Erfolg ein Syſtem von „Strafen" anzuwenden, welche mit den Ergebniſſen der heutigen Wiſſenſchaft mehr im Einklang wären;

daß das bisherige Beſtehen vieler veralteter Beſtimmungen des Strafrechtes ein Beweis von der Rückſtändigkeit der beſitzenden Klaſſen iſt; daß folglich auch auf dem Gebiete des Strafrechtes, ebenſo wie auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens dem ſozialiſtiſchen Proletariat die Aufgabe der Initiative zum Fortſchritte zufällt;

daß unter den ganz veralteten „Strafen" die Todesſtrafe als die brutalſte und den modernen ethiſchen Empfindungen am meiſten widerſprechende angeſehen werden muß;

daß die Unzweckmäßigkeit dieſer „Strafe" am klarſten hervortritt, und zwar weil ſie entweder bei ſogenannten politiſchen Verbrechen angewendet wird — wobei ſie einzelne Perſonen trifft, die nur den kraſſeſten Ausdruck des Proteſtes breiter Volksmaſſen bedeuten —, oder bei Verbrechen, die im Zuſtande der momentanen Unzurechnungsfähigkeit begangen worden ſind, oder ſchließlich bei ungewöhnlichen Verbrechen, die als Reſultat einer phyſi-

schen und moralischen Entartung der sie begehenden Verbrecher anzusehen sind;

in Erwägung ferner, daß in den modernen demokratischen Staaten die Anwendung der Todesstrafe jeden Bürger einigermaßen zum Mitschuldigen des legalen Mordes macht, welcher kaltblütig mit dem Bewußtsein der Unzweckmäßigkeit ausgeführt wird;

daß die Todesstrafe heute wieder mit jener Grausamkeit angewendet wird, welche die atavistische Rückkehr der herrschenden Klassen zu den blutigen vergangenen Jahrhunderten bedeutet, die jetzt keine Rechtfertigung in den Anschauungen der Allgemeinheit finden könne;

daß schließlich in den letzten Jahren die Todesstrafe massenhaft Anwendung findet in Rußland, Polen und anderen Ländern, die dem russischen Reiche untertan sind, wie auch in Spanien, und zwar in erster Reihe gegen die Vorkämpfer für die Rechte des unterjochten Volkes, oder gar wie in Spanien gegen ruhige Wortführer des freien Gedankens;

beschließt der Internationale Sozialistische Kongreß: einen internationalen Protest gegen die Todesstrafe zu veranstalten, und zwar in der Form einer gleichzeitigen Vorbringung diesbezüglicher Anträge in den Parlamenten aller Staaten, in welchen die Todesstrafe noch besteht, begleitet von einer ausführlichen Besprechung dieser Angelegenheit am gleichen Tage in der sozialistischen Presse, wie auch in eigens zu diesem Zwecke veranstalteten Volksversammlungen."

Von der Vertretung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands liegt dagegen eine andere Resolution vor. (Seite 16.)

In der Diskussion wird besonders darauf hingewiesen, daß gerade in der modernen Rechtsschule Bestrebungen auf Wiedereinführung der Todesstrafe vorhanden sind.

Mendels-Holland weist auf die Verhandlungen des letzten internationalen Kriminalistenkongresses in Brüssel hin, wo man versucht hat, durch Beseitigung des Asylrechts die Todesstrafe auch in den Ländern indirekt wieder einzuführen, wo sie nicht mehr besteht. Redner wünscht folgende, gegen diese Bestrebungen protestierende Ergänzung der Resolution:

„Hervorragende Vertreter der modernen Kriminalistik haben erst jüngst eine wesentliche Abänderung des Asylrechts befürwortet, die in vielen Fällen, namentlich wo es sich um Flüchtlinge aus dem Zarenlande handelt, auf eine tatsächliche Wiedereinführung der Todesstrafe auch in solchen Ländern hinauslaufen würde, in denen, wie in Holland, die Todesstrafe seit Jahrzehnten abgeschafft ist."

Rubanowitsch-Rußland: Als in der ersten Duma die Todesstrafe verhandelt wurde und alle Vertreter der Intelligenz für ihre Beseitigung eintraten, berief sich der russische Justizminister auf das Gutachten des angesehenen deutschen Kriminalisten v. Liszt, daß bei den komplizierten Verhältnissen in Rußland die Abschaffung der Todesstrafe wohl nicht möglich sei. Die Duma nahm trotzdem die Abschaffung der Todesstrafe an, wurde dann aber auseinandergejagt.

Die polnische Resolution wird zurückgezogen und die deutsche (Seite 16) wird einstimmig mit dem Amendement angenommen.

Schließlich wird noch eine Sympathiekundgebung für das spanische Proletariat (Resolution Seite 19) seine revolutionäre Erhebung, insbesondere auch ein Protest gegen den Justizmord an Ferrer durch Akklamation angenommen. Als Referent für das Plenum wird **Ellenbogen**-Oesterreich bestimmt.

Schlußſitzung. Donnerstag, den 1. September.

Auf Wunſch von Parteigenoſſen der Balkanländer ſoll die türkiſche Reſolution (Proteſt gegen die reaktionären Maßnahmen der jungtürkiſchen Regierung) verſchärft werden. Ein türkiſcher Genoſſe aus Armenien widerſpricht. In Albanien ſeien allerdings Brutalitäten begangen worden, aber zur Unterdrückung konterrevolutionärer Beſtrebungen. Von anderer Seite werden Brutalitäten, die in Albanien begangen wurden, aus eigener Anſchauung geſchildert. Dagegen empfiehlt Seitz-Oeſterreich, doch maßzuhalten in den Ausdrücken gegen das jungtürkiſche Regiment, zumal man nicht genau unterrichtet ſei und es bedenklich ſei, dieſelben Wendungen gegen die türkiſche Regierung anzuwenden, wie gegen den Zarismus. Der Vorſitzende iſt mit der Weglaſſung des Wortes „Mörder“ einverſtanden. Die verſchärfte Reſolution wird mit dieſer Weglaſſung angenommen. (Seite 19.)

Die Sitzungen der deutſchen Delegation.

Erſte Sitzung. Montag, den 29. Auguſt.

Den Vorſitz führten Ebert und Legien, als Schriftführer fungierten Dittmann und Knoll. Es wurde beſchloſſen, daß nur Delegierte der Partei und der Gewerkſchaften zuzulaſſen ſind und als Gäſte die Vertreter der deutſchen Parteipreſſe. Den Parteivorſtand vertreten Molkenbuhr, Ebert und Frau Zietz. Die Vertreter der Reichstagsfraktion ſind Ledebour, Richard Fiſcher und Südekum, der Generalkommiſſion Legien, Sabath, Knoll, Bauer und Gertrud Hanna. Den „Vorwärts“ vertritt Genoſſe Cunow. Ihm wird Sitz und Stimme eingeräumt, ebenſo dem Vertreter des Deutſchen Sozialiſtiſchen Leſeklubs in Paris, Schreyer. Von der Einſetzung einer Mandatsprüfungskommiſſion wird abgeſehen, und die Mandate werden durch den Parteivorſtand und die Generalkommiſſion als ausreichend geprüft betrachtet. In die fünf Kommiſſionen entſendet jede Nationalität vier Mitglieder, Deutſchland je zwei der Partei und der Gewerkſchaften. Die Vertreter Deutſchlands in den Kommiſſionen ſind: In der Kommiſſion für das Genoſſenſchaftsweſen v. Elm, Wurm, Stühmer und Bauer, in der Kommiſſion für die internationale Solidarität und die gewerkſchaftliche Einheit Richard Fiſcher, Legien, Stengele und Cohen, in der Kommiſſion für Schiedsgerichte und Abrüſtung Ledebour, Haaſe, Wagner und Sachſe, in der Kommiſſion für die Arbeitsloſenverſicherung Molkenbuhr, Stadthagen, Simon und Brey und in der Kommiſſion gegen die Todesſtrafe und für die Reſolutionen Klara Zetkin, Adolf Müller-München, Paul Müller-Berlin und Frau Ihrer.

Auf Antrag von Wels-Berlin wird von einer Diskuſſion über die der Kommiſſion überwieſenen Gegenſtände Abſtand genommen. Es ſollen erſt die Beſchlüſſe der Kommiſſionen abgewartet und erſt dann endgültig Stellung genommen werden. Der Antrag Berlin VI auf Einſchränkung der Seerüſtungen wird der dritten Kommiſſion überwieſen. Der Antrag Hamburg III-Barmbeck, der Kongreß möge die Möglichkeit der Einführung einer internationalen Hilfsſprache als Verſtändigungsmittel erwägen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil dieſe Frage bereits den Stuttgarter Kongreß beſchäftigt hat. Dasſelbe geſchieht mit einem Antrag Hamburg III-Hamm, der für die neugegründete Marxiſtiſche Partei in Holland nicht nur Zulaſſung zum Kongreß, ſondern auch Sitz und Stimme im

Internationalen Bureau verlangt. Ebert teilte mit, daß die alte holländiſche Partei von ihren acht Stimmen eine der neuen Partei übergeben hat. Ob ſie im Bureau eine Vertretung erhalten wird, ſteht noch nicht feſt. Auf Antrag Cohen (Berlin) wird ſchließlich noch feſtgeſetzt, daß möglichſt keine Delegationsſitzungen ſtattfinden ſollen, wenn die Kommiſſionen tagen. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Zweite Sitzung. Dienstag, den 30. Auguſt.

Die Kommiſſionen haben Beſchlüſſe noch nicht gefaßt, zu denen Stellung genommen werden könnte. **Richard Fiſcher** fragt an, ob ſich nicht in der Genoſſenſchaftsfrage Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen den deutſchen Delegierten herausgeſtellt hätten.

v. Elm: In der Kommiſſion ſelbſt ſind ſehr viele Differenzen vorhanden, die weder heute noch morgen behoben werden können. Die Beſchlüſſe der Internationalen Kongreſſe ſind immer Kompromißbeſchlüſſe. Wahrſcheinlich wird auch hier ein vermittelnder Beſchluß angenommen werden.

Wurm: Meine Anſchauungen von der Genoſſenſchaftsfrage und dem Verhältnis der Genoſſenſchaften zur Partei haben bisher mit denen Elms nicht gerade harmoniert. Wahrſcheinlich werden wir uns aber doch auf eine gemeinſame Reſolution einigen können. — Die Delegation ſieht daraufhin von einer weiteren Beſprechung ab.

Legien macht Mitteilung über den tſchechiſchen Streit und die Gewerkſchaftsverwickelung in Oeſterreich. Unſere öſterreichiſchen Freunde haben den Wunſch, daß der Kongreß die Einheit der Gewerkſchaftsbewegung ausdrücklich für notwendig erklärt. Wir hoffen davon einen günſtigen Einfluß auf die Verminderung der Trennung. Es iſt kein Zweifel, daß wir in dieſer Frage durchaus auf dem Standpunkt der deutſch-öſterreichiſchen Genoſſen ſtehen. (Allſeitige Zuſtimmung.)

Ebert-Berlin: Der tſchechiſche Streit beſchäftigt leider auch das Internationale Bureau. Bekanntlich haben die Tſchechen acht Mandate von tſchechiſchen Vertretern der zentralen Gewerkſchaftsorganiſation für ungültig erklärt. Sie wollen nur die Mandate derjenigen zentralen Gewerkſchaften anerkennen, die für ihre tſchechiſchen Mitglieder Beiträge an die neue Gewerkſchaftszentrale in Prag zahlen. Die ausgeſchloſſenen Genoſſen ſind Mitglieder der böhmiſchen Parteiorganiſation. Sie ſind in Böhmen gewählt. Einer der acht Ausgeſchloſſenen hat auf ſein Mandat verzichtet, weil er aus der tſchechiſchen Partei ausgeſchloſſen iſt. Das Bureau hat den Streit vorläufig noch nicht entſchieden. Wahrſcheinlich wird folgender Ausweg gewählt werden: die acht Ausgeſchloſſenen bilden die böhmiſche ſozialdemokratiſche Sektion, die ihre Vertretung auf dem Kongreſſe und in die Kommiſſion über die Gewerkſchaftsfrage entſenden. Das Internationale Bureau iſt ſich darin einig, daß dieſe acht Genoſſen abſolut zugelaſſen werden müſſen. Es ſollen ihnen zwei Stimmen im Kongreß und eine Stimme im Internationalen Bureau überwieſen werden.

Damit ſchließt die Beſprechung.

Dritte Sitzung. Mittwoch, den 31. Auguſt.

Beſchlüſſe der Kommiſſionen, zu denen Stellung genommen werden muß, liegen noch nicht vor. Dagegen bringt **Leipart** (Verband der Holzarbeiter) das belgiſche Amendement zur Sprache, das zu der ſchwediſchen Reſolution

über die Organiſation der internationalen Solidarität geſtellt iſt. Dieſes Amendement lautet:

1. Das Internationale Sozialiſtiſche Bureau wird ermächtigt, im Falle eines politiſchen Streitfalles, eines Streiks, einer Ausſperrung oder eines anderen wichtigen Ereigniſſes, welches ein ſofortiges Eingreifen erfordert, von den angeſchloſſenen Parteien einen außerordentlichen Beitrag in der Höhe eines Zehntels des Jahresbeitrages einzufordern, als eine erſte Hilfe;

2. dieſer außerordentliche Beitrag kann nur einmal in einem Jahre erhoben werden;

3. die ins Ausland reiſenden Genoſſen ſollen eine Erkennungskarte bei ſich führen, welche ihren Herkunftsort und ihr Reiſeziel angibt, die dieſen Genoſſen ausbezahlten Unterſtützungen ſollen von den Parteien zurückerſtattet werden, welche dieſe Erkennungskarte ausgeſtellt haben.

Leipart führt aus: Was die Belgier hier verlangen, geht viel zu weit. Es iſt ganz unmöglich, daß das Internationale Bureau 10 Proz. der Jahreseinnahmen der Gewerkſchaften erhält. Es muß davor gewarnt werden, durch Kongreßbeſchlüſſe die Gewerkſchaften in der Betätigung der internationalen Solidarität feſtzulegen. Auch die ſchwediſche Reſolution kann ſo, wie ſie jetzt lautet, nicht angenommen werden. Es heißt darin: „Der Kongreß ſtellt den Gewerkſchaften der Internationale anheim, die zweckmäßigſten Formen der internationalen Arbeiterſolidarität näher zu unterſuchen und feſtzulegen."

Wir müſſen es unbedingt ablehnen, daß der Kongreß die Gewerkſchaften feſtlegt. In Deutſchland iſt die gegenſeitige Hilfe bei großen Kämpfen noch nicht reglementiert. Die Bildung eines allgemeinen Streikfonds iſt immer abgelehnt worden. Wenn wir nicht über dieſe Schwierigkeiten hinwegkommen, können wir uns unmöglich auf irgendeine internationale Bindung einlaſſen, ſelbſt wenn ſie nur ſporadiſcher Natur iſt. Man weiß ja, wie es geht. Zuerſt heißt es, der Internationale Kongreß hat beſchloſſen, der gewerkſchaftlichen Organiſation das und das vorzuſchlagen. Und ſchließlich fällt das „Vorſchlagen" weg und es heißt: Der Internationale Kongreß hat einen Beſchluß gefaßt.

Richard Fiſcher hält dieſe Bedenken für unbegründet. Partei und Gewerkſchaft ſind in dieſer Frage ganz einig. In dem Bericht des Parteivorſtandes an den Kongreß wird dieſe Frage auch erörtert: „Die Organiſation der internationalen Solidarität betrachten wir als ein utopiſtiſches Verlangen. Die Betätigung der internationalen Solidarität hängt ab von dem Solidaritätsgefühl, das innerhalb der nationalen Organiſationen vorhanden iſt. Dieſes zu wecken und zu pflegen iſt eine Erziehungsfrage. Machen ſich durch vorkommende Ereigniſſe Kundgebungen und Betätigungen der internationalen Solidarität notwendig, ſo wird das von dem Geſchick der Leitung der angegliederten nationalen Organiſationen abhängig, daß dieſe rechtzeitig und wirkſam zur Geltung kommen. Eine internationale Reglementierung iſt unmöglich." Leipart will ſich nun nicht feſtlegen laſſen. Aber ein Vergleich zwiſchen der engliſchen und franzöſiſchen Reſolution ergibt, daß ein Feſtlegen in dieſem Sinne gar nicht gemeint iſt. Ich denke, daß Schweden ohne weiteres darauf eingehen wird, dem Satze etwa folgende Faſſung zu geben: „Der Kongreß ſtellt der gewerkſchaftlichen Internationale anheim, Unterſuchungen einzuleiten, in welcher Form die Betätigung der internationalen Solidarität möglich iſt, und je nach dem Ergebnis dieſer Unterſuchung wird er dem nächſten Kongreß weitere Vorſchläge unterbreiten." Freilich, ſoweit dürfen wir nicht gehen wie Leipart, der es verhüten wollte, daß ſelbſt die moraliſche Verpflichtung zur Betätigung der internationalen Solidarität ausgeſprochen wird. Bei den gewerkſchaftlichen Kämpfen ſind wir zur internationalen Unter-

ſtützung verpflichtet, und dieſe moraliſche Verpflichtung iſt auch bisher anerkannt worden, ohne daß die Gewerkſchaften damit feſtgelegt worden wären. Es iſt ganz natürlich, daß Schritte eingeleitet werden müſſen, um eine noch wirkſamere Betätigung künftig zu ermöglichen.

Legien: Leipart hat die von ihm beanſtandete Stelle im Amendement falſch aufgefaßt. Es heißt natürlich nur, daß die dem Internationalen Bureau angeſchloſſenen Parteien einen außerordentlichen Beitrag in der Höhe eines Zehntels ihres Jahresbeitrages für das Bureau, nicht ihrer eigenen Jahreseinnahme, leiſten ſollen dann, wenn das Bureau es verlangt.

Rudolph-Frankfurt a. M.: Die engliſchen Gewerkſchaften haben beim ſchwediſchen Generalſtreik vollſtändig verſagt. Darüber herrſcht mit Recht große Entrüſtung. Wir werden in der Kommiſſion eine paſſende Gelegenheit ſuchen, dieſe Stimmung den Engländern gegenüber zum Ausdruck zu bringen. (Zuſtimmung.)

Stengele-Hamburg: Der Stein des Anſtoßes für Leipart iſt leicht zu beſeitigen. Wir brauchen ja nur die Streichung des Wortes „feſtlegen" zu beantragen. Im übrigen können wir der Reſolution ohne weiteres zuſtimmen. Die Engländer verſchanzen ſich immer hinter ihr Statut. Immer müſſen zahlloſe Inſtanzen bei ihnen gefragt werden, bevor ſie Geld ſchicken können. Dieſem Mangel an Solidaritätsgefühl muß durch die ſchwediſche Reſolution einmal ungeſchminkt die Meinung des Internationalen Kongreſſes geſagt werden.

Leipart erklärt ſich mit Stengeles Vorſchlag einverſtanden.

Legien: Mit den Schweden werden wir uns über ihre Reſolution ſehr leicht verſtändigen, ſo daß wir ſie annehmen können. Das belgiſche Amendement aber iſt künſtlich aufgepfropft, und das beſte iſt, es abzulehnen. Auch der weitere Vorſchlag auf Einführung einer Legitimationskarte iſt nicht glücklich. Er beruht darauf, daß die politiſchen Organiſationen in den Grenzorten durch ſogenannte politiſche Flüchtlinge gebrandſchatzt werden. Aber eine ſolche Legitimationskarte würde das Uebel nur ſchlimmer machen.

Neumann-Hamburg (Holzarbeiter): Auf dem Kongreß ſelbſt muß eine Reſolution eingebracht werden, die die gewerkſchaftliche Internationale auffordert, zu unterſuchen, wie in Zukunft diejenigen Nationalitäten, die bisher ihre internationale Solidarität nur mit Worten bewieſen haben, zu Hilfsleiſtungen herangezogen werden können. Wenn im Plenum geſagt wird, nicht alle Nationen haben bisher ihre Pflicht getan, ſo iſt das wirkſamer, als wenn es nur in der Kommiſſion geſagt wird.

Damit ſchloß die Beſprechung. Die geſamte Delegation war ſich einig darüber, daß die Reſolution der Reichskommiſſion der Gewerkſchaften Oeſterreichs angenommen werden muß. Nur meinte Hue, wenn man ohne Vorbehalt der öſterreichiſchen Reſolution zuſtimmen würde, könnte die Auffaſſung entſtehen, als ob die organiſche Verbindung zwiſchen Partei und Gewerkſchaft, von der in dieſer Reſolution geſprochen wird, auch für Deutſchland als muſtergültig angeſehen werde.

Richard Fiſcher erwidert, daß man durch den Hinweis auf die ſogenannte Neutralität der Gewerkſchaften die Tſchechen in ihren ſeparatiſtiſchen Tendenzen nicht beſtärken dürfe.

Ebert (Parteivorſtand) hebt hervor, daß der Reichenberger Parteitag der öſterreichiſchen Sozialdemokratie ausdrücklich beſchloſſen hätte, die Partei auch organiſatoriſch auf eigene Füße zu ſtellen, während bisher allerdings ein großer Teil der parteiorganiſatoriſchen Aufgaben in Oeſterreich von den Gewerkſchaften ausgeführt worden iſt.

Beſchlüſſe wurden auch in dieſer Frage von der deutſchen Delegation nicht gefaßt.

Vierte Sitzung. Donnerstag, den 1. September.

Leipart = Stuttgart proteſtiert gegen die am Vormittag vom Kongreß angenommene Reſolution zur Arbeitsloſenfrage. Nach dem deutſchen Text würden darin ſtaatliche Zwangsarbeitsloſenverſicherungskaſſen gefordert, deren Koſten allein die Unternehmer tragen ſollten, die aber allein der Verwaltung der Arbeiter unterſtehen ſollten. Das ſei eine unmögliche Forderung. Dazu komme die ſehr unglückliche Faſſung des Wortlautes der Reſolution. Er bitte namens der deutſchen Minderheit, die Erklärung der Engländer und Franzoſen wiederholen zu dürfen, daß ſie für dieſe Reſolution nicht ſtimmen könnten. Es ſei bedauerlich, daß die deutſchen Kommiſſionsmitglieder nicht rechtzeitig die Delegation unterrichtet hätten.

Molkenbuhr legt die Gründe dar, aus denen das nicht möglich geweſen ſei. Mit der Reſolution zu dieſer Frage ſei er allerdings nicht einverſtanden. Aber die däniſchen und holländiſchen Genoſſen hätten unbedingt darauf beſtanden, daß die Arbeiter nicht ſelbſt mit zu den Koſten der Verſicherung beitragen ſollten. Die deutſche Reſolution über die Arbeitsloſenverſicherung würde indeſſen durch den internationalen Beſchluß nicht berührt.

Kloth = Berlin beantragt zu fordern, daß die Frage der Arbeitsloſenverſicherung noch einmal an die Kommiſſion zurückverwieſen werde.

Brey = Hannover legt noch einmal dar, weshalb die Reſolution nicht einheitlicher ausgefallen ſei und nicht rechtzeitig habe vorgelegt werden können.

Der Antrag Kloth wird gegen wenige Stimmen, der Antrag Leipart, eine Erklärung gegen die Reſolution in der Frage der Arbeitsloſenverſicherung abzugeben, gegen eine geringe Minderheit abgelehnt.

Leipart: Das wird uns nicht hindern können, namens der deutſchen Minderheit dieſe Erklärung im Plenum abzugeben.

Wels = Berlin: Wir haben bisher nur die Beſchlüſſe der deutſchen Mehrheit dem Plenum mitgeteilt. Welche Bedenken die Minderheit hat, erſehen die deutſchen Genoſſen ja aus dem Bericht über dieſe Delegationsſitzungen.

Richard Fiſcher = Berlin: Wir müſſen jedenfalls der Redaktionskommiſſion des Internationalen Kongreſſes mitteilen, daß der Text der Reſolution in den drei Sprachen grundverſchieden iſt. Leipart möge ſich mit den Mitgliedern der Kommiſſion in Verbindung ſetzen und in dieſer Richtung arbeiten.

Ueber die Beſchlüſſe der fünften Kommiſſion erſtattet hierauf **Klara Zetkin** Bericht. Der Bericht wird ohne Debatte angenommen.

Ueber die **Militärkommiſſion** berichtet **Haaſe** = Königsberg. Er hebt hervor, daß die deutſchen Delegierten den Antrag Vaillant-Keir Hardie, der für den Fall drohender Kriegsnähe die Proklamierung des Streiks fordert, ablehnen, nicht ſo ſehr aus juriſtiſchen Bedenken, als weil die Frage in keiner Beziehung ſpruchreif ſei. — Die deutſche Delegation ſtimmt ohne Debatte dem zu.

Auf Vorſchlag von **Sachſe** wird beſchloſſen, auch im Plenum über den Antrag Vaillant Abſtimmung nach Nationen zu fordern.

Hierauf ſchließt **Ebert** die Sitzung.

Fünfte Sitzung. Freitag, den 2. September.

Die Delegation nahm heute die Berichte ihrer Kommissionsmitglieder entgegen. Ueber die Beschlüsse der Kommission für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung berichtet

Stadthagen. In der Resolution sind nur die elementarsten Forderungen des Arbeiterschutzes festgelegt, wie sie bereits auf den Kongressen in Amsterdam und Paris aufgestellt wurden. Die ins einzelne gehenden spezielleren Forderungen hat die Kommission nicht empfohlen.

Hue hätte es für notwendig gehalten, daß in der Resolution auf das Verhältnis zwischen Arbeitsvertrag und Wohnungsmietvertrag hingewiesen worden wäre. Im Westen Deutschlands bestünden schon heute in dieser Hinsicht Verhältnisse, die zu Befürchtungen Anlaß geben.

Stadthagen erklärt, daß im Referat darauf Bezug genommen werden solle. Weitere Einwände werden nicht erhoben, die Resolution wird gebilligt.

von Elm berichtet über die Beschlüsse der Genossenschaftskommission. Die Resolution ist unter heftigen Auseinandersetzungen zustande gekommen. Die deutsche Delegation hat sich auf den Boden der französischen Delegation gestellt, welche die volle Autonomie der Genossenschaften fordert. Nachdem die Kommission vier Tage gebraucht hat, um zu einem Resultat zu gelangen, möge man hier an der Resolution nichts ändern, auch wenn in einigen Nebenpunkten nicht volle Zufriedenheit vorhanden sein sollte.

Bertens-Düsseldorf weist darauf hin, daß in Deutschland wahrscheinlich die christlichen Konsumvereine sich von der übrigen Bewegung trennen würden, eine Tatsache, die man nicht zu bedauern brauche.

von Elm erklärt, daß die deutsche Delegation ursprünglich beantragt hatte, daß jeder Zersplitterung aus religiösen oder sonstigen Gründen entgegengearbeitet werden solle. Das hat aber Bedenken der Belgier erregt. Auf jeden Fall ist in der Resolution die Selbständigkeit der Genossen gewahrt, so daß auch die christlichen keine Ursache haben, sich abzusplittern. Es werden jedoch trotzdem Versuche gemacht werden, aber solchen Versuchen sollte man entgegentreten.

Simon-Nürnberg: Wir werden selbstverständlich allen Zersplitterungsversuchen entgegentreten. Aber nützen wird es wohl nichts. Die christlichen Arbeiter wollen gar keine Zersplitterung, aber sie werden gezwungen, sie mitzumachen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, Bedenken gegen die Resolution werden nicht vorgebracht.

Richard Fischer berichtet über die Arbeiten der Gewerkschaftskommission.

Cohen berichtet über die Regelung der internationalen Solidarität: Die Beschlüsse sind im allgemeinen so ausgefallen, wie die deutschen Delegierten es gewünscht haben. Insbesondere sind die beiden belgischen Amendements abgelehnt worden, ebenso der belgische Antrag auf Einführung einer internationalen Reiselegitimation. Der schwedischen Resolution können wir zustimmen. Es ist auch nicht versäumt worden, bei dieser Gelegenheit den Engländern und auch den Franzosen die allseitig gewünschten Vorhaltungen über die mangelhafte Betätigung der internationalen Solidarität zu machen. Von englischer Seite ist daraufhin die Notwendigkeit der angenommenen Resolution anerkannt worden. Von Berger-Amerika wurde ganz plötzlich eine Resolution auf Unterstützung der Seeleute im Falle eines bevorstehenden internationalen Kampfes eingebracht. Diese Resolution hat den zuständigen gewerkschaftlichen Instanzen nicht vorgelegen und mußte deshalb zurückgewiesen werden.

Stengele-Hamburg berichtet noch beſonders über das Verfahren gegen die Engländer. Leider waren diejenigen nicht da, denen die Schläge zugedacht waren. Hoffentlich läßt ſich das im Plenum nachholen. Der Amerikaner Haywood hat konſtatiert, daß die amerikaniſchen Gewerkſchaften ſich genau ſo verhielten wie die Engländer. Auch ſonſt habe er die bekannten Praktiken der amerikaniſchen Gewerkſchaften lebhaft kritiſiert.

Sachſe berichtigt, daß die amerikaniſchen Bergarbeiter ſich an den Abſperrmaßregeln der dortigen Gewerkſchaften nicht beteiligen.

Hue warnt davor, alles ohne weiteres als bare Münze hinzunehmen, was Haywood gegen die American Federation of Labor vorgebracht habe. Die von Haywood geſchilderten Gold- und Silberbergarbeiter in den Rocky Mountains, ebenſo wie die übrigen Gewerkſchaften ſind auch nicht der amerikaniſchen Zentrale angeſchloſſen.

Cohen glaubt gleichfalls, daß Haywoods Ausführungen wenig am Platze waren. Am beſten wäre es, wenn die Sache im Plenum gar nicht mehr zur Sprache käme.

Es folgt die Berichterſtattung der Kommiſſion für Schiedsgerichte und Abrüſtungen durch

Sachſe. Die franzöſiſchen und holländiſchen Reſolutionen wurden einſtimmig angenommen. Auch dieſem Beſchluß ſtimmt die Delegation zu. — Ueber die Arbeiten der fünften Kommiſſion berichtet Frau **Ihrer.** Eine Debatte knüpft ſich nicht daran. — **Haaſe**-Königsberg berichtet aus der Kommiſſion für Abrüſtung. In längerer Debatte treten faſt alle Redner dafür ein, es bei der Ablehnung der Reſolution Keir Hardie zu belaſſen. — Schließlich wird über die Ungültigkeitserklärung der Mandate von Straſſer und Alpari im Internationalen Bureau berichtet. Von mehreren Rednern wird ſie bedauert, von anderen verteidigt. Ein Antrag wird nicht geſtellt.

Sechſte Sitzung. Sonnabend, den 3. September.

Den Vorſitz führt, da Ebert und Legien verhindert ſind, der Schriftführer **Dittmann.**

von Elm macht darauf aufmerkſam, daß der Berichterſtatter über die Genoſſenſchaftsfrage den Text der deutſchen Reſolution inſofern geändert habe, als er die Worte „Der Kongreß empfiehlt den Parteigenoſſen deshalb dringend, Mitglieder der Genoſſenſchaften zu werden" erſetzt hat durch die Worte: „Der Kongreß fordert die Parteigenoſſen auf, Mitglieder der Genoſſenſchaften zu werden."

Haverkamp-Bremerhaven: Weiter, als die erſtere Faſſung beſagt, dürfen wir nicht gehen. Die Subkommiſſion hat urſprünglich die Worte gewählt: „Der Kongreß verpflichtet die Genoſſen" uſw. Auf meinen Antrag wurde dieſe Faſſung geändert. Es iſt mir unbegreiflich, weshalb der Referent jetzt die Faſſung wieder geändert hat. Aus den Worten „fordert auf" kann ein Zwang herausgeleſen werden. Hiergegen müſſen wir uns verwahren.

Hildenbrand-Stuttgart meint, die Aenderung ſei zweifellos nur deshalb vorgenommen, um den deutſchen mit dem franzöſiſchen und engliſchen Text in Uebereinſtimmung zu bringen. Wenn in einer Reſolution „aufgefordert" oder „dringend empfohlen wird", iſt es ziemlich dasſelbe. Wir ſollten die Sache einfach laufen laſſen.

Frau **Zetkin**-Stuttgart: Vielleicht genügt es, wenn der Referent erklärt, daß ein Zwang nicht ausgeübt werden ſoll. Das Internationale Bureau ſollte dafür Sorge tragen, daß alle Reſolutionen in dem Wortlaut, in dem ſie von der Kommiſſion angenommen werden, auch dem Plenum vorgelegt werden.

von Elm: Wir werden dem Berichterſtatter Karpeles dieſen Wunſch der Delegation mitteilen.

Röſſel-Berlin: Die Faſſung Karpeles iſt nicht zu ſcharf, ſondern korrekt, denn es iſt leider Tatſache, daß die Partei- und die Gewerkſchaftsführer ſich um die Konſumvereine nicht kümmern.

Bauer-Berlin: Ich finde in beiden Ausdrücken überhaupt keine Verſchiedenheit. — Damit ſchließt die Beſprechung.

Schreyer-Paris macht Mitteilung, daß auf Anregung des Deutſchen Leſeklubs in Paris die Vertreter ſozialiſtiſcher Vereinigungen von den im Ausland lebenden Deutſchen hier zuſammengetreten ſind und auf die Anregung des deutſchen Parteivorſtandes die Gründung einer Auskunftsſtelle beſchloſſen hätten. An den Deutſchen ſozialiſtiſchen Leſeklub in Paris iſt folgender Brief gerichtet worden:

„Die Vertreter der unterzeichneten organiſierten Vereine haben ſich heute, am 1. September 1910, in einem Lokal des Internationalen Sozialiſtenkongreſſes in Kopenhagen zu einer Konferenz zuſammengefunden und beſchloſſen, daß der Deutſche ſozialiſtiſche Leſeklub in Paris beauftragt wird, eine Auskunftsſtelle für alle im Ausland lebenden Deutſchen zu ſchaffen. Es müſſen drei Vertrauensmänner von ihnen beſtimmt werden, die die erforderlichen Arbeiten beſorgen und aus denen der amtierende Sekretär gewählt werden ſoll. Als Mittel ſollen dem Leſeklub durch freiwillige Beiträge mindeſtens 500 Frank jährlich von den Organiſationen deutſcher Sozialiſten im Ausland zur Verfügung geſtellt werden. Die Auskunftsſtelle ſoll in erſter Linie jährlich ein Adreſſenverzeichnis aller in Betracht kommenden Vereine veröffentlichen und mit Rat dem Fragenden an die Hand gehen, ſowie den deutſchen Genoſſen Auskunft über die Verhältniſſe in dem Lande, wohin ſie ſich begeben wollen, erteilen. Nach einem Jahre ſollen an die beteiligten Organiſationen Berichte über die Leiſtungen des Inſtituts abgegeben werden."

Der Aufruf iſt unterzeichnet vom Deutſch-amerikaniſchen Sozialiſtenklub in New York, vom Deutſchen ſozialdemokratiſchen Leſeklub in Paris, vom Arbeiterbildungsverein „Vorwärts" in Budapeſt, von der Landesorganiſation des Internationalen Arbeitervereins in der Schweiz. Eine große Anzahl anderer Vereine iſt bereits beigetreten, ſo der Arbeiterbildungsverein in London.

Knoll-Berlin: Es handelt ſich hier um die Schaffung einer neuen Organiſation. So leichter Hand können wir nicht darüber hinweggehen.

Richard Fiſcher-Berlin: Dem Parteivorſtand iſt von der Gründung einer Auskunftsſtelle Mitteilung gemacht. Er hat ſeine Zuſtimmung gegeben. Damit iſt für uns die Sache erledigt. Der Parteivorſtand hat der deutſchen Partei davon Mitteilung gemacht, die deutſche Delegation geht die Sache weiter nichts an.

Legien-Hamburg: Dieſe Organiſation der Deutſchen im Auslande iſt ſeit langem vorbereitet. Ich glaube, wir müſſen ſie aus denſelben Gründen ablehnen, aus denen wir die tſchechiſche Sonderbündelei abgelehnt haben. Aus unſerer Kenntnisnahme iſt nicht auf eine Zuſtimmung zu ſchließen.

Adolf Müller-München: Es handelt ſich hier um die Errichtung einer Auskunftsſtelle für die deutſchen Arbeiter, die auswandern wollen. Das iſt in jeder Hinſicht zu begrüßen. Was weiter ſich daraus entwickelt, geht uns zunächſt nichts an. Bis jetzt ſind die auswandernden Arbeiter ſo gut wie verlaſſen und gehen der Partei verloren.

Schreyer-Paris: In unſerem Programm ſteht an erſter Stelle, die ins Ausland wandernden Deutſchen aufzufordern, die Mitgliedſchaft für die Organiſation des Auslandes zu erwerben.

Frau **Klara Zetkin**-Stuttgart: Ich ſehe in der Auskunftsſtelle keine Gefahr, ſondern ein Mittel, die deutſchen Genoſſen im Auslande in Bewegung zu erhalten.

Leipart-Stuttgart: Es ſcheint, als ob die Genoſſen in Paris von dem franzöſiſchen Geiſt der Organiſationsſpielerei angeſteckt ſind. Ich glaube, daß die Auskunftsſtelle in Paris gar nichts leiſten kann.

Hildenbrand-Stuttgart: Ich bin anderer Meinung. Seitdem Genoſſe Trapp in Paris tot iſt, wird ſehr darüber geklagt, daß man keine Auskunft bekommen kann. Ich denke, daß die Auskunftsſtelle die Funktion haben wird, den Genoſſen Trapp zu erſetzen.

Damit ſchließt die Erörterung und die Sitzung.

Liſte der Delegierten
der Sozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands.

Name	Wohnort	vertritt
Adler, Ed.	Kiel	Schleswig-Holſtein
Baader, Ottilie	Berlin	Groß-Berlin
Baudert, Aug.	Weimar	Weimar
Baumann, Linchen	Hamburg	Schleswig-Holſtein
Beims, Hermann	Magdeburg	Magdeburg
Berten, Paul	Düſſeldorf	Elberfeld
Boeske, Emil	Berlin	Groß-Berlin
Borgmann, H.	Berlin	Prov. Brandenburg
Brühl, Paul	Lichtenberg	Groß-Berlin
Bühring, Albert	Treuen	Zwickau
Chriſtange, W.	Eisleben	Halle
Cunow, H.	Berlin	„Vorwärts“
Dickreiter, Heinr.	Altenburg	Altenburg
Dißmann, R.	Hanau	Frankfurt
Dittmann, W.	Solingen	Elberfeld
Dörnke, L.	Hannover	Hannover
Duncker, K.	Stuttgart	Württemberg
Ebert, Fritz	Berlin	Parteivorſtand
Ehrlich, Georg	Oberfrohna	Chemnitz
v. Elm, A.	Hamburg	Schleswig-Holſtein
Erfurth, Ernſt	Flensburg	Schleswig-Holſtein
Ernſt, Eugen	Berlin	Groß-Berlin
Fiſcher, Richard	Berlin	Reichstagsfraktion
Frank, Dr. L.	Mannheim	Baden
Friedländer, Willy	Berlin	Groß-Berlin
Frohme, Karl	Hamburg	Schleswig-Holſtein
Geyer, F.	Leipzig	Leipzig
Göhre, Paul	Zehlendorf	Chemnitz
Gradnauer, Georg	Dresden	Dresden
Gradnauer, Anna	Dresden	Dresden
Groſſe, B.	Hamburg	Hamburg
Gruenwaldt, L.	Hamburg	Hamburg
Günther, M.	Bernburg	Anhalt
Haaſe, H.	Königsberg	Oſtpreußen
Haberland, Karl	Barmen	Elberfeld
Hänisch, Konrad	Dortmund	Dortmund
Haverkamp, A.	Bremerhaven	Bremen
Hengsbach, Clemens	Köln	Elberfeld
Henke, A.	Bremen	Bremen
Hennig, Auguſte	Leipzig	Leipzig
Henſchel, Richard	Berlin	Groß-Berlin
Henze, C.	Hamburg	Hamburg
Hertwig, M.	Dresden-Löbtau	Dresden
Hildenbrand, K.	Stuttgart	Württemberg
Hoffmann, Adolf	Berlin	Groß-Berlin
Hoffmann, C.	Bielefeld	Bielefeld
Hoffmann, Paul	Berlin	Groß-Berlin
Hofrichter, A.	Köln a. Rh.	Köln

Name	Wohnort	vertritt
Kautsky, Karl	Berlin	Groß-Berlin
Keil, W.	Stuttgart	Württemberg
Koch, J.	Magdeburg	Magdeburg
Kolb, W.	Karlsruhe	Baden
Ledebour, Georg	Zehlendorf	Reichstagsfraktion
Leinert, R.	Hannover	Hannover
Lipinski, R.	Leipzig	Leipzig
Löbe, Paul	Breslau	Breslau
Molkenbuhr, Herm.	Berlin	Parteivorstand
Müller, Adolf	München	Südbayern
Müller, E.	Schkeuditz	Halle
Noske, G.	Chemnitz	Chemnitz
Pinkau, K.	Leipzig	Leipzig
Pohl, August	Berlin	Groß-Berlin
Reißhaus, Paul	Erfurt	Erfurt
Reitze, Johanna	Vegesack	Bremen
Ritter, Ad.	Berlin	Prov. Brandenburg
Röske, A.	Hamburg	Hamburg
Rudolph, A.	Frankfurt a. M.	Frankfurt
Scherffig, O.	Meißen	Dresden
Schlegel, L.	Eßlingen	Württemberg
Schreyer, J.	Paris	Deutscher Leseklub
Schulz, Adolf	Bant	Oldenburg
Schwartz, Theodor	Lübeck	Lübeck
Stadthagen, Arthur	Berlin	Groß-Berlin
Staroſſon, Fr.	Roſtock	Mecklenburg
Stengele, G.	Hamburg	Hamburg
Stubbe, H.	Hamburg	Hamburg
Strobl, Frau H.	Hamburg	Hamburg
Südekum, Dr.	Berlin	Nordbayern
Täterow	Berlin	Groß-Berlin
Thöne, Georg	Kaſſel	Kaſſel
Ulrich, E.	Offenbach	Heſſen
Vesper, O.	Osnabrück	Hannover
Walther, Max	Nürnberg	Nordbayern
Wels, Otto	Berlin	Prov. Brandenburg
Werner, Hermann	Berlin	Groß-Berlin
Weſemeier, Aug.	Braunſchweig	Braunſchweig
Wirth, R.	Dresden	Dresden
Wolf, Paul	Bochum	Dortmund
Wurm, Eman.	Berlin	Jena
Zetkin, Klara	Stuttgart	Frauen
Zietz, Frau Louiſe	Berlin	Parteivorſtand
Zubeil, Fritz	Berlin	Groß-Berlin

Liste der Delegierten
der Gewerkschafts-Organisationen Deutschlands.

Name	Wohnort	Bezeichnung der Organisation
Allmann, O.	Hamburg	Bäcker
Arnhold, C.	Hamburg	Zigarrensortierer
Bartels, Hch.	Dortmund	Bergarbeiter
Basner, E.	Berlin	Schmiede
Bauer, G.	Berlin	Generalkommission
Behrendt, Gust.	Hamburg	Bauhilfsarbeiter
Bock, W.	Gotha	Schuhmacher
Bömelburg, Th.	Hamburg	Maurer
Brey, A.	Hannover	Fabrikarbeiter
Brandes, Alwin	Magdeburg	Metallarbeiter
Bringmann, A.	Hamburg	Zimmerer
Brüll, Leb.	Ludwigshafen	Fabrikarbeiter
Brunner, L.	Berlin	Transportarbeiter
Cohen, Adolf	Berlin	Metallarbeiter
Daehne, A.	Berlin	Maurer
Deichmann, Carl	Bremen	Tabakarbeiter
Diehl, Georg	Frankfurt a. M.	Dachdecker
Döhnel, Georg	Leipzig	Lagerhalter
Döring, J.	Berlin	Hafenarbeiter
Dreher, Johann	Berlin	Transportarbeiter
Drunsel, A.	Berlin	Töpfer
Dupont, P.	Berlin	Bildhauer
Eichhorn, H.	Karlsruhe	Glaser
Etzel, W.	Berlin	Brauereiarbeiter
Etzkorn, F.	Berlin	Friseurgehilfen
Failenschmid, J.	Stuttgart	Zimmerer
Franz, Otto	Hamburg	Metallarbeiter
Fröhlich, Georg	Köln	Bauhilfsarbeiter
Gärtner, M.	Hannover	Bergarbeiter
Gaßner, H.	Nürnberg	Bäcker
Giebel, Carl	Berlin	Bureauangestellte
Glocke, Theodor	Berlin	Holzarbeiter
Hanna, Gertrud	Berlin	Generalkommission
Haupt, Wilh.	Magdeburg	Schuhmacher
Heckmann, Richard	Mannheim	Gemeindearbeiter
Hensel, P.	Berlin	Fleischer
Hué, Otto	Essen	Bergarbeiter
Hübsch, Carl	Berlin	Textilarbeiter
Ihrer, E.	Niederschönhausen	Blumenarbeiter
Joseph, H.	Frankfurt a. M.	Schneider
Josephson, M.	Hamburg	Handlungsgehilfen
Kamps, C.	Hamburg	Schmiede
Käppler, H.	Altenburg	Mühlenarbeiter
Kayser, Michel	Berlin	Holzarbeiter
Kloth, E.	Berlin	Buchbinder
Knoll, A.	Berlin	Steinsetzer

Name	Wohnort	Bezeichnung der Organiſation
König, Fritz	Berlin	Holzarbeiter
Kube, H.	Berlin	Zimmerer
Legien, C.	Berlin	Generalkommiſſion
Leipart, Theodor	Berlin	Holzarbeiter
Leisler, W.	Hamburg	Kürſchner
Lindow, C.	Berlin	Hafenarbeiter
Link, G.	Berlin	Aſphalteure
Mäkelmann, C.	München	Bauhilfsarbeiter
Mahler, H.	Berlin	Lederarbeiter
Mark, Martin	Hamburg	Maler
Martens, H.	Harburg	Fabrikarbeiter
Mohs, Albin	Schöneberg-Berlin	Gemeindearbeiter
Müller, Paul	Berlin	Seeleute
Neumann, Adam	Hamburg	Holzarbeiter
Ohlendorf, Fr.	Braunſchweig	Fabrikarbeiter
Paeplow, Fritz	Hamburg	Maurer
Poetzſch, Hugo	Berlin	Gaſtwirtsgehilfen
Raith, Anton	München	Holzarbeiter
Rathmann, H.	Berlin	Transportarbeiter
Rauſchenberg, R.	Wattenſcheid	Bergarbeiter
Reichel, Georg	Stuttgart	Metallarbeiter
Röſſel, Wilh.	Berlin	Textilarbeiter
Sabath, G.	Berlin	Generalkommiſſion
Sachſe, H.	Bochum	Bergarbeiter
Saupe, Julius	Berlin	Kupferſchmiede
Schaertl, G.	Breslau	Schneider
Scheffel, F.	Berlin	Maſchiniſten
Scherm, Johann	Stuttgart	Metallarbeiter
Schneider, H.	Hannover	Fabrikarbeiter
Schrader, Fr.	Hamburg	Zimmerer
Schreiter, Guſt.	Bochum	Bergarbeiter
Schumann, O.	Berlin	Transportarbeiter
Severing, Karl	Bielefeld	Metallarbeiter
Siebold, Hermann	Leipzig	Steinarbeiter
Siefert, Fritz	Altenburg	Hutmacher
Silberſchmidt, H.	Berlin	Maurer
Sillier, O.	Berlin	Lithographen
Simon, J.	Nürnberg	Schuhmacher
Spliedt, F.	Berlin	Tapezierer
Stelling, Joh.	Lübeck	Transportarbeiter
Stühmer, H.	Berlin	Schneider
Thiede, P.	Berlin	Buchdruckerei-Hilfsarbeiter
Thielberg, R.	Hamburg	Stukkateure
Tobler, Alb.	Hamburg	Maler
Wagener, Paul	Berlin	Textilarbeiter
Weinſchild, H.	Berlin	Sattler und Portefeuiller
Weißig, Robert	Frankfurt a. M.	Metallarbeiter
Winkelmann, C.	Bremen	Böttcher
Winnig, Aug.	Hamburg	Maurer
Wiſſell, Rudolf	Berlin	Metallarbeiter
Wittich, Hch.	Frankfurt a. M.	Brauereiarbeiter
Wollmann, Gg.	Charlottenburg	Porzellanarbeiter
Wutzky, Emil	Berlin	Gemeindearbeiter

Liſte der öſterreichiſchen Delegierten.

Name	Delegiert von
Adler, Viktor	Parteivertretung
Auer, Franz	Verb. d. Chem. Branch.
Bauer, Otto, Dr.	Redaktion d. „Kampf“
Beer, Heinrich	Zentr.-Gewerkſch.-K.
Berdiczower, Max	Bezirksorg. Wien II.
Beutel, J.	Kreisorganiſ. Auſſig
Braun, Adolf, Dr.	„Arbeiter-Zeitung“
Brezina, Anton	Textilarbeiter
Brodecky, Wilhelm	Eiſenbahnerorganiſ.
Czech, Ludwig	Parteikontrolle
Danneberg, R., Dr.	Jugendliche Arbeiter
David, Anton	Landesorg. N.-Oeſt.
Domes, Franz	Verb. d. Metallarb.
Eckſtein, Guſtav, Dr.	Villach
Elderſch, Matthias	Klub d. deutſchen Abg.
Ellenbogen, Wilh., Dr.	Parteivertretung
Emmerling, Georg	„Arbeiter-Zeitung“
Exner, Ludwig	Großeinkauf Ö.-K.-V.
Forſtner, Auguſt	Hand.- u. Transp.-A.
Freundlich, Emmy	„Arbeiterinnen-Ztg.“
Glöckel, Otto	Kreis Karlsbad
Groß, Johann	Holzarbeiterverband
Hanuſch, Ferdinand	Union d. Textilarbeit.
Härtl, Rudolf	Zentralorg. d. Gießer
Hedorfer, Florian	Wien, XI. Bezirk
Hillebrand, Oswald	Kreisorg. Weſtböhm.
Hueber, Anton	Zentr.-Gewerkſch.-K.
Huppert, Stefan	Brauereiarb.-Verb.
Hübel, Ernſt	Union d. Textilarbeit.
Jarolim, Anton	Union d. Bergarbeiter
Jura, Fet.	Zentr.-Gewerkſch.-K.
Karpeles, Benno, Dr.	Großeinkauf Ö.-K.-V.
Klemenszkiewicz	Holzarb.-Vb. Krakau
Klein, Max	Verb. d. kaufm. Angeſt.
Kowanda, Wenzel	Landesverb. d. Gew.
Kratky	Holzarb.-Verb. Prag
Lieben, Ernſt, Dr.	Kreisorganiſ. Teplitz
Maar, Joſef	Maler- u. Anſtr.-Ver.
Meißner, Theodor	Bauarbeiter-Verb.
Merta, Rudolf	Landesverb. d. Gew.
Möller, Heinrich	Schuhmacher-Verein
Mühlberger, Karl	Verb. d. Steindrucker
Müller, Rudolf	Eiſenbahnerorganiſ.
Nadwornik, Robert	Gew.-Bl. „Proletar“
Nießner, Wilhelm	Landesorg. Mähren
Oppitz, Heinrich	Landesorg. Bukowina
Pernerſtorfer, E.	Klub d. deutſchen Abg.
Pittoni, Valentino	Trieſt
Podany, Wenzel	Bauhilfsarbeiter
Pollacek, Guſt., Dr.	Wien V.
Pölzer, Johann	Bezirksorg. Wien X.
Popp, Adelheid	Parteivertretung
Proſt, Gabriele	Frauenreichskomitee
Puecher, Edm., Dr.	Trieſt
Rautenkranz, Franz	Zentr.-Gewerkſch.-K.
Renner, Karl, Dr.	Klub d. deutſchen Abg.
Reſel, Hans	Landesorg. Steierm.
Richter, Karl	Holzarbeiterverband
Richter, Paul	Landesorg. N.-Oeſt.
Schäfer, Anton	Vorarlb. Gew.-Kom.
Schafranek, Joſef	Metallarbeiter
Schlinger, Anton	Landesorg. N.-Oeſt.
Schrammel, Anton	Verb. d. Chem. Branch.
Schuhmeier, Franz	„Volkstribüne“, Wien
Schwerzel, Franz	Transportarbeiter
Seitz, Karl	Klub d. deutſchen Abg.
Seliger, Joſef	Deutſch-Böhmiſche Landesvertretung
Sever, Albert	Bezirksorg. Wien XVI
Sigl, Auguſt	Verb. d. Metallarb.
Silberer, Franz	Bäckereiarbeit.-Verb.
Skaret, Ferdinand	Parteivertretung
Smitka, Johann	Kleidermacher-Verb.
Smutny, Barthol.	Verb. d. Metallarb.
Straſſer, Joſef	Kreisorg. Reichenberg
Tetenka, Karl	Bauarbeiter
Tomulik, Joſef	Eiſenbahnerorganiſ.
Volk, Franz	Union d. Textilarbeit.
Weska, Joſef	Metallarbeiter
Winarsky, Leopold	Parteivertretung
Zulawski, Sigmund	Zentr.-Gewerkſch.-K.

Liſte der tſchechiſchen Delegation.

Delegierte aus Böhmen.

Auſt, Ludwig, 2. Wahlkreis.

Brozik, Karl, 5. Wahlkreis.
Bruha, Anton, Exekutivausſchuß.

Dvorak, Johann, 10. u. 11. Wahlkreis.

Glos, Joſef, Bezirksorganiſation.

Habermann, G., 52. Wahlkreis.
Hais, Joſef, Böhm. Reichsverband der chemiſchen Arbeiter.
Havlena, Joachim, Landesexekutive.
Huatek, Franz, 7. Wahlkreis.
Hudec, Joſef, 17. Wahlkreis.

Jaros, Rudolf, Tſchecho-ſlawiſche Gewerkſchaftskommiſſion.
Jiraſek, Ferd., Bäckerverband und verw. Gewerbe.

Kouſa, Joſef, 1. Wahlkreis.

Luſtig, Emil, Verband d. Landes-Gemeinde u. Staatsang.

Mach, Karoline, Frauenorganiſation.
Modraſzek, Franz, 50. Wahlkreis.

Nemec, Anton, Exekutivausſchuß.

Poſpiſil, Vincence, Schleſiſche Landesexekut.
Prokes, Johann, 4. Politiſcher Gau.

Saſek, Alois, 14. u. 15. Wahlkreis.
Skala, Jan, Jugendlichenorganiſ.
Skatula, Emanuel, Landesagitationskomitee.
Smahel, Gottlieb, Organiſat. d. Fleiſchh. u. Selcher.
Soukup, Dr. Fr., Exekutivausſchuß.
Stein, Siegf., Zentralverband der Handels- u. Induſtrieangeſtellten.
Svecenh, Anton, 49. Wahlkreis.

Tayerle, Rud., Tſchecho-ſlawiſcher Metallarbeiterverband.
Tomaſek, Franz, Landesexekutive Niederöſt.
Tuſar, Wlaſtimil, 1. Politiſcher Gau.

Vacek, Wenzel, Redaktion „Pravo Lidu".
Vanek, Karl, Exekutivausſchuß.
Vrubl, Franz, Lokalorganiſation.

Tſchechiſche Delegierte der Zentralorganiſation.

Brezina, Anton, Oeſt. Textilarbeiterverb.
Brodecky, Vilem, Oeſt. Eiſenbahnerorganiſ.

Jura, F. A., Reichsgewerkſchaftskommiſſion.

Kovanda, Wenzel, für ausgeſchl. 16 Politiſche Lokalorganiſ. Brünn u. Umgeb.
Kratky, Jaroslov, Oeſt. Holzarbeiterverb.

Merta, Rudolf, Landesverb. d. Gewerkſch.

Nadvornik, Robert, Redaktion „Proletar".

Podany, Venzel, Oeſt. Hilfsarbeiterverband.

Rautenkranz, Franz, Reichsgewerkſchaftskom.

Savel, Joſef, Oeſt. Bergarbeiterorganiſation.
Safranek, Joſef, Oeſt. Metallarbeiterverb.

Tetenka, Karl, Oeſt. Maurerorganiſation.

Veska, Joſef, Oeſterreich. Metallarbeiterverb.

Schweizeriſche Delegation.

Dr. Friedrich Adler, Max Bock, M. Fähndrich, Hermann Greulich, Robert Grimm, Auguſt Huggler, Georg Käppler, Karl Moor, Profeſſor Dr. N. Reichesberg, Jean Schifferſtein, J. Stickel, Frau Marie Walter, Leo Wulffſohn-Stäubli.

Sach-Regiſter

Abrüſtung und Frieden 98.
Amerika, Arbeitsloſigkeit in 109.
Arbeiterbörſen 60.
Arbeiterorganiſation, dringendſte Aufgabe der 59.
Arbeiterſchutzgeſetzgebung 105.
— engliſche 58.
— Ergebnis der 56.
— in der Türkei 23.
Arbeitsloſenfürſorge 106.
— Löſung des Problems betr. 106.
Arbeitsloſenkaſſen, Unterſtützung an 14.
Arbeitsloſenunterſtützung 13.
Arbeitsloſenverſicherung 12. 105. 107.
Arbeitsloſigkeit 12.
— in Amerika 109.
— Maßnahmen gegen 14.
— Reſolution betr. 60.
Arbeitsnachweisfrage 60.
Arbeitszeit, Achtſtündige 60.
Argentinien, Schwarze Banden in 22.
— Verhalten der Oligarchie in 18.
— Zuſtände in 113.
Aſylrecht, Reſolution betr. 61.

Balkanſtaaten, Zuſammenwirken aller Sozialiſten 27.
Begrüßungstelegramme 63.
Böhmiſchen Gewerkſchaften, Verhalten der 47.
Budgetabſtimmung in England 37.
Budgetbewilligung in England 33. 40.
Bulgariſchen Sozialdemokratie, Erklärung der 26.

Däniſchen Sozialdemokratie, Fortſchritte der 6. 7.
Delegierten, Zahl der 11.
Deutſchen Sozialdemokratie, Wahlniederlage der 8.

Einigkeit, Reſolution über die 16.
Einigung der ſozialiſtiſchen Parteien 26.
— Reſolution betr. die 20.
England, Zehnſtundentag in 58.

Ferrer, Juſtizmord gegen 17.
Finnland, Stärke d. Bauerndemokratie in 24.
— Haltung des Proletariats in 24.
— Proteſt gegen die ruſſiſche Regierung in 18.
— Unterdrückung der Autonomie 19.
Flottenbau in Deutſchland 36.
Franzöſiſchen Sozialdemokratie, Einigkeit der 20.
Frieden und Abrüſtung 98.

Generalſtreik der Kohlengräber 38.
— im Kriegsfalle 32.
— Vorbereitung zum 37.
Genoſſenſchaften, Eigenproduktion der 77.
— Engliſche 67.
— Leiſtungen für den Sozialismus in 68.
— Neutralität der 76. 77.
Genoſſenſchaftsfrage 63.
— Belgiſches Syſtem der 78.
— Deutſches Syſtem der 78.
— Einigungsreſolution in der 80.
— Erziehung zum Klaſſenkampf in der 79.
— Meinungsverſchiedenheiten betr. 119.
— Reſolution betr. 63.
— Reſolution v. Elm betr. 78.
Gewerkſchaften, Agitationsmittel für 13.
— Böhmiſchen, Verhalten der 47.
— Engliſche Reformen der 55.
— Nationale Zerſplitterung der 45.
— Neutralität der 121.
— Tſchechiſchen, Verhalten der 47.
Gewerkſchaftsbewegung, Deutſche 8.
— Einheit der 44.
— in Oeſterreich 45.
Gewerkſchaftsſtreit, Oeſterreichs 81.
Gottesgnadentum 8.

Handelsflotte, Schutz der 31.
Heeres, Einſchränkung des 101.
Hilfsſprache, Internationale 118.

Indien, Zeitungen in 61.
Internationale, Größe der 7.
— Hilfsſprache 118.
— Streitfragen, Schiedsgerichte der 30.
— Verſtändigung der 6.
Japan, Gewaltmaßregeln gegen Proletarier in 22.
Japaniſche Regierung, Reſolution gegen die 18.

Kapitalismus, Abſchaffung des 15.
Kinderarbeit, Beſeitigung der 60.
Klerikalismus in Spanien 23.
Kongreßbeſchlüſſe, Internationale Durchführung der 32.
Kongreß, Internationalen, Zuſchriften an den 10.
Kongreß, Pariſer 1890 57.
— Sozialiſtiſchen, Ort des nächſten 70.
Konſumentenorganiſation, Genoſſenſchaftliche 77.
Konſumverein, Beziehungen zur politiſchen Partei 64.
Kriegsforderungen, Herabſetzung der 30.
Kriegsgefahren 4.
Krieg, Wirkſame Mittel gegen den 32.

Landarbeiter, Schutz der 58.

Marokkoreſolution 62.
Maſſenſtreik bei Kriegsgefahr 42.
— ſchwediſcher 10.

Nationalitätenſtreit 88.
Neutralität der Gewerkſchaften 171.

Parteitag der Deutſchen Sozialdemokratie während des Sozialiſtengeſetzes 4.
Perſien, Reſolution gegen die Regierung 20.

Politik, Internationale 32.
Politische Rechte und Staatshilfe 61.
Produktion, Kapitalistische 57.
Produktionsverhältnisse 12.
Produktionsweise, Kapitalistische 13.
Programm, Antimilitaristisches 104.

Reservearmee, Industrielle 13.
Resolution betr. Arbeiterschutzgesetzgebung 56.
— betr. Arbeitslosigkeit 60.
— betr. Asylrecht 61.
— betr. die Einigung 20.
— betr. Internationale Solidarität 51.
— betr. Marokko 62.
— gegen die spanische Regierung 19.
— gegen die Politik der Regierung 20.
— gegen die Politik der europäisch. Staaten gegenüber der Türkei 19.
— gegen russische Regierung betr. Verhalten in Finnland 18.
— gegen das Verhalten der japanischen Regierung 18.
— gegen das Verhalten der Oligarchie 18.
— Russische 24.
— Sympathie den spanischen Genossen 19.
Resolutionen, Verhandlung der, in den Kommissionen 113.
Russische Regierung, Protest gegen das Verhalten 18.

Rüstungen, Kampf der englischen Arbeiterpartei gegen die 37.

Säuglinge u. Schwangeren, Schutz der 59.
Seebeuterechts, Abschaffung des 36.
Seerüstung, Bedrohung des Weltfriedens 31.
Serbischen Sozialdemokraten, Erklärung der 26.
Solidarität, Internationale 51. 95.
— — Resolution betr. 51.
Sozialdemokraten, Bulgarischen, Erklärung der 26.
— Serbischen, Erklärung der 26.
Sozialdemokratie, Deutschen, Wahlniederlage der 8.
Sozialistengesetz 4.
Sozialistischen Parteien, Einigung der 26.
Sozialversicherung, Ausbau der 59.
Spanien, Resolution für Sozialdemokratie in 19.
— — gegen die Regierung in 19.
Schiedsgericht, Internationales 28.
Schwangeren und Säuglinge, Schutz der 59.
Schweden, Generalstreik in 52.
— Unterstützung beim Generalstreik in 52.
Schwitzsystems, Ausschaltung des 60.
Staatshilfe und politische Rechte 61.

Tagesordnung 9.
Todesstrafe 116.
— Abschaffung der 21.
— Agitation gegen die 17.
— Begründung der Resolution gegen die 21.
— Kampf gegen die 16.
— Kundgebung gegen die 21.
— Notwendigkeit der 17.
— Resolution gegen die 16.
— Wissenschaftliche Gründe für Beibehaltung der 21.
Trades Unions, Verhalten der 53.
Türkei, Arbeiterschutzgesetzgebung in der 23.
— Protest gegen die jungtürkische Regierung 20.
— Resolution gegen die 23.
— Resolution gegen die Politik der europäischen Staaten 19.

Unglück, Arbeiterversicherung gegen 58.

Verständigung, Internationale 6.
Volkes, Einigkeit des 73.

Wahlrechtsbewegung in den Deutschen Bundesstaaten 8.
Weltfrieden, Demonstration für den 43.
— Sicherung des 28.
Wettrüsten 4.
Wilhelm II., Reden von 33.
Wohlfahrtseinrichtungen 58.
Wohlfahrtsplagen 58.

Zarismus, Umtriebe des 22
Zehnstundentag i. England 58
Zuschriften an den Kongreß 10

Die Gesamtzahl der Delegierten

betrug nach der Prüfung der Mandate 896, die sich auf die einzelnen Länder folgendermaßen verteilen:

Argentinien	1	Großbritannien	84	Schweden	86
Belgien	26	Holland	14	Schweiz	13
Böhmen	44	Italien	9	Serbien	3
Bulgarien	7	Norwegen	31	Spanien	5
Dänemark	146	Oesterreich	65	Türkei-Armenien	2
Deutschland	189	Polen	24	Ungarn	14
Finnland	19	Rumänien	2	Vereinigte Staaten	24
Frankreich	49	Rußland	39		

Sprech-Regiſter

Adler (Oeſterreich) 49. 70. 86. 88. 94. 98.
— (Schweiz) 92. 94.
Anderſon (England) 54. 97.
Anſeele (Belgien) 76.

Balabanoff (Italien) 79.
Bang (Dänemark) 4.
Bauer (Wien) 91.
Beer (Oeſterreich) 84.
Berger (Milwaukee) 26.
Bergmanns (Belgien) 84. 86. 97.
Bertrand (Belgien) 75.
Borgbjerg (Dänemark) 68.
Branting (Schweden) 10. 11. 16. 41. 43. 48. 62. 74. 86. 97.
Braun (Oeſterreich) 12. 15. 107. 108. 110.
Brey (Deutſchland) 122.
Bruckère (Frankreich) 16.
Buber (Polen) 111.

Carleſon (Schweden) 103.
Cohen (Berlin) 55. 97.

Debunne (Belgien) 103.
De Brouckère (Belgien) 92.
De Leon (Amerika) 25.
Deſpard (England) 112.
Deſſin (England) 100.
Duys (Holland) 109.

Ebert (Deutſchland) 119. 121.
Ellenbogen (Oeſterreich) 20. 28. 114.
v. Elm (Deutſchland) 67. 75. 77. 80. 87. 119.

Fiſcher, Richard (Deutſchland) 119. 121. 122.

Garami (Ungarn) 92.
Glaſier (England) 99.
Goſſip (England) 109.
Greulich (Schweiz) 48.
Guesde (Frankreich) 78. 81.

Haaſe (Deutſchland) 122.
Haywood (Amerika) 85. 92. 98.
Héliès (Frankreich) 76.
Hicks (England) 107.
Hillquit (Amerika) 25. 72. 99.
Hueber (Oeſterreich) 81. 97.
Huggler (Schweiz) 51. 52. 56. 97.
Huysmans (Belgien) 9. 10. 11. 27. 34. 43. 60. 62. 63. 70.

Igleſias (Spanien) 62.
Irving (England) 66.
Jaurès (Frankreich) 34. 38. 72.
Jones (London) 39.
Juan de Juſte (Argentinien) 67. 115.
Jura (Tſcheche) 47. 48.

Karpeles (Oeſterreich) 64. 69. 76. 78. 80.
Karski (Polen) 86. 94. 98.
Keir Hardie (England) 36. 43. 61. 99. 103.
Klauſen (Dänemark) 28. 63. 70. 74.
Kloth (Deutſchland) 122.
Kolaroff (Bulgarien) 26. 27.
van Kol (Holland) 100.
Krogh (Norwegen) 79.

La Monte 116.
Ledebour (Deutſchland) 28. 34. 43. 98. 99. 101.
Legien (Deutſchland) 85. 111. 119. 121.
Leipart (Deutſchland) 119. 122.
Lindhagen (Schweden) 109. 111.
Louis (Frankreich) 114.
Longuet (Frankreich) 116.
Luxemburg (Deutſchland) 116.
Macdonald (England) 14. 16.
Mendels (Holland) 117.
Modraſzek (Böhmen) 79. 80.
Molkenbuhr (Deutſchland) 57. 71. 105. 109. 111. 112. 113. 122.
Möller (Dänemark) 110.
Morgari (Italien) 101. 102.
Müller (München) 116.

Naradian (Türk. Armenien) 115.
Nemec (Böhmen) 46. 50. 82. 93.
Neumann (Deutſchland) 121.

Quelch (England) 15. 16.
Phillips (England) 108.
Pittoni (Oeſterreich) 104.

Plechanoff (Rußland) 44. 50. 89.
de la Porte (Frankreich) 93.

Radek (Polen) 99. 104.
Rakowski (Rumänien) 114.
Reichensperg (Schweiz) 109. 113.
Reinſtein (Amerika) 109.
Renner (Oeſterreich) 38. 101. 104.
Rotenſtein (Ungarn) 111. 113.
Rubanowitſch (Rußland) 116. 117.
Rudolph (Deutſchland) 121.

Sachſe (Deutſchland) 122.
Sakaſoff (Bulgarien) 27.
Saſek (Tſcheche) 48.
Schaper (Holland) 110. 112.
Seitz (Oeſterreich) 114. 115.
Seliger (Oeſterreich) 80.
Simon (Deutſchland) 138.
Sjöſtröm (Schweden) 79.
Skatula (Böhmen) 104.
Soukup (Prag) 85.
Sorgue (Frankreich) 115.
Spargo (Amerika) 76.
Stauning (Dänemark) 5.
Stengele (Deutſchland) 121.

Thomas (Frankreich) 78.
Tomaſek (Böhmen) 116.
Troclet (Belgien) 106.
Troelſtra (Holland) 93. 94.
Tuſar (Tſcheche) 90.
Tutovic (Serbien) 103.

Ury (Frankreich) 111.

Vaillant (Frankreich) 41. 43. 98. 100. 102. 105.
Vandervelde (Belgien) 5. 6. 10. 40. 41. 43. 74. 78. 81.
Vanek (Böhmen) 109. 112.
Vliegen (Holland) 105.

Walecki (Polen) 87.
Wels (Deutſchland) 122.
Whiteley (England) 78.
Wibaut (Holland) 66. 79. 81.
Wiik (Finnland) 24.
Wolkhowski (Rußland) 103.
Wurm (Deutſchland) 79. 80. 119.

Zetkin (Deutſchland) 192.
Zulavski (Polen) 87.

Druck: Vorwärts Buchdruckerei und
Verlagsanstalt Paul Singer & Co.,
Berlin SW. 68, Linden-Straße 69

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW